

Neue

Kleine Bibliothek 157

Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

Deutsche Zweiheit – Oder: Wie viel Unterschied verträgt die Einheit?

Bilanz der Vereinigungspolitik

PapyRossa Verlag

© 2010 by PapyRossa Verlags GmbH & Co. KG, Köln
Luxemburger Str. 202, D-50937 Köln

Tel.: ++49 (0) 221 – 44 85 45
Fax: ++49 (0) 221 – 44 43 05
E-Mail: mail@papyrossa.de
Internet: www.papyrossa.de

Alle Rechte vorbehalten

Umschlag: Willi Hölzel
Grafiken: SAFRAN WORKS Gaby Pfrüner, Frankfurt/Main
Druck: Interpress

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische
Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar

ISBN 978-3-89438-447-0

Inhalt

Vorwort	7
1 Zwanzig Jahre deutsche Vereinigung im Urteil der Menschen	13
2 Die ökonomische Entwicklung in der DDR und in der BRD nach dem Zweiten Weltkrieg bis zur Vereinigung	19
2.1 Grundverschiedene Ausgangs- und Entwicklungsbedingungen in der Zeit von 1945 bis zur Vereinigung	20
2.2 Die ökonomische Entwicklung in der Bundesrepublik – Aufstieg und Zerstörung des „Rheinischen Kapitalismus“	26
2.3 Die ökonomische Entwicklung in der DDR – Erfolge und Scheitern des Staatssozialismus	34
3 Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland seit der Vereinigung	53
3.1 Die Entwicklung in den neuen Bundesländern	53
3.2 Die Entwicklung in den alten Bundesländern	72
4 Die öffentlichen Finanztransfers und ihre Wirkungen in den neuen und in den alten Bundesländern	83
5 Die Rolle der EU im ostdeutschen Transformationsprozess – Unterschiede der Transformation Ostdeutschlands gegenüber den ost- und mitteleuropäischen Beitrittsländern	109

6	Ausgewählte Aspekte der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung	121
6.1	Demografische Prozesse	121
6.2	Beschäftigung und Arbeitslosigkeit	126
6.3	Produktivität und Lohnentwicklung	134
6.4	Öffentliche Finanzen	143
6.5	Ressourcenverbrauch und Umweltbelastungen	153
6.6	Industrie	158
6.7	Landwirtschaft	170
6.8	Unternehmensstrukturen	185
7	Vorschläge und Forderungen alternativer Wirtschaftspolitik	199
7.1	Vorschläge für einen grundlegenden Politikwechsel in Deutschland	199
7.2	Überlegungen und Ansätze für eine zukunftsorientierte selbsttragende wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland	206
	Literaturverzeichnis	219
	Tabellenanhang	235

Vorwort

Zwanzig Jahre sind seit der Vereinigung Deutschlands im Oktober 1990 vergangen. In diesen zwei Jahrzehnten haben sich tiefgreifende Veränderungen in den politischen, sozialen und ökonomischen Strukturen und Verhältnissen Ostdeutschlands, der damaligen DDR, vollzogen. Die einschneidenden Umwälzungen begannen schon ein Jahr zuvor, mit dem Mauerfall und dem Sturz der SED-Herrschaft, die das Scheitern des Staatssozialismus in der DDR besiegelten. Sie gipfelten im Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland, womit die 40-jährige selbstständige Existenz des zweiten deutschen Staates beendet wurde. Für die Menschen in der DDR ergaben sich hieraus widersprüchliche Folgen: einerseits die Erweiterung politischer Freiheitsrechte und Verbesserungen auf vielen Gebieten und andererseits tiefe Einschnitte in den Möglichkeiten zur Teilnahme an der Erwerbsarbeit und der sozialen Sicherheit.

Die Veränderungen durch den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik betrafen in erster Linie die ostdeutsche Bevölkerung. Sie waren aber nicht auf den Osten beschränkt, sondern hatten auch Konsequenzen für die alte Bundesrepublik und deren Bevölkerung. Das Verschwinden einer Alternative zum kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftssystem, welche die DDR ungeachtet ihrer Defizite verkörperte, wirkte sich negativ auf die Auseinandersetzungen um den Erhalt des Sozialstaats und auf die Arbeitskämpfe um höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen in den alten Bundesländern aus. Die ökonomischen und finanziellen Folgen des Beitritts waren differenziert und widersprüchlich. Einerseits gab es beträchtliche finanzielle Belastungen durch die West-Ost-Finanztransfers, andererseits gab es aber auch kräftige Impulse für das Wirtschaftswachstum, und die Übernahme großer Teile des ostdeutschen Absatzmarktes bescherte den Unternehmen insbesondere in den ersten Jahren glänzende Geschäfte.

Anlässlich des zwanzigsten Jahrestages der Vereinigung sind zahlreiche Publikationen entstanden, in denen die Veränderungen in Ost-

deutschland seit dem Beitritt der DDR analysiert und bewertet werden. Auffallend sind dabei die stark divergierenden und teilweise direkt entgegengesetzten Bewertungen der bisherigen Ergebnisse des *Aufbau Ost*. Vor allem die Gründe für den Absturz der ostdeutschen Wirtschaft, insbesondere der Industrie, in der ersten Zeit nach der Währungsunion und für die geringen Fortschritte, die seit Mitte der 1990er Jahre bei der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse und beim Erreichen einer selbsttragenden wirtschaftlichen Entwicklung erzielt wurden, sind umstritten. Dies hängt mit der unterschiedlichen Einschätzung des wirtschaftlichen Zustandes der DDR insbesondere in den letzten Jahren ihrer Existenz und mit der Transformations- und Vereinigungspolitik sowie den Weichenstellungen für die Umwandlung des staatssozialistischen Wirtschaftssystems in ein marktwirtschaftlich-kapitalistisches Wirtschaftssystem und für seine Eingliederung in die gesamtdeutsche Wirtschaft zusammen.

Die Bewertung der Veränderungen der letzten zwanzig Jahre darf deren Widerspiegelung im Bewusstsein der Menschen nicht außer Acht lassen. Es geht hier um die Erwartungen der Menschen, die sie in die Vereinigung gesetzt haben, um Veränderungen in der Bewertung der erzielten Ergebnisse in den verschiedenen Phasen der Umgestaltung sowie um Zukunftserwartungen. Deshalb beginnt die vorliegende Schrift mit einer kurzen Charakterisierung der Erwartungen der Menschen auf der Grundlage von Ergebnissen der Meinungsforschung.

Die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* will mit dieser Publikation nicht einfach die Anzahl der vorliegenden Veröffentlichungen zur Vereinigungsproblematik um eine weitere erhöhen. Ihr Anliegen ist vielmehr, eine empirisch gestützte differenzierte Analyse und Bewertung der ökonomischen und sozialen Entwicklung in Deutschland seit der Vereinigung mit dem besonderen Schwerpunkt des Umbaus in Ostdeutschland vorzulegen, die folgenden Herausforderungen gerecht wird:

Erstens wird der Vereinigungs- und Transformationsprozess in Ostdeutschland zwar Schwerpunkt des Buches sein, die ostdeutsche Problematik soll aber im Vergleich zu anderen Publikationen weit stärker in einer Verflechtung mit der westdeutschen Entwicklung analysiert

und bewertet werden. Der Blick soll von den neuen Bundesländern auf Gesamtdeutschland erweitert werden. Dabei sollen die schon vor der Vereinigung sichtbaren Probleme der Hegemonie neoliberaler Wirtschaftspolitik und die Krise des Finanzmarktkapitalismus sowie der notwendige Übergang zu einem neuen, ökonomisch-finanziell, sozial und ökologisch zukunftsfähigen Entwicklungspfad in Deutschland, in Europa und weltweit durchgängige Aspekte des Buches sein. Das verlangt, auch die Wirkungen der finanzmarktgetriebenen Kapitalakkumulation und die Zuspitzung der sozialen und der Umweltprobleme in die Analyse mit einzubeziehen. All dies hat zu tiefgreifenden Veränderungen in Deutschland geführt und den Verlauf der ostdeutschen Transformation entscheidend geprägt.

Die politische und wirtschaftliche Ordnung sowie das Rechtssystem der alten Bundesrepublik wurden mit dem Beitritt der DDR nach Art. 23 GG (a.F.) auf Ostdeutschland übertragen, ohne zu berücksichtigen, dass die Verhältnisse der alten Bundesrepublik selbst reform- und veränderungsbedürftig und der sozial-ökologische Umbau sowie die Weiterentwicklung des Sozialstaats als Aufgaben in ganz Deutschland zu lösen waren. Aus politischen Gründen wurde verhindert, positive Erfahrungen der DDR auf verschiedenen Gebieten – wie in der Bildung, im Gesundheitswesen, bei der Kinderbetreuung und bei der Gleichberechtigung der Frauen – auszuwerten und zu nutzen. Die herrschende Politik orientierte darauf, den *Aufbau Ost* als Nachbau West zu gestalten und nicht in Übereinstimmung mit den veränderten Bedingungen des 21. Jahrhunderts.

Zweitens soll, um die Gründe für die beträchtlichen wirtschaftlichen Ost-West-Unterschiede zum Zeitpunkt der Vereinigung besser verstehen und bewerten zu können, der zeitliche Horizont der Analyse erweitert werden. Es ist das Anliegen des Buches, ein kritisches, differenziertes und realistisches Bild der DDR-Wirtschaft zu zeichnen, entgegen den häufig verzerrten und einseitigen Aussagen, wonach die Wirtschaft der DDR unmittelbar vor dem Zusammenbruch stand. Es soll auch gezeigt werden, wie die Wahl des Vergleichsjahres – 1989 (das letzte ganze Jahr, in dem die DDR existierte) oder 1991 (das Jahr des tiefsten Absturzes) – die Bewertung der Ergebnisse des *Aufbau Ost* beeinflusst. Damit

können auch die jeweiligen Einflüsse des wirtschaftlichen Rückstandes und der Defizite der DDR einerseits und der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung im Einigungs- und Transformationsprozess andererseits differenzierter bewertet werden. Ein solches Herangehen trägt zudem dazu bei, die verzerrte Sicht auf die ostdeutschen Probleme, die einseitig aus der DDR-Vergangenheit hergeleitet werden, zu überwinden. Hierfür erweist sich ein knapper wirtschaftshistorischer Rückblick als zweckmäßig, um die unterschiedlichen Bedingungen der beiden Staaten nach dem Zweiten Weltkrieg aufzuzeigen.

Drittens soll die Publikation dazu beigetragen, eine Auseinandersetzung über die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der DDR bis zum Beitritt, die seitdem erreichten Ergebnisse in den neuen Bundesländern, die bis zum Ende des Solidarpakts II im Jahre 2019 mögliche Angleichung der wirtschaftlichen Leistungskraft und die Herstellung gleichwertiger der Lebensverhältnisse der Menschen in den neuen Bundesländern zu führen. Eine solche Auseinandersetzung betrifft insbesondere die folgenden offiziell vertretenen Auffassungen: Die DDR stand infolge der hohen Auslandsschulden unmittelbar vor dem Staatsbankrott; die „marode DDR-Wirtschaft“ ist die entscheidende Ursache für noch bestehende Defizite im Ost-West-Angleichungsprozess; die von der Bundesregierung verfolgte Vereinigungs- und Transformationspolitik war alternativlos; die West-Ost-Finanztransfers ruinieren die alten Bundesländer und sind schuld an der desolaten Haushaltssituation vieler westdeutscher Städte und Kommunen.

Viertens wird angestrebt, ein Buch zu publizieren, das in bestimmtem Umfang auch als Nachschlagewerk zur ostdeutschen Entwicklung genutzt werden kann. Der Textteil wird ergänzt durch einen umfangreichen statistischen Anhang.

Die Bilanz der letzten zwanzig Jahre wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung in der Bundesrepublik ordnet sich ein in die 65-jährige Geschichte Deutschlands seit der Zerschlagung des Nationalsozialismus, den ersten Nachkriegsjahren in der sowjetischen und in den westalliierten Besatzungszonen sowie den 1949 entstandenen zwei deutschen Staaten entgegengesetzter gesellschaftlicher Ordnungen. Am Anfang dieser 65 Jahre fielen die Entscheidungen über die weitere Entwicklung

im Wesentlichen von außen, durch die jeweiligen Besatzungsmächte, die als Repräsentanten der beiden Systeme in ihren Einflussgebieten die Weichen jeweils in Richtung ihres eigenen Systems stellten. Damit war auch die entgegengesetzte Entwicklung in den beiden deutschen Staaten determiniert. Heute, zwanzig Jahre nach der Vereinigung, hängt die weitere Entwicklung der Bundesrepublik davon ab, inwieweit es gelingt, die sich aus den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts ergebenden politischen, wirtschaftlichen, finanziellen, sozialen und umweltpolitischen Veränderungen in Deutschland und in der EU durchzusetzen. Deshalb sollen im letzten Abschnitt des Buches wichtige Elemente eines zur vorherrschenden Politik alternativen Reformprojekts für einen politischen Richtungswechsel diskutiert werden.

An der Ausarbeitung dieses Buches waren beteiligt: Joachim Bischoff, Hermann Bömer, Ulrich Busch, Philipp Gabsch, Irene Gallinge, Gerhard Heske, Wolfgang Jahn, Reinhold Kowalski, Wolfgang Kühn, Wilfried Kurtzke, Christa Luft, Karl Mai, Gunter Quaißer, Klaus Steinitz, Michael Thomas und Uwe Witt.

1 Zwanzig Jahre deutsche Vereinigung im Urteil der Menschen

Eine Analyse und Bilanz zwei Jahrzehnte nach der Vereinigung soll auch zeigen, wie sich die wirtschaftliche und soziale Entwicklung im Bewusstsein der Menschen widerspiegelt. Interessant ist dabei der Wandel der Einstellungen vor und während des Vereinigungsprozesses.

Ende der 1980er Jahre glaubte nur eine kleine Minderheit der Deutschen daran, die Vereinigung selbst noch erleben zu können. Zwar hielt die große Mehrheit der Westdeutschen am grundgesetzlich verankerten Vereinigungsgebot fest, doch war dieses in der politischen Rhetorik längst zu einem mehr oder minder abstrakten Programmsatz geworden. Mit den Landsleuten im anderen Teil Deutschlands fühlte man sich verbunden, dennoch verblasste nicht nur in der jungen Generation allmählich das Zusammengehörigkeitsgefühl. Dies änderte sich dann aber sehr rasch: Nach Umfrageergebnissen der Forschungsgruppe Wahlen lag der Anteil der Einheitsbefürworterinnen und -befürworter ab dem Frühjahr 1990 im Westen bei über 80 Prozent. Im Osten hatten erste Umfragen unmittelbar nach dem Mauerfall noch ein zurückhaltenderes Stimmungsbild ergeben. Doch nach 48 Prozent Zustimmung im November 1989 stieg die Befürwortung der Einheit bis Februar 1990 auf ebenfalls nahezu 80 Prozent an.

Gleichzeitig war sich die ostdeutsche Bevölkerung bei allem Optimismus durchaus darüber im Klaren, dass die Vereinigung für sie tiefgreifende Einschnitte bedeuten würde: Einer Infas-Umfrage zufolge meinten bereits im November 1989 fast alle Befragten, die Einheit werde „einige“ (30 Prozent) bzw. „viele“ (69 Prozent) Veränderungen mit sich bringen. Dass diese durchaus mit gemischten Gefühlen gesehen wurden, illustriert bereits die in einer Emnid-Studie im Spätsommer 1990 von einem Großteil der Ostdeutschen (78 Prozent) geäußerte Sorge, sie könnten im vereinten Deutschland „auf längere Zeit ‚Bürger zweiter Klasse‘“ bleiben.

Nach den Ergebnissen des ARD-DeutschlandTrend vom November 2009 beurteilt die Mehrheit der Deutschen die Entwicklung seit der „friedlichen Revolution“ in der DDR und dem Fall der Mauer sowie der am 3. Oktober 1990 offiziell vollzogenen Vereinigung heute positiv. 58 Prozent der Befragten sind der Meinung, dass die Einheit ihnen eher Vor- als Nachteile gebracht habe. Diese Zahl ist in Ost und West identisch. Es fühlen sich jedoch mehr Ost- (56 Prozent) als Westdeutsche (42 Prozent) persönlich als Gewinnerinnen und Gewinner der Vereinigung. Fast zwei Drittel (64 Prozent) der Ostdeutschen finden allerdings, dass die deutsche Gesellschaft seit der Vereinigung ungerechter geworden ist. Das sind deutlich mehr als im Westen (43 Prozent).

Die Ergebnisse der jährlich von der Volkssolidarität erhobenen Befragung (Winkler 2009)¹ ermöglichen eine differenzierte Sicht auf die Veränderung des Meinungsbildes der Ostdeutschen in den verschiedenen Entwicklungsphasen sowie nach Geschlecht, sozialen und Altersgruppen. Dabei wird sichtbar, dass die Bewertungen der sozialen Lage eng mit der ökonomischen und sozialen Entwicklung in Ostdeutschland korrelieren: Nach dem wirtschaftlichen Einbruch 1990/91 waren in den Jahren 1992 bis 1995 hohe Wachstumsraten und ein spürbarer Ost-West-Aufholprozess zu verzeichnen. In dieser Zeit gab es einen starken Zugewinn an sozialer Zufriedenheit und an allgemeiner Lebenszufriedenheit, steigende Hoffnungen und eine Zunahme positiver Bewertungen der individuellen Lage. Dies beruhte auf raschen, spürbaren Verbesserungen im täglichen Leben. Die sprunghaft angestiegene Arbeitslosigkeit und die beträchtlichen Unterschiede in den Lebensbedingungen wurden seinerzeit noch von vielen Menschen als kurzzeitig zu überwindende Probleme angesehen. Nach dem Abbruch der Angleichung in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre und im Ergebnis des von der rot-grünen Koalition in Gang gesetzten „Reformwerkes“ mit der Agenda 2010 sanken die Hoffnungen auf eine rasche Angleichung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und der

1 Die im Folgenden verwendeten Daten basieren auf der zwanzigsten Welle der jährlichen Befragung von rund 1.500 Bürgerinnen und Bürgern der neuen Länder und Ostberlins zu ihrer sozialen Lage sowie zu spezifischen Problemsituationen und sind hierfür repräsentativ.

Lebensverhältnisse. Zugleich nahm die Furcht vor einer unsicheren Zukunft zu, während die soziale Zufriedenheit abnahm.

In der gesamten Zeit seit der Vereinigung unterscheiden sich die Ergebnisse vor allem nach der sozialen Struktur und nach Altersgruppen. Bei den Zufriedenheitswerten gibt es zwischen Frauen und Männern kaum Unterschiede. Dabei sind folgende Tendenzen charakteristisch: deutliche Zufriedenheitsverluste in allen Altersgruppen unter 60 Jahren zwischen 2000 und 2005 (Arbeitsmarktreformen) und seit 2005 bei den Bürgerinnen und Bürgern ab dem 60. Lebensjahr (Renten-/Gesundheitsreform). Bei Arbeitslosen und in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen Tätigen werden infolge der hohen Arbeits- und speziell Langzeitarbeitslosigkeit und dem Wirksamwerden der Arbeitsmarktreformen (Hartz) stärkere Rückgänge in der Zufriedenheit erkennbar. Überdurchschnittlich bessere Bewertungen sind bei Hochschulabsolventinnen und -absolventen sowie Bürgerinnen und Bürgern mit hohem Familieneinkommen zu verzeichnen.

Gegenüber 1992 hat sich 2009 die Bewertung der eigenen wirtschaftlichen Lage insgesamt wesentlich verschlechtert. Die Bewertungen mit „gut“ sind von 39 auf 30 Prozent und die mit „teils gut/teils schlecht“ von 47 auf 44 Prozent gesunken, während sie bei „schlecht“ von neun auf 19 Prozent und bei „sehr schlecht“ von zwei auf fünf Prozent gestiegen sind.

Bei der Bewertung des Standes der Einheit waren 2009 nur fünf Prozent der Meinung, dass Ost und West zusammengewachsen sind, und lediglich 14 Prozent, dass nur noch unwesentliche Unterschiede bestehen, während 53 Prozent die Ansicht äußerten, dass noch große Ost-West-Unterschiede bestehen. Acht Prozent vertraten die Auffassung, dass die Unterschiede größer geworden sind, und 21 Prozent, dass auch in 50 Jahren noch Unterschiede bestehen werden.

Überdurchschnittlich positive Bewertungen der eigenen Lebenslage weisen Hochschulabsolventinnen und -absolventen (58 Prozent), Beamtinnen und Beamte (60 Prozent) sowie Selbstständige (53 Prozent) im Vergleich zu Facharbeiterinnen und Facharbeitern (36 Prozent) sowie Arbeiterinnen und Arbeitern (32 Prozent) auf; Gleiches gilt für Familien in höheren Einkommensgruppen (über 2.000 Euro, 69 Pro-

zent) im Vergleich zu unteren Einkommensgruppen (unter 750 Euro, 17 Prozent).

Eine überdurchschnittlich negative Bewertung nehmen Befragte zwischen dem 50. und 60. Lebensjahr, Arbeitslose und gegenwärtig in prekären Arbeitsverhältnissen Beschäftigte sowie Bewohnerinnen und Bewohner von Gemeinden unter 1.000 Einwohnerinnen und Einwohnern vor.

Ein Großteil der Erwartungen wurde in höherem Maße erfüllt als angenommen, vor allem in den Bereichen Konsum, Wohnen, Reisen und Freiheit (mehr als 50 Prozent der Befragten). Auf der anderen Seite werden die Angleichung der Lebensverhältnisse, die soziale Gerechtigkeit, die soziale Sicherheit, das Gesundheitswesen und die Einkommensentwicklung (jeweils von etwa 50 Prozent der Befragten) mit „viel schlechter/schlechter als angenommen“ bewertet.

Die Bewertung der verschiedenen Indikatoren der Lebensverhältnisse durch die Menschen in den neuen Ländern spiegelt sich zusammenfassend in der kontrovers diskutierten „Ostidentität“ wider. Seit Mitte der 1990er Jahre hat sich eine solche als „spezifisch regionale Identität“ sichtbar herausgebildet. „Ostidentität ist nicht die spezifische Beschreibung für regionale Besonderheiten zwischen Ländern, [...] sondern reflektiert die Gleich- und Ungleichheit der politischen, ökonomischen und sozialen Entwicklung der beiden Teilgesellschaften im vereinigten Deutschland [...]. Es bestehen beträchtliche Unterschiede im Verhältnis zur Arbeit, zur Vereinbarkeit von Arbeit und familiären Verpflichtungen, zur Religion und zur Demokratie (nicht im Sinne von ‚Demokratieakzeptanz‘ und dem Stellenwert von Demokratie, sondern von Demokratieverständnis). Von 60 Prozent der Ostdeutschen wird die Existenz von zwei Teilgesellschaften Ost und West hervorgehoben. Diese Ostidentität ist jedoch nicht Ausdruck einer DDR-Nostalgie – nur zehn Prozent wollen am liebsten die DDR wiederhaben, wobei die Werte bei Arbeitslosen und Geringverdienenden mit 26 bzw. 24 Prozent weit höher sind“ (Winkler 2009, S. 257, 269).

Der Ostidentität liegen die erlebte Realität der kapitalistischen Marktwirtschaft in der Bundesrepublik und die in dieser Gesellschaft gemachten Erfahrungen zugrunde, insbesondere die nach wie vor er-

lebte Ungleichbehandlung. Aus einem realitätsbezogenen, auf eigenen Erfahrungen beruhenden Systemvergleich ergibt sich eine gegenüber der Wendezeit und den Anfangsjahren kritischere Bewertung der Verhältnisse der Bundesrepublik und eine daraus resultierende nachträgliche teilweise Umbewertung der Verhältnisse der DDR.

2 Die ökonomische Entwicklung in der DDR und in der BRD nach dem Zweiten Weltkrieg bis zur Vereinigung

Die ökonomische und soziale Entwicklung Deutschlands – der alten wie der neuen Bundesländer – seit der Vereinigung ist nur richtig zu verstehen und zu bewerten, wenn diese Zeitspanne nicht für sich, sondern vor dem Hintergrund der vergangenen Entwicklung der beiden deutschen Staaten nach dem Sieg der Alliierten über das nationalsozialistische Deutschland 1945 betrachtet wird. In eine solche Betrachtung müssen ihre äußerst unterschiedlichen Ausgangs- und Entwicklungsbedingungen einbezogen werden. Nur dann ist es möglich, sich sachlich und differenziert mit den grundlegenden Defiziten und Mängeln der zentralistischen Planwirtschaft der DDR und mit den Gründen für die unbefriedigenden Ergebnisse des bisherigen Vereinigungs- und Transformationsprozesses auseinander zu setzen: Welche Rolle spielen hierbei einerseits die „Erblasten“ der DDR und andererseits die falschen wirtschaftspolitischen Weichenstellungen im Vereinigungs- und Transformationsprozess? Dies schließt ein, sich mit den Grundzügen der ökonomischen und sozialen Entwicklung der Bundesrepublik zu befassen, mit den „goldenen“ Jahren des so genannten Wirtschaftswunders und mit den in den 1970er Jahren einsetzenden Krisentendenzen mit der umfassenden Durchsetzung eines neoliberalen Entwicklungspfades und dem Abbau des Sozialstaats, die schon lange vor der Vereinigung begonnen hatten. Eine solche Betrachtung der vergangenen Entwicklung der beiden deutschen Staaten, des Staatssozialismus in der DDR und des Kapitalismus bzw. der Sozialen Marktwirtschaft in der Bundesrepublik, schafft wichtige Voraussetzungen für eine realistische Beurteilung der ökonomischen und sozialen Entwicklung sowohl in den neuen als auch in den alten Bundesländern in der Zeit nach der Vereinigung.

2.1 Grundverschiedene Ausgangs- und Entwicklungsbedingungen in der Zeit von 1945 bis zur Vereinigung

Nach der Zerschlagung des Nationalsozialismus und der Befreiung durch die Alliierten wurde der weitere Entwicklungsweg Deutschlands weniger von den inneren politischen Kräfteverhältnissen als vielmehr von den Siegermächten und deren Interessen bestimmt: in den Westzonen von den westlichen Besatzungsmächten, in der Ostzone von der sowjetischen Besatzungsmacht. Daraus ergaben sich die grundsätzlich unterschiedlichen Entwicklungswege, im Westen der Weg zur Sicherung von Privateigentum, kapitalistischer Marktwirtschaft, Konkurrenz und parlamentarischen Demokratie, im Osten der Weg zur Enteignung des Großkapitals, zur Verstaatlichung, zur zentralistischen Planwirtschaft und zur Machtausübung durch die SED. Mit der Währungsreform in den Westzonen 1948, der Gründung der Bundesrepublik Deutschland und der Annahme des Grundgesetzes Mitte 1949 war die Spaltung Deutschlands vollzogen. Wenige Monate später wurde die DDR gegründet und die erste Verfassung der DDR angenommen. Charakteristisch für die Haltung der Herrschenden in der Bundesrepublik zur deutschen Einheit war der Ausspruch des ersten Bundeskanzlers Konrad Adenauer: „Lieber das halbe Deutschland ganz als das ganze Deutschland halb.“

Für die Entstehung der DDR waren vor allem zwei Ausgangspunkte bestimmend, die ihren Charakter und ihre weitere Entwicklung geprägt haben. Dies gilt zunächst für das Potsdamer Abkommen der vier Siegermächte, das die verbindliche Verpflichtung für alle vier Besatzungszonen enthielt, die politischen und ökonomischen Wurzeln und Strukturen des Nationalsozialismus zu beseitigen und damit auch die Grundlagen für ein demokratisches und friedliches Deutschland zu schaffen. Die Festlegungen dieses Abkommens wurden jedoch in der sowjetischen und in den drei westlichen Besatzungszonen in unterschiedlicher Weise umgesetzt: In der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) wurden die Konzerne und großen Betriebe enteignet und in staatliches Eigentum – das so genannte Volkseigentum – überführt. Im Ergebnis wurde schon

1947 mit 56 Prozent der größte Teil der Industrieproduktion im „volkseigenen Sektor“ (einschließlich der Sowjetischen Aktiengesellschaften [SAG], die später in den volkseigenen Sektor übergangen) hergestellt (vgl. Schriftenreihe 1962, S. 92). Mit der Bodenreform wurde vor allem der Großgrundbesitz enteignet. Der hierdurch geschaffene Bodenfonds umfasste ca. 35 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche, der zum überwiegenden Teil (2,2 Millionen Hektar) an mehr als eine halbe Million Landarbeiterinnen und Landarbeiter, landarme Bäuerinnen und Bauern sowie Umsiedlerinnen und Umsiedler, die aus den nach dem Potsdamer Abkommen jetzt zu Polen und der Tschechoslowakei gehörenden Gebieten kamen, als Eigentum übergeben wurde (vgl. Schriftenreihe 1962, S. 83). Insgesamt ging es bei diesen Reformen um die Schaffung von Eigentumsverhältnissen, die sichern sollten, dass die wirtschaftliche Tätigkeit nicht auf Profitinteressen, sondern auf das Gemeinwohl ausgerichtet wird und die Arbeitskraft gegen Ausbeutung geschützt ist.

Die SBZ und die spätere DDR gehörten zum sowjetischen, die drei Westzonen und die spätere Bundesrepublik zum westlichen, von den USA dominierten Einflussgebiet. Im Osten und im Westen wurden zwei unterschiedliche Ordnungen etabliert, die den weitgehend entgegengesetzten Interessen und politischen Vorstellungen der jeweiligen Besatzungsmächte entsprachen. Die Bundesrepublik und die DDR wurden auf diese Weise ein Teil jeweils einer der beiden politisch-militärischen Blöcke, die seit Beginn des Kalten Krieges einander konfrontativ gegenüberstanden.

Die Entstehung und die Entwicklung der DDR waren durch folgende Grundzüge charakterisiert:

- antifaschistische, später antifaschistisch-(staats)sozialistische Grundordnung;
- Beseitigung der ökonomischen und politischen Grundlagen einer vom Großkapital dominierten Entwicklung;
- Konzentration der politischen Macht in einem zentralistischen Staat unter Führung einer Partei, der SED (im Kern ihres Politbüros);
- Absage an die Marktregulierung zugunsten einer zentralistischen,

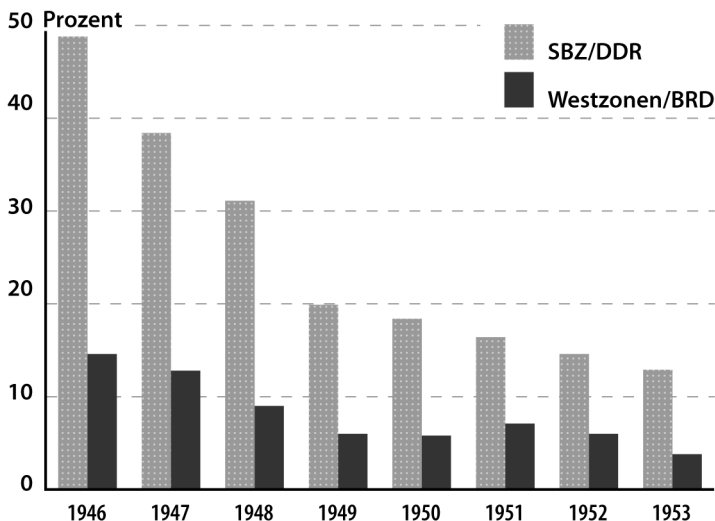
- weitgehend bürokratisierten Planung, die den Betrieben wenig Spielraum für eigenverantwortliches Handeln ließ;
- Seit 1955 Zugehörigkeit zum Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW bzw. COMECON), gegründet 1949 als Wirtschaftsgemeinschaft der Sowjetunion und der osteuropäischen Staaten, und zum politisch-militärischen Bündnis der Warschauer Vertragsstaaten.

Durch diese politischen und ökonomischen Strukturen konnten einerseits entscheidende Schritte zu sozialer Gleichheit gegangen werden. Andererseits wurde der Pluralismus in den Eigentumsverhältnissen und in der politischen Praxis teilweise aufgehoben; damit wurden auch die Freiheitsrechte und die Demokratie erheblich eingeschränkt.

Nach übereinstimmenden wirtschaftshistorischen Untersuchungen waren die West-Ost-Unterschiede im Industrialisierungsgrad und im Produktivitätsniveau nach Kriegsende gering. Diese Situation änderte sich jedoch bis Anfang der 1950er Jahre entscheidend (vgl. Roesler 2006, S. 41; Karlsch 1993, S. 81f., 233; Kuhrt 1999, S. 102). Die Ausgangsbasis und die objektiven Bedingungen der wirtschaftlichen Entwicklung der DDR im Vergleich zur BRD wurden wesentlich ungünstiger. Dabei spielten die weit höhere Reparationslast, die Demontagen von Industrie- und Verkehrsanlagen sowie die hohen laufenden Entnahmen aus der Produktion eine entscheidende Rolle. Die von den Alliierten festgelegten Wiedergutmachungsleistungen an die Sowjetunion, die von mehrfach höheren Zerstörungen als die Länder der Westalliierten betroffen war, sollten von Deutschland insgesamt getragen werden. Sie wurden aber in den Westzonen nach und nach eingestellt. So musste die SBZ bzw. die DDR faktisch die gesamten Reparationsverpflichtungen gegenüber der Sowjetunion erfüllen. Insgesamt hatte dies zur Folge, dass auch nach westlichen Quellen die Reparationsleistungen der SBZ bzw. DDR um ein Vielfaches höher waren als die entsprechenden Leistungen der Westzonen bzw. BRD. Die als Reparationen zu wertenden Demontagen und Lieferungen aus der Produktion werden insgesamt auf 72,2 Milliarden D-Mark (Preisbasis 1953) geschätzt. Daraus ergab sich bis 1953 eine im Vergleich zur BRD mehr als dreimal so hohe relative Belastung der DDR-Wirtschaft. Zu

Reparationsleistungen

Reparationsleistungen West- und Ostdeutschlands
in Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung 1946 bis 1953



Quelle: Roesler 2008, S. 9; Karlsch 1993, S. 234

© ARBEITSGRUPPE
ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK

den quantitativen Größen kommen die strukturellen Disproportionen. Insbesondere der Maschinenbau und die Grundstoffindustrie waren von den Demontagen betroffen. Der Anteil moderner Anlagen an den Demontagen war überproportional hoch. Gegenüber 1945 hatte sich 1948 das gesamte industrielle Anlagevermögen der SBZ auf 60 Prozent reduziert (vgl. Steiner 2004, S. 28).

In dieser Zeit – vor allem in den Jahren von 1947 bis 1951, in denen die Weichen für die zukünftige Entwicklung gestellt wurden – erhielten die Westzonen und anschließend die Bundesrepublik zudem Wirtschaftshilfen aus den USA (Marshallplan und andere Hilfspro-

gramme), die in Verbindung mit der sukzessiven Aufhebung der Preisbindung, der Außenhandelsliberalisierung und der Förderung des Wettbewerbs eine regelrechte Initialzündung für den Wirtschaftsaufschwung bedeuteten. Außerdem war durch die Währungsreform von 1948 ein außerordentlich günstiger Wechselkurs der D-Mark gegenüber dem US-Dollar fixiert worden, der dazu beitrug, die westdeutsche Exportwirtschaft anzukurbeln.

Die Folge dieser ungleichen Belastung war, dass die Wirtschaftsleistung je Einwohnerin und Einwohner der DDR im Vergleich zur BRD 1950 deutlich geringer war.² Bei einer Bevölkerungsrelation von eins zu 2,7 betrug das Verhältnis der Wirtschaftsleistung etwa eins zu sieben. Danach lag das BIP je Einwohnerin und Einwohner in der DDR im Verhältnis zur BRD nur bei 40 Prozent. Die Investitionsquoten (Anteil der Investitionen am BIP) waren in den Jahren 1950 bis 1952 knapp halb so hoch wie in der BRD (DDR: 12 bis 14 Prozent, BRD: 28 Prozent). Hieraus ergibt sich für die DDR ein relatives Niveau der Bruttoinvestitionen je Einwohnerin und Einwohner von nur einem Fünftel des westdeutschen Niveaus. Die Folge: Gleich zu Beginn ihrer Existenz musste die DDR substanzielle Rückstände beim Anlagevermögen verkraften. Diese Rückstände wurden nie aufgeholt. All dies schlug sich auch im Produktivitätsniveau nieder, das in der DDR 1950 nur etwa ein Drittel des westdeutschen Niveaus aufwies.

Die Teilung Deutschlands traf die DDR besonders stark, da sie weit mehr als die Bundesrepublik von den traditionellen Ost-West-Wirtschaftsverflechtungen abhängig war. Der Handel der SBZ mit den Westzonen machte 1947 zwei Drittel des gesamten Außenhandels der SBZ aus. Nach der Teilung betrug der Handel mit der BRD nur noch ein Viertel des DDR-Außenhandels. Die negativen Folgen waren für die

2 Der Vergleich zwischen der wirtschaftlichen Entwicklung der DDR und der BRD beruht im Wesentlichen auf den Ergebnissen von Heske (2009), der die statistischen Daten der DDR durch die Umrechnung auf das VGR-Konzept der Bundesrepublik und auf eine einheitliche Preisbasis vergleichbar gemacht hat. Heske stützt sich dabei auf die international angewandte Methode des Vergleichs auf der Grundlage von Kaufkraftparitäten (KKP). Durch die getrennte Ermittlung der Entstehung und der Verwendung des BIP konnten hinreichend aussagefähige Daten gewonnen werden.

DDR aufgrund der hohen Abhängigkeit ihrer Wirtschaft von westdeutschen Lieferungen der Schwerindustrie, insbesondere von Kohle und Stahl, weit höher als für die BRD (vgl. Roesler 2006; Wenzel 2000, Haendtke-Hoppe/Lieser-Triebnigg 1989). Der Einsatz eines großen Anteils der Investitionen zur Überwindung der so genannten Spaltungsdisproportionen und die hohe Abhängigkeit der Energieerzeugung und der Chemie von der Braunkohle riefen an anderen Stellen der Volkswirtschaft neue Ungleichgewichte hervor. Von den gesamten Industrieinvestitionen entfielen in den 1950er Jahren fast die Hälfte und in den 1980er Jahren immer noch fast ein Drittel auf den Bereich Energie, Wasser, Bergbau. Die vergleichbaren Anteile in der Bundesrepublik schwankten um zwanzig Prozent. Diese Belastungen führten in der DDR zu einer spürbaren Einschränkung der Möglichkeiten für Investitionen im Konsumgüterbereich und für Modernisierungsinvestitionen.

Die hohe Auslastung der Kapazitäten der Schwerindustrie in den westlichen Industrieländern durch Rüstungsaufträge im Zusammenhang mit dem Koreakrieg führte auf den Auslandsmärkten zu einer starken Nachfrage nach anderen Industriegütern, die von der westdeutschen Industrie zu einer kräftigen Exportausweitung genutzt werden konnte („Koreaboom“). In der DDR traten entgegengesetzte Wirkungen auf. Die DDR musste der Forderung der Sowjetunion nachkommen, zusätzliche, nicht geplante Lasten für Militärausgaben zu übernehmen. „Die gleichen Ereignisse im fernen Korea, die in der Bundesrepublik das ‚Wirtschaftswunder‘ endgültig verstetigten, trugen wesentlich zur ersten Wirtschafts- und Existenzkrise der DDR bei.“ (Roesler 2006, S. 63)

Die Bundesrepublik wurde in den Wirtschaftsraum der EWG und später in die EG und die EU integriert, während die DDR Mitglied des RGW wurde, zu dem mit Ausnahme der CSSR und der DDR selbst nur ökonomisch weniger entwickelte Staaten gehörten. Dies wirkte sich hemmend auf die internationale wirtschaftliche Integration, auf Umfang und Qualität der internationalen Arbeitsteilung und auf die internationale Spezialisierung und Kooperation aus. Die Nachteile wurden durch die Embargopolitik des Westens bei der Hochtechnologie

nach der so genannten COCOM-Liste noch verstärkt. All dies bremste die Innovationskraft und Effizienz der DDR-Wirtschaft. Hinzu kam die Abwanderung von Menschen – darunter eines hohen Anteils von Fachkräften –, die für die Wirtschaft der DDR einen starken Aderlass und für die westdeutsche Wirtschaft einen Gewinn an gut ausgebildeten Menschen, für die keine Ausbildungskosten aufzubringen waren, bedeutete.

Die bisher angeführten „Sonderfaktoren“ der ostdeutschen Wirtschaftsentwicklung sollen jedoch nicht davon ablenken, dass die systemischen Schwächen der Planwirtschaft und der Mangel an Demokratie die Hauptgründe für den ökonomisch-politischen Zusammenbruch der DDR gewesen sind (vgl. hierzu Kapitel 2.3.).

2.2 Die ökonomische Entwicklung in der Bundesrepublik – Aufstieg und Zerstörung des „Rheinischen Kapitalismus“

Die Entwicklung der westdeutschen Ökonomie von Anfang der 1950er Jahre bis Mitte der 1970er Jahre wird zumeist als Erfolgsgeschichte („Wirtschaftswunder“) ausgewiesen: Hohe Wachstumsraten des BIP waren die Grundlage für einen wachsenden Verteilungsspielraum, der anfangs allerdings nur eingeschränkt von den Lohnabhängigen und ihren Gewerkschaften mitgestaltet wurde. Die wirtschaftliche Dynamik wurde geprägt durch den Ausbau einer exportgetriebenen Wirtschaft und durch die von den bürgerlichen Parteien ausgestaltete „soziale Marktwirtschaft“ (vgl. Abelshauser 2004). Es ist eine bestimmte Form der gesellschaftlichen Reproduktion (ein bestimmter Regulierungstyp und ein bestimmtes Regime der Akkumulation), die über eine längere Zeitperiode, von der unmittelbaren Nachkriegszeit bis Mitte der 1970er Jahre, historisch hohe Wachstumsraten ermöglichte. Bestandteile dieser Reproduktionsform sind sowohl die Regulierung des Verhältnisses von Lohnarbeit und Kapital als auch der fiskalische Interventionismus des Staates und die Regulierung des Geldes. Weitere wichtige Aspekte waren die zunehmende ökonomische und politische

Weltmarktintegration und die Integration in den sich entwickelnden gemeinsamen europäischen Markt, ebenso wie die Herausbildung eines spezifischen Konsummodells, die Implementierung von neuen Technologien wie auch die Wirksamkeit ideologischer Appelle (vgl. Aglietta 2000; Altvater 2006).

Die Gewerkschaften waren von Beginn an im Prozess der Rekonstruktion des Kapitalismus in Westdeutschland in der Defensive. Der DGB und die Sozialdemokratie forderten eine Demokratisierung der Wirtschaft, gerieten aber infolge der Ausstrahlungskraft des wachsenden gesellschaftlichen Reichtums und der Erweiterung des Sozialstaates immer stärker in eine Minderheitenposition. Dabei spielten neben der beschleunigten Kapitalakkumulation auch der Kalte Krieg und die damit einhergehende antikommunistische Grundstimmung sowie Adenauers Politik der Westintegration eine wichtige Rolle. All dies führte zu einer erfolgreichen Durchsetzung und Entwicklung der sozialen Marktwirtschaft („Rheinischer Kapitalismus“). Festzuhalten ist, dass zu diesem Zeitpunkt – ungeachtet der Kontroversen um nicht genutzte Chancen der Gewerkschaften in der frühen Nachkriegszeit – die Weichen in der Bundesrepublik bereits in Richtung Soziale Marktwirtschaft gestellt waren.

Trotz des damals noch vorliegenden ungeheuren Nachholbedarfs in der gewerblichen Wirtschaft, den privaten Haushalten und des Wiederaufbaubedarfs von vier bis fünf Millionen Wohnungen – also trotz einer überreichlichen Fülle von Arbeitsmöglichkeiten – wies die Bundesrepublik in den 1950er Jahren noch eine hohe Arbeitslosenquote auf. Hierzu trug auch der Zustrom der Umsiedlerinnen und Umsiedler aus Osteuropa bei. Die offiziell ausgewiesene Arbeitslosigkeit erreichte 1950 mit 1,9 Millionen Betroffenen einen ersten Höhepunkt. 1956 sank sie unter die Grenze von einer Million. 1960 wurden weniger als 500.000 Arbeitslose gezählt.

Anfang der 1950er Jahre setzte sich die beschleunigte Kapitalakkumulation durch. Charakteristisch für das folgende Jahrzehnt waren außergewöhnliche Steigerungsraten des Bruttosozialprodukts und des Außenhandels. Zwischen 1950 und 1960 stieg der Index der Wirtschaftsleistung von 100 auf 215. Die durchschnittliche jährliche

Steigerungsrate des BIP betrug durchschnittlich 7,6 Prozent; ein Rekordergebnis von 11,5 Prozent wurde 1955 erreicht. Im selben Zeitraum wuchs die Industrieproduktion um 149 Prozent, die für den Export und die Kapitalakkumulation wichtige Investitionsgüterindustrie verzeichnete sogar einen Zuwachs auf das Dreifache. Die Investitionen stiegen von 1952 bis 1960 auf mehr als das Doppelte. Der Wert der Aus- und Einfuhren verdoppelte sich von 17 auf 37 bzw. von 16 auf 31 Milliarden D-Mark.

Die Gewerkschaften mussten mit der Verabschiedung des Betriebsverfassungsgesetzes 1952 eine schwere Niederlage hinnehmen. Denn es gelang ihnen nicht, die paritätische Mitbestimmung über die Montanindustrie hinaus zu verankern. Der Wahlsieg der CDU bei den Bundestagswahlen 1953 machte außerdem klar, dass die gewerkschaftlichen Neuordnungsvorstellungen in naher Zukunft nicht zu verwirklichen sein würden. Im Gegenteil konnte das bürgerliche Lager mit der Einführung der dynamischen Altersrente seine Vormachtstellung weiter ausbauen. In den folgenden Jahren konzentrierte sich der DGB auf die Lohn- und Tarifpolitik.

Die beschleunigte Kapitalakkumulation mit ihren zunächst hohen Zuwachsraten weist von Beginn an zwei Merkmale auf: Erstens verläuft das Wachstum zyklisch, und zweitens verlangsamt es sich tendenziell. Das jahresdurchschnittliche Wachstum des Bruttoinlandsprodukts ging gegenüber 7,6 Prozent zwischen 1950 und 1960 auf 4,4 Prozent im nachfolgenden Jahrzehnt zurück. Von 1970 bis 1980 fiel das Wachstum auf 2,2 Prozent und erreichte von 1980 bis 1989 nur noch 1,9 Prozent. Im Verlauf dieses an sich undramatischen Prozesses vollzogen sich tiefgreifende Veränderungen in der Akkumulation, die in der strukturellen Massenarbeitslosigkeit seit Mitte der 1970er Jahre, der verringerten Investitionsquote, den geringeren Steigerungsraten der Arbeitsproduktivität und einer chronischen Überakkumulation zum Ausdruck kamen. Dazu gehören folgende strukturelle Verschiebungen in den 1950er Jahren: Die Landwirtschaft verlor erheblich an Bedeutung; waren 1950 noch fast 24 Prozent der Beschäftigten in diesem Bereich tätig, so arbeiteten 1960 nur noch 13 Prozent im Agrarsektor. Dagegen stieg der Anteil der Beschäftigten im Produzierenden Gewerbe (ohne

Bau) von 34 Prozent im Jahr 1950 auf 38 Prozent im Jahr 1960. Die höchsten Steigerungsraten wies der Dienstleistungssektor auf. Hatten 1950 35 Prozent der Beschäftigten Dienstleistungen verrichtet, so waren es 1960 bereits 41 Prozent (vgl. Heske 2009, S. 276). Die Bundesrepublik entwickelte sich seit den 1950er Jahren zu einer modernen Industriegesellschaft mit einem stark ausgeprägten Dienstleistungssektor (vgl. Lutz 1984).

Die Normalität kapitalistischer Krisen, die sich während der Nachkriegsprosperität lediglich in Wachstumseinbrüchen zeigte, holte die Bundesrepublik erstmals 1966/67 und dann endgültig in den 1970er und 1980er Jahren ein. Die kapitaldominierte Marktwirtschaft hatte in den Nachkriegsjahrzehnten auf den ersten Blick durch ihre Effizienz an gesellschaftlichem Rückhalt gewonnen. Im Allgemeinen zeichnete sie sich durch Flexibilität und Dynamik aus, sie forderte die Eigeninitiative der Subjekte und erreichte über die Motivation der Unternehmerinnen und Unternehmer eine beeindruckende Vielfalt in der Versorgung mit Konsumgütern und Dienstleistungen. Im Ergebnis der Weltwirtschaftskrise des 20. Jahrhunderts und des Sieges über den Nationalsozialismus verallgemeinerte sich in allen kapitalistischen Hauptländern eine bestimmte Struktur des Kapitals. Diese war geprägt durch Massenproduktion, Massenkonsum und eine keynesianisch dominierte makroökonomische Regulierung.

Die Arbeitsmarkt- und Sozialgesetzgebung, die stärkere Besteuerung von Gewinnen und hohen Einkommen sowie die am Produktivitätsfortschritt orientierte Lohnpolitik waren über zwei Jahrzehnte hinweg eine wesentliche Bedingung der Nachkriegsprosperität. In den 1960er Jahren herrschte Vollbeschäftigung, und der Wohlstand war in breiten Bevölkerungsschichten angekommen. Träger des Aufschwungs war der sekundäre Sektor, das heißt das Verarbeitende Gewerbe. In vielen Branchen zeigte sich bereits Ende der 1950er Jahre ein akuter Arbeitskräftemangel, der jedoch durch die Zuwanderung aufgefangen werden konnte. 1964 traf der millionste „Gastarbeiter“ ein.

Mit der Reduzierung der Wochenarbeitszeit wurde ab 1956 der Übergang zur Fünf-Tage-Woche eingeläutet, die aber erst ab Ende der 1960er Jahre für die meisten Beschäftigten Geltung hatte. Das Bundes-

urlaubsgesetz legte 1963 den Mindesturlaub auf 15 Werktage fest. Die Freizeitindustrie entwickelte sich zu einem Impulsgeber für das dynamische Wirtschaftswachstum.

In den 1950er und 1960er Jahren konsolidierte sich zudem der Sozialstaat. Mit der Rentenreform (1957) und der Einführung der Sozialhilfe (1962) wurden die gesetzlichen Grundlagen für seinen Ausbau gelegt. Die Definition von sozialen Risiken, die Entwicklung einer sozialstaatlichen Leistungspalette sowie von sozialen Diensten und Einrichtungen erlebte eine bis dahin nicht gekannte Erweiterung. Vor diesem Hintergrund wuchs die Akzeptanz und Legitimität der gesellschaftlichen Ordnung. Wichtige Wachstumsimpulse gingen zudem vom Ausbau der sozialen Sicherheit aus. Die Sozialleistungsquote stieg von 17,1 Prozent (1950) auf 26,7 Prozent (1970). Finanziert wurde dies vor allem durch höhere Steuer- und Beitragseinnahmen. Ende der 1960er Jahre kam es zu einem Konjunkturerinbruch, der das „Wirtschaftswunder“ beendete. Es folgte eine Rezession, Krisenstimmung überzog die Bundesrepublik. 1967 gab es erstmals ein „negatives Wirtschaftswachstum“: Das BIP sank um 0,2 Prozent, während die Arbeitslosenzahl sprunghaft auf über 500.000 Personen anstieg.

Die Montanunion, EWG und EURATOM wurden 1967 zu den Europäischen Gemeinschaften zusammengefasst. Zollschränken fielen, und es wurden gemeinsame Zolltarife gegenüber Drittländern festgelegt. Die Freizügigkeit für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer war innerhalb der EWG ebenso gewährleistet wie das Niederlassungsrecht für Unternehmerinnen und Unternehmer. Politisches Ziel war eine schrittweise Annäherung der Sozial-, Wirtschafts- und Währungspolitik der Mitgliedsländer.

In den Nachkriegsjahrzehnten setzte sich der fordistische Typus der gesellschaftlichen Produktionsweise durch. Fließfertigung und tayloristische Arbeitsorganisation prägten das Produktionsgeschehen aber nur in Teilbereichen. Seit den 1970er Jahren verdichteten sich Krisentendenzen dieser Produktionsweise: Der charakteristische Zusammenhang von hoher Produktivitätsentwicklung, sozialstaatlicher Modifikation der Verhältnisse und der Entwicklung pluralistischer Lebensverhältnisse löste sich auf. Die Arbeitseinkommen entwickelten

sich jetzt langsamer als die Kapital- und Vermögenseinkommen. Zwar konnte diese Entwicklungstendenz zunächst durch Besteuerung und Sozialabgaben teilweise und zeitlich begrenzt ausbalanciert werden. Es war jedoch unübersehbar, dass sich seit Anfang der 1970er Jahre in der Wirtschaftstheorie wie in der Wirtschaftspolitik ein Paradigmenwechsel vollzogen hatte, der auf eine Stärkung der Kapital- und Vermögenseinkommen und eine Schwächung der Arbeitseinkommen hinauslief. Zwangsläufig führte diese Verschiebung auch zu einer Unterminderung der finanziellen Grundlagen des Sozialstaates, weil dieser überwiegend an der Entwicklung der Lohneinkommen hing. Eine alternative Wirtschaftspolitik muss einer solchen Verschiebung in den Verhältnissen entgegenarbeiten und eine Politik der Regulation und Steuerung der nationalen, europäischen und internationalen Wirtschaftsprozesse verfolgen.

Ende der 1970er Jahre begann die neoliberale Deformation zu wirken: Kürzungen von Sozialleistungen, Steuersenkungen, Senkung von Staatsausgaben und verstärkter Druck auf die Löhne beschleunigten den Absturz. In der folgenden neoliberalen Phase der kapitalistischen Weltwirtschaft verschlechterte sich die wirtschaftliche und soziale Entwicklung dramatisch. Der Tendenz zur Verschiebung in den Verhältnissen wurde nicht entgegengesteuert, sondern durch Steuersenkungen für die Unternehmen und die Reichen sowie durch die Aushöhlung der sozialen Sicherungssysteme wurde die Schieflage noch verschärft. Die wirtschaftliche Dynamik blieb immer weiter hinter den Möglichkeiten zurück. Die mit der Kette Masseneinkommen – Binnenkonjunktur – Kapitalgewinne – Vermögenseinkommen benannte Struktur war immer schwieriger aufrecht zu erhalten.

Anfang der 1980er Jahre ging die Ära des „sozial regulierten Kapitalismus“ zu Ende. Dieses je nach national-historischen Besonderheiten moderierte System schlug sich in einer Erweiterung von sozialen Rechten und der Einrichtung eines sozialen Eigentums (Sicherungssysteme mit Ansprüchen) nieder; eine Außerkraftsetzung der kapitalistischen Akkumulationsdynamik und der Verteilungsprozeduren war damit nicht verbunden. Die Deregulierungswellen erfolgten in immer kürzeren Zeiträumen. Auf der Ebene der industriellen Produktion veränderten

sich die Arbeits- und Unternehmensorganisation. Die Struktur der Beschäftigten, die Akkumulationsbedingungen und die Regulationsformen der Marktsteuerung verbreiteten sich in allen gesellschaftlichen Bereichen. Aus der realwirtschaftlichen Überakkumulation entwickelte sich eine anhaltend beschleunigte Akkumulation des Finanzkapitals. Gewinne wurden verstärkt in Finanzanlagen investiert.

Während bis Anfang der 1970er Jahre in wechselnden gesellschaftlichen Konstellationen Versuche unternommen wurden, die bis dahin fixierte Machtverteilung zwischen Lohnarbeit und Kapital zugunsten einkommensschwacher Schichten zu verändern, setzte sich in den 1980er Jahren international ein neoliberales „Rollback“ durch. Eine beständig radikalisierte Politik brachte immer mehr Zumutungen für die abhängig Beschäftigten mit sich. Der Umfang von prekären Arbeits- und Lebensverhältnissen wuchs an. Konjunktursteuerung durch Stimulierung der Massenkaufkraft und öffentliche Investitionen wurden stigmatisiert. Stattdessen beherrschte das neoliberale Paradigma von Deregulierung, Flexibilisierung und Privatisierung alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens. Eine Politik der „Verbesserung der Angebotsseite“ dominierte: Unternehmenssteuern wurden mehrfach abgesenkt und Spitzensteuersätze drastisch reduziert. Vom Ladenschluss über die Arbeitszeiten bis zum Kündigungsschutz blieb kaum eine gesellschaftliche Regulierung unverändert. Die Reallöhne und damit die Maseneinkommen hinkten – wie von den neoliberalen Vordenkerinnen und Vordenkern sowie Politikstrateginnen und -strategen gefordert – deutlich hinter der Entwicklung der Produktivität her. Vor allem der öffentliche Sektor und der Sozialstaat wurden privatisiert und dereguliert (vgl. Scharpf 1987). Anfänglich wurde von einer Aushöhlung der Erwerbsgesellschaft, einem Abbau sozialer Sicherheit und einer Unterminierung des Sozialstaates gesprochen. Genauer betrachtet führten diese Veränderungen aber zur Erosion der gesamten Struktur der Gesellschaft. Es zeigte sich ein Übergang zu einem entfesselten Kapitalismus. Ganz besonders deutlich wird dies in den Exzessen an den Finanzmärkten seit Ende der 1980er Jahre.

Der Nachkriegskapitalismus in Deutschland war durch einen weitreichenden Kompromiss von Kapital und Arbeit (Gewerkschaften)

und durch sozialstaatliche Regulative geprägt. Auf der Grundlage von korporativen Strukturen im Verhältnis von Kapital und Arbeit – Tarifverträge, Mitbestimmung etc. – wurde eine hohe internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen bei hohen Löhnen erreicht. Mehr noch als andere kontinentale europäische Kapitalismustypen zeichnete sich das deutsche Nachkriegsmodell durch gesellschaftlich regulierte und politisch gesteuerte Kapital- und Produktmärkte aus.

Seit Ende der 1970er Jahre zeigen sich wesentliche Veränderungen in den Machtstrukturen. Die Dominanz der Finanzmärkte und die Verschiebung der Corporate governance in Richtung der Aktionärinnen und Aktionäre bzw. ihrer Vertreterinnen und Vertreter (Fonds) erforderte eine Ausrichtung am Typus des Shareholder-value-Kapitalismus. Mit der Machtverschiebung in Richtung professioneller Vermögensverwalter und Kapitalfonds gewann die Shareholder-value-Orientierung im Alltagsgeschäft an Gewicht – zuerst im angelsächsischen Raum und ab den späten 1980er Jahren auch in der Bundesrepublik. Unternehmen sind nicht länger ihren Beschäftigten, dem Gemeinwesen und der Öffentlichkeit verpflichtet. Sie sehen ihre einzige Aufgabe darin, den Wert der Investorenanteile zu steigern – was ihnen auch durch drastische Kostenreduktion (vor allem in Form von Personalabbau und Lohn- und Druck) gelingt. Die Vermögensverwalterinnen und -verwalter sowie die Fondsmanagerinnen und -manager drängen auf die Ausrichtung der Unternehmensstrategie an der Performanz auf den Finanzmärkten. Die Interessenidentität zwischen Unternehmensmanagement und professionellen Vermögensverwalterinnen und -verwaltern wird über die Vergütungspolitik abgesichert. Erfolgsorientierte Managementbeteiligung zwingt die Unternehmen zur Konzentration auf die Logik von Quartalsergebnissen. Die Maximierung der Gewinne und die Minimierung der Verluste in der Rechnungslegung werden voll ausgeschöpft. Die Shareholder sträuben sich gegen jede Beschränkung ihrer aus den Eigentumsrechten abgeleiteten Machtposition.

Infolge der Schwächung der Gewerkschaften und des nachhaltigen Paradigmenwechsels in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik gibt es am Ende des drei Jahrzehnte währenden Umverteilungsprozesses heute wieder eine Einkommensungleichheit wie Ende der 1920er Jahre.

Die kapitalistische Marktwirtschaft war seit der damaligen Weltwirtschaftskrise durch mehr oder minder weitreichende sozialstaatliche Absicherungen ergänzt worden. Diese Regulierungen wurden in den letzten drei Jahrzehnten in allen kapitalistischen Hauptländern größtenteils wieder kräftig zurückgeführt. Die wichtigsten Konsequenzen dieser Entfesselung des Kapitalismus sind die relative Verselbstständigung der Finanzmärkte, die Verschiebung der Machtbalance zwischen Lohnarbeit und Kapital in den Unternehmen und in der Gesellschaft, eine wachsende Zerstörung der Lohnarbeitsgesellschaft sowie die Rückkehr von Massenarbeitslosigkeit und heftigen Finanzkrisen.

Die Herausbildung einer chronischen Überakkumulation führte zu geringeren Akkumulationsraten, zur Verdrängung von Kapital, zu Überkapazitäten, zu Lohnsenkungen und zu einer Prekarisierung der Arbeits- und Einkommensverhältnisse. Dazu kommt die Tendenz der Deregulierung: Die vergangenen drei Jahrzehnte waren von einer rücksichtslosen Entgrenzung und Entfesselung der internationalen Kapital- und Finanzmärkte geprägt. Hinzu trat die wachsende Asymmetrie in der Einkommens- und Vermögensverteilung (vgl. Zinn 1997; Reuter 2007).

Die wesentliche Veränderung gegenüber den vorangegangenen Entwicklungsformen des Kapitalismus ist darin zu sehen, dass in den kapitalistischen Hauptländern angesichts hoher Produktivität ein relevanter Teil der Lohnarbeitsbevölkerung dauerhaft aus der gesellschaftlichen Arbeit ausgegrenzt bleibt und mit sozialstaatlichen Transfers alimentiert wird. Diese gewährleisten den Betroffenen zwar das Existenzminimum, ermöglichen ihnen aber keine aktive Teilhabe am soziokulturellen Leben der Gesellschaft.

2.3 Die ökonomische Entwicklung in der DDR – Erfolge und Scheitern des Staatssozialismus

Die ökonomische und soziale Entwicklung der DDR bis zum Ende ihrer Existenz 1990 soll nach folgenden Fragen analysiert und bewertet werden:

- 1) Wie hat sich die volkswirtschaftliche Leistungskraft der DDR an Hand wichtiger gesamtwirtschaftlicher Indikatoren entwickelt?
- 2) Welche Triebkräfte und Hemmnisse der wirtschaftlichen Entwicklung gab es unter den Bedingungen der zentralistischen Planwirtschaft?
- 3) Wo stand die Wirtschaft der DDR 1989/90? War die DDR wirtschaftlich bankrott?

Für die politische, ökonomische und soziale Entwicklung der DDR waren insbesondere zwei Faktorenkomplexe bestimmend: zum einen die Ergebnisse bei der Überwindung des Kapitalismus und beim Versuch, eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen. Hier ging es vor allem um die grundlegende Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse und Strukturen im Innern, insbesondere der Eigentumsverhältnisse, und um die Regulierung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung durch eine umfassende, zentralistische Planung. Zum anderen übten äußere Faktoren und Abhängigkeiten einen entscheidenden Einfluss aus.

In der Sowjetischen Besatzungszone wurden die Konzerne und großen Unternehmen enteignet und in staatliches Eigentum – das so genannte Volkseigentum – überführt. Ein Teil davon wurde zunächst Eigentum der Sowjetunion (SAG) und später an die DDR übergeben. Der 1952 proklamierte Aufbau der Grundlagen des Sozialismus in der DDR war mit der weiteren Ausdehnung des Volkseigentums und dem Übergang zur genossenschaftlichen Produktion in der Landwirtschaft verbunden. Der Anteil des Volkseigentums an der Bruttoproduktion der Industrie erhöhte sich von 75 Prozent im Jahr 1950 auf 83 Prozent im Jahr 1955. Im Agrarsektor stieg der Anteil der volkseigenen und genossenschaftlichen Betriebe an der landwirtschaftlichen Nutzfläche nach 1952 rasch an, von sieben Prozent im Jahr 1952 auf 27 Prozent im Jahr 1955 und auf 92 Prozent im Jahr 1960 (vgl. Statistisches Amt 1990, S. 36).

Der Einfluss der äußeren Faktoren auf die Entwicklung der DDR war sehr stark, weil diese – wie zuvor die SBZ – nicht nur zum Einflussbereich der Sowjetunion gehörte, sondern ihre Souveränität lange Zeit

auch durch die Sowjetische Militäradministration direkt eingeschränkt wurde.

Die Entwicklung der volkswirtschaftlichen Leistungskraft der DDR

Die Wirtschaftsleistung der DDR, ausgedrückt im BIP³ zu vergleichbaren Preisen, wuchs von 1950 bis 1989 etwa in gleichem Tempo wie die der Bundesrepublik: in der DDR auf das 5,6-Fache, in der BRD auf das 5,4-Fache. Die jährlichen Wachstumsraten des BIP gingen in beiden deutschen Staaten im Verlauf der 1970er und 1980er Jahre tendenziell zurück. Sie lagen in der DDR mit Ausnahme eines Jahres (1986) aber durchweg über zwei Prozent.

Bis weit in die 1950er Jahre wurde die wirtschaftliche Entwicklung vor allem durch die ungünstigen Ausgangsbedingungen infolge der Reparationsbelastungen und der Spaltungsdisproportionen dominiert. Das verfügbare ökonomische Potenzial wurde auf die Stärkung der Investitionen und den Ausbau der Schwerindustrie konzentriert. Das Wachstum und besonders die Verbesserung des Lebensstandards der Menschen blieben hinter der Entwicklung in der BRD zurück. Im letzten Zeitabschnitt der Existenz der DDR gewannen Stagnationstendenzen an Gewicht, vor allem infolge der Starrheit der Planung und der Unfähigkeit, dringend notwendige Wirtschaftsreformen durchzuführen. Hinzu kamen die Verschärfung der Absatz- und Preisprobleme in den Außenhandelsbeziehungen zu den westlichen Industrieländern und der Rückgang der Lieferungen von Erdöl und anderen Rohstoffen aus der Sowjetunion.

Um die Erhöhung des Wohlstands der Bevölkerung und die Veränderung der relativen Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der Volkswirtschaft der DDR zu beurteilen, genügt es jedoch nicht, sich auf das Wirtschaftswachstum zu stützen. Hierfür müssen vor allem solche Indikatoren herangezogen werden, die Auskunft geben über

3 Obgleich das BIP eine Reihe von Widersprüchen enthält und die reale Wirtschaftsleistung nur bedingt widerspiegelt, muss es als Indikator genutzt werden, weil es bisher keine anderen adäquaten Kennziffern zur Messung der gesamtwirtschaftlichen Leistung gibt.

Veränderungen in den Produktionsstrukturen, die Übereinstimmung des Warenangebots mit der Bedarfsentwicklung, die Innovativität der Produkte und Technologien und die Effizienz des gesamten Reproduktionsprozesses. Hier bestanden weit größere Rückstände gegenüber der Bundesrepublik als beim Wachstum und bei der Höhe des BIP je Einwohnerin und Einwohner.

Die Bevölkerung der DDR ging von 1950 bis 1989 um neun Prozent von 18,4 auf 16,6 Millionen zurück. Demgegenüber erhöhte sich im gleichen Zeitraum die Anzahl der Erwerbstätigen um 17 Prozent von 8,3 auf 9,7 Millionen (vgl. Statistisches Amt 1990, S. 61). Diese gegenläufige Entwicklung beruhte vor allem auf einer zunehmenden Erwerbsbeteiligung, insbesondere der Frauen. Der Anteil der Erwerbstätigen an der gesamten Bevölkerung stieg von 45 auf 58,7 Prozent und lag damit um elf Prozentpunkte höher als in der BRD (47,3 Prozent) (vgl. Statistisches Amt 1990, S. 62).

Das BIP je Erwerbstätigen (die gesamtwirtschaftliche Produktivität) betrug in der DDR 1989 nach Untersuchungen von Heske 45 Prozent des westdeutschen Niveaus. Beim BIP je Einwohnerin und Einwohner lag diese Kennziffer mit 56 Prozent um rund zehn Prozentpunkte höher. Die Erhöhung des BIP je Erwerbstätigen spiegelt bei gleicher Arbeitszeit die Verbesserung der Effizienz der eingesetzten Arbeitskraft wider, während die Erhöhung des BIP je Einwohnerin und Einwohner darüber hinaus über die Nutzung des verfügbaren gesellschaftlichen Arbeitsvermögens Auskunft gibt.

Tabelle 1: Wachstum des BIP der DDR und der BRD insgesamt, je Einwohnerin und Einwohner und je Erwerbstätigen (1950 = 100), in vergleichbaren Preisen

Jahr	BIP		BIP je Einwohnerin/Einwohner		BIP je Erwerbstätigen	
	DDR	BRD	DDR	BRD	DDR	BRD
1950	100	100	100	100	100	100
1970	-	-	327	282	289	269
1989	558	534	617	430	477	380

Quelle: Heske 2009, S. 52, 66

Tabelle 2: BIP je Einwohnerin und Einwohner und je Erwerbstätigen in der DDR im Vergleich zur BRD (BRD=100), in vergleichbaren Preisen

Jahr	BIP je Einwohnerin/ Einwohner	BIP je Erwerbstätigen
1950	38,7	35,7
1970	44,8	38,4
1989	55,5	44,7

Quelle: Heske 2009, S. 302

Aus vorstehenden Tabellen ergibt sich, dass die 1950 vorhandenen Niveauunterschiede im Verlauf der vierzigjährigen Existenz der DDR zwar verringert werden konnten, aber bis zum Ende in beträchtlichem Umfang bestehen blieben. Gemessen am Jahr 1970 erhöhte sich das BIP bis 1989 zwar um 84 Prozent, die Inlandsverwendung stieg jedoch nur um 71 Prozent. In der Zeit von 1985 bis 1989 war die Inlandsverwendung in jedem Jahr um fünf bis acht Milliarden Euro (umgerechnet mit den Preisen von 1995), kumulativ um 34 Milliarden Euro geringer als das BIP (vgl. Heske 2009, S. 248). Hier schlugen sich nicht nur die Exportüberschüsse nieder, die für den Schuldendienst aufgebracht werden mussten, sondern auch die für die DDR ungünstige Entwicklung der Terms of Trade. Der Inlandsaufwand für eine Exporterlöseinheit in D-Mark bzw. frei konvertierbarer Währung erhöhte sich in einem gesamtwirtschaftlich spürbaren Ausmaß. Im Durchschnitt musste für 100 Valutamark (eine VM entsprach einer D-Mark) Exporterlös auf den westlichen Märkten im Jahr 1980 ein Inlandsprodukt von 250 Mark der DDR und im Jahr 1989 eines von 440 Mark der DDR bereitgestellt werden (vgl. Heske 2009, S. 140). Dazu trug auch der sprunghafte Anstieg vieler Rohstoffpreise bei, insbesondere der Erdöl- und Erdgaspreise.

Hieraus entstanden wiederum Gleichgewichtsstörungen, die eine der Ursachen für Mangelerscheinungen im Warenangebot für die Bevölkerung und bei der Deckung des Bedarfs der Betriebe an Rohstoffen, Materialien und Ausrüstungen darstellten. Die Investitionsmöglichkeiten blieben beträchtlich hinter den Erneuerungs- und Modernisierungserfordernissen und das Innovationstempo deutlich hinter der interna-

tionalen Entwicklung zurück (vgl. Steiner 2004; Steinitz 2007). Hier wird ein Grundproblem der von der SED 1971 verkündeten Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik deutlich. Ein an sich richtiges, auf die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen gerichtetes Ziel führte nicht zu den erhofften Wirkungen, sondern infolge gravierender Änderungen des außenwirtschaftlichen Umfelds, aber auch aufgrund voluntaristischer Entscheidungen, zu Störungen des volkswirtschaftlichen Gleichgewichts, insbesondere der Beziehungen zwischen den Sozialleistungen und der wirtschaftlichen Leistungssteigerung. Aber auch für die 1970er und 1980er Jahre gilt, dass die vorgenommenen Erhöhungen der Einkommen und Sozialleistungen überwiegend durch die eigene wirtschaftliche Leistung und nicht durch Auslandsschulden gedeckt wurden.

Eine Analyse der Entwicklung der Einkommen in der DDR, darunter der Arbeitseinkommen, und ihr Vergleich mit der Einkommensentwicklung in der Bundesrepublik werden durch mehrere Faktoren erschwert:

- Die Anteile der Steuern und Sozialabgaben an den Bruttolöhnen waren in der DDR wesentlich niedriger. Die Differenz zwischen Brutto- und Nettolohn betrug 1989 in der BRD 32,4 Prozent, in der DDR jedoch nur 13,5 Prozent. 1989 erreichten die Bruttolöhne in der DDR etwa ein Drittel des Westniveaus, während die relative Höhe der Nettolöhne zwischen 40 und 50 Prozent lag (vgl. Mittelbach 2005, S. 27 f.).
- Für Waren des Grundbedarfs und für Dienstleistungen der Daseinsvorsorge gab es in der DDR hohe staatliche Preissubventionen zur Sicherung eines stabilen Niveaus der Preise und Tarife für die Bevölkerung (Mieten, Tarife für Energie, Wasser, Leistungen des ÖPNV u.a.). Die Höhe der hierfür erforderlichen Subventionen nahm in den 1980er Jahren sprunghaft zu, vor allem als Folge der höheren Preise für Energieträger und landwirtschaftliche Erzeugnisse.
- Bildungs- und Gesundheitsleistungen waren für die Bevölkerung unentgeltlich, Kita- und Ferienplätze preisgünstig; sie belasteten das private Budget also nicht bzw. kaum.

- Darüber hinaus muss berücksichtigt werden, dass in der DDR und in der BRD völlig entgegengesetzte Preisstrukturen für Konsumgüter und Dienstleistungen existierten.

Das relative Einkommensniveau je Person erreichte in Arbeitnehmerhaushalten der DDR infolge des im Vergleich zu Westdeutschland höheren Beschäftigungsgrades der Frauen (größerer Anteil von Doppelverdienerinnen bzw. -verdienern je Haushalt) und der Subventionen („zweite Lohntüte“) rund zwei Drittel des Westniveaus. Die staatlichen Stützungen zur Sicherung konstanter Preise für Waren des Grundbedarfs sowie der Tarife für Dienstleistungen allgemeiner Art stiegen von 1980 bis 1989 auf das Dreifache, von 16,9 Milliarden auf 49,8 Milliarden Mark der DDR. Die Subventionen zur Stützung der Lebensmittelpreise wuchsen in dieser Zeit besonders stark, von 7,8 Milliarden auf 31,9 Milliarden Mark der DDR (berechnet auf der Basis des Statistisches Amtes 1990, S. 301, 315). Damit erhöhte sich der Anteil der Preisstützungen an den Gesamtausgaben des Staatshaushalts von 15 auf 25 Prozent.

Diese Preissubventionen erfüllten einerseits eine wichtige sozialpolitische Funktion, führten aber andererseits auch dazu, dass der Spielraum für Lohnerhöhungen und eine differenzierte Lohnpolitik zu gering war und sich in den 1980er Jahren weiter verengte. Sie trugen außerdem dazu bei, dass die Handlungsspielräume für Investitionen in die produktive Basis sowie zur Entwicklung der Infrastruktur und des Umweltschutzes immer kleiner wurden. Darüber hinaus führten die Störungen in der Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern und der Betriebe mit Materialien, Zulieferungen und Ausrüstungen nicht nur zu Unzufriedenheit in der Bevölkerung, sondern auch zu Beeinträchtigungen des Wirtschaftsablaufs und zu Produktivitäts- und Effektivitätsverlusten.

Die Entwicklung der Bruttoinvestitionen wies in der DDR in den einzelnen Etappen ein unterschiedliches Bild auf. In den Jahren zwischen 1950 und 1970 nahmen sie schneller zu als die Konsumtion, auf das 6,3-Fache gegenüber dem 2,7-Fachen, während sie von 1970 bis 1989 langsamer wuchsen, auf das 1,5-Fache gegenüber dem 1,8-Fachen.

Der extrem hohe Rückstand der DDR gegenüber der Bundesrepublik bei den Bruttoinvestitionen je Einwohnerin und Einwohner konnte zwar gesenkt werden (vgl. Heske 2009, S. 76 f.), blieb aber die ganze Zeit über bestehen. Das eigentliche Problem der Investitionen war jedoch nicht das zu geringe absolute Volumen, sondern ihre ungünstige Struktur. Dies betraf zum einen die Bereichs- und Zweigstruktur, insbesondere die sehr hohen Anteile, die für die Energiewirtschaft und insgesamt die Grundstoffindustrie eingesetzt wurden, und die zu geringen Anteile für die verarbeitende Industrie, die Infrastruktur und die Umwelt. Zum anderen bezieht sich dies auf die Relationen zwischen Erweiterungsinvestitionen auf der einen und Modernisierungs- und Ersatzinvestitionen auf der anderen Seite. Der hohe Druck auf die Vergrößerung der Produktionskapazitäten durch Erweiterungsinvestitionen führte zu starken Defiziten in der Modernisierung und bei der Aussonderung veralteter Anlagen. Dies schlug sich wiederum in Qualitäts- und Effizienzurückständen des Anlagevermögens und bei den Innovationen sowie in zu hohen Produktionskosten nieder.

Die DDR stand bei vielen Hightech-Produkten – die für Erzeugnis- und Technologieinnovationen sowie als Zulieferungen für den Export von Maschinen und Anlagen auf den westlichen Märkten unabdingbar waren – vor der Alternative, entweder auf ihre Produktion zu verzichten oder sie mit überhöhten Aufwendungen infolge geringer Stückzahlen (nicht realisierte Skalenerträge) herzustellen. In beiden Fällen waren Effektivitätsverluste das Ergebnis. Dieses Dilemma war besonders ausgeprägt bei neuen hochintegrierten mikroelektronischen Bauelementen und bei Geräten der Informations-, Kommunikations- und Regelungstechnik, z.B. bei numerischen Steuerungen für Werkzeugmaschinen, und führte beim Export in das Nichtsozialistische Wirtschaftsgebiet (NSW) zu beträchtlichen Schmälerungen der Exporterlöse. Diese Problematik wurde dadurch verstärkt, dass es nicht gelang, im RGW ein Niveau der Zusammenarbeit und Arbeitsteilung in der Forschung, bei den Investitionen und in der Produktspezialisierung zu erreichen, das den neuen Anforderungen der Hochtechnologien und der Beschleunigung der Innovationsprozesse entsprach.

Die DDR-Wirtschaft wies zweifellos beträchtliche Defizite im Inno-

vationsprozess sowie in ihren Verflechtungen mit den internationalen Märkten auf. In einigen Publikationen werden diese Probleme jedoch verabsolutiert; auf dieser Grundlage wird die 40-jährige Entwicklung der DDR äußerst einseitig bewertet. Dies dient dann auch dazu, die bisher unbefriedigenden ökonomischen Ergebnisse beim *Aufbau Ost* auf die Erblasten der DDR zurückzuführen. Beispielfhaft hierfür stehen bestimmte Aussagen von Karl-Heinz Paqué: Er schreibt zum Beispiel, dass es in der DDR einen „Außenhandel in nennenswertem Umfang [...] nur mit den osteuropäischen Planwirtschaften“ gegeben habe (Paqué 2009, S. 5). Der Anteil des Außenhandels mit dem Nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet (NSW) am DDR-Außenhandel insgesamt betrug aber rund ein Drittel. Das jährliche Volumen der Exporte in diese Ländergruppe lag in den 1980er Jahren zwischen 20 und 30 Milliarden VM. Der Außenhandelsumsatz der DDR mit dem NSW stieg seit 1970 rascher als der Außenhandelsumsatz insgesamt.

Ferner behauptet Paqué: „Es wurden die falschen Güter in den falschen Mengen am falschen Ort produziert.“ (Paqué 2009, S. 6) Dazu ist zu bemerken, dass mit der Konzentration der Investitionen auf den Aufbau wichtiger Kapazitäten für den Export und die Nutzung der eigenen Rohstoffressourcen unter anderem solche leistungsfähigen Unternehmen aufgebaut wurden wie die Betriebe des Schiffbaus in den Ostseestädten, das Braunkohleveredlungskombinat und spätere Gaskombinat „Schwarze Pumpe“, das Erdölverarbeitungswerk Schwedt sowie Kapazitäten des Werkzeugmaschinenbaus in Chemnitz, Leipzig, Magdeburg und Berlin.

Zweifellos wurde die Entwicklung der DDR-Wirtschaft dadurch gehemmt, dass der Zugang zum Weltmarkt eingeschränkt war und es keine wirkliche Rückkopplung zwischen den auf dem Weltmarkt erzielten Exportpreisen und dem inneren Reproduktionsprozess der Unternehmen gab. Die Produktion blieb weitgehend von den ökonomischen Wirkungen des internationalen Wettbewerbs abgeschirmt. Es gab jedoch seit den 1960er Jahren verstärkte Anstrengungen, mit Hilfe von Marktanalysen, durch die Teilnahme an Messen, die Mitgliedschaft in internationalen wissenschaftlich-technischen Gesellschaften, die Mitarbeit in internationalen Normenausschüssen (ISO), Export-

und Importverhandlungen mit westlichen Unternehmen und auch mit den Aktivitäten des Bereichs „kommerzielle Koordinierung“ (Koko) Informationen über die Produkt- und Technologieinnovationen in den führenden westlichen Industrieländern zu gewinnen. Diese wurden für die Ausarbeitung der Zielstellungen zur Erzeugnis- und Technologieentwicklung in den Plänen Wissenschaft und Technik genutzt, um konkurrenzfähige Erzeugnisse für das Inland und für den Export herzustellen. Viele Erzeugnisse insbesondere des Maschinen- und Anlagenbaus genossen auch bei westlichen Partnern eine hohe Wertschätzung. Paqués Bewertung lautet jedoch, dass „das sozialistische Management auf jahrzehntelange Abschottung vom Weltmarkt setzte und damit jede Innovationskraft abwürgte“ (Paqué 2009, S. 14).

Äußere Entwicklungsbedingungen der DDR-Wirtschaft

Zur Analyse und Bewertung der ökonomischen Entwicklung der DDR und schließlich ihrer Implosion gehört die Sicht auf den Einfluss externer Faktoren, die für sie einerseits existenziell waren und einen alles in allem verlässlichen Rahmen boten, ihr andererseits aber wie Bleigewichte anhängen (vgl. hierzu Luft 1996, S. 75-91; Mai 2009; Wenzel 2005; Roesler 2006):

- Über einen langen Zeitraum war die Sowjetunion stabiler Hauptrohstofflieferant; im RGW hatte sie darauf gewissermaßen das Monopol. Dies verhalf ihr dazu, den Abnehmerländern Bedingungen für die Struktur und den Umfang der Gegenlieferungen zu stellen. 70 Prozent des DDR-Imports aus der Sowjetunion entfielen auf Energieträger, Rohstoffe und Material (vgl. Schürer 1999, S. 75). In der zweiten Hälfte der 1970er Jahre trat bei den Rohstoffbezügen der DDR eine dramatische Lage ein: Die Sowjetunion erklärte, nur die Hälfte des geplanten DDR-Bedarfs an Erdöl, Erdgas, Walzstahl, Aluminium, Kautschuk, Kupfer u.a. liefern zu können (vgl. Wenzel 2005, S. 21). Gleichzeitig erhöhte sich der Bezugspreis für sowjetisches Erdöl in Anpassung an die gestiegenen Preise auf dem Weltmarkt im Zeitraum von 1970 bis 1980 von 13,3 Rubel je Tonne auf 70,7 Rubel, das heißt auf das 5,3-Fache. Die Gegenlieferungen

der DDR stiegen dadurch sprunghaft an und verminderten das für die Inlandsverwendung verfügbare Produkt. 1982 kam es zu einer weiteren Reduzierung der Erdöllieferungen um jährlich zwei Millionen Tonnen. Das machte kostspielige technologische Investitionen in der Mineralölverarbeitung und zur Ablösung von Heizöl sowie importiertem Erdgas erforderlich. Zugleich verringerten sich hierdurch für die DDR die Möglichkeiten, veredelte Erdölprodukte günstig auf dem Weltmarkt zu verkaufen. Ein empfindlicher Einnahmenverlust in konvertierbarer Währung war die Folge.

- Die Außenwirtschaft hatte sich nicht organisch entsprechend den natürlichen Voraussetzungen der DDR entwickelt. Sie unterlag in hohem Grade der Fremdsteuerung durch die Sowjetunion. Die DDR hatte ihre Produktionspalette vor allem auf deren Bedarf auszurichten. Sie sollte dazu beitragen, den Industrialisierungsrückstand des Riesenlandes aufzuholen, den „Maschinenhunger“ der sowjetischen Landwirtschaft zu stillen sowie den Bedarf an Transportausrüstungen und Infrastruktureinrichtungen zu decken. Die ostdeutsche Wirtschaft war wichtig als Lieferant von Technik mit westlichem Standard. Sie leistete gewissermaßen einen Technologietransfer, auch mit Hilfe des innerdeutschen Handels, aber zu östlichen Konditionen und ohne Anspruch auf Devisen. Gefragt waren ostdeutsche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Technikerinnen und Techniker, anfangs für die Herstellung von Atom- und Wasserstoffwaffen, später für die Konstruktion und den Bau von Flugzeugen und Raketen. Schließlich sollte die DDR-Wirtschaft die sowjetische Ökonomie von zivilen Aufgaben entlasten, um ihr den Rücken für die Rüstungsproduktion freizuhalten. Die Sowjetunion wurde zum Haupthandelspartner der DDR und war durch sie auch im RGW in die Rolle eines Hauptproduzenten und -lieferanten investitions- und materialintensiver Güter gedrängt worden. Die Liste der Exporte der DDR in die Sowjetunion umfasste jährlich hohe Stückzahlen von Reisezugwagen, Kühlwaggons, Großdieselmotoren, Hafenkränen, Eisenbahn- und Raupendrehkränen, weitere große Posten von Erzeugnissen des Maschinenbaus, der Elektrotechnik und des Anlagenbaus sowie ganze Serienaufträge

des Schiffbaus (vgl. Schürer 1999, S. 400). Die Lieferdimensionen stellten die DDR vor große Herausforderungen und Probleme; gleichzeitig ergaben sich bedeutende Vorteile durch Skaleneffekte und Abnahmesicherheit.

- Mit dem staatlichen Außenhandels- und Valutamonomopol war der DDR von der Sowjetunion das in den 1920er Jahren entstandene sowjetische Modell vorgegeben worden. Außenhandelsmonopol bedeutet: Der Staat organisiert die Abwicklung der Ex- und Importe und bestimmt durch Pläne Umfang und Sortiment des Handels mit jedem einzelnen Land. Valutamonomopol heißt, dass der kommerzielle internationale Zahlungs- und Verrechnungsverkehr nur von dazu autorisierten staatlichen Banken vorgenommen wird und ausländische Währungen aus dem Geldumlauf im Innern herausgehalten werden. Devisenerlöse aus dem Export wurden staatlich vereinnahmt, den Produzenten wurde der in die Inlandswährung umgerechnete Erlös gutgeschrieben. Die tatsächlichen Auslandsenerlöse hatten für ihr wirtschaftliches Resultat keine Wirkung. Devisen für Importe wurden ebenfalls zentral bereitgestellt, nachdem die Abnehmer den entsprechenden Gegenwert in Inlandswährung aufgebracht hatten. Die strikte Trennung der Produktionsbetriebe von den Außenmärkten sowohl in organisatorischer als auch in preislicher Hinsicht führte dazu, dass sie weitestgehend vor den Einflüssen des Weltmarktes „geschützt“ und internationale Produktionsverbünde schwer zu organisieren waren. Ende der 1970er, Anfang der 1980er Jahre wurde diese Praxis allerdings schrittweise gelockert. Von einer totalen Abschottung bis zum Ende der DDR kann deshalb keine Rede sein.
- Der Handel mit den RGW-Ländern beruhte dem Wesen nach auf einem Tausch „Ware gegen Ware“. De jure war der RGW eine Organisation, die die multilaterale Zusammenarbeit seiner Mitgliedsländer initiieren und stimulieren sollte. De facto aber wurde streng auf ausgeglichene bilaterale Handelsbilanzen geachtet. Die fehlende Konvertibilität der Gemeinschaftswährung „Transferabler Rubel“, aber auch der Landeswährungen, machte es unmöglich, den in einem Land erzielten Exportüberschuss für Importe in einem

anderen zu verwenden. Die Exportkraft des schwächeren Partners bestimmte den Umfang des gegenseitigen Austausches. Absolute und komparative Vorteile konnten nur beschränkt genutzt werden. Außenhandelsstruktur und -volumen entsprachen mehr politischen Vorgaben als betriebswirtschaftlicher Kalkulation. Insofern hätten die Beziehungen nach 1990 nicht voll in der hergebrachten Form aufrechterhalten werden können. Aber eine kritische Analyse der Stärken des DDR-Handels und der politische Wille, sie im Interesse des Arbeitsplatzerhalts für Hunderttausende zu nutzen und auszubauen, hätte den abrupten Absturz der Umsätze verhindern können. Der Exportüberschuss der DDR gegenüber der Sowjetunion wuchs in den 1980er Jahren ungeachtet der Forderung nach bilateral ausgeglichenen Bilanzen beträchtlich an. An ihrem Ende hatte die DDR Guthaben gegenüber der Sowjetunion in Höhe von 7,4 Milliarden Transferrubel.

Die Außenwirtschaft war ein Feld, auf dem sich der Kalte Krieg und die Systemauseinandersetzung besonders deutlich abspielten und auswirkten. Seit der Gründung der DDR im Jahre 1949 wurde vom kapitalistischen Westen ein politischer, wirtschaftlicher und ideologischer Kampf gegen sie geführt, um ihre Entwicklung zu ver-, mindestens aber zu behindern. Die BRD hatte in der Hallstein-Doktrin offen den Grundsatz ihrer Deutschlandpolitik formuliert: Es gibt nur einen deutschen Staat! Diese Maßgabe wurde mit außenpolitischem und ökonomischem Druck derart durchgesetzt, dass es die übrige Welt in den ersten zwanzig Jahren der DDR-Existenz – abgesehen von 13 sozialistischen Staaten – nicht wagte, diplomatische Beziehungen mit ihr aufzunehmen. Es gab keine Wirtschafts- und Handelsabkommen und keine oder nur eine eingeschränkte Meistbegünstigung. Diese Situation verlangte von der DDR fortgesetzt, Lösungen zu finden, um dennoch das Gemeinwesen stetig zu entwickeln und die Lebenslage der Bevölkerung zu verbessern. Diese Selbstbehauptung der DDR war mit hohen Kosten, vielen Einbußen und ökonomischen Verlusten verbunden.

Triebkräfte und Hemmnisse der wirtschaftlichen Entwicklung – Defizite der zentralistischen Planwirtschaft

In der DDR wurden auf der Grundlage der Pläne die verfügbaren Ressourcen auf Schwerpunkte der wirtschaftlichen und regionalen Entwicklung konzentriert. Dadurch gelang es vor allem im ersten Jahrzehnt des Bestehens, die aus dem Zerreißen des Wirtschaftsgefüges Deutschlands und dem Abbau der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen resultierenden volkswirtschaftlichen Disproportionen zu verringern. Entscheidend hierfür waren der Aufbau einer metallurgischen Basis, die Schaffung leistungsfähiger Kapazitäten zur umfassenden Nutzung der einheimischen Braunkohle und zur Verarbeitung des aus der Sowjetunion importierten Erdöls sowie der Ausbau der Kapazitäten des Schwermaschinen- und Anlagenbaus. Mit dem zentral festgelegten Investitionseinsatz konnten auch regionale Ungleichheiten verringert werden, unter anderem durch den Aufbau leistungsfähiger Kapazitäten des Schiffbaus und dazu erforderlicher Zulieferungen im bis dahin industriell rückständigen Mecklenburg.

Mit den sich ändernden Bedingungen der wirtschaftlichen Entwicklung – insbesondere der Verlagerung der Anstrengungen von einer quantitativen Ausdehnung der Produktion und einer Erweiterung des Ressourceneinsatzes auf deren intensive und effektive Nutzung, auf die Qualität der Produktion und auf Innovationen – wurden die Schwächen der praktizierten zentralistischen Planwirtschaft zunehmend sichtbar. Die DDR blieb bis zum Ende dem in die Krise geratenen fordistischen Produktions- und Konsumtionsmodell verhaftet (vgl. Busch 2009b). Charakteristisch hierfür waren die vorrangige Orientierung auf quantitatives Wachstum und die Vernachlässigung der Erfordernisse einer ökologisch nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung (vgl. Kapitel 6.5).

Grundlegende Hemmnisse für Innovationen und eine Effizienzsteigerung waren insbesondere:

- Die Potenziale der lebendigen Arbeit wurden für die Steigerung von Produktivität und Effizienz nur unvollständig wirksam, weil die selbstbestimmten und emanzipativen Züge der Arbeit unzureichend gefördert wurden, sich nur schwach herausbilden konnten

und die Entfremdung der Arbeit nicht überwunden wurde. Dies wurde noch dadurch verstärkt, dass die persönliche Motivation der in Forschung und Entwicklung Tätigen und aller Erwerbstätigen, sich für Innovativität, Ressourceneinsparung, Qualitätsverbesserung und Produktivitätssteigerung einzusetzen, nur schwach ausgebildet war. Dies war vor allem eine Folge davon, dass es nicht gelang, das Leistungsprinzip konsequent durchzusetzen und die Starrheit der Planung zu überwinden. Als Motivationshemmnis wirkten sich auch Produktionsausfälle und andere Störungen des Produktionsablaufs aus.

- Die Betriebs- und Unternehmensleitungen und die Belegschaften waren kaum an der Verbesserung der Ergebnisse interessiert. Die ökonomischen Interessen der Unternehmen wurden vernachlässigt, sodass sie oft in Widerspruch zu den gesamtwirtschaftlichen und gesellschaftlichen Interessen gerieten. Die Anstrengungen in der Planungsphase wurden stärker darauf gerichtet, mehr Ressourcen zu erhalten, als darauf, diese effektiver einzusetzen. Die Spielräume für eigenverantwortliches Handeln in den Betrieben und Kombinatens waren infolge der zentralen Festlegung großer Teile des Produktionsprogramms und der geringen Möglichkeiten für die Verwendung eines Teils des Gewinns für Investitionen äußerst eingeschränkt. Hinzu kam, dass es keine wirkliche demokratische Mitbestimmung der Belegschaften in der Planung und bei betrieblichen Entscheidungen gab.

Anfang der 1960er Jahre war bereits zunehmend deutlich geworden, dass das administrativ-zentralistische Planungs- und Leitungssystem keine ausreichend effiziente, innovative und damit international wettbewerbsfähige Wirtschaftsentwicklung gewährleisten konnte. Ähnliche Erkenntnisse gab es auch in anderen staatssozialistischen Ländern Mittel- und Osteuropas, weshalb es in 1960er Jahren fast überall zu Reformen im Wirtschaftsmechanismus bzw. zu Reformbemühungen in der Gesellschaft kam.

War die DDR 1989 wirtschaftlich bankrott?

Die ökonomischen Probleme der DDR hatten sich insbesondere in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre verschärft. Die Widersprüche zwischen den hohen Exporterfordernissen zur Sicherung dringender Importe sowie den Verpflichtungen aus dem Schuldendienst auf der einen und der Inlandsverwendung für Konsumtion und Investitionen auf der anderen Seite spitzten sich zu. Ständige Mangelerscheinungen bei der qualitäts- und bedarfsgerechten Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern und Dienstleistungen konnten nicht überwunden werden. Die drückenden Belastungen der Auslandsschulden gegenüber dem NSW nahmen zu. Kein Bereich blieb hiervon unberührt.

In diesem Zusammenhang sind einige Bemerkungen zu den Auslandsschulden der DDR Ende der 1980er Jahre notwendig. Sie werden bis heute in Erklärungen von Politikerinnen und Politikern, aber auch in Publikationen als Ausdruck für den angeblich kurz bevorstehenden Bankrott der DDR-Wirtschaft angegeben. Woher aber stammt die seit Februar 1990 verbreitete Alarmmeldung, die DDR sei bankrott? Als „Kronzeugen“ gelten bis heute der Vorsitzende der Staatlichen Plankommission, Gerhard Schürer, und der Chef des Außenhandelsbereichs Kommerzielle Koordinierung, Alexander Schalck-Golodkowski, sowie drei weitere Autoren einer von Egon Krenz am 24. Oktober 1989 in Auftrag gegebenen „Analyse“. Darin gehen die Autoren von einer unmittelbar bevorstehenden Zahlungsunfähigkeit aus. Für Ende 1989 erwarteten sie Schulden in konvertierbarer Währung in Höhe von 49 Milliarden VM respektive D-Mark (vgl. Schürer 1992, S. 1112 f.).

Daran hätte die Volkswirtschaft tatsächlich ersticken können, weniger wegen der nominalen Höhe der Verbindlichkeiten, sondern weil die Mittel für den Schuldendienst mit immer höherem Inlandsaufwand erwirtschaftet werden mussten. Es zeigte sich allerdings bald, dass die Westverschuldung überhöht angegeben war. Doch die Panikziffer wurde von offizieller Seite sofort aufgegriffen und als Hebel für die Durchsetzung eigener Interessen genutzt. Bis heute werden genüsslich Verschuldungszahlen aus dem Schürer-Papier kolportiert, obwohl diese mehrmals öffentlich korrigiert wurden. Schürer hatte bereits Ende November 1989 die Volkskammer der DDR darüber informiert, dass

die Westverschuldung der DDR nicht 49 Milliarden D-Mark, sondern nur 38 Milliarden D-Mark beträgt. Unter dem Druck der Ereignisse hatte der Bereich Kommerzielle Koordinierung zu einem Teil seine bis dahin streng geheim gehaltenen, außerhalb der offiziellen Zahlungsbilanz geführten Devisenreserven offengelegt. Voll aufgedeckt waren sie zu diesem Zeitpunkt immer noch nicht. Am 11. Mai 1990 gab der Finanzminister der de-Maiziere-Regierung, Walter Romberg, vor der Volkskammer bekannt, dass die Auslandsverschuldung gegenüber westlichen Ländern per 31. März 1990 27,2 Milliarden D-Mark betrug. Im Monatsbericht der Bundesbank vom Juli 1990 wurden die zu diesem Zeitpunkt erfassten Verpflichtungen in konvertierbaren Devisen mit 24,7 Milliarden D-Mark angegeben. Die Lage hatte sich also entdramatisiert. Schließlich wies die Deutsche Bundesbank in einem abschließenden Bericht 1999 als Netto-Schuldenstand der DDR in konvertierbaren Devisen am 30. Juni 1990 19,9 Milliarden D-Mark aus (vgl. Deutsche Bundesbank 1999, S. 60).

Die Auslandsschulden hätten auch unter Berücksichtigung dieser Korrekturen weitgehende Konsequenzen für die ökonomische Entwicklung der DDR gehabt, die die schon vorhandenen Probleme in der Konsumtion und in der Bereitstellung von Investitionsgütern weiter zugespitzt hätten. Es gab damals jedoch viele Länder mit einer wesentlich höheren absoluten und Pro-Kopf-Auslandsverschuldung, deren Wirtschaft nicht bankrott gegangen ist. So betrug zum Beispiel die Netto-Auslandsverschuldung je Einwohnerin und Einwohner in Polen das 1,8-Fache und in Ungarn mehr als das Dreifache der DDR. Interessant ist auch ein Vergleich der damaligen Nettoschuldenquote der DDR in konvertierbarer Währung (Nettoschulden im Verhältnis zum BIP) mit der Nettoschuldenquote einiger hoch verschuldeter EU-Länder im Jahr 2009. Nach den umgerechneten Daten zum BIP der DDR im Jahr 1989 (366 Milliarden D-Mark, vgl. Tabelle 1 im Tabellenanhang), betrug ihre Nettoschuldenquote in konvertierbarer Währung rund sechs Prozent (gegenüber den RGW-Ländern hatte die DDR einen positiven Saldo). Die Nettoschuldenquoten betrugen 2009 in Spanien rund 97 Prozent und in Griechenland 96 Prozent, in Portugal und Irland lagen sie 2008 bei 92 Prozent bzw. 55 Prozent (vgl. Deutsche

Bundesbank 2010, Monatsbericht Juli, S. 21.). Die Behauptung, die DDR sei Ende 1989 pleite gewesen, ist also zu verneinen. Ein Staat ist pleite, wenn er seinen fälligen Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen kann und international als nicht mehr kreditwürdig gilt. Beides traf auf die DDR nicht zu.

Bis heute stößt man in der Literatur und in regierungsamtlichen Dokumenten darauf, dass die geringen Fortschritte und die weitgehende Stagnation im ökonomischen und sozialen Angleichungsprozess seit Mitte der 1990er Jahre im Wesentlichen mit den Erblasten der DDR-Wirtschaft erklärt werden. Dies ist um so weniger überzeugend, als die nicht wettbewerbsfähigen Betriebe fast vollständig liquidiert und in den weiter bestehenden Betrieben die Produktionsanlagen weitgehend erneuert worden sind.

Ungeachtet der Fehlentwicklungen und Defizite des Staatssozialismus gab es bis zum Ende der Existenz der DDR wichtige Seiten in den sozialen Beziehungen der Menschen sowie in den Lebens- und Arbeitsbedingungen, die es wert gewesen wären, bei der Transformation in das kapitalistische Gesellschaftssystem der Bundesrepublik erhalten und weiterentwickelt zu werden. Hierzu gehören nicht nur die oft hervorgehobenen positiven Seiten des Bildungssystems (längeres gemeinsames Lernen, polytechnischer Unterricht), im Gesundheitswesen (die Kooperation verschiedener Fachspezialisten in den Polikliniken, engere Beziehungen zwischen der ambulanten und der stationären medizinischen Versorgung in Krankenhäusern), die flächendeckende Kinderbetreuung, die Verwirklichung des Rechts auf Arbeit, die Fortschritte in der Gleichstellung der Frauen durch eine hohe Beteiligung am Erwerbsleben und das Fehlen von Obdachlosigkeit, sondern auch Veränderungen im Wertesystem und im Bewusstsein. Das Geld spielte nicht die dominante, allem übergeordnete Rolle. Soziale Gerechtigkeit, soziale Sicherheit und Solidarität standen weiter oben in der Prioritätenliste des Wertesystems der Menschen.

Nachdem die Sowjetunion die DDR faktisch aufgegeben hatte, war klar, dass sie als zweiter selbstständiger deutscher Staat keine Perspektive haben würde. Die deutsche Vereinigung wurde daher 1990 historisch zu einer unabdingbaren Notwendigkeit.

3 Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland seit der Vereinigung

3.1 Die Entwicklung in den neuen Bundesländern

Die Freude über die Vereinigung, von vielen als „Glücksfall“ der Geschichte betrachtet, wurde bald von einer tiefen Transformationskrise, einem Elitenaustausch, massenhafter Migration sowie sozialen Umwälzungen überschattet. Trotz danach erreichter Fortschritte sind die Aufbauenerfolge „Ost“ hinter den ursprünglichen Erwartungen vieler Bürgerinnen und Bürger zurückgeblieben (vgl. Bundesregierung 2009; IW 2009; DIW 2009; Ludwig 2009 und 2010).

Der Angleichungsprozess Ost-West hat seit der Vereinigung mehrere Phasen durchlaufen (Transformationskrise, Aufschwung, Stagnation, neue Abkopplung), die von der gesamtdeutschen und der EU-Entwicklung beeinflusst wurden. Zehn Jahre nach der Vereinigung gelangte man auch in Kreisen der westdeutschen Wirtschaftsforschung zu der Einsicht, dass die ökonomische Vereinigung – trotz partieller Erfolge – im Kern ein Misserfolg war. Die politische Elite der vereinigten Bundesrepublik vernebelt in offiziellen Verlautbarungen die tatsächlich erreichten Ergebnisse durch Beschönigungen des *Aufbau Ost*. Wie vollzog sich demgegenüber die reale Entwicklung in den neuen Bundesländern?

Die *erste* Phase (1990/1991) ist vor allem durch die Auswirkungen der Währungsunion und der Treuhandprivatisierung auf die ostdeutschen Produktions- und Absatzbedingungen sowie den Arbeitsmarkt gekennzeichnet. Die Ergebnisse in dieser Phase waren, gemessen am Stand der DDR von 1989, ein Rückgang der Wirtschaftsleistung um ein Viertel, eine historisch einmalige Deindustrialisierung mit einem Absturz der Wertschöpfung des Verarbeitenden Gewerbes um mehr als zwei Drittel sowie der Verlust von über zwei Millionen Arbeitsplätzen mit einem sprunghaften Anstieg von Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit (vgl. Tabellen 2 und 10 im Anhang). Als Folge entstand eine tiefe Trans-

formationskrise, die sich insbesondere in der Herausbildung der ostdeutschen Wirtschaft als Transferökonomie äußerte (vgl. Vilmar 2000; Steinitz 1995; Nick 1993; Kirchlicher Herausgeberkreis 2007).

Die *zweite* Phase (1992 bis 1995) ist die nachfolgende Zeit einer hohen Wachstumsdynamik aus dem Krisentief 1991. Sie ist gekennzeichnet durch überdurchschnittlich hohe öffentliche und private Investitionen, insbesondere im Bau, und durch die Verstetigung von Arbeitsmarkt- und Strukturdefiziten in Verbindung mit einer weiteren Abwanderung und Transferabhängigkeit.

Die *dritte* Phase (1996 bis 2000) bedeutete den Übergang zur Stagnation. Die externen und internen Investitionen je Einwohnerin und Einwohner gingen zurück. In dieser Etappe war das Scheitern einer raschen Ost-West-Angleichung erkennbar (vgl. Thierse 2000).

Die *vierte* Phase (2001 bis 2008) ist gekennzeichnet durch die stärkere Einbeziehung der ostdeutschen Wirtschaft in die EU, durch die Einbindung des ostdeutschen in den westdeutschen Konjunkturzyklus, durch eine Erhöhung der ostdeutschen Exporte sowie durch eine zunehmende passive Annäherung des Ost-West-Leistungsniveaus je Einwohnerin und Einwohner infolge des Rückgangs der Wohnbevölkerung in den neuen Bundesländern (NBL). Während die Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe noch nicht dem DDR-Stand von 1989 (=100) entsprach, erreichte der Index des BIP im Jahr 2008 139 Prozent (vgl. Tabellenanhang, Tabellen 2 und 10).

Die *jüngste* Phase begann mit der Verschärfung der globalen Wirtschafts- und Finanzmarktkrise, die den weiteren Wachstumsprozess der ostdeutschen Wirtschaftskraft bremste und die soziale Differenzierung erhöhte. Gleichzeitig werden gemäß geltendem Solidarpakt II ab 2009 die Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen (SoBEZ) sukzessive zurückgeführt sowie die öffentlichen Neuverschuldungen begrenzt, womit sich die fiskalischen Mittel auch für kommunale Investitionen merklich verringern.

Bevor einige Entwicklungsschwerpunkte in den NBL charakterisiert werden, ist zunächst die Gesamtbilanz der zwanzigjährigen Periode seit der Vereinigung zu kennzeichnen.

Gesamtbilanz seit der Vereinigung

Tabelle 3: Ökonomische Hauptindikatoren Neue Länder (ohne Berlin) 1989 bis 2009

	1989	1991	2000	2008	2009
Bevölkerung in Millionen	15,2	14,5	13,9	13,1	13,0
Anteil an Deutschland in Prozent	19,2	19,0	16,9	16,0	15,8
Erwerbstätige in Millionen	8,9	6,8	5,9	5,8	5,8
Anteil an Deutschland in Prozent	22,7	17,6	15,1	14,4	14,3
BIP, jeweilige Preise in Milliarden Euro	187,2	107,3	234,6	289,1	282,3
Anteil an Deutschland in Prozent	11,6	7,0	11,4	11,6	11,7
Arbeitsproduktivität (BIP je Erwerbstätigen) in 1.000 Euro	21,1	15,8	39,7	50,0	49,1
Relation NBL/ABL (ABL=100)	44,2	34,9	71,9	77,6	79,2
BIP je Einwohnerin/ Einwohner in 1.000 Euro	12,2	7,3	16,9	22,1	21,8
Relation NBL/ABL (ABL=100)	54,9	33,3	62,6	68,4	70,5

Quelle: Statistisches Bundesamt, Arbeitskreis VGRdL 2010; Heske 2005; eigene Berechnungen

Der Stand der Angleichung der ostdeutschen Wirtschaft betrug 2009 etwa 70 Prozent, gemessen am Niveau des BIP je Einwohnerin und Einwohner, und rund 80 Prozent, gemessen am Stand der Arbeitsproduktivität. Dies bedeutet gegenüber der Ausgangssituation von 1989 einen beachtlichen Fortschritt. Verglichen mit dem Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse in Ost und West, wofür die Konvergenz der Pro-

duktivität und der wirtschaftlichen Leistungskraft die entscheidenden Voraussetzungen bilden, ist dies jedoch unzureichend und hat dramatische Langzeitfolgen: Für die ostdeutsche Unterentwicklungsregion entstand das Bild vom „Mezzogiorno Deutschlands“.

Tabelle 4: Wachstum der Wirtschaft 1989 bis 2009 und Anteilkennziffern 1991 bis 2008

Jahr	BIP insgesamt	BWS Verar- beitendes Gewerbe	Private Konsum- ausgaben	Bruttoan- lageinves- titionen	Bevölke- rung
	Neue Bundesländer 1989 = 100		Anteil NBL an Deutschland in Prozent		
1991	76,5	28,9	11,0	13,0	19,0
1995	114,2	43,1	13,5	24,5	17,4
2000	125,8	64,4	14,0	17,8	16,9
2005	132,1	84,0	13,3	13,7	16,2
2007	139,3	96,3	13,2	13,0	16,0
2008	140,6	98,1	13,1	12,8	16,0
2009	135,7	83,4	13,2	13,1	15,8

Geschätzte Ergebnisse 2008 und 2009 für private Konsumausgaben und Bruttoanlageinvestitionen durch das IW Halle. Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder; Heske 2009; Ludwig 2010; eigene Berechnungen

Die bisherige Entwicklung zeigt: Nach zwanzig Jahren liegt der relative Anteil der NBL am privaten Konsum noch durchgängig unter dem Anteil der NBL an der Bevölkerung. Für die Bruttoinvestitionen gilt dagegen, dass diese zeitweise über diesem Anteil lagen. Nach 1995 sind diese Anteile jedoch spürbar geschrumpft und liegen gegenwärtig ebenfalls unter dem Bevölkerungsanteil. Der Anteil des Staatskonsums der NBL übersteigt auffällig die Höhe der Anteile der anderen BIP-Verwendungspositionen (vgl. Busch/Kühn/Steinitz 2009, S. 175).

Die Vernichtung von Arbeitsplätzen in den NBL in der Transformationsperiode zeigt sich immer noch daran, dass der Anteil der NBL

an den Erwerbstätigen unter dem Bevölkerungsanteil liegt und die Arbeitslosigkeit in den NBL trotz ihres Rückgangs im Jahr 2010 noch immer deutlich höher ist als in den alten Bundesländern (ABL). Die Erwerbstätigenquote (Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter) war 2008 in den NBL mit 67,5 Prozent um sechs Prozentpunkte niedriger als in den ABL.

Im zwanzigsten Jahr der Einheit bestehen immer noch erhebliche strukturelle Defizite in den Arbeits- und Lebensverhältnissen. Zu den Defiziten in den Arbeitsbedingungen gehören neben der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit vor allem der hohe Anteil der Langzeitarbeitslosen, die überproportionale Ausdehnung des Niedriglohnsektors und der prekären Beschäftigung sowie die zunehmende Unsicherheit der Arbeitsverhältnisse. Dies hat natürlich nachhaltige Auswirkungen auf die sozialen Verhältnisse der Menschen, erkennbar etwa am weit überdurchschnittlichen Anteil der von Hartz IV und anderen Sozialleistungen abhängigen Menschen, an der weitgehenden Stagnation in der Lohnanpassung und am im Vergleich zu Westdeutschland noch stärkeren Zurückbleiben der Lohnentwicklung aller Beschäftigten gegenüber der Arbeitsproduktivität.

Während das relative Niveau der Lohnkonvergenz bis vor wenigen Jahren höher lag als die Konvergenz der Produktivität, ist diese Differenz im Angleichungsniveau 2009 gesamtwirtschaftlich aufgehoben. Im Verarbeitenden Gewerbe hat sich das Verhältnis sogar umgekehrt; das relative Produktivitätsniveau ist in den NBL höher als das relative Lohnniveau. Größere Ost-West-Unterschiede bestehen in der Struktur der Haushaltseinkommen privater Haushalte: Es gibt höhere Anteile der Sozialeinkommen (vor allem als Folge der hohen Arbeitslosigkeit) und geringere Einkommen aus Unternehmensgewinnen und Vermögen.

Die ambivalente ökonomische und soziale Situation in Deutschland 2010 macht deutlich: Die Vereinigung Deutschlands ist nicht vollendet, weil der staatlichen Einheit die wirtschaftliche und soziale Einheit nicht nachfolgten. Solange dies nicht der Fall ist, bleibt Deutschland in wesentlichen Grundzügen zweigeteilt. Die Ergebnisse der zwanzigjährigen wirtschaftlich-sozialen Entwicklung in der Bundesrepublik weisen ein

gegenläufiges Bild auf: Es wurden deutlich spürbare, wenn auch noch keine hinreichenden Fortschritte in der Angleichung der Lebensverhältnisse der ostdeutschen Bevölkerung erreicht. Insgesamt ist Ostdeutschland auch zwanzig Jahre nach der Herstellung der Einheit von einer „sich selbst tragenden wirtschaftlichen Entwicklung“ weit entfernt und weist Merkmale einer abhängigen und abgehangenen Transferökonomie auf. Der notwendige Wechsel der Entwicklungsstrategie in Richtung eines sozialökologischen Umbaus wurde noch nicht in breitem Ausmaß vollzogen.

Deutsch-deutsche Währungsunion

Die Währungsunion als Auftakt zur staatlichen Vereinigung stellte mit dem westdeutschen Geld-, Kredit- und Bankensystem eine komplexe neue Funktion der Marktsteuerung für die ostdeutsche Wirtschaft zur Verfügung. Für die ostdeutschen Unternehmen bedeutete die Währungsumstellung jedoch einen „Aufwertungsschock“, der zusammen mit der Markteroberung durch westdeutsche Unternehmen zum raschen Absturz der ostdeutschen Produktionsleistung führte und damit die Transformationskrise einleitete. Die seit dem 1. Juli 1990 in die DDR einströmenden westlichen Warenangebote entzogen den Ostprodukten schlagartig Absatzchancen auf dem Binnenmarkt. Die Ostexporte kollabierten, weil die Empfängerländer sich auf westliche Importe umorientierten bzw. nicht in Devisen zahlen wollten und konnten (siehe Kasten „Währungsunion“).

Durch die Währungsunion wurden die Bewertungen von Geld- und Anlagevermögen, Grundeigentum, Material- und Vorleistungen, sämtlichen Arbeitsleistungen sowie allen Renten- und Sozialeinkommen auf eine völlig neue Basis gestellt. Es folgte eine Neu-Bilanzierung der ostdeutschen privaten und öffentlichen Geld- und Sachvermögen sowie der Schuldenstände. Der Wohnbevölkerung der DDR ging durch den Währungsumtausch ein Drittel ihres Geldvermögens ersatzlos verloren. Den Unternehmen, Wohnungsbaugesellschaften und Kommunen wurden Schulden aufgebürdet, die eigentlich in den Staatshaushalt gehörten (vgl. Busch 2010).

Währungsunion

Gemäß den Festlegungen im Staatsvertrag vom 18. Mai 1990 erfolgte zum 1. Juli 1990 die Umstellung des Währungs-, Kredit-, Geld- und Münzwesens der DDR auf die D-Mark. Die deutsch-deutsche Währungsunion war darauf gerichtet, die DDR in den Geltungsbereich der D-Mark einzubeziehen. Damit aber war sie streng genommen weder dem Sinne noch der Form nach eine Währungsunion, worunter der Zusammenschluss souveräner Staaten mit vorher unterschiedlichen Währungen zu einem einheitlichen Währungsgebiet (Beispiel: Europäische Währungsunion) verstanden wird. Mit der Währungsunion wurden auch die Voraussetzungen für die Übertragung der Wirtschaftsverfassung der Bundesrepublik Deutschland auf das Territorium der DDR und für die Auslösung der marktwirtschaftlichen Transformation als Schocktherapie für die Volkswirtschaft der DDR geschaffen.

Im Vorfeld der Währungsunion galt es, die Frage nach dem Kursverhältnis zwischen DDR-Mark und D-Mark zu klären. Bis heute ist die Frage des richtigen Umtauschverhältnisses umstritten. Die Schwierigkeiten hingen damit zusammen, dass die Mark der DDR eine reine Binnenwährung und daher nicht konvertibel war. Für die Export- und Importbeziehungen zum „Nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet“, die Beziehungen zu den RGW-Ländern und den DDR-Binnenmarkt galten verschiedene Bedingungen: Die Binnenkaufkraft der DDR-Mark lag nach übereinstimmenden Untersuchungen gegenüber der D-Mark insgesamt etwas höher. Ausschlaggebend hierfür waren neben den staatlich gestützten niedrigen Preisen für Grundnahrungsmittel und Waren des Grundbedarfs die im Vergleich zur Bundesrepublik sehr geringen Mieten und Tarife für öffentliche Dienstleistungen (Energie, Wasser, Personenverkehr).

Die Umstellung der Währung erfolgte differenziert nach

Strom- und Bestandsgrößen. Während alle laufenden Transaktionen – also Löhne, Gehälter, Stipendien, Renten, Mieten und Pachten sowie weitere wiederkehrende Zahlungen – im Verhältnis eins zu eins umgestellt wurden, erfolgte die Umstellung der Vermögens- und Schuldverhältnisse grundsätzlich im Verhältnis zwei zu eins. Davon ausgenommen waren lediglich Bankeinlagen natürlicher Personen von bis zu 2.000, 4.000 bzw. 6.000 DDR-Mark, welche, nach Altersgruppen gestaffelt, eins zu eins umgestellt wurden, sowie Guthaben von Ausländerinnen und Ausländern, für welche ein Umstellungssatz von drei zu eins galt.

Die ökonomischen Wirkungen der Währungsunion waren zwiespältig. Für die Bevölkerung sind sie differenziert zu beurteilen: Einerseits stand für die eins zu eins umgestellten laufenden Einkommen ein weit attraktiveres Warenangebot zur Verfügung, andererseits reduzierten sich die Guthaben der privaten Haushalte von 193,4 Milliarden Mark der DDR auf 129,1 Milliarden D-Mark, ein Verlust von rund 64 Milliarden Mark. Für die ostdeutsche Wirtschaft waren die Wirkungen verheerend. Die Währungsunion war Kernstück der Transformation und als solche ein „Teil der Schocktherapie“, welcher die Wirtschaft der neuen Länder in den Folgejahren unterzogen wurde. Die Wirtschaftsleistung ging, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, innerhalb weniger Monate nach der Währungsunion um rund ein Drittel zurück, die Industrieproduktion sogar um zwei Drittel.

Treuhand-Ära und Wirkung öffentlicher Subventionen bzw. Finanztransfers

Die Konstruktion der Treuhandanstalt (THA) diente der Bundesregierung als Instrument zur raschen Auflösung und Ausschachtung der „sozialistischen Konzernstruktur“ der DDR-Wirtschaft. Dies führte zu einer tiefgreifenden Deindustrialisierung. Damit waren auch die Liquidierung zahlreicher betrieblicher Forschungs- und Entwicklungs-

einheiten sowie von Einrichtungen der Berufsausbildung, die rigorose „Säuberung“ der Leitungsebene der bisherigen volkseigenen Unternehmen, der Abbau „überflüssiger“ Betriebsteile und die „Abstoßung produktionsfremder sozialer Einrichtungen“ sowie die durchgängige „Freisetzung“ von „überschüssigen“ Arbeitskräften verbunden (vgl. Luft 1996). Die weiter bestehenden Betriebe wurden in neuer Rechtsform der THA untergeordnet, mit Altkrediten belastet, rasch von ihren früheren Ost-Exportmärkten „befreit“ und damit absehbar in die Liquidation getrieben oder in die Verfügung westdeutscher bzw. ausländischer Konkurrenten gegeben. Der Grundsatz „Sanierung vor Privatisierung“ wurde umgekehrt in „Privatisierung als bester Weg der Sanierung“, was neben dem Aufwertungsschock infolge der Währungsumstellung zu einer beispiellosen Kurzarbeits- und Entlassungswelle führte. Gleichzeitig wurden die laufenden Liquiditätskredite begrenzt. Danach hatten die meisten Unternehmen keine Chance, ihre Produkte, Herstellungskosten und Preise den neuen Wettbewerbs- und Marktbedingungen anzupassen. Ebenso wenig wurde versucht, die Sanierung und Rekonstruktion der Industrie sowie die Erhaltung der Märkte, besonders der Exportmärkte, zu unterstützen.

Der dramatische Rückgang der ostdeutschen Industrieproduktion bis Ende 1990 auf 44,8 Prozent und bis Ende 1991 auf ein Drittel des Standes von 1989 rief ein Erklärungsmuster hervor, das vom Versagen der Vereinigungspolitik ablenken sollte und die Ursachen in der marktwirtschaftswidrigen DDR-Industriestruktur nachzuweisen suchte. Danach galt es als erwiesen, dass die DDR-Industrie keine Chance zum Überleben hatte und zum Untergang verurteilt war. Bis 1998 gelangten 85 Prozent der Industriebetriebe mit 500 und mehr Beschäftigten in die Hände westdeutscher und ausländischer Eigentümer, bei den anderen Industrieunternehmen waren es 23 Prozent (DIW/IfW/IWH 1999, S. 31, 144). Manche westdeutschen Wirtschaftsforscherinnen und Wirtschaftsforscher erblickten hierin eine „schöpferische Zerstörung“ einer „veralteten“ Industrielandschaft, um einer raschen privatwirtschaftlichen Rekonstruktion der Industrie den Weg zu ebnen. Allerdings hatten sie diese Rechnung ohne den Wirt in den westdeutschen Konzernen gemacht. Die Folgen von Währungsumstellung und Treuhandpolitik

blieben langfristig ursächlich für den Absturz der Industrie im Osten (siehe Kasten „Treuhandanstalt [THA], kurz: Treuhand“).

Treuhandanstalt (THA), kurz: Treuhand

Die THA war eine von der Modrow-Regierung per Beschluss des Ministerrates vom 1. März 1990 (GBI DDR Teil I, Nr. 14 vom 8. März 1990) gegründete Behörde zur treuhänderischen Verwaltung des Volkseigentums mit dem Ziel seiner Wahrung im Interesse der Allgemeinheit. Sie sollte die Treuhandhandschaft über das volkseigene Vermögen übernehmen, das sich in der Fondsinhaberschaft von Betrieben, Einrichtungen, Kombinat und wirtschaftsleitenden Organen sowie sonstigen im Register der volkseigenen Wirtschaft eingetragenen Wirtschaftseinheiten befand.

Nach der Volkskammerwahl am 18. März 1990 und dem Antritt einer Koalitionsregierung wurde ein Treuhandgesetz konzipiert, das die völlige Umkehr des vorgenannten Treuhandauftrages beinhaltete. Vom DDR-Parlament am 17. Juni 1990 angenommen (GBI DDR Teil I, Nr. 33 vom 17. Juni 1990), sah es als Pendant zur Währungsunion die rasche und komplette Privatisierung des volkseigenen Vermögens der DDR vor. Aus einer Anstalt zur Wahrung des Volkseigentums wurde eine zu seiner entschädigungslosen Enteignung.

Zum in Treuhandregie zu privatisierenden Vermögen gehörten 8.500 Kombinate und Betriebe, 20.000 große und kleine Einzelhandelsgeschäfte, 7.500 Betriebe der Gastronomie, 900 Buchläden, 1.854 Apotheken, 3,68 Millionen Hektar land- und forstwirtschaftliche Flächen und 25 Milliarden Quadratmeter Immobilien. Nach vier Jahren endete die Tätigkeit der THA. Rechtsnachfolger wurden ab 1. Januar 1995 die Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS), die Be-

teiligungs-Management-Gesellschaft Berlin (BMBG) und die Treuhand Liegenschaftsgesellschaft (TLG). Die BVS stellte zum 31. Dezember 2000 ihre operative Tätigkeit ein und wurde ab 2003 abgewickelt. Die verbliebenen Aufgaben, die hauptsächlich die Bereiche Reprivatisierung, Vertragsmanagement, Abwicklung, ökologische Altlasten (inzwischen fast vollständig erledigt) und Verwertung von ehemals volkseigenen land- und forstwirtschaftlichem Vermögen betreffen, werden für die BVS von Geschäftsbesorgern bzw. Dienstleistern wahrgenommen:

- Bodenverwertungs- und -verwaltungsgesellschaft (BVVG)
- TLG Immobilien GmbH
- Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau Verwaltungsgesellschaft mbH (LMBV)
- Gesellschaft zur Verwaltung und Verwertung von stillgelegten Bergwerksbetrieben (GVV)
- Energiewerke Nord GmbH (EWN)

Die 1991 begonnene Umstrukturierung der Wirtschaft führte zu einem rapiden Verfall der bisherigen Wertschöpfung und der Einnahmen der Unternehmen, folglich auch zum Wegbrechen großer Teile der öffentlichen Einnahmen der ostdeutschen Gebietskörperschaften. Ein teilweiser Ausgleich hierfür erfolgte zunächst durch staatliche Finanzhilfen, Subventionen und etablierte Zuschüsse mit innerdeutschem Transfercharakter (Fonds Deutsche Einheit, steuerliche Erleichterungen bzw. staatliche Investitionshilfen und -kredite) sowie über die sozialen und sonstigen Transfers. Damit wurde ein West-Ost-West-Finanzkreislauf in der innerwirtschaftlichen Re-Finanzierung geschaffen, der sich als langjährige Notwendigkeit verfestigte und (unter Wachstums- und Marktaspekten) sowohl günstige als auch ungünstige Wirkungen entfaltete (vgl. hierzu Kapitel 4) (siehe Kasten „Fonds Deutsche Einheit und Kreditabwicklungsfonds [1990 bis 1994]“).

Fonds Deutsche Einheit und Kreditabwicklungsfonds (1990 bis 1994)

Im zweiten Halbjahr 1990 wurden erste Regelungen zur Finanzierung der deutschen Einheit getroffen. Hierzu gehören der Fonds Deutsche Einheit (FDE) und der Kreditabwicklungsfonds (KAF). Der FDE wurde als Sondervermögen des Bundes geschaffen und zunächst mit einem Volumen von 115 Milliarden D-Mark (58,8 Milliarden Euro) ausgestattet. Seine Aufgabe war es, den ostdeutschen Ländern und Kommunen eine ausreichende Finanzausstattung zu sichern, solange diese noch nicht in den Länderfinanzausgleich einbezogen waren. Der Fonds wurde zweimal aufgestockt, bis auf ein Volumen von zuletzt 82,2 Milliarden Euro. Die Finanzierung dieses Fonds erfolgte durch Kreditaufnahme (48,5 Milliarden Euro), Zuschüsse des Bundes (25,5 Milliarden Euro) und Zuschüsse der alten Länder (8,2 Milliarden Euro).

Die Verteilung der Mittel auf die Jahre 1990 bis 1994 sah wie folgt aus:

1990	1991	1992	1993	1994	1990 bis 1994
11,2	17,9	17,3	18,1	17,7	82,2

Quelle: Bundesfinanzministerium; eigene Berechnungen

Der KAF wurde im Kontext mit der Vereinigung geschaffen. In ihm wurden die zwischen dem 1. Juli und dem 3. Oktober 1990 im DDR-Staatshaushalt aufgelaufenen Schulden und die aus der Währungsumstellung resultierenden Verbindlichkeiten zusammengefasst. Der Umfang belief sich zuletzt auf 57,9 Milliarden Euro. 1995 erfolgte eine Überführung des Fonds in den Erblastentilgungsfonds. Dieser startete als Sondervermögen des

Bundes im Jahr 1995 mit einem Schuldenstand von 171,8 Milliarden Euro. Inzwischen wurde der Fonds weitgehend getilgt, teils aus Bundesbankgewinnen, teils aus direkten Zuführungen aus dem Bundeshaushalt.

Industrielles Entwicklungsniveau der NBL und Stand der Angleichung

Das Vergleichsniveau der Industrie kommt in weiteren Kenndaten zum Ausdruck (vgl. Tabelle 5).

Tabelle 5: NBL – Stand einiger industrieller Kriterien 1991 bis 2006

Westdeutschland = 100	1991	2000	2006
Kapitalstock je Einwohnerin/Einwohner	34,8	63,7	71,5
Kapitalstock je Beschäftigten	36,5	73,1	81,8
Exportquote	52,0	56,0	70,0

Quelle: BMWi 2010

In den neuen Bundesländern erfolgte der *Aufbau Ost* vorwiegend industrie-technologisch als „Nachbau West“ auf der Basis einer nachholenden Modernisierung von Anlagen und Bauten. Die nach 1991 stark reduzierten Potenziale der Forschung und Entwicklung (FuE) in der ostdeutschen Industrie haben sich später erholt. Die FuE-Aufwände der Wirtschaft sind aber im Vergleich zu den ABL nach wie vor weit geringer. Der FuE-Aufwand erreichte in den NBL 2005 ein Prozent des ostdeutschen BIP. Zusammen mit dem öffentlichen FuE-Sektor kamen die NBL auf 2,2 Prozent (Blum/Buscher u.a. 2009, S. 127). Wachstumskeime innovativer Industriecluster sind in den NBL nur unterproportional vertreten und können so den Typ der Gesamtentwicklung nicht bestimmen. Dies folgt ebenso aus der inzwischen zurück bleibenden Entwicklung der Industrieinvestitionen.

In den Jahren 1991 bis 2007 wurden insgesamt nur 13,8 Prozent

aller gesamtdeutschen Investitionen in neue Ausrüstungen der NBL investiert. Die Investitionen gingen damit stärker zurück als der Bevölkerungsanteil. „Im Trend der beiden letzten Jahrzehnte stagnieren in den neuen Bundesländern diese Investitionen jährlich um eine 25 Milliarden Euro-Marke, während sie in Westdeutschland von 120 Milliarden Euro 1995 auf 204 Milliarden Euro 2007 gestiegen sind.“ (Kühn 2010)

Tabelle 6: Entwicklung der Investitionen in den NBL

Jahr	Anteil der NBL an den Gesamtinvestitionen in Deutschland in Prozent	Investitionen insgesamt je Einwohnerin/Einwohner, Abstand zu den ABL in Euro	Investitionen in „Neue Anlagen“ je Einwohnerin/Einwohner, Abstand zu den ABL in Euro
1991	13,0	-1.640	-1.012
1995	24,5	2.104	-23
2000	17,8	-254	-640
2005	13,7	-917	-1.247
2007	13,0	-1.310	

Quelle: Busch/Kühn/Steinitz 2009, S. 198; siehe Tabelle 20 im Anhang dieses Buches

Hiernach wurden in den NBL je Einwohnerin und Einwohner zwischen dem Jahr 2000 und dem Jahr 2007 kumuliert über 8.000 Euro weniger in „Neue Anlagen“ investiert als in den ABL je Einwohnerin und Einwohner.

Der Ost-West-Angleichungsprozess in der regionalen Wirtschaftsleistung konnte in den ersten zwanzig Jahren der staatlichen Vereinigung sein Ziel nicht hinreichend erreichen. Schon ab 1995/96 begann eine faktische Stagnationsperiode als „unterbrochener“ Aufholprozess. Dies folgte auf den anhaltenden Rückschlag in den ostdeutschen BIP-Wachstumsraten auf bzw. unter das jährliche westdeutsche Niveau. Daher muss eingeschätzt werden, dass „die Konvergenz bis 1997 eine Scheinkonvergenz war, denn sie beruhte teilweise auf einem vorübergehenden

und überzogenen Wachstum der Bauwirtschaft“ (Priewe u.a. 2002, S. 50). Im Ergebnis verblieb das BIP-Anpassungsniveau zwischen Ost und West bis zuletzt bei gerade einmal 70 Prozent. Diese Stagnation im Aufholprozess ist vor allem durch den relativen, mehrere Jahre lang auch absoluten Rückgang der ostdeutschen privatwirtschaftlichen und öffentlichen Investitionen je Einwohnerin und Einwohner begründet. Dadurch konnte der Aufholprozess nicht mehr mit überflügelnden BIP-Wachstumsraten Ost fortgesetzt werden, sondern verlor seine Dynamik, um im Trend bestenfalls ein Mithalten mit den westdeutschen Wachstumsraten zu erreichen. Das Niveau der Investitionen je Einwohnerin und Einwohner sank von 105,2 Prozent der ABL im Jahr 1995 auf 64,1 Prozent im Jahr 2003, um 2007 wieder ein wenig auf 67,1 Prozent anzusteigen (vgl. BMWi April 2010, S. 20).

Ein nur „mithaltender“ Entwicklungspfad ist objektiv wahrscheinlicher als ein „überflügelnder“, schließt aber ebenfalls aus, dass es einen weiteren zügigen Aufholprozess Ostdeutschlands gibt. Die Folge wäre, dass die regionalen Strukturunterschiede zu Westdeutschland im Industriebereich und im hiervon abhängigen Dienstleistungsbereich reproduziert würden. Dieser „mithaltende“ Zukunftspfad setzt zudem voraus, dass es zumindest einen hierfür ausreichenden kontinuierlichen privatwirtschaftlichen Investitionsstrom im Verarbeitenden Gewerbe Ost gibt, der die erforderlichen Zuwachsraten beim BIP je Kopf absichert – und zwar aus internen und externen Quellen. Dies erscheint ohne eine hinreichende staatliche Fördermittelzufuhr und ausreichende externe private Investitionen nicht möglich. Unter den gegenwärtigen Voraussetzungen muss angenommen werden, dass die ostdeutschen Raten beim BIP-Wachstum je Kopf relativ und absolut mehr oder weniger deutlich zurückbleiben werden.⁴ Es kommt damit – auch als Folge des

4 Das IWH hatte bereits 1998 kritisch vermerkt: „Generell kann der Schluss gezogen werden, dass selbst dann, wenn Ostdeutschland das Niveau der Lohnstückkosten Westdeutschlands erreicht haben wird, ein selbsttragendes Wirtschaftswachstum, das jenes in Westdeutschland übersteigt, nicht eintreten kann. Die Gewinnerwartungen der Unternehmen werden dann nämlich nur das Niveau der westdeutschen erreichen, aber keineswegs übersteigen.“ (Gabrisch 1998, S. 21) Die volkswirtschaftliche Niveauengleichung müsse daher vollständig von externen Investitionen abhängen.

neoliberal intendierten stärkeren Wettbewerbsföderalismus – zu einer weiteren Differenzierung der Subregionen in Ostdeutschland und zu einer Strukturdrift hin zu relativen Armutszonen. Dies gilt selbst für den Fall, dass sich die wenigen „Cluster des innovativen Wachstums“ in den NBL behaupten können.

NBL-Arbeitsmarkt sowie Einkommens- und Lohnniveau

Die nachstehende Tabelle zeigt die Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt sowie die strukturellen Ost-West-Differenzen bei der Erwerbsbeteiligung und bei der Arbeitslosigkeit auf.

Tabelle 7: Beschäftigung und Arbeitslosigkeit im Ost-West-Vergleich

(Westdeutschland = 100)	1991	2000	2007	2009
Erwerbsbeteiligung	96	88	88	
Arbeitslosenquote	207	239	218 *	188
Selbstständigenquote	50	84	100	

* ohne Berlin. Quelle: IW 2009, S. 7

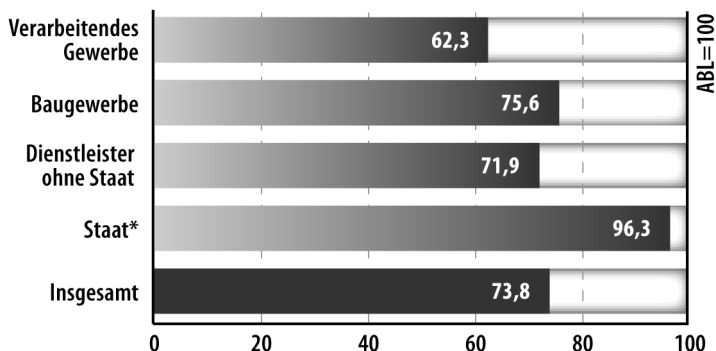
Die Beschäftigungsbilanz Ostdeutschlands ist nach wie vor unbefriedigend (vgl. dazu Kapitel 6.2). Seit Mitte der 1990er Jahre stagniert die Ost-West-Angleichung der Bruttolöhne je Beschäftigten.

Beim verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte sank der Anteil der NBL an Deutschland in der Zeit zwischen 2000 und 2008 von 14,0 Prozent auf 13,0 Prozent stetig ab, wobei der absolute Rückstand je Einwohnerin/Einwohner Ost von 2000 zu 2008 von 3.466 auf 4.354 Euro anwuchs (vgl. Tabelle 16 im Anhang). Hierin kommt auch der in den NBL stärkere Rückgang der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten zum Ausdruck, der gegenüber 2000 im Jahre 2007 bereits 11,3 Prozent betrug. Die Relation der Haushaltsnettoeinkommen Ost zu West betrug 1990 62,2 Prozent, 1992 69,2 Prozent, 1997 82,8 Prozent, 2002 82,7 Prozent und 2008 79,6 Prozent, was die sich wieder öffnende „Schere“ bei den Haushaltseinkommen zeigt (vgl. DIW 2009, S. 125). Ähnlich hoch ist der Rückstand bei den ostdeutschen

Bruttoverdiensten, für den die nachstehende Abbildung die aktuellen verfügbaren Angaben zeigt.

Vergleich der Bruttoverdienste

Stand der Bruttoverdienste in den NBL zu den ABL (ABL=100) bei vollbeschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern



* Öffentliche Verwaltung sowie Erziehung und Unterricht

Quelle: Ifo-Dresden 2010, S. 18

© ARBEITSGRUPPE
ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK

In den NBL liegt der Anteil der Niedriglohnbeschäftigten an den abhängig Beschäftigten unter Zugrundelegung einer einheitlichen Niedriglohnschwelle von 9,06 Euro mit 39,3 Prozent mehr als doppelt so hoch wie in den ABL mit 17,9 Prozent (vgl. Kalina/Weinkopf 2010, S. 3). „Das Pro-Kopf-Einkommen als einfachstes Maß des Lebensstandards hat sich in allen fünf Ländern über die gesamten zwanzig Jahre deutlich erhöht und schwankt heute zwischen 21.700 Euro in Mecklenburg-Vorpommern und 22.620 Euro in Sachsen. Das entspricht einer Spanne von 66 bis 68 Prozent des Durchschnitts der alten Bundesländer im Jahr 2008. Die letzten Jahre waren durch eine sehr langsame Konvergenz zu den westlichen Ländern geprägt“, bewertet DB Research die stattgefundene Entwicklung (DB Research 2009, S. 5) (vgl. Kapitel 6.3).

Gleichwertige Lebensverhältnisse und „selbsttragende Entwicklung“ im Osten

Die juristische Verankerung der föderalen Verpflichtung zu „gleichen Lebensverhältnissen“ der Länder in der Bundesrepublik wurde inzwischen als Verpflichtung zu „gleichwertigen“ Lebensverhältnissen uminterpretiert. Trotz dieser Relativierung bleibt dies ein politisch-juristisches Leitbild, wovon die Realität immer noch stark abweicht. Denn gemessen am Durchschnitt der westdeutschen Flächenländer befinden sich die ostdeutschen Länder erst auf dem Weg zu „gleichwertigen Lebensverhältnissen“, mit deutlichem Abstand im Niveau sowie in den eigenen regionalen Entwicklungspotenzialen. Subregionale Abbau- und Verödungsprozesse in den NBL gewinnen an Raum. Es bestehen weiterhin deutliche Rückstände zu den westdeutschen durchschnittlichen Einkommens- und Vermögensverhältnissen je Einwohnerin und Einwohner. Im Sozial- und Rentenrecht halten sich hartnäckige Abschlüsse im Osten. Viele Bürgerinnen und Bürger der NBL sehen sich daher längst als „Bürgerinnen und Bürger zweiter Klasse“.

Der unbefriedigende Stand beim Erreichen gleichwertiger Lebensverhältnisse ist eng mit der Stagnation im ökonomischen Aufholprozess und dem höheren Anteil in relativer Armut Lebender an der ostdeutschen Wohnbevölkerung verknüpft. Tritt man erst in eine gewisse Schwelle der territorialen Verödung ein, dann erfolgt eine sich selbst verstärkende Eskalation: So entsteht eine „abgehängte Landschaft“, geprägt von zu vielen alten und verarmenden Bürgerinnen und Bürgern mit verminderter Lebensqualität. Im Jahr 2007, also noch vor den Wirkungen der Krise, lebten einer Studie des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes zufolge „bereits 24,3 Prozent der Bevölkerung in Mecklenburg-Vorpommern unterhalb der Armutsschwelle (60 Prozent des mittleren Einkommens), in Sachsen-Anhalt immerhin über 21 Prozent. Ganz Ostdeutschland lag bei 19,5 Prozent, Westdeutschland bei 12,9 Prozent.“ (DB Research 2009, S. 46) Am schlimmsten ist es in Vorpommern (27 Prozent), Westsachsen (um Leipzig) und im Oberen Elbtal/Osterzgebirge in Sachsen.

Die Ost-Entwicklungspotenziale sind durch den unterdurchschnittlichen Industriebesatz, die nach der Vereinigung stark reduzierten

Forschungspotenziale und das Fehlen von gesamtdeutschen Konzernzentralen in den NBL ebenso wie durch den Rückgang der ostdeutschen Wohnbevölkerung gemindert. Damit bleibt die selbsttragende Entwicklung in Ostdeutschland noch in weiter Ferne, was sich nicht zuletzt in der zu niedrigen originären Steuerquote ausdrückt und damit den weiteren föderalen Finanzausgleich zugunsten Ostdeutschlands erfordert.

Regionale Differenzierung in den NBL und Folgen aus der demografischen Entwicklung

In den einzelnen NBL ist die regionale Differenzierung auf der Basis der strukturellen Umbrüche, der lokalen Arbeitsmarktlagen, der Abbau- und Verödungsprozesse in weiten Landstrichen sowie der unterschiedlichen Entwicklungen der kommunalen Infrastrukturen und der regionsübergreifenden Migration bereits deutlich fortgeschritten. Statt eines weiteren *Aufbau Ost* gewinnt der „Rückbau Ost“ in vielen Städten und Kommunen zunehmend an Gewicht. Gegenläufige Tendenzen durch die entstandenen wenigen Industrie-Clusterbildungen im Umfeld von Hochtechnologie-Zentren können das Bild nicht entscheidend oder „ausstrahlend“ dominieren.

Die Verkehrsinfrastruktur wird den geringeren regionalen Belastungen angepasst und reduziert. Die Bildungsinfrastruktur folgt der Migration oder der Schrumpfung der Wohnbevölkerung. Die territoriale Zuordnung von Dörfern und Kommunen, Veränderungen in der Verwaltungsstruktur und rapide Ausgabenkürzungen der Haushalte in den Gebietskörperschaften erschweren den Erhalt und die Nutzung kultureller Einrichtungen sowie kommunaler Dienstleistungszentren und verschlechtern damit auch die Lebensqualität und das Lebensgefühl der betroffenen Bürgerinnen und Bürger.

Die bereits vollzogenen demografischen Veränderungen und die Schrumpfung der Bevölkerung prägen zusätzlich oder zunehmend negativ die Chancen der absehbaren Entwicklung der NBL bei der Wertschöpfung, den Arbeitseinkommen und der Kaufkraft sowie der Vermögensbildung und -verteilung. Das absehbare Ausmaß dieser als „demografischer Wandel“ apostrophierten Veränderung ist derart dra-

matisch, dass die neuen Bundesländer von Experten der Bevölkerungsstatistik als „das demografische Krisengebiet Europas“ (Berlin-Institut 2008b) bezeichnet wurden. Die ganze Ostregion wird dadurch zum lang anhaltenden Schwachpunkt der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland. (Zu den Chancen, die sich für die NBL hieraus trotzdem ergeben, vgl. Kapitel 7 sowie Aßmann 2004; Röpke 2004; Busse/Dürr 2003; Kollmorgen 2005; Leitbild 2009.)

Eine zusammenfassende Bewertung der Krise und ihrer Folgen für den ostdeutschen Aufholprozess kommt zu folgendem Ergebnis: Die Krise hat den Rückstand Ostdeutschlands bei den Pro-Kopf-Größen von Produktion und Einkommen zahlenmäßig verringert. „Die Annäherung fand aber auf niedrigerem Pro-Kopf-Niveau als vor der Krise statt. Die damit verbundenen Wohlstandsverluste für die Einwohnerinnen und Einwohner in Ost- wie Westdeutschland werden 2010 in beiden Landesteilen nur teilweise aufgeholt. Das schwächere Produktionswachstum im Osten bremst jedoch zunächst die weitere Annäherung der Pro-Kopf-Größen an das Westniveau [...]. Die Wachstumsschwäche wird auch nicht aufgewogen von der stärker sinkenden Einwohnerzahl im Osten. Der Rückstand des Ostens beim Bruttoinlandsprodukt pro Kopf verharrt bei knapp 30 Prozent. Damit bleibt der relative Abstand wie im Krisenjahr bestehen.“ (Ludwig u.a. 2010, S. 295-336)

3.2 Die Entwicklung in den alten Bundesländern

Deutschland ist das einzige europäische Land, in dem sich die Transformation eines ehemals staatssozialistischen Gesellschafts- und Wirtschaftssystems in eine kapitalistische Marktwirtschaft durch den Beitritt zu einem anderen, schon lange bestehenden Staat vollzogen hat. Diese Besonderheit gegenüber den anderen mittel- und osteuropäischen Ländern hat die Entwicklung in den letzten zwanzig Jahren in der vergrößerten Bundesrepublik stark geprägt und in widersprüchlicher, vor allem in Ost- und Westdeutschland unterschiedlicher Art und Weise beeinflusst.

In den ersten Jahren nach der Vereinigung wurden spürbare Fort-

schritte in der Angleichung der Lebensverhältnisse der ostdeutschen Bevölkerung erzielt. Wesentliche Ergebnisse – insbesondere bei der Erhöhung der Einkommen und des Konsums, bei der Herausbildung einer modernen Infrastruktur, der Modernisierung von Produktionsstätten, der Beseitigung größerer Umweltschäden und der Rekonstruktion vieler Städte – wurden seit der Vereinigung erreicht. Ungeachtet der zweifellos auf diesen und anderen Gebieten, besonders in den Jahren 1992 bis etwa 1996, in den neuen Bundesländern erzielten Fortschritte bleibt das Bild Ostdeutschlands auch zwanzig Jahre nach der Einheit äußerst zwiespältig: Moderne Infrastruktur und neue Produktionsstätten neben verfallenen oder schon verschwundenen Industrieanlagen, neue und rekonstruierte Wohnsiedlungen neben Abrissgebieten und entindustrialisierten Landstrichen, aufwändig restaurierte historische Stadtzentren bei drastisch gesunkenen Bevölkerungszahlen vieler Klein-, Mittel- und Großstädte (vgl. Bisky 2005; Bahrmann/Links 2005).

Die Stellung der Bundesrepublik Deutschland als ökonomisch stärkstes Mitgliedsland der EU wurde trotz ökonomischer Verwerfungen im Zuge des Beitritts der DDR – Absturz der Wirtschaftsleistung Ostdeutschlands, vor allem dadurch Rückgang des BIP je Einwohnerin und Einwohner in Deutschland, Belastungen der öffentlichen Haushalte durch die West-Ost-Finanztransfers – insgesamt weiter gefestigt. Dies bezieht sich vor allem auf den Bevölkerungszuwachs mit der großen Anzahl gut ausgebildeter, qualifizierter Fachkräfte – der Anteil der Berufstätigen mit einer abgeschlossenen Ausbildung lag in der DDR beträchtlich höher als in der Bundesrepublik. Dazu zählt auch das hinzugekommene wissenschaftlich-technische Potenzial sowie die umfassenden Außenwirtschaftsbeziehungen der DDR zu Russland und den anderen ehemaligen RGW-Staaten, die zum größten Teil von Unternehmen der alten Bundesländer übernommen wurden. Bei einem Rückgang des ostdeutschen Exports in diese Länder von 29,6 Milliarden D-Mark 1989 auf 4,8 Milliarden D-Mark 1994, stiegen die westdeutschen Exporte in dieser Zeit von 31,8 Milliarden D-Mark auf 47,5 Milliarden D-Mark (vgl. Statistisches Bundesamt, Fachserie 7).

Auch zwanzig Jahre nach dem Beitritt sind die Ost-West-Unterschiede in der wirtschaftlichen Leistungskraft, in der Arbeitslosigkeit,

im Steueraufkommen der Länder und Kommunen sowie in den Einkommen und Vermögen der Bevölkerung beträchtlich. Sie gehen weit über die generell vorhandenen regionalen Unterschiede einer Volkswirtschaft hinaus. Ostdeutschland ist noch weit von einer selbsttragenden wirtschaftlichen Entwicklung entfernt und nach wie vor für eine kaum absehbare Zeit von Finanztransfers abhängig. Der Verfassungsgrundsatz der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse ist nicht erfüllt worden. Deutschland ist heute in wesentlichen Zügen nur eine um das Beitrittsgebiet vergrößerte Bundesrepublik, in dem weiterhin zwei Teilgesellschaften existieren (vgl. Reißig 2000; Baale 2008).

In der ersten Zeit nach der Vereinigung herrschte die Auffassung vor, dass die erweiterte Bundesrepublik durch die Vergrößerung des Wirtschaftspotenzials ihre Konkurrenz- oder Wettbewerbsfähigkeit würde ausbauen können. Faktisch ist aber nicht eine neue Entwicklungsetappe eröffnet worden, sondern die vor der Vereinigung ausgeprägten Entwicklungslinien der Erosion eines sozial regulierten Kapitalismus wurden fortgeführt (vgl. Henke 2009).

Die für Deutschland insgesamt charakteristische neoliberale, marktradikale Politik zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Deutschland und zur Schaffung immer günstigerer Bedingungen für die Kapitalverwertung durch eine Verbesserung der internationalen Konkurrenzfähigkeit hat den schon vor 1990 weit fortgeschrittenen Prozess der Zerstörung des Rheinischen Kapitalismus und des Abbaus des Sozialstaats beschleunigt. Im letzten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts wurde der Shareholder value auf der Basis einer Liberalisierung des Kapitalverkehrs und einer starken Expansion der Finanzmärkte auch in Deutschland zur dominierenden Unternehmensphilosophie der Kapitalgesellschaften. Aus den Betrieben werden überdurchschnittliche Gewinne herausgepresst – zum Nachteil der Beschäftigten, zum Nachteil der Lieferanten und Kooperationspartner und zum Nachteil der Innovationspotenziale. Dies erfolgte in hohem Grade durch eine Rekommodifizierung des lebendigen Arbeitsvermögens. Es hat sich gezeigt, dass diese Verschlinkung der Unternehmenssubstanz und die Expansion der Akkumulation von Geld- und Leihkapital in einer großen Krise münden.

Entscheidend sind die Rückwirkung auf die Verteilungsverhältnisse und die chronische Schädigung der Binnenwirtschaft. Sie wurde vor allem über stagnierende und rückläufige Massenkaukraft und einen ruinösen Wettbewerb der kleineren und mittleren Unternehmen vermittelt. Die Ausrichtung am Shareholder value und die dahinter steckende Begünstigung der leistungslosen Kapital- und Vermögenseinkommen schlägt sich in einer gesamtgesellschaftlich fallenden Quote der Arbeits-einkommen und einer relativen Verselbstständigung der Finanzmärkte nieder. Empirisch lässt sich feststellen, dass sich „die Ungleichheit der am Arbeits- und Kapitalmarkt erzielten Einkommen der privaten Haushalte [...] seit Beginn der 1990er Jahre in Deutschland kontinuierlich erhöht“ hat (Goebel/Krause/Schupp 2005, S. 175).

Soziale Ungleichheit und Ungerechtigkeit haben insbesondere durch die forcierte Umverteilung und die Schwächung des Sozialstaats weiter zugenommen. Dies zeigen alle relevanten Indikatoren, von der zunehmenden, hohen Polarisierung der Einkommen und Vermögen über die längere Zeit stagnierenden Nettoreallöhne und die Senkung der Lohnquote bis zur starken Ausdehnung des Niedriglohnbereichs (vgl. hierzu auch Kapitel 6.3). Die realen Nettogewinne und Vermögenseinkommen sind von 1991 bis 2008 auf fast 140 Prozent gestiegen, während die realen Nettoarbeitseinkommen 2008 unter dem Niveau von 1991 lagen. Die Lohnquote ist von 72,2 Prozent im Jahr 1992 auf 64,6 Prozent im Jahr 2007 zurückgegangen (2009 war sie mit 67,5 Prozent infolge des Gewinnrückgangs in der Krise zeitweilig höher.) Besonders in den Jahren seit 2002 hat sich die Einkommensschere zwischen Arbeitnehmer-einkommen und Vermögens- und Unternehmer-einkommen rasant vergrößert. Deutschland weist als einziger Staat der EU-15 in der Zeit von 2000 bis 2008 einen Rückgang der Reallöhne pro Kopf auf.

Die nominalen Geldvermögen privater Haushalte haben sich in der Bundesrepublik rasant vergrößert. In der Zeit von 1991 bis 2008 sind die Bruttogeldvermögen von 2,0 auf 4,5 Billionen Euro gestiegen, die Nettogeldvermögen von 1,2 auf 3,0 Billionen Euro. Zugleich nahm die Ungleichheit in der Vermögensverteilung zu. Vom Gesamtvermögen entfielen auf die reichsten zehn Prozent im Jahr 2002 57,9 Prozent, im Jahr 2007 sogar 61,1 Prozent, während die ärmsten zehn Prozent ver-

schuldet waren: 2002 in Höhe von 1,2 Prozent und 2007 in Höhe von sogar 1,6 Prozent des Gesamtvermögens (vgl. Frick/Grabka 2009).

Die Arbeitswelt hat sich grundlegend zum Nachteil der abhängig Beschäftigten verändert – prekäre Beschäftigungsverhältnisse breiten sich auf Kosten der Normalarbeitsverhältnisse rasant aus, Angst und Unsicherheit über die Zukunft haben spürbar zugenommen. Gegenüber 1996 ist bis 2008 die Anzahl der Beschäftigten in einem Normalarbeitsverhältnis um fast 1,8 Millionen (sieben Prozent) zurückgegangen, während die Anzahl der Beschäftigten in atypischen⁵, vorwiegend prekären Arbeitsverhältnissen um 3,2 Millionen (53 Prozent) zugenommen hat. Insgesamt waren 2008 22,2 Prozent der abhängig Beschäftigten in atypischen Erwerbsformen tätig. Dieser Anteil liegt bei den jüngeren (15- bis 25-jährigen) mit 37,3 Prozent und bei Beschäftigten ohne Berufsausbildung mit 35,9 Prozent noch weit über dem Durchschnitt (vgl. Statistisches Bundesamt und Bundesagentur für Arbeit). Fast jeder zweite neu abgeschlossene Arbeitsvertrag ist nur noch befristet, sodass inzwischen knapp zehn Prozent aller Beschäftigten in befristeten Jobs arbeiten. 1991 lag dieser Wert noch unter sechs Prozent. Diese Tendenz stärkerer Fragmentierung und Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse, die vor allem Frauen und jüngere Menschen betrifft, wirkt sich in mehrfacher Hinsicht äußerst negativ auf die sozialen Verhältnisse und den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft aus: er verstärkt Unsicherheit und Zukunftsängste, erweitert den Bereich nicht existenzsichernder Löhne, verstärkt die Erosion des Sozialstaats durch Schwächung seiner Finanzierungsbasis und begünstigt eine Entsolidarisierung zwischen verschiedenen Gruppen abhängig Beschäftigter.

Die für die Daseinsvorsorge und die Sicherung einer lebenswerten Zukunft entscheidenden öffentlichen Leistungen wurden geschwächt und befinden sich 2010 auf einem niedrigen Niveau, das zudem beträchtlich unter dem der EU-Länder liegt. Dies betrifft vor allem die unzureichenden Bildungsausgaben und öffentlichen Investitionen für

5 Unter atypischen Arbeitsverhältnissen werden allgemein folgende Formen zusammengefasst: Teilzeitbeschäftigung, wenn sie weniger als die Hälfte der üblichen Vollzeitwochenstunden beträgt, befristete Arbeitsverhältnisse, Leiharbeit/Zeitarbeit, geringfügige Beschäftigung und Scheinselbstständigkeit.

Bildung, Gesundheit, Pflege, Umwelt und technische Infrastruktur. Der schon in den 1990er Jahren niedrige, wesentlich unter dem EU-Durchschnitt liegende Anteil der öffentlichen Investitionen ging zwischen 1995 und 2005 in seinem Anteil am BIP und auch absolut weiter zurück, von 40,4 Milliarden Euro im Jahr 1995 (2,2 Prozent des BIP) auf 30,2 Milliarden Euro im Jahr 2005 (1,3 Prozent des BIP). Nach 2005 sind die öffentlichen Investitionen zwar wieder gestiegen und erreichten 2009 unter anderem durch die Konjunkturprogramme einen Wert von 40,2 Milliarden Euro. Mit einem Anteil von lediglich 1,7 Prozent am BIP liegen sie jedoch nach wie vor weit unter dem EU-Durchschnitt von 2,6 Prozent.

Diese Problematik wird noch verschärft durch die Verschlechterung der Einnahmehasis der öffentlichen Haushalte infolge der Wirtschaftskrise sowie früherer und weiterer von der schwarz-roten und der schwarz-gelben Regierungskoalition beschlossener Steuersenkungen vor allem für Kapital- und Vermögenseinkommen sowie insgesamt für höhere Einkommen. Hierdurch und auch infolge stark angestiegener Schulden und höherer Zinsbelastungen hat sich zudem der Druck in Richtung einer Reduzierung notwendiger öffentlicher Ausgaben, vorwiegend für Sozialleistungen, weiter erhöht. Vor allem durch die krisenbedingten Steuerausfälle, die großzügigen Finanzhilfen zur Bankenrettung sowie die Konjunkturprogramme sind in den Jahren 2009 und 2010 die Haushaltsdefizite und die öffentlichen Schulden auf einen Höchststand angestiegen. Die Neuverschuldung des Bundes erreichte 2009 mit 75,4 Milliarden Euro einen Rekordstand (vgl. Deutsche Bundesbank 2010, Monatsbericht Juni, S. 54*). Die gesamten öffentlichen Schulden werden Ende 2010 voraussichtlich bei fast 1,9 Billionen Euro (77,7 Prozent des BIP) liegen.

Die Exporte wurden zunehmend zum Hauptträger des Wirtschaftswachstums. Die Exportquote (Anteil des Exports am BIP) erhöhte sich von 22,5 Prozent im Jahr 1991 auf 40,6 Prozent im Jahr 2008. Der Exportüberschuss Deutschlands ging in den ersten Jahren nach dem Beitritt der DDR im Zusammenhang mit den hohen Überschüssen bei Lieferungen aus den alten Bundesländern in die neuen Bundesländer zurück. Danach ist er auf eine Rekordgröße angestiegen, von

7,3 Milliarden Euro im Jahr 2000 auf 171 Milliarden Euro im Jahr 2007. Er erreichte in diesem Jahr einen Anteil von über acht Prozent am BIP. Dies führte zu Ungleichgewichten im internationalen Handel und faktisch zu einem „Export“ von Arbeitslosigkeit. Der Exportüberschuss Deutschlands gegenüber den anderen Ländern der EU beträgt ca. 120 Milliarden Euro.

Hierdurch hat die Bundesrepublik einen Teil ihrer Arbeitslosigkeit in andere EU-Länder exportiert und zu den hohen Zahlungsbilanzdefiziten und Haushaltskrisen nicht nur Griechenlands, sondern auch mehrerer anderer EU-Mitglieder beigetragen (vgl. Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik 2010a, Tabellenanhang, Tabelle A 17). Die hohen Exportzuwächse – die Exporte wuchsen von 2000 bis 2008 um 70 Prozent – kontrastierten mit der geringen Dynamik des Binnenmarktes: Seit 2001 stagniert faktisch die preisbereinigte Konsumnachfrage, die öffentlichen Investitionen erreichten erst 2008 gerade einmal wieder den Stand des Jahres 2000.

Die Wirtschaftsentwicklung Deutschlands erfolgte weitgehend nach dem bisherigen Wachstumsmuster. Die Vergrößerung der Bundesrepublik durch den Beitritt der DDR und die damit verbundenen Veränderungen in den ostdeutschen Wirtschaftsstrukturen wurden bis auf einige positive Ansätze nicht dazu genutzt, das dringend erforderliche Betreten einen neuen Pfades sozial-ökologisch nachhaltiger Entwicklung zu realisieren. Auf umweltpolitischem Gebiet konnten einige wichtige Ergebnisse erzielt werden, insbesondere bei der Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energieträger an der Energieerzeugung und bei der Reduzierung des klimaschädlichen CO₂-Ausstoßes. Im Jahr 2008 betrug der Anteil erneuerbarer Energieträger am gesamten Endenergieverbrauch zehn Prozent und an der Stromerzeugung fünfzehn Prozent. Der CO₂-Ausstoß ist seit 1990 um mehr als 200 Millionen Tonnen (rund zwanzig Prozent) zurückgegangen. Damit haben die CO₂-Emissionen seit 1990 ihren bisher niedrigsten Stand erreicht. Dies ist jedoch in hohem Maße auf die Deindustrialisierung Ostdeutschlands in den Jahren nach dem Beitritt zurückzuführen, welche insbesondere energieintensive Branchen wie die Metallerzeugung und -verarbeitung, die Grundstoffchemie sowie die Braunkohlegewinnung und -verarbeitung betraf. Insgesamt

ist die zum Erreichen der klimapolitischen Ziele notwendige Energie-
wende bei weitem noch nicht vollzogen (vgl. Kapitel 6.5).

Die Ost-West-Problematik bleibt auch am Ende des zweiten Jahr-
zehnts nach der Vereinigung ungelöst. Ostdeutschland hat sich als wirt-
schaftlich schwache Region verfestigt. Die Aussichten auf spürbare
Fortschritte bei der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse bis
2020 haben sich im Zusammenhang mit der Zuspitzung der Finan-
zierungsprobleme der ostdeutschen Länder und Kommunen und den
tiefen, nachhaltig wirkenden demografischen Veränderungen sogar
noch verschlechtert.

Das relative BIP je Einwohnerin und Einwohner liegt in Deutsch-
land 2009 gegenüber dem Durchschnitt der EU (EU-27 = 100) unter
dem Niveau zu Beginn der 1990er Jahre (1991: 130 Prozent, 2009:
114 Prozent). Der Rückgang des relativen Niveaus erfolgte vor allem
in den Jahren nach 2000. Deutschland hat in diesen zwei Jahrzehnten
aber seine internationale Wettbewerbsfähigkeit bedeutend ausgebaut
– von 1996 bis 2008 wuchsen die Exporte Deutschlands fast zweimal
so schnell wie im Durchschnitt der Eurozone. Entscheidende Voraus-
setzung für dieses außergewöhnliche Exportwachstum war eine Politik
des Lohn- und Steuereumpings im Verhältnis zu den anderen EU-Staa-
ten. Zwischen 1996 und 2008 stiegen in der deutschen Industrie die
Nominallöhne pro Erwerbstätigen um 24 Prozent weniger als in der
übrigen Eurozone. Der Preis hierfür war eine schwächere Entwicklung
des Binnenmarktes. Die Steuerquote sank durch die Unternehmenssteu-
erreform und andere Steuererleichterungen besonders für die höheren
Einkommensgruppen, und zwar stärker als in der übrigen Eurozone.
Dies war ein weiterer Faktor für die steigende Wettbewerbsfähigkeit
Deutschlands und die daraus resultierende Vergrößerung der Marktan-
teile auf Kosten anderer Länder. Hierfür mussten die Menschen in der
Bundesrepublik einen hohen Preis zahlen. Der Druck zur Senkung der
Sozialleistungen nahm in Deutschland in den letzten Jahren stark zu.

Die für 2011 bis 2014 vorgesehenen Maßnahmen zum Abbau der
Haushaltsdefizite sind fast ausschließlich auf die Verringerung der
Ausgaben und dabei zum großen Teil auf den Abbau von Sozialleis-
tungen gerichtet: Möglichkeiten, die Einnahmensituation der öffent-

lichen Haushalte durch einen stärkeren steuerlichen Beitrag hoher Einkommensgruppen und der Vermögenden zu verbessern, spielen faktisch keine Rolle. Die Kürzungen im Sozialbereich, die vor allem bei Hartz-IV-Empfängerinnen und -Empfängern und überhaupt bei den niedrigen Einkommensgruppen wirksam werden, betragen rund 30 Milliarden Euro. Danach müssten die Betroffenen, die einen Anteil an der Bevölkerung von rund zwanzig Prozent haben und die nur knapp acht Prozent der gesamten Nettoeinkommen erhalten, fast 40 Prozent des Konsolidierungsvolumens tragen. Die schon ausgeprägte soziale Polarisierung und Schieflage, die seit 2000 stark zugenommen hat (vgl. Goebel/Gornig/Häußermann 2010), erhält durch die beschlossenen Einsparungen und Belastungen eine neue Dimension.

Die Begründung für die Kürzungen zielt auf das alte neoliberale Credo, in dem eine Zukunft von gutem Leben und guter Arbeit nicht mehr existiert. Zu Recht hat der Wirtschaftsweisen Peter Bofinger den Verlust der Gestaltung der Zukunft angegriffen: „Eine der entscheidenden Fragen für die Zukunft der deutschen Gesellschaft und Wirtschaft ist die Rolle des Staates. Das erste Jahrzehnt des neuen Jahrtausends wird [...] als eine Dekade der Entstaatlichung in die Geschichtsbücher eingehen. Zum einen wurden die finanziellen Ressourcen des Staates massiv reduziert und damit seine Möglichkeiten, die Zukunft aktiv zu gestalten. Zum anderen wurden dem Zentralstaat wichtige Kompetenzen entzogen [...]. Schon jetzt ist zu erkennen, dass sich die Entstaatlichung zulasten der Zukunftsinvestitionen in den Bereichen Bildung und Infrastruktur auswirkt. Sie führt zudem zu einer wachsenden sozialen Ungleichheit und einer Erosion des Wohlfahrtsstaates. Da dieser bisher als wichtigste Klammer für das Staatsempfinden der Bürger dient, gefährdet die Entstaatlichung auch die politische Stabilität des Landes.“ (Bofinger 2008, S. 351 f.) Die sozialen Rückstände Deutschlands werden durch den Vergleich wichtiger sozialer und ökonomischer Indikatoren Deutschland mit den Ländern der EU-15 deutlich (vgl. Jahnke 2009). Ein Vergleich für den Zeitraum von 2000 bis 2008 bzw. für das Niveau 2007/08 zeigt, dass Deutschland bei den meisten sozialen Indikatoren im letzten Viertel der EU-15 rangiert. Dies trifft zu für die Entwicklung der Reallöhne und -gehälter, die Erhöhung der Nachfrage

der privaten Haushalte, den Zuwachs der Ausgaben für Bildung und für soziale Sicherheit, den Anteil der öffentlichen Investitionen am BIP und den Anteil der Hochschulabsolventinnen und -absolventen am jeweiligen Altersjahrgang. Hiermit korrespondierend nimmt Deutschland einen Spitzen- oder vorderen Platz ein bei der Zunahme der Ungleichverteilung der Einkommen, der Höhe der geschlechterspezifischen Einkommensunterschiede, der Entwicklung der Vermögenseinkommen und der Zunahme der Langzeitarbeitslosigkeit. Die Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zeigt sich darin, dass die Bundesrepublik den stärksten Exportzuwachs und den bei weitem höchsten Exportüberschuss aufweist. Grundlage hierfür war vor allem der Druck auf die Arbeitskosten. In Deutschland sind im Unterschied zu den anderen EU-Staaten die Lohnstückkosten gesunken, aber auch verstärkte Forschungs- und Innovationsaktivitäten zu verzeichnen.

Die Verschärfung der sozialen Schieflage im Inneren, vor allem infolge der weiteren Aushöhlung des Sozialstaats, die nachhaltige Verringerung der Lohnquote und die durch Lohn- und Steuerdumping mit verursachte Zuspitzung der Situation der öffentlichen Finanzen wurden mit einer wirtschaftlich aggressiven Politik nach außen und der Vergrößerung des Exportüberschusses verbunden. Diese Entwicklung ist das Resultat der marktradikalen neoliberalen Wirtschaftspolitik der letzten zwanzig Jahre und einer Vereinigungs- und Transformationspolitik, die vorwiegend von den Kapitalinteressen dominiert wurde und die im völligen Missverhältnis zur Größe der Herausforderungen nach 1990 stand.

Die ungelösten wirtschaftlichen und sozialen Probleme Ostdeutschlands und die daraus erwachsende soziale Unsicherheit schlugen sich auch im niedrigen und weiter zurückgehenden Grad gewerkschaftlicher Organisiertheit und der Tarifbindung nieder. Daraus folgt eine Schwächung der gewerkschaftlichen Kampfkraft und Streikfähigkeit. Dies wirkt sich hemmend auf die Mobilisierungsmöglichkeiten der Gewerkschaften in ganz Deutschland sowie auf die Ost-West-Solidarität aus. Die neuen Bundesländer waren und sind oftmals Experimentierfeld für die Deregulierung der Arbeitsmärkte. Beispiele hierfür sind die

Ausdehnung des Niedriglohnbereichs, Bestrebungen zur Einführung von Kombilöhnen und die Aushöhlung des Kündigungsschutzes. Die ungelösten Probleme Ostdeutschlands wirken auf die Entwicklung in den alten Bundesländern zurück. Sie gefährden dort zusätzlich die sozialen Errungenschaften.

Als Fazit muss festgestellt werden: Die mit der Einheit Deutschlands gewonnene historische Chance für eine neue, zukunftsfähige und nachhaltige wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklung wurde nicht genutzt. Im Gegenteil: Durch die neoliberale Wirtschaftspolitik soll die Tendenz der Erhöhung der Marktpreise von Vermögenswerten stabilisiert werden. Schwache Realinvestitionen der Unternehmen und ebenso schwache öffentliche Investitionen sind die desaströsen Ergebnisse einer neoliberalen Wirtschaftspolitik, die seit Jahren die Verbesserung der Angebots- und Wertschöpfungsbedingungen proklamiert und durch die Aushöhlung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage doch nur einen *Circulus vitiosus* von immer neuen Runden der Nachfrageschwächung und Verschlechterung der Wertschöpfungsbedingungen zustande gebracht hat. Statt einer Steigerung der Wertschöpfung und einer Erhöhung der Beschäftigung wird eine zunehmende Fehlallokation von Kapital zugunsten unproduktiver Verwendungen marktwirtschaftlich hervorgebracht: Der Verwertung der Eigentumstitel wird die produktive Aktivität der Volkswirtschaft geopfert. Das Erreichen des von der Bundesregierung verkündeten Ziels, bis 2015 den Anteil der Bildung und Forschung am BIP auf zehn Prozent zu erhöhen, ist unwahrscheinlich.

Statt zu einer Ausgestaltung einer zukunftsorientierten, nachhaltigen Ökonomie mit hoher Ressourceneffizienz überzugehen, beherrscht zu Beginn des 21. Jahrhunderts die vermögensgetriebene Ökonomie den Akkumulationsprozess. Eine Vollbeschäftigung bei gleichzeitiger Arbeitszeitverkürzung wird unter dem Regime des Neoliberalismus zugunsten einer finanzmarktgetriebenen Akkumulation mit Massenarbeitslosigkeit, prekären Beschäftigungsbedingungen und einer politischen Ökonomie der Unsicherheit verworfen.

4 Die öffentlichen Finanztransfers und ihre Wirkungen in den neuen und in den alten Bundesländern

Überblick

Im Unterschied zu den Finanzhilfen der Europäischen Union und internationaler Organisationen, ausländischen Direktinvestitionen, Beteiligungen und Krediten, wie sie die Staaten Mittel- und Osteuropas erhalten, stellen die Transferzahlungen des Bundes, der westdeutschen Länder und der Sozialversicherungen für Ostdeutschland innerstaatliche regionale Leistungsströme dar. Sie verkörpern keinen staatenübergreifenden Mittelfluss, keinen Transfer im außenwirtschaftlichen Sinne, sondern sind Ausdruck vertikaler und horizontaler Wirtschafts- und Finanzbeziehungen innerhalb der Bundesrepublik Deutschland. Sie beruhen auf Gesetzen, die nur in Deutschland gelten, und kommen aus Quellen, die anderen Staaten nicht zur Verfügung stehen. Ihre Wirkungen sind komplex und beziehen sich auf die Volkswirtschaft der Bundesrepublik insgesamt (vgl. Busch 2004; Busch/Land 2006).

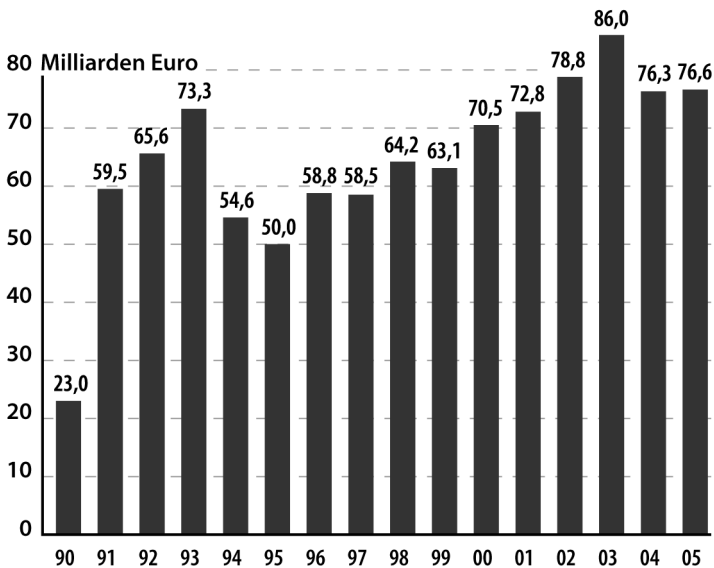
Der Zweck der West-Ost-Transfers besteht in der Sicherung und Erhöhung des Lebensniveaus und der Unterstützung des wirtschaftlichen Umbaus in Ostdeutschland. Mit ihrer Hilfe ist es gelungen, die wirtschaftliche Basis der neuen Bundesländer grundlegend zu erneuern sowie den Wandel der Lebensverhältnisse gezielt voranzutreiben. Die Transformation Ostdeutschlands war vom Bestreben der Integration der NBL in die Bundesrepublik bestimmt und daher von vornherein durch die Vereinigung dominiert. So erfolgte der *Aufbau Ost* als „Nachbau West“ und der Wandel der Lebensverhältnisse als einseitige Anpassung der ostdeutschen Lebensformen an westdeutsche Muster. Dies begründet eine bemerkenswerte Differenz Ostdeutschlands gegenüber den Staaten Mittel- und Osteuropas. Die West-Ost-Transfers sind ihrem Wesen nach ein Vereinigungsphänomen. Im Transformationskontext stellen sie ein Alleinstellungsmerkmal Ostdeutschlands dar.

Die Transfers bilden keine homogene Größe; sie lassen sich folg-

lich auch nicht monokausal erklären. Vielmehr verkörpern sie als Teil eines komplexen Finanz- und Wirtschaftsverbundes ein vielschichtiges Netz vertikaler und horizontaler Leistungsströme unterschiedlichster Motivation. Es lassen sich mehrere Begründungen unterscheiden: historische, moralische, politische, rechtliche, ökonomische und soziale. Während erstere vor allem an die nationalstaatliche Seite der Vereinigung anknüpfen und die historische Verantwortung sowie gesamtdeutsche Solidarität betonen, haben letztere das wirtschaftliche und soziale Gefälle zwischen beiden Landesteilen zur Grundlage bzw. gründen auf Rechtsnormen. Bei den historischen und moralischen Motiven handelt es sich um verhältnismäßig „weiche“ Beweggründe, die sich zudem

Nettotransferleistungen

1990 bis 2005 in Milliarden Euro



Quelle: Blum/Ragnitz u. a. 2009, S. 118; Sinn/Sinn 1992, S. 26

© ARBEITSGRUPPE
ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK

im Laufe der Zeit abschwächen. Die politischen und sozialen Motive führen zu normativen Vorgaben. Deren Maßstäbe sind jedoch variabel, wie die Diskussion um den Verfassungsgrundsatz der Einheitlichkeit bzw. Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse gezeigt hat.⁶ Demgegenüber stellen die rechtlichen Bestimmungen „harte“ Kriterien dar, denen die Politik genügen muss, und knüpfen die ökonomischen Motive an Interessen an, welche bedient sein wollen. Sie sind deshalb als die maßgeblichen Gründe für die Transfers anzusehen. Dies gilt hinsichtlich des Umfangs, der Dauer und der Ausgestaltung.

Der Umfang der Transferleistungen beläuft sich von 1991 bis 2010 (2006 bis 2010 geschätzt) netto auf ca. 1,5 Billionen Euro. Dies entspricht einem jahresdurchschnittlichen Betrag von ca. 70 Milliarden Euro (vgl. Abbildung und Ragnitz 1997; 2000; 2003; 2004; Ragnitz u.a. 2000; Ragnitz/Haschke/Müller 1998; Dietrich u.a. 1998).

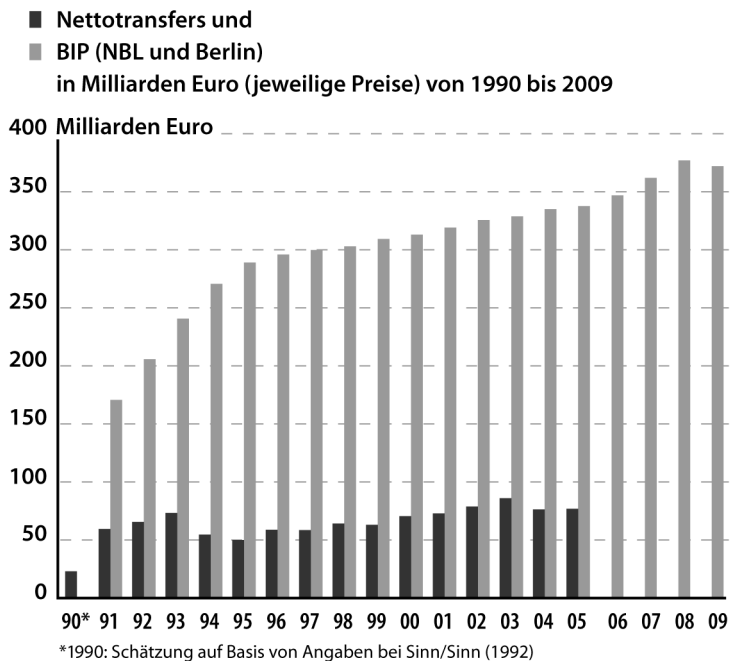
Die Notwendigkeit der Transfers resultiert aus der Tatsache, dass einerseits zwischen neuen und alten Bundesländern wirtschaftlich eine Lücke klafft, die sich kurzfristig unmöglich schließen lässt, andererseits aber der Grundsatz der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse gilt. Sie sind mithin eine Folge des „Beitritts“ gemäß Artikel 23 GG (a.F.) als Vereinigungsmodus. Die Zugehörigkeit der neuen Länder zum Geltungsbereich des Grundgesetzes impliziert deren Anspruch auf Transfers. Die verfassungsmäßig garantierte sowie staats- und sozialrechtliche Verankerung der Transfers lässt den politischen Akteuren hier kaum eine Wahl, gestalterisch wirksam zu werden. Am ehesten ist dies noch bei den Investitionen und bei der Wirtschaftsförderung möglich. Im sozialen Bereich und bei den Verwaltungsausgaben hin-

6 Vgl. Art. 72 und 106 GG. Artikel 72 (2) sah in der ursprünglichen Fassung die „Wahrung der Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse“ im gesamten Bundesgebiet vor. Seit der Änderung des Passus im Jahr 1994 wird die „Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse“ postuliert. Obwohl diese Änderung erst den Sonderstatus des Beitrittsgebiets und den „unterprivilegierten Sonderweg“ Ostdeutschlands mit dem Grundgesetz vereinbar gemacht hat, orientiert sie durch ihre aktive Wortwahl („Herstellung“) zugleich auf die Konvergenz der Lebensverhältnisse in beiden Landesteilen und weist dem Bund eine entsprechende Verantwortung zu. Dies ist in der Praxis von großer Bedeutung, zumal diesem Artikel kein bloßer Appellcharakter zukommt, sondern er als Verfassungsgebot anzusehen ist (vgl. Beyme 2001, S. 17).

gegen besteht kaum Spielraum. Diese umfassen aber mehr als drei Viertel der Leistungen. Bezogen auf das BIP Ostdeutschlands betrugen die Transferleistungen anfangs mehr als ein Drittel; später verringerte sich ihr Umfang auf ein Viertel bis ein Fünftel (vgl. Abbildung). Gemessen am westdeutschen BIP sind es etwa vier Prozent bei abnehmender Tendenz.

Die West-Ost-Transfers bilden die Grundlage für den eigenwilligen Verlauf der ostdeutschen Wirtschaftsentwicklung seit 1990 – für den kräftigen, vor allem von der Bauindustrie getragenen Aufschwung, der dem tiefen, aber kurzen Einbruch nach 1990 folgte und an den

Nettotransfers und BIP



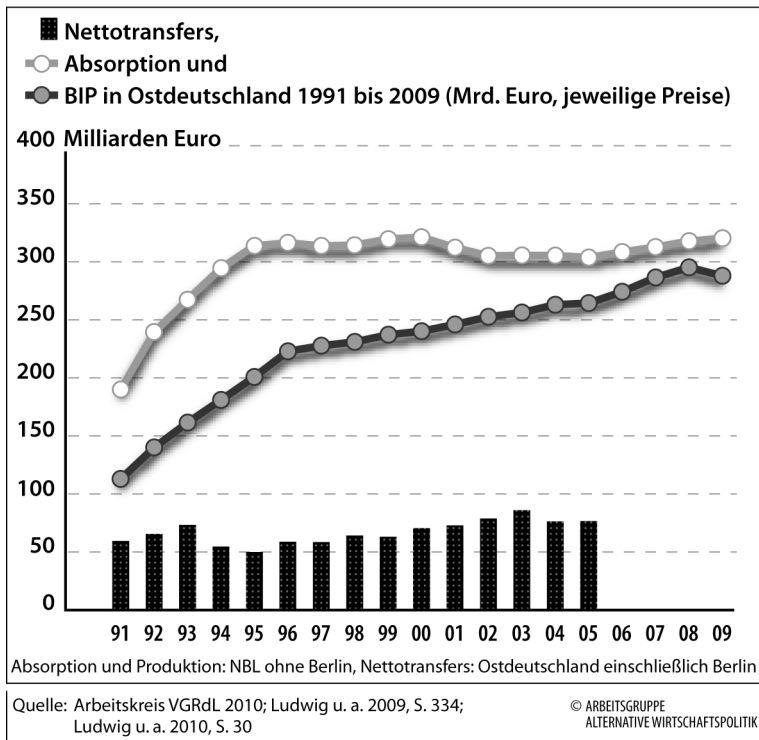
Quelle: Blum/Buscher u. a. 2009, S. 14; Arbeitskreis VGRdL 2010;
eigene Berechnungen

© ARBEITSGRUPPE
ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK

sich nach 1996 eine lang andauernde Stagnationsperiode mit geringer Wachstumsdynamik und fehlender Aufholperspektive anschloss. Auch die zuletzt zu beobachtende positive Entwicklung ostdeutscher Unternehmen geht zu einem Teil auf transferfinanzierte Fördermaßnahmen zurück. Das IWH bezifferte den Anteil der ostdeutschen Produktion, der transfergestützt ist, in den Jahren 2001 bis 2003 auf 13,5 Prozent. Dies entspricht 850.000 Arbeitsplätzen (vgl. Lehmann/Ludwig/Ragnitz 2005, S. 21).

Gestützt auf die Transferleistungen entwickelte sich die gesamtwirtschaftliche Absorption in Ostdeutschland relativ losgelöst von der Produktion: Anfangs überstieg der gesamtwirtschaftliche Verbrauch das BIP erheblich, 1991 beispielsweise um 72 Prozent. Danach bewegten sich beide Größen längere Zeit in etwa parallel. Gleichwohl klafft zwischen Produktion und Absorption eine Lücke, die durch Transferzahlungen und einen Einfuhrüberschuss geschlossen wird (vgl. Abbildung). Seit 1996 stagniert insbesondere wegen rückläufiger Investitionen der Verbrauch, während das BIP weiter wächst. Dadurch schrumpfte der Nachfrageüberhang bzw. die Produktionslücke bis auf weniger als zehn Prozent des BIP (Blum/Buscher u.a. 2009, S. 37). Dies bedeutet jedoch nicht, dass die Transfers in gleichem Umfang zurückgegangen wären. Eher ist davon auszugehen, dass sie auch weiterhin eine Größenordnung von jährlich ca. 70 Milliarden Euro aufweisen. Rund ein Viertel der Gesamtnachfrage in den NBL wird über Transferzahlungen finanziert und durch regionale Importe aus den alten Bundesländern gedeckt. Der Grund für den Rückgang des regionalen Leistungsbilanzdefizits einerseits und für die Beibehaltung der Transferleistungen andererseits liegt in der neuen Rolle Ostdeutschlands als passiver Nettokapitalexporteur. Der transfergestützte und steuerlich subventionierte Aufbau privater Unternehmen, Mietobjekte usw. während der 1990er Jahre hat dazu geführt, dass seit 2001 Faktoreinkommen (Gewinne, Mieteinnahmen usw.) aus den NBL abfließen. Dadurch wird saldenmechanisch ein Ausgleich zwischen steigendem Aufkommen (Summe aus ostdeutscher Wertschöpfung und Transferzuflüssen) und konstanter Absorption hergestellt und wirtschaftlich eine Dynamik entfaltet, wie sie typisch für unterentwickelte Regionen ist.

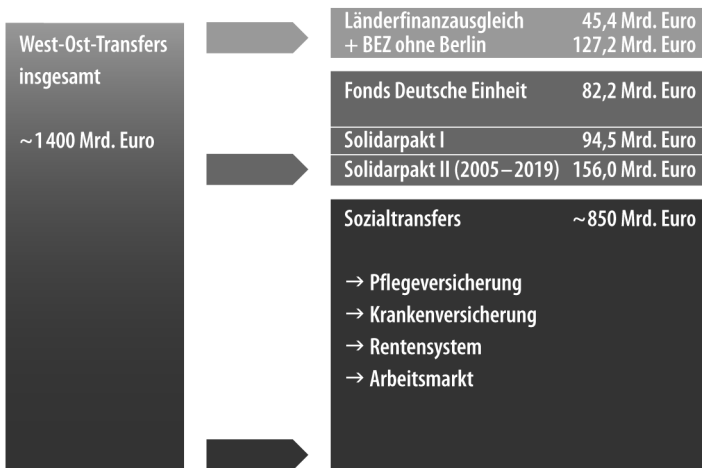
Produktion, Absorption und Nettotransfers



Dies hat eine veränderte Konstellation zur Folge: Während der 1990er Jahre sicherten die Transfers selbst bei sinkender Wirtschaftsleistung (1990/91) und einem Rückgang der Dynamik in Ostdeutschland einen Zuwachs an Einkommen, Konsum und Lebensqualität. Heute ist es umgekehrt: Trotz steigendem BIP und weiter fließenden Transfers ist eine Stagnation des Gesamtverbrauchs zu verzeichnen. In die West-Ost-Transfers gehen im Wesentlichen drei Leistungsströme ein: a) die Zahlungen im Rahmen des Bund-Länder-Finanzausgleichs, b) der Fonds Deutsche Einheit sowie die Solidarpakte I und II und c) die Leistungen der Sozialversicherungskassen (vgl. Abbildung auf Seite 89).

West-Ost-Transfers

Struktur und Umfang der West-Ost-Transfers von 1990 bis 2008



© ARBEITSGRUPPE
ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK

Bund-Länder-Finanzausgleich

In der Bundesrepublik gilt, dass ein Teil der Steuereinnahmen des Bundes und der Gebietskörperschaften nach Steuerkraftgesichtspunkten umverteilt wird. An die primäre Steuerverteilung unter den Ländern knüpft der Finanzausgleich zwischen Bund, Ländern und Gemeinden an, wodurch die Primärverteilung durch horizontale und vertikale Ausgleichszahlungen modifiziert wird. Komplettiert wird das Ganze durch Ergänzungszuweisungen des Bundes (BEZ), so dass insgesamt eine erhebliche Umverteilung zu verzeichnen ist (siehe Kasten „Fonds Deutsche Einheit und Kreditabwicklungsfonds [1990 bis 1994]“ in Kapitel 3 und Kasten „Länderfinanzausgleich [ab 1995]“).

Länderfinanzausgleich (ab 1995)

Der föderale Finanzausgleich ist durch Artikel 107 GG geregelt, in den die neuen Bundesländer seit 1995 gleichberechtigt einbezogen sind. Damit wurde das Ziel verfolgt, durch einen angemessenen Ausgleich zwischen den Bundesländern schrittweise eine hinreichende Angleichung der ostdeutschen Lebensverhältnisse an den westdeutschen Durchschnitt zu erreichen.

Der Finanzausgleich erfolgt in mehreren Stufen: 1. durch die vertikale Umsatzsteuerverteilung, 2. durch die horizontale Umsatzsteuerverteilung, 3. durch den Länderfinanzausgleich im engeren Sinne und 4. durch die Zuweisung von allgemeinen Bundesergänzungszuweisungen.

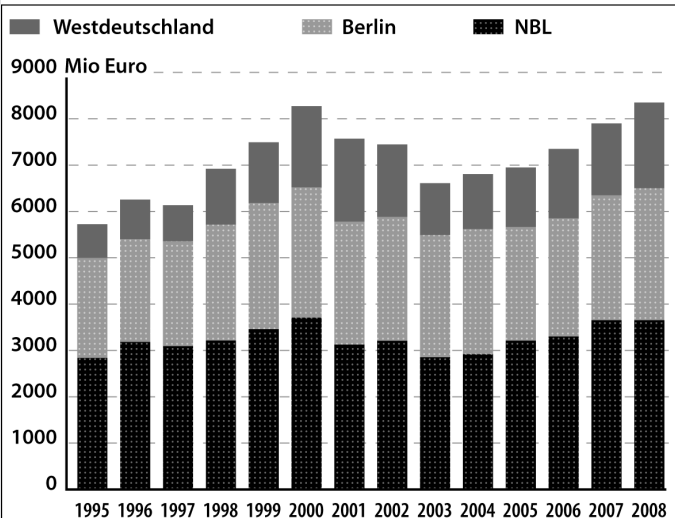
Tabelle 8: Stufen des Finanzausgleichs in den NBL und Berlin für 2008 (ohne SoBEZ)

Finanzkraftniveau in Prozent:	BB	MVP	SN	ST	TH	Bln.
Vor Umsatzsteuer- ausgleich	55,9	44,2	48,7	47,6	46,7	81,2
Vor horizontalem Ausgleich	86,9	83,4	85,4	86,2	85,2	67,2
Nach horizontalem Ausgleich	95,2	94,3	94,8	95,0	94,8	90,2
Nach allgemeinen BEZ	98,5	98,3	98,4	98,5	98,4	97,4

Quelle: BMF, Monatsbericht 2/2009, Tabelle S. 62.

Insgesamt flossen von 1995 bis 2008 45,4 Milliarden Euro an die neuen Bundesländer und fast ebenso viel an Berlin. Die Bundesergänzungszuweisungen für die NBL summieren sich auf 127,2 Milliarden Euro.

Volumen Finanzausgleich 1995 – 2008



Quelle: BMF; Blum/Ragnitz u. a. 2009, S. 89; eigene Berechnungen

© ARBEITSGRUPPE
ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK

Mit dem Beitritt der DDR wurde das bestehende Finanzausgleichssystem vor große Herausforderungen gestellt. Eine sofortige Einbeziehung der neuen Länder hätte aufgrund der gewaltigen Finanzkraftunterschiede das System gesprengt. Deshalb wurde mit dem Fonds Deutsche Einheit zunächst eine Übergangslösung praktiziert. Die westdeutschen Länder beteiligten sich an der Finanzierung des Fonds mit 8,8 Milliarden Euro, der Bund mit 24,3 Milliarden Euro. 49,1 Milliarden Euro wurden als Kredit aufgenommen. Die NBL erhielten auf diesem Wege 82,2 Milliarden Euro, wovon 40 Prozent an die Kommunen flossen. Von 1995 an wurden die neuen Länder und Berlin dann vollständig und gleichberechtigt in den Länderfinanzausgleich einbezogen. Dies erwies sich jedoch als nicht unproblematisch, da der Finanzausgleich in seiner herkömmlichen Form als „Spitzenausgleich“ konzipiert war,

worin sich die Unterschiede der Länder hinsichtlich ihrer Finanzkraft in engen Grenzen bewegten und auf lange Sicht in etwa ausglich. Beides traf für die NBL, deren Finanzkraft 1995 nicht einmal 40 Prozent des Bundesdurchschnitts erreichte, nicht zu, weshalb eine Neuregelung erforderlich wurde (vgl. Gesetz über den Finanzausgleich [FAG] vom 26.6.1993).

Das seit 1995 geltende Finanzausgleichskonzept stellt einen Kompromiss zwischen Bund und Ländern dar, bei welchem vor allem der Bund stärker belastet wird. Trotzdem hat die Einbeziehung der NBL in das Ausgleichssystem zu erheblichen Veränderungen in der Verteilungsstruktur geführt. So stieg die Transferquote, das heißt, das Verhältnis von Gesamtausgleichsvolumen und originärer Finanzkraft aller Länder, rapide an und damit der Grad der Abschöpfung und Nivellierung. Für einige Länder war dies Anlass, den kooperativen Föderalismus generell in Frage zu stellen, während andere für eine Beibehaltung des föderalen Ausgleichsmechanismus eintraten. Im Kern handelt es sich bei dieser Diskussion um einen Verteilungsstreit, der auf mehreren Ebenen ausgetragen wird: zwischen Geber- und Empfängerländern, zwischen Bund und Ländern (und Gemeinden) sowie zwischen alten und neuen Ländern. Hinzu kommen spezifische Konflikte wie die zwischen Flächenländern und Stadtstaaten sowie zwischen kleinen und großen Ländern. Die NBL sind in dieser Kontroverse auf allen Konfliktfeldern präsent, da der Finanzausgleich für sie von eminenter Bedeutung ist.

Insgesamt hat die Reform des Finanzausgleichsystems zu einer Mehrbelastung für den Bund, nicht aber für die westdeutschen Länder und Kommunen insgesamt geführt. Ein etwas anderes Bild ergibt sich jedoch, wenn die westdeutschen Länder differenziert betrachtet werden. Dann zeigt sich, dass bestimmte ausgleichsberechtigte Länder durch die Einbeziehung der NBL in der Tat nicht schlechter gestellt wurden als zuvor (Bremen, Saarland). Andere erlitten zwar Einbußen, aber keine gravierenden „Verluste“ (Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Hamburg). Einige Länder aber (Hessen, Baden-Württemberg und Bayern) zahlen erheblich mehr. Insgesamt erscheint das Finanzausgleichssystem als ein Umverteilungsmechanismus zwischen wenigen „reichen“ und vielen „armen“ Ländern, wobei der größte Nutzen auf

Berlin, Bremen, das Saarland und die fünf neuen Länder entfällt. 2001 wurde ein reformiertes Ausgleichssystem ausgehandelt, welches 2005 in Kraft trat. Die Transferquote und der Nivellierungsgrad wurden abgesenkt und die Geberländer damit weniger belastet. Nach wie vor aber „profitieren“ neben Berlin und Bremen vor allem die NBL vom Finanzausgleich. Eine spürbare Zurückführung der Transferquote würde sie hart treffen und den *Aufbau Ost* zum Erliegen bringen.

Gegenstand des Finanzausgleichs in seiner gegenwärtigen Form ist einmal die Verteilung der finanziellen Mittel zwischen Bund, Ländern und Gemeinden (vertikaler Ausgleich), andererseits die Aufteilung der Ländereinnahmen zwischen den einzelnen Bundesländern (horizontaler Ausgleich). Um die Verteilungswirkungen voneinander abgrenzen und quantifizieren zu können, sind mehrere Stufen zu unterscheiden. Die Ausgangsgröße dafür bilden die so genannten Gemeinschaftssteuern (Einkommen-, Körperschaft-, Gewerbe- und Umsatzsteuer), die im Unterschied zu den bundes- bzw. landes- und gemeindeeigenen Steuern fiskalische Einnahmen darstellen, die nicht einer Körperschaft allein zufließen, sondern mehreren zugleich, was die Notwendigkeit ihrer Zerlegung und Aufteilung mit sich bringt:

Die *erste* Stufe beinhaltet die primäre Zerlegung und Aufteilung der Steuereinnahmen zwischen den einzelnen Gebietskörperschaften, teils aufgrund fester Vorgaben, teils entsprechend jährlich zu treffender Gesetzesentscheidungen.

Mit der *zweiten* Stufe, der Umsatzsteuerverteilung, beginnt der sekundäre Ausgleichsprozess. Dieser beinhaltet die Verteilung des Umsatzsteueraufkommens entsprechend der Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner sowie der Finanzkraft der Länder. Dabei wird zunächst die primäre Verteilung des Steueraufkommens dahingehend korrigiert, dass finanzschwache Länder bis zu 25 Prozent der Umsatzsteuereinnahmen vorab erhalten. Die verbleibenden 75 Prozent werden dann nach einem Pro-Kopf-Schlüssel verteilt, wobei Garantieklauseln dafür sorgen, dass es zu keiner finanziellen Schlechterstellung der finanzstarken Länder kommt. Allein durch den Umsatzsteuerausgleich fließen den NBL seit 1995 jährlich sechs bis sieben Milliarden Euro zu. Berlin dagegen gehört hier in der Regel nicht zu den Nettozahlungsempfängern.

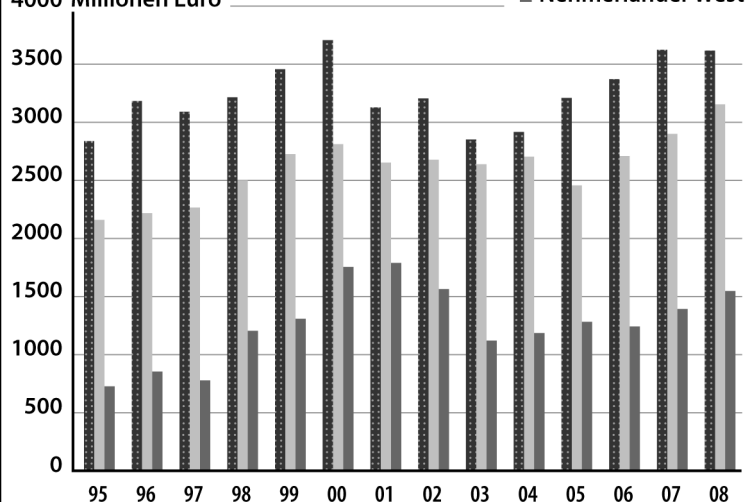
Hieran schließt sich *drittens* der horizontale Finanzausgleich zwischen den Ländern an. Sein Ziel ist es, die Finanzkraft der finanzschwachen Länder auf mindestens 95 Prozent der länderdurchschnittlichen Finanzkraft anzuheben. Dies wird dadurch erreicht, dass für jedes finanzschwache Land die Beträge, die zu 92 Prozent des Länderdurchschnitts fehlen, vollständig und die zwischen 92 und 100 Prozent bestehenden Fehlbeträge zu 37,5 Prozent durch Ausgleichszuweisungen kompensiert werden. Dieser komplizierte Mechanismus, der die überproportionale Finanzkraft der „reichen“ Länder teilweise abschöpft und die unterproportionale Finanzkraft der „armen“ Länder stärkt, sorgt für einen Ausgleich zwischen Finanzkraft und Finanzbedarf.

Länderfinanzausgleich

Horizontaler Länderfinanzausgleich
1995 bis 2008 (in Millionen Euro)*

4000 Millionen Euro

■ NBL
■ Berlin
■ Nehmerländer West



* Zahlungen westdeutscher Geberländer

Quelle: BMF 2009; eigene Berechnungen

© ARBEITSGRUPPE
ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK

Das Ganze läuft schließlich auf ein Nullsummenspiel hinaus, bei dem zwischen finanzstarken und finanzschwachen Ländern so lange eine Umverteilung erfolgt, bis die finanzschwachen Länder eine Steuerkraft in Höhe von 95 Prozent des Durchschnitts erreicht haben.

Danach tritt der Bund in Aktion und gewährt den finanzschwachen Ländern in einer *vierten* Stufe Bundesergänzungszuweisungen (BEZ):

- a) Allgemeine BEZ zur ergänzenden Deckung des Fehlbedarfs in Höhe von 77,5 Prozent der nach dem Länderfinanzausgleich verbliebenen Fehlbeträge. Die leistungsschwachen Länder werden durch diese Zahlungen auf 99,5 Prozent des Durchschnitts hochgeschleust, was faktisch einer Nivellierung der Unterschiede in der Finanzkraftausstattung gleichkommt, nicht aber einer „Übernivellierung“, denn die Rangfolge der Länder hinsichtlich ihrer Finanzkraft ändert sich durch diese Zahlungen nicht.
- b) Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen (SoBEZ) für die NBL und Berlin zum Abbau teilungsbedingter Sonderlasten, welche Bestandteil des Solidarpakts I und II sind.
- c) So-BEZ für Länder mit hoher struktureller Arbeitslosigkeit.
- d) So-BEZ für kleine Länder zum Ausgleich überproportionaler Kosten der politischen Führung (vgl. Tabelle 9).

Tabelle 9: Bundesergänzungszuweisungen (BEZ) 2005 in Millionen Euro

	HB	NI	RP	SL	SH	BB	MV	SN	ST	TH	B	Ges.
BEZ	181	197	199	116	133	1.978	1.460	3.476	2.119	1.956	2.814	14.629
- Allg. BEZ	121	197	153	53	79	224	161	385	222	217	758	2.579
- Pol. BEZ	60	-	46	63	53	55	61	26	53	56	43	517
- Hartz IV	-	-	-	-	-	190	128	319	187	176	-	1.000
- SoBEZ NBL	-	-	-	-	-	1.509	1.110	2.746	1.657	1.507	2.003	10.533

Quelle: BMF 2009; Blum/Ragnitz u.a. 2009, S. 87

Es ergibt sich, verglichen mit dem originären Steueraufkommen der Länder und deren Finanzkraft, ein harmonisiertes Bild. Gleichwohl sind Unterschiede zwischen wirtschaftsstarken und wirtschaftsschwachen Ländern erkennbar.

Tabelle 10: Relative Finanzkraft der Bundesländer vor und nach Finanzausgleich 2008

Bundesländer	Vor Umsatzsteuer- verteilung ¹	Nach Umsatzsteuer- ausgleich ¹	Nach Länderausgleich ¹	Nach allgemeiner BEZ ²
Flächenländer West				
Hessen	132,3	120,4	106,5	106,5
Baden-Württemberg	121,1	112,4	104,5	104,5
Bayern	124,6	112,4	104,5	104,5
Nordrhein-Westfalen	104,2	99,8	99,9	99,9
Schleswig-Holstein	87,1	95,9	98,0	99,2
Rheinland-Pfalz	95,9	94,2	97,4	99,0
Niedersachsen	82,9	97,2	98,6	99,3
Saarland	81,9	93,3	97,1	99,0
Stadtstaaten				
Hamburg	175,1	108,8	103,5	103,5
Bremen	101,0	72,4	91,5	97,7
Berlin	81,2	67,2	90,2	97,4
Flächenländer Ost				
Brandenburg	55,9	86,9	95,2	98,5
Mecklenburg-Vorpommern	44,2	83,4	94,3	98,3
Sachsen	48,7	85,4	94,8	98,4
Thüringen	46,7	85,2	94,8	98,4
Sachsen-Anhalt	47,6	86,2	95,0	98,5
NBL insgesamt	48,9	85,6	94,9	98,4

1) Finanzkraft in Prozent der Ausgleichsmesszahl; 2) Finanzkraftmesszahl nach allgemeiner BEZ in Prozent der Ausgleichsmesszahl. Quelle: BMF 2009.

Solidarpakte I und II

Um die ostdeutschen Länder in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung zu unterstützen und den damit verbundenen Transferbedarf finanziell sicherzustellen, einigten sich Bund und Länder 1993 auf einen Solidarpakt für Ostdeutschland (Solidarpakt I). Kern dieses Paktes mit einer Laufzeit von zehn Jahren (1995 bis 2004) war das Föderale Konsolidierungsprogramm (FKP), welches die Verteilung der sich aus den vereinigungsbedingten Schulden ergebenden Lasten regelte sowie Eckpunkte für den Bund-Länder-Finanzausgleich festlegte. Da es zu diesem Zeitpunkt bereits absehbar war, dass der Finanzbedarf der NBL noch auf lange Sicht die Größenordnung der Umverteilung im regulären Finanzausgleich übersteigen würde, wurden zusätzliche Leistungen vereinbart, nämlich BEZ für teilungsbedingte Sonderlasten und Finanzhilfen für Investitionen gemäß dem Investitionsförderungsgesetz Aufbau Ost (IfG). Insgesamt flossen den ostdeutschen Ländern Mittel im Umfang von 153 Milliarden Euro zu, also rund 15 Milliarden Euro jährlich.

Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 11. November 1999 wurde es unumgänglich, nicht nur den Finanzausgleich neu zu regeln, sondern auch den Solidarpakt. Drei Punkte waren dabei von Relevanz: erstens die überproportionale Belastung einiger westdeutscher Geberländer; zweitens die Tatsache, dass sich der Länderfinanzausgleich inzwischen als ein stabiler Umverteilungsmechanismus zugunsten der NBL etabliert hatte; drittens der Befund, dass der infrastrukturelle Nachholbedarf sowie die geringe Wirtschafts- und Steuerkraft der NBL weitere Hilfen erforderlich machten, also noch einmal rund 150 Milliarden Euro.

Die NBL bezifferten im Jahr 2000 den Förderbedarf für die nächsten anderthalb Jahrzehnte auf 200 bis 300 Milliarden Euro. Allein der Investitionsbedarf im infrastrukturellen Bereich wurde mit ca. 150 Milliarden Euro veranschlagt (vgl. DIW u.a. 2000). Weitere 50 Milliarden Euro sollten der Wirtschaftsförderung dienen, ein ähnlich hoher Betrag der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Dies wurde im Westen als „inakzeptabel“ bewertet und mit einer wenig sachlich geführten Debatte über den *Aufbau Ost* als „Fass ohne Boden“ beantwortet. Die Diskussion verlief

für die NBL zunächst unbefriedigend, da ihre historisch-spezifische Situation zu wenig Berücksichtigung fand. So wurde kaum beachtet, dass die ungünstige wirtschaftliche Lage aus der ungleichen Lastenverteilung im Gefolge des Zweiten Weltkriegs, der deutschen Teilung und den Defiziten der Planwirtschaft der DDR resultierte, also exogen bedingt war. Erst wenn der Aufholprozess der NBL so weit fortgeschritten ist, dass gegenüber den alten Ländern Wettbewerbsgleichheit besteht, wird die Frage, ob das Ausmaß der Nivellierung im Ergebnis des Finanzausgleichs die alloкатive Effizienz behindert, zu einem wirklichen Problem. Bis dahin aber zählt allein der distributive Aspekt des Finanzausgleichs und ist die Unterstützung der NBL ökonomisch gleichermaßen notwendig wie gerechtfertigt – ganz abgesehen von der verfassungsmäßig gebotenen föderalen Solidarität.

Bis 2004 sicherte das Finanzausgleichssystem den finanzschwachen Ländern über mehrere Stufen eine Finanzausstattung pro Kopf von mehr als 100 Prozent des Bundesdurchschnitts. Für die NBL bedeutete dies eine Verbesserung ihrer relativen Position von durchschnittlich einem Drittel auf 108,2 Prozent des Durchschnitts. Ausschlaggebend dafür waren jedoch nicht in erster Linie die Zahlungen der alten an die neuen Länder – diese machten mit einem Umfang von 6,5 Milliarden Euro kaum ein Viertel des Umverteilungsvolumens aus –, sondern die Ergänzungszuweisungen und Finanzhilfen des Bundes, welche den Hauptteil der Solidarpaktmittel bildeten. Ungeachtet dessen bedeuten die Ausgleichszahlungen im Rahmen des horizontalen Finanzausgleichs für die drei finanzstärksten Länder eine Belastung. Zusammen mit den Korrekturen durch den Umsatzsteuerausgleich stellen sie für diese einen herben Verlust dar. Beide Summen aber finden sich in der Bilanz fast vollständig bei den NBL und Berlin als Einnahmen wieder, womit der Interessenkonflikt offenbar wird. Ausgehend von dieser Konstellation ist keine Reform des Finanzausgleichssystems denkbar, bei dem die NBL nicht die Verlierer wären.

Die am 23. Juni 2001 erzielte Einigung über den Solidarpakt II (2005 bis 2019) stellt einen politischen Kompromiss dar. Beschlossen wurde, den *Aufbau Ost* mit 156 Milliarden Euro fortzuführen, im Jahr 2019 aber definitiv zu beenden. Gemeinhin wird dies als Erfolg

für die NBL gewertet. Es gilt aber zu beachten, dass sich die Zahlungen über 15 Jahre erstrecken, gegenüber dem Solidarpakt I also jährlich um ein Drittel geringer ausfallen und degressiv angelegt sind, und dass keine Anpassung an die Inflation erfolgt (siehe Kasten „Solidarpakte I und II“). Ob der Solidarpakt II ausreichen wird, um Ostdeutschland wirtschaftlich an Westdeutschland heranzuführen, darf nach Lage der Dinge bezweifelt werden. Zum einen ist der vereinbarte Leistungsumfang geringer als der zuvor festgestellte Nachholbedarf. Zum anderen impliziert die in den Solidarpaktverhandlungen herausgestellte „Planungssicherheit“ bis 2019 für die NBL aufgrund konjunktureller Schwankungen, demografischer Entwicklungen und unabsehbarer Inflationswirkungen ein nicht zu unterschätzendes Potenzial an Unsicherheit. Alles in allem hat es daher eher den Anschein, als würde mit dem Solidarpakt II der Weg in eine politisch vereinigte, aber ökonomisch und sozial gesplante Gesellschaft fortgesetzt werden.

Solidarpakte I und II

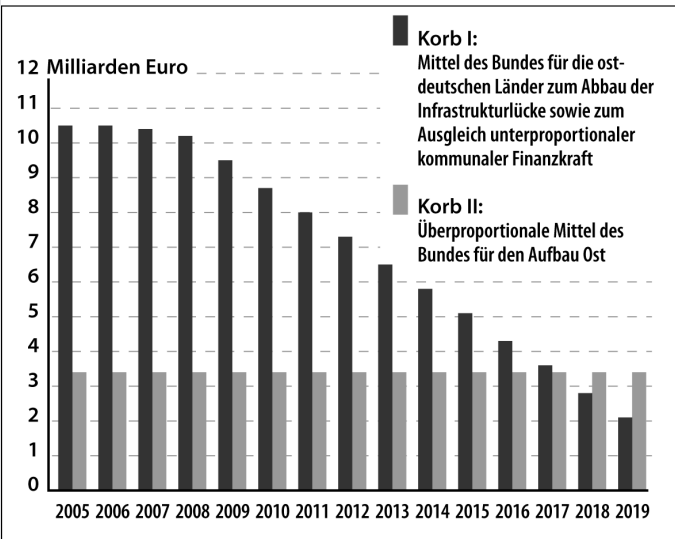
Im Jahr 1993 – als sich abzeichnete, dass die neuen Bundesländer längerfristig finanzielle Unterstützung benötigen – wurde der Solidarpakt I beschlossen. Hierbei handelte es sich um ein komplexes Finanzpaket für die zehn Jahre von 1995 bis 2004.

Der Solidarpakt I umfasste erstens die Zusammenführung der Schulden der Treuhandanstalt, des Kreditabwicklungsfonds und eines Teils der Altschulden der kommunalen Wohnungswirtschaft der DDR im Erblastentilgungsfonds, einem Sondervermögen des Bundes, mit dem eine abschließende Schuldenregelung erreicht wurde. Zweitens wurde vereinbart, dass die neuen Länder von 1995 an gleichberechtigt in den Länderfinanzausgleich einbezogen werden. Drittens wurden Sonderzahlungen für die neuen Länder und Berlin beschlossen, Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen (SoBEZ) von jährlich 7,1 bis 10,5 Milliarden Euro sowie Mittel für die Investitionsförderung

im Rahmen des *Aufbau Ost* (IfG), insgesamt 94,5 Milliarden Euro.

Nach dem Auslaufen des Solidarpakts I wurde für die Jahre 2005 bis 2019 ein Solidarpakt II beschlossen. Dieser besteht aus zwei Körben: Im Korb I stellt der Bund den ostdeutschen Ländern zum Abbau der Infrastrukturlücke sowie zum Ausgleich unterproportionaler kommunaler Finanzkraft SoBEZ in Höhe von 105 Milliarden Euro zur Verfügung. Im Korb II hat sich der Bund verpflichtet, als Zielgröße weitere 51 Milliarden Euro in Form überproportionaler Mittel für den *Aufbau Ost* bereitzustellen. Die finanzielle Ausgestaltung des Solidarpakts II erfolgt degressiv.

Solidarpakt II, 2005 – 2019



Quelle: Bundesfinanzministerium

© ARBEITSGRUPPE
ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK

Transferwirkungen und Transferkreislauf

Die Transferleistungen stellen ein zentrales Problem der deutschen Vereinigung dar, sowohl für die Beschreibung des seit 1990 stattfindenden Vereinigungsprozesses als auch für die Erklärung der beim wirtschaftlichen Aufbau in den NBL und bei der Angleichung der Lebensverhältnisse erzielten Resultate. Während der erstgenannte Aspekt auf eine Deskription Ostdeutschlands als Transferökonomie und Transfergesellschaft hinausläuft (vgl. Busch 2002), bezieht sich der letztgenannte auf die Wirkungen, die von den Transfers ausgehen. Durch die Brachlegung eines Großteils des Produktionspotenzials Ostdeutschlands bei gleichzeitiger Anhebung des Absorptionsniveaus entstand Anfang der 1990er Jahre ein extremes Ungleichgewicht. Dieses manifestiert sich in einem Verbrauchsüberhang, dessen finanzielle Basis die Transferzahlungen bilden. Dadurch ist es gelungen, das Verbrauchs- und Lebensniveau in Ostdeutschland sukzessive anzuheben und an das westdeutsche Niveau anzunähern. Das relative Niveau der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte erhöhte sich von 56 Prozent im Jahr 1991 auf 75,6 Prozent im Jahr 2009 (vgl. Ludwig u.a. 2010, S. 28). Das Konvergenzniveau beim Verbrauch übertrifft damit das Niveau der wirtschaftlichen Angleichung, ein Effekt, der wesentlich auf die Transferleistungen zurückzuführen ist.

Eine besondere Rolle kommt dabei den Zahlungen für soziale und konsumtive Zwecke zu, den Sozialtransfers. Indem diese Mittel aber zu einem nicht unwesentlichen Teil zum Kauf westdeutscher Waren verwendet werden, wird ein den Finanztransfer komplettierender Realtransfer realisiert: Dem Geldstrom von West nach Ost entspricht ein gleichgerichteter Güterstrom, der im Gegenzug wiederum, teilweise zeitversetzt, einen Geldstrom von Ost nach West auslöst. Dieser resultierte zunächst vollständig aus dem Verkauf westdeutscher Güter auf ostdeutschen Märkten, dann aber zunehmend auch aus dem Rückfluss von im Osten erwirtschafteten Gewinnen und anderen Erträgen aus Investitionsobjekten. Dies hat zur Folge, dass inzwischen der Geld- und Realtransfer den ostdeutschen Verbrauchsüberhang übersteigt, im innerdeutschen Verkehr also deutlich mehr Geld und Güter bewegt werden, als die ostdeutsche Produktionslücke ausmacht.

Von nachhaltiger wirtschaftlicher Bedeutung ist, dass die Transfers in Höhe des innerdeutschen Handelsbilanzungleichgewichts und des ostdeutschen Nettokapitalexports nicht in Ost-, sondern in Westdeutschland einkommenswirksam werden und letztlich dort für zusätzlichen Konsum und zusätzliche Investitionen sowie für die Ersparnisbildung zur Verfügung stehen. Im Osten hingegen reproduziert sich infolge des durch den regionalen Güterimport bedingten Produktions- und Einkommensausfalls der Transferbedarf, wodurch sich der Gesamtprozess verstetigt. Es entsteht ein Transferkreislauf. Dieser bewirkt in den NBL ein permanentes Einkommens- und Produktionsdefizit. Langfristig kommt es zudem zu einer Senkung des Wachstumspotenzials. In den alten Ländern dagegen führt der Transferkreislauf zu einem permanenten Einkommens- und Produktionsüberschuss und zu einer Zunahme des Produktionspotenzials, insbesondere im Bereich handelbarer Güter, sowie zu einem Zuwachs an Vermögen.

Der Schlüssel zum Verständnis des transferinduzierten Wirkungszusammenhangs liegt im Realtransfer⁷, das heißt, in den Gütern und Leistungen, die im Westen produziert, aber im Osten verbraucht werden. Obwohl der Realtransfer oberflächlich betrachtet als bloße Folge des Finanztransfers erscheint, bildet er in Wirklichkeit die wesentliche Seite des Transfermechanismus. Dies lässt sich sowohl prozesslogisch herleiten, aus der Parallelität von Güter- und Geldströmen bzw. der Summengleichheit des westdeutschen regionalen Exportüberschusses gegenüber Ostdeutschland mit den Transferzahlungen (unter Berücksichtigung privater Investitionen und ostdeutscher Nettokapitalexporte), als auch anhand der jeweils gegensätzlichen ökonomischen Wirkungen beim Transferempfänger und beim Transfergeber aufzeigen (vgl. Müller/Busch 2005).

In den NBL bewirken die Transferzahlungen eine Expansion der

7 Der Terminus *Realtransfer* steht in der Außenwirtschaftstheorie für den Güterfluss (Export), der infolge eines Finanztransfers entsteht und wodurch das durch die Transferzahlung gestörte Bilanzgleichgewicht wiederhergestellt wird. Hier bezeichnet dieser Begriff den Gütertransfer von West- nach Ostdeutschland, wodurch die Produktionslücke geschlossen bzw. der transferfinanzierte Verbrauchsüberhang realisiert wird.

Nachfrage und des Verbrauchs. Dies führt zu Wohlfahrtseffekten, ist aber auch für die Wirtschaft von Bedeutung. Den ökonomischen Nutzen hieraus ziehen jedoch nicht nur die ostdeutsche Wirtschaft, sondern ebenso die westdeutsche und die des Auslands. So profitiert die Konsum- und Investitionsgüterindustrie Westdeutschlands seit 1990 nachhaltig vom „Echo“ der Transferzahlungen in Form einer induzierten Nachfrage aus Ostdeutschland. Es erhöhte sich die Kapazitätsauslastung, das Produktionsniveau stieg, ebenso die Beschäftigung, die Faktoreinkommen, die Steuer- und Beitragseinnahmen usw. Allein letztere belaufen sich auf mehr als 40 Milliarden Euro jährlich (vgl. Busch/Mai/Steinitz 2006, S. 204), was für die öffentlichen Haushalte und die Sozialversicherungen in den alten Bundesländern eine dauerhafte Mehreinnahme darstellt.

Während es sich beim Vereinigungsboom 1990/91 um einen kurzfristigen Effekt handelte, bewirkten die dadurch ausgelösten Investitionen in Verbindung mit der einigungsbedingten Ressourcenverschiebung und dem Zustrom qualifizierter Arbeitskräfte aus dem Osten in den Folgejahren für die westdeutsche Wirtschaft einen nachhaltigen Niveauschub. Der langjährige Entwicklungspfad konnte verlassen und ein signifikant höherer Pfad eingeschlagen werden (vgl. Müller 1998, S. 357 ff.). Dieser liegt durchschnittlich ca. 2,5 Prozentpunkte über dem bisherigen Trend (vgl. Burda/Busch 2001, S. 30). Der dadurch erzielte „Mehrwert“ verkörpert den eigentlichen „Vereinigungsgewinn“ der westdeutschen Wirtschaft. Sein Umfang entspricht in etwa der Summe der nach Ostdeutschland geflossenen Nettotransfers⁸, womit sich der Kreis innerdeutscher Finanz- und Wirtschaftsbeziehungen schließt.

Versucht man die wirtschaftliche Entwicklung der NBL seit 1990 zu bilanzieren, so gelangt man, ungeachtet der positiven Resultate

8 Müller ermittelte für die Jahre 1990 bis 1999 eine kumulierte Differenz zwischen einer simulierten Wertschöpfung ohne Vereinigungseffekt und der tatsächlichen Wertschöpfung in Westdeutschland von 562 Milliarden Euro (Müller 2000, S. 51). Dies entspricht ziemlich genau dem Umfang der in diesem Zeitraum geleisteten Nettotransfers (569 Milliarden Euro). Sofern für die Folgejahre eine analoge Rechnung zutrifft, was eine plausible Annahme ist, würde der Selbstfinanzierungsanteil der West-Ost-Transfers nahe bei 100 Prozent liegen.

insbesondere im Verarbeitenden Gewerbe, zu einem insgesamt unbefriedigenden Ergebnis (vgl. Busch 2009a). Trotz des Zustroms von Milliarden Euro an Transfers ist es nicht gelungen, die ostdeutsche Produktionslücke vollends zu schließen und in den NBL eine selbsttragende Entwicklung zu generieren. Die Erklärung hierfür ist vielschichtig. Sie reicht von strukturellen Defiziten, die auf die Teilung Deutschlands und das Erbe der Planwirtschaft zurückgehen, bis hin zu den Folgen der Vereinigungspolitik, insbesondere der überstürzten Währungsunion und der Privatisierungsstrategie der Treuhand. Die Ursachen dafür liegen aber auch im Transfermechanismus sowie in der unterschiedlichen Wirkung der Transfers auf die ost- und die westdeutsche Wirtschaft. Für die (west)deutsche Wirtschaft war es kostengünstiger, zur Deckung der Mehrnachfrage aus dem Osten die eigenen Kapazitäten aufzustocken, statt Teile ihrer Produktion zu verlagern oder im Osten neue Kapazitäten aufzubauen. Da die Realisierung der westdeutschen Zusatzproduktion durch das Zusammenspiel von Finanz- und Realtransfers auf den ostdeutschen Märkten gesichert wird, erweist sich das Ungleichgewicht zwischen Produktion und Verbrauch, das Defizit im Osten und der Überschuss im Westen, seit zwei Jahrzehnten als relativ stabil. Die wechselseitige Bedingtheit von ostdeutschem Defizit und westdeutschem Plus im innerdeutschen Gütertausch macht die Transferproblematik zu einem gesamtdeutschen Problem. Es lässt sich hier keine Korrektur herbeiführen, ohne dass jeweils auch die andere Seite davon tangiert werden würde. Da gegenwärtig die Vorteile für die westdeutsche Wirtschaft die mit den Transferzahlungen verbundenen Lasten übersteigen und letztere zudem vom Staatshaushalt getragen werden und nicht von den Unternehmen, gibt es kaum Druck in Richtung auf eine Veränderung: Die westdeutschen Unternehmen tun alles, um ihre Marktpräsenz im Osten zu behaupten; umgekehrt aber haben es ostdeutsche Unternehmen schwer, ihre Marktanteile – im Osten wie im Westen – zu vergrößern. Obwohl es hier in jüngster Zeit beachtliche Fortschritte gegeben hat, erscheint dies nur in konjunkturellen Prosperitätsphasen und auf „neuen“, das heißt noch nicht besetzten Märkten als eine realistische Option.

In einer längerfristigen Analyse rücken jedoch noch andere Aspekte

in den Blick. So die Tatsache, dass die Wirtschaftspolitik im Vereinigungsprozess keynesianisch geprägt war, also wesentlich nachfrageinduziert und über Budgetdefizite finanziert. Die West-Ost-Transfers wirkten in diesem Konzept „über den Umweg Ostdeutschlands wie ein Konjunkturprogramm für Westdeutschland“ (Priewe/Hickel 1991, S. 235) – jedoch auch mit den für derartige Programme charakteristischen Nebenwirkungen. Diese sind: *erstens* die Kurzfristigkeit der Konjunktur belebenden Wirksamkeit der getroffenen Maßnahmen, *zweitens* die Zunahme der Staatsverschuldung, wovon langfristig eine Gefahr für die gesamtwirtschaftliche Stabilität ausgehen kann, und *drittens* die ungenügende Entwicklung der Transferempfängerregion als Produktionsstandort sowie die Untergrabung des dortigen Produktionspotenzials. *Viertens* ist eine die Unternehmens- und Vermögenseinkommen begünstigenden Einkommensverteilung und eine zunehmende Vermögensdiskrepanz zu beobachten.

Die West-Ost-Transfers sind Ausdruck einer bestimmten Konstellation: Sie verhindern einerseits, dass sich die wirtschaftliche Unterentwicklung Ostdeutschlands zu einer sozialen Katastrophe auswächst. Andererseits aber bewirken sie keinen dauerhaften wirtschaftlichen Aufschwung, keinen Aufholprozess, wodurch Ostdeutschland transferunabhängig werden würde. Die Erklärung dafür ist in dem durch den Finanz- und Realtransfer generierten Kreislaufprozess zu suchen, in welchem sich westdeutsche Mehrproduktion und ostdeutscher Transferbedarf gegenseitig bedingen. Dadurch wird die ostdeutsche Produktions- und Einkommensentwicklung gebremst und ein selbsttragender Aufschwung blockiert. Bezeichnend dafür ist, dass die Aufbringung der Transfers weder durch Einsparungen noch durch „Solidaropfer“ bewerkstelligt wird, sondern durch eine zusätzliche wirtschaftliche Aktivität im Westen, die sich größtenteils selbst finanziert. Die Basis dafür bildet die seit 1990 zu beobachtende Potenzialverschiebung von Ost nach West und die Akkumulation neuen Sachkapitals. Westdeutschland ist dadurch wirtschaftlich stärker geworden, Ostdeutschland aber, relativ zu den alten Bundesländern, eher schwächer.

So wenig dieser Befund befriedigt, so wenig überrascht er andererseits. Denn in ihm bestätigt sich, was entwicklungstheoretisch oh-

nehin auf der Hand liegt, nämlich, dass ein Ressourcentransfer und Importüberschuss für das Empfängerland nicht einen nachholenden, von der Produktion getragenen Entwicklungsprozess auslöst, sondern ganz im Gegenteil den Entwicklungsrückstand konserviert und die wirtschaftliche Abhängigkeit weiter verstärkt. Entwicklungsfördernd dagegen wirkt eine Marktkonstellation, in der der Export den Import übersteigt, hohe Investitionen in der Produktion getätigt werden und der Binnenmarkt bis zu einem gewissen Grade geschützt ist (vgl. Riese 1986, S. 157ff.).

Überträgt man diesen Ansatz auf das ostdeutsche Problem, so findet er Bestätigung: Der regionale Finanz- und Gütertransfer hat im Beitrittsgebiet kein „Wirtschaftswunder“ ausgelöst; selbst innerhalb zweier Jahrzehnte wurde gegenüber Westdeutschland keine Konvergenz erreicht. Für den Aufholprozess werden immer größere Zeiträume veranschlagt: mehrere Jahrzehnte, ja, sogar Jahrhunderte.⁹ Dies unterscheidet Ostdeutschland von einigen Ländern Mittel- und Osteuropas, denen es gelungen ist, trotz ungünstigerer Ausgangsbedingungen inzwischen eine selbsttragende Entwicklung zu erreichen (vgl. Kapitel 5). Dies unterstreicht aber auch, dass es sich bei den Transfers in erster Linie um konsum- und sozialorientierte Leistungen handelt und weniger um Hilfen „im Sinne der Entwicklungsökonomik“ (Simons 2009, S. 41).

Fazit

Um sich wirtschaftlich erfolgreich entwickeln zu können, braucht Ostdeutschland mehr als Transfers und „Importe“. Dem regionalen Import westdeutscher Güter muss ein mindestens gleich großer regionaler „Export“ gegenüberstehen, was entsprechende Marktanteile außerhalb der NBL voraussetzt. Damit verbunden wären Investitionen und Einkommenszuwächse, wodurch der Transferbedarf zurückgehen würde und die Transferzahlungen schließlich überflüssig werden würden. Bedingung dafür ist jedoch eine Zunahme der Wettbewerbsfähig-

⁹ Einem Aufsatz in der Financial Times Deutschland zufolge wird die „Angleichung der Pro-Kopf-Einkommen“ in Deutschland „noch fast 320 Jahre“ dauern (Beyerle 2008).

keit der Unternehmen und eine größere Attraktivität des Produktionsstandortes „Ost“.

Um dies zu erreichen, sind Transferleistungen für einen bestimmten Zeitraum unumgänglich. Betrachtet man die Struktur der Transfers jedoch genauer, so ist festzustellen, dass der Anteil der direkten wachstumsorientierten Ausgaben relativ gering ist, die wesentlich höheren Infrastrukturausgaben wirtschaftlich aber nur indirekt für die neuen Länder relevant und hinsichtlich ihrer Quantifizierung zudem umstritten sind. Der nachfrageinduzierte Impuls der Sozialtransfers und Finanzausgleichszahlungen kommt dagegen sowohl ost- als auch westdeutschen Anbietern zugute. Eine deutliche Stärkung der ostdeutschen Produktionsbasis und regionalen Exportindustrie sowie die Eroberung neuer Zukunftsfelder lassen sich damit kaum erreichen, zumal es nach dem Ende des Förderbooms an privaten Investitionen mangelt.

Zwanzig Jahre nach der Herstellung der deutschen Einheit wird über Möglichkeiten einer Reduzierung der Transfers nachgedacht. Weil sich Transfers, Produktionslücke respektive Absorptionsüberschuss und regionales Handelsbilanzungleichgewicht im innerdeutschen Wirtschaftskreislauf aber gegenseitig bedingen, kann ihre Verringerung nur synchron erfolgen. Das heißt, eine Lösung des Transferproblems ist nur über zusätzliches Wachstum und eine stärkere Marktpresenz ostdeutscher Unternehmen in Ost- und Westdeutschland erreichbar (vgl. Peché 2007; Luft 1998a; Müller 2006; Links/Volke 2009).

5 Die Rolle der EU im ostdeutschen Transformationsprozess – Unterschiede der Transformation Ostdeutschlands gegenüber den ost- und mitteleuropäischen Beitrittsländern

Mit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik nach dem Artikel 23 GG (a.F.) wurde am 3. Oktober 1990 nicht nur die staatliche Vereinigung Deutschlands vollzogen, sondern auch erstmalig ein Staat, der bisher zum „Ostblock“, zum RGW und zum System des Warschauer Vertrages gehörte, in die Europäische Union aufgenommen.

Zwischen Ostdeutschland und den mittel- und osteuropäischen Ländern (MOE-Länder) gibt es seit dem Untergang des Realsozialismus im Zusammenhang mit dem Beitritt zur EU sowohl Gemeinsamkeiten als auch wesentliche Unterschiede (siehe Kasten „Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen Ostdeutschland und den MOE-Beitrittsländern in ihren Beziehungen zur EU“). Die Gemeinsamkeiten ergeben sich vor allem aus ähnlichen Problemen und Herausforderungen, die mit der Transformation in eine kapitalistische Marktwirtschaft und mit der Integration in ein ökonomisch stärkeres und überlegenes Umfeld – nämlich die Bundesrepublik bzw. die EU – zusammenhängen. Darüber hinaus resultieren ähnliche Probleme aus der Zeit ihrer Zugehörigkeit zum RGW und aus den engen Wirtschaftsverflechtungen, die bis 1990 zwischen ihnen bestanden, nach 1990 aber zu einem großen Teil abrupt abgebrochen wurden und bis heute nur bedingt ein Äquivalent gefunden haben.

Die Bedingungen und Wirkungen des Beitritts der DDR zur Bundesrepublik und ihrer Integration in die EU unterscheiden sich zugleich grundlegend von denen, die für die MOE-Länder nach 1990 und nach ihrem Beitritt zur EU bestimmend waren. Dies bezieht sich sowohl auf die Größe und Tiefe der Probleme, mit denen sie jeweils konfrontiert waren bzw. noch sind, auf ihre spezifischen Interessen sowie auf die Art und Weise, wie diese in Erscheinung treten, als auch und vor allem

auf die Bedingungen, Möglichkeiten und Zeiträume zur Entfaltung und Lösung der Probleme und Widersprüche der Transformation.

Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen Ostdeutschland und den MOE-Beitrittsländern in ihren Beziehungen zur EU

Gemeinsamkeiten/ Ähnlichkeiten	Unterschiede
Gemeinsamer historischer Hintergrund von den 1950er Jahren bis 1989/90; Mitglied in RGW und Warschauer Pakt	Beitritt zur EU stand am Beginn der Transformation; Beitritt der MOE-Länder erfolgte erst nach mehr als zehn Jahren Transformation
Voraussetzung des Beitritts: Übernahme kapitalistischer marktwirtschaftlicher Strukturen	Beitritt der DDR zur EU nicht als selbstständiger, souveräner Staat, sondern als Teil der Bundesrepublik; MOE-Länder wurden als souveräne Staaten EU-Mitglied
Beitritt verbunden mit Übernahme des Gesetzeswerkes der EU („Acquis communautaire“)	Mit dem Beitritt der DDR ist die Übernahme des Rechtssystems und der Verwaltungsorganisation der Bundesrepublik verbunden; Einsatz westdeutscher Expertinnen und Experten, umfassende Ablösung bisherigen Eliten der DDR auf faktisch allen Gebieten; die Umstellung der MOE-Länder erfolgte mit eigenen Kräften, abgelöst wurde im Wesentlichen nur die politische Ebene

Gemeinsamkeiten/ Ähnlichkeiten	Unterschiede
Dominanz der Interessen der Bundesrepublik (alt) bzw. der bisherigen EU bei den konkreten Regelungen des Beitritts	Der Beitritt der DDR zur Bundesrepublik (und damit auch zur EU) erfolgte faktisch ohne Vorbereitungszeit; der EU-Beitritt der MOE-Länder sah auch Übergangsregelungen vor
Beitritt zu einem wirtschaftlich stärkeren Staat bzw. Wirtschaftsblock mit einer wesentlich höheren gesamtwirtschaftlichen Produktivität und überlegener Wettbewerbsfähigkeit	Mit der Vereinigung 1990 wurden nicht nur Eigentumsstrukturen durch Privatisierung verändert, sondern der Hauptteil ehemals volkseigenen Unternehmen ging über in das Eigentum westdeutscher Unternehmen; dies führte in der Folge zur Entwicklung einer ostdeutschen Dependenzökonomie
Finanzielle Unterstützung zur Annäherung des wirtschaftlichen Leistungsniveaus an den EU-Durchschnitt durch die EU-Struktur- und Regionalfonds	Ostdeutschland erhält darüber hinaus beträchtliche Finanztransfers aus Westdeutschland
Die früheren engen Wirtschaftsbeziehungen der DDR und der MOE-Länder untereinander existieren nicht mehr; der Außenhandel wurde auf eine andere Regionalstruktur orientiert	In Ostdeutschland fand ein historisch einmaliger Prozess der Deindustrialisierung und der Liquidierung von Unternehmen statt; in den MOE-Ländern haben sich strukturelle Anpassungsprozesse weitgehend schon vor dem Beitritt zur EU vollzogen

Gemeinsamkeiten/ Ähnlichkeiten	Unterschiede
Die Wirtschaftsleistung ging nach 1990 mehr oder weniger stark zurück und erreichte erst nach vielen Jahren wieder den Stand von 1989	Einführung der D-Mark führte zu einem starken Aufwertungsschock; in den MOE-Ländern wurde der Außenhandel durch die Abwertung der Währungen beeinflusst
	Für Ostdeutschland bestand von Beginn an die Arbeitnehmerfreizügigkeit; für die MOE-Länder gibt es hierfür Übergangsfristen

Ähnliche Probleme und Herausforderungen

Vor Ostdeutschland und den MOE-Ländern standen bzw. stehen ähnliche Aufgaben und Herausforderungen vor allem bei der Verringerung der Rückstände in der Produktivität, bei der Modernisierung der Produktionsanlagen, der Infrastruktur und der Erzeugnisstrukturen, um ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen, beim Überführen des staatlichen Eigentums in neue privat- und marktwirtschaftliche Strukturen und bei der faktisch vollständigen Übernahme des Wirtschafts- und Ordnungsrechts (der Bundesrepublik bzw. der EU, des „Acquis communautaire“). Dabei zeigen sich Ähnlichkeiten und Gemeinsamkeiten insbesondere darin, dass es tiefe Interessenwidersprüche zwischen der DDR und den Beitrittsländern auf der einen und der Bundesrepublik (alt) sowie der EU-15 auf der anderen Seite gab. Die Bundesrepublik und die EU-15 waren und sind insbesondere daran interessiert, den Beitritt bzw. die Erweiterung der EU als Markterweiterung, als Eroberung neuer Absatzgebiete für ihre Unternehmen und zur Senkung der Produktionskosten (niedrige Löhne in den Beitrittsländern) zu nutzen. Die Interessen der Menschen

Ostdeutschlands und der neuen MOE-Beitrittsländer sind im Gegensatz dazu darauf gerichtet, eine wirksame Unterstützung seitens der Bundesrepublik bzw. der EU-15 bei der Modernisierung ihrer Volkswirtschaften, der Überwindung regionaler Disparitäten und der Erhöhung ihres Lebensniveaus zu erhalten. Charakteristisch sowohl für Ostdeutschland 1990/91 als auch für die MOE-Beitrittsländer war, dass nur die volle Übernahme des Gesetzeswerks der BRD (alt) bzw. der EU auf der Tagesordnung stand, während die Nutzung von Erfahrungen in umgekehrter Richtung, z.B. im Bildungswesen, in der Kinderbetreuung oder im Gesundheitssystem, ignoriert wurde.

Aus der Art der Privatisierung des volkseigenen Vermögens der DDR durch die Treuhandanstalt resultierte ein für größere entwickelte Industrieregionen einmaliges Ausmaß an „Fremdeigentum“ der in der Region befindlichen Unternehmen, vor allem der größeren, aber auch eines Teils der mittleren Unternehmen. In den MOE-Ländern werden ebenfalls Schlüsselindustrien und insbesondere der Finanzsektor weitgehend von ausländischem Kapital beherrscht.

Grundlegende Unterschiede zwischen Ostdeutschland und den MOE-Ländern

Der Beitritt der DDR zur EU unterscheidet sich in mehrerlei Hinsicht vom EU-Beitritt der MOE-Länder. Einerseits hatte die DDR schon vor 1990 eine Art Sonderstatus, da es im Zusammenhang mit dem innerdeutschen Handel Sonderregelungen für sie gab. Die DDR war beim Handel mit EU-Ländern von Außenzöllen befreit. Andererseits ist sie nicht als souveräner Staat der EU beigetreten. Ihre Zugehörigkeit zur EU fiel zeitlich unmittelbar mit dem Beitritt zur Bundesrepublik zusammen, d.h. mit dem Ende ihrer staatlichen Existenz, auch wenn der Eintritt in die EU schon mit der Wirtschafts- und Währungsunion am 1. Juli 1990 vollzogen wurde. Es gab auch keine Vorbereitungszeit und keine Übergangsregelungen, woraus sich nicht nur für die Industrie, sondern auch für die Landwirtschaft negative Folgen ergaben. Innerhalb weniger Tage brach z.B. der Absatz von Nahrungsgütern und Rohstoffen aus der eigenen Landwirtschaft ein.

Ein Vergleich zwischen dem Beitritt der DDR und dem Beitritt

der MOE-Länder zur Europäischen Union zeigt, dass die Interessenunterschiede zwischen Beitrittsland und EU auch eine andere Qualität aufweisen. Im Falle Ostdeutschlands treten die Interessenunterschiede – infolge der Gleichzeitigkeit von EU-Beitritt und staatlicher Vereinigung – primär nicht als wirtschaftliche Interessenunterschiede einer Volkswirtschaft zu den anderen Volkswirtschaften der EU-Länder auf, sondern vor allem als innere Widersprüche zwischen zwei Teilgesellschaften der vergrößerten Bundesrepublik, die eine sehr unterschiedliche Entwicklung in den 45 Jahren zwischen dem Ende des Zweiten Weltkrieges und 1990 aufwiesen. Noch ein zweiter Aspekt ist hierbei von Bedeutung: Der Beitritt Ostdeutschlands zur Bundesrepublik erfolgte als Anschluss an eine sehr leistungsfähige und international wettbewerbsfähige Volkswirtschaft, die stärkste ökonomische Macht in der EU. Westdeutsche, d.h. in diesem Zusammenhang „auswärtige“ Interessen, vor allem Kapitalinteressen, dominierten bei allen wichtigen Entscheidungen, die Ostdeutschland betrafen. Das zeigte sich nicht nur bei der Privatisierung des Volkseigentums durch die Treuhandanstalt und bei der Art der Nutzung der Kapazitäten der privatisierten Unternehmen, sondern auch auf anderen Gebieten, u.a. bei der Benachteiligung der landwirtschaftlichen Genossenschaften und bei der Behandlung der so genannten Altschulden der ehemals volkseigenen Betriebe, der Genossenschaften, der Wohnungsgesellschaften und der Kommunen.

Bei der Übernahme des Wirtschafts- und Ordnungsrechts (der Bundesrepublik bzw. der EU) gab es wesentliche Unterschiede. Beim Beitritt der DDR zur Bundesrepublik wurde das neue Rechts- und Verwaltungssystem der Bundesrepublik umfassend und in sehr kurzer Zeit auf das hinzugekommene Territorium der neuen Bundesländer übertragen. Im Unterschied hierzu erfolgte die Anwendung des „*Acquis communautaire*“ schrittweise in einem längeren Zeitraum. Hinzu kam eine weitere Besonderheit gegenüber den MOE-Ländern, die die Entwicklung in den neuen Bundesländern nachhaltig beeinflusste: Die Bundesrepublik entsandte zur Unterstützung sehr viele Verwaltungs- sowie Rechtsexpertinnen und -experten in die neuen Bundesländer, die die Einführung der neuen Systeme flächendeckend in ihre Hände

nahmen. Das erleichterte zwar diesen Übergang, führte aber von Beginn an zu einer ausgeprägten Fremdbestimmung und zu einer radikalen Ablösung der bisherigen Eliten. Diese Ablösung blieb nicht auf die politische Elite beschränkt, sondern umfasste die Funktionseliten auf faktisch allen Gebieten.

Die Einführung der D-Mark war mit der Umstellung der laufenden Aufwendungen und Kosten sowie der laufenden Einnahmen und Erträge von der Mark der DDR auf die D-Mark im Verhältnis eins zu eins verbunden. Dies bewirkte einen gewaltigen Aufwertungsschock für die Wirtschaft, vor allem für die Exporte der DDR, da Schutz- und Übergangsmaßnahmen ausblieben und zum Verlust der ökonomischen Lebensfähigkeit vieler Unternehmen führten. Im Unterschied dazu wurden die nationalen Währungen in den anderen MOE-Ländern gegenüber der D-Mark und dem US-Dollar in den 1990er Jahren beträchtlich abgewertet. Dadurch gestalteten sich die Konkurrenzbedingungen ihrer Unternehmen auf den heimischen und besonders auch auf den internationalen Märkten im Vergleich zu den Unternehmen Ostdeutschlands günstiger. Größtenteils wurden die Währungen der MOE-Länder weit stärker abgewertet, als es den realen Kaufkraftverhältnissen entsprach. Dies zeigt sich auch darin, dass bei Vergleichen des BIP je Einwohnerin und Einwohner auf der Grundlage der Währungskurse diese Länder schlechtere Ergebnisse aufweisen als bei Vergleichen, die auf der Grundlage von Kaufkraftparitäten erfolgen. Das BIP je Einwohnerin und Einwohner betrug in Kaufkraftstandards (KKS) im Jahr 2000 im Durchschnitt der Beitrittsländer (einschließlich Malta und Zypern) 44 Prozent des EU-Durchschnitts (vgl. Deutsche Bundesbank 2001, Monatsbericht Oktober, S. 21). Ein Vergleich auf der Basis der Wechselkurse führt im Unterschied dazu zu einem BIP je Einwohnerin und Einwohner, das nur wenig über zwanzig Prozent des EU-Durchschnitts liegt. Diese Relationen haben sich bis heute kaum verändert.

Die vorhandenen Spielräume bei der Festlegung der Kursverhältnisse der Inlandswährung zum Euro bzw. US-Dollar können noch heute zur Exportförderung und zur Einschränkung von Gleichgewichtsstörungen genutzt werden. Diese Möglichkeit wurde in Bulgarien und in baltischen Ländern durch eine feste Kursbindung an den Euro

und in anderen MOE-Ländern durch die Teilnahme am Wechselkursmechanismus II (WKM II), der nur eine Schwankungsbreite zum festgelegten Wechselkurs von plus/minus 15 Prozent zulässt, weitgehend aufgehoben.

Die Anwendung des Tarifsystems der Bundesrepublik in den neuen Bundesländern und die relativ großen Schritte, die in den ersten Jahren bei der Angleichung der Ost- an die Westlöhne gegangen wurden, vergrößerten den schon vor 1990 existierenden beträchtlichen Einkommens- und Lebensstandardvorsprung der ostdeutschen Bevölkerung gegenüber der Bevölkerung in den anderen ehemals staatssozialistischen Ländern Europas. Ähnlich wirkte die Anwendung der Sozialversicherungssysteme der Bundesrepublik auf Ostdeutschland. Hierdurch konnte ein weit höheres Niveau und eine größere Stabilität der Arbeitslosenunterstützung, der Renten und anderer Sozialleistungen gewährleistet werden, als es in den MOE-Ländern nach 1990 möglich war. Hierfür wurde der größte Teil der West-Ost-Finanztransfers eingesetzt, eine Finanzierungsquelle, über die die MOE-Länder auch nach ihrem EU-Beitritt nicht verfügten.

Beträchtliche öffentliche Mittel standen in Ostdeutschland zur Verfügung für die Förderung von Unternehmensinvestitionen, den Ausbau und die Modernisierung der Infrastruktur, eine attraktive Stadtgestaltung sowie – als Finanzzuweisungen an Länder und Kommunen – zum Ausgleich eines geringeren Steueraufkommens. All dies führte zu einem im internationalen Maßstab ungewöhnlich hohen Anteil „äußerer“ Finanzquellen für Investitionen. Die ausländischen Direktinvestitionen in allen ost- und mitteleuropäischen Staaten lagen insgesamt im Zeitraum von 1991 bis 2000 (vor der EU-Osterweiterung) bei rund 100 Milliarden Euro. Sie nahmen in den Jahren 1994 bis 2000 zwar stark zu und betrugen im Jahr 2000 ca. 20 Milliarden Euro (vgl. IW 2001). Die Summe dieser Investitionen für alle MOE-Länder lag jedoch unter der Größe der aus äußeren Quellen finanzierten ostdeutschen Investitionen. Infolge der 2008 ausgebrochenen Wirtschafts- und Finanzmarktkrise wurden die meisten MOE-Mitgliedsländer besonders stark von wirtschaftlichen und sozialen Rückschlägen gebeutelt. Im Vergleich zum Jahr 2008 gingen die ausländischen Direktinvestitionen

in diesen Ländern um mehr als die Hälfte zurück, gegenüber dem Jahr 2007 sogar um 62 Prozent (vgl. WIIW 2010).

Im Vergleich zu den MOE-Beitrittsländern hatte Ostdeutschland auch beträchtliche finanzielle Vorteile aus seiner frühen Mitgliedschaft in der EU. Sie beruhen vor allem auf der Nutzung der verschiedenen Strukturfonds der EU, die finanzielle Hilfen zur Beseitigung struktureller wirtschaftlicher und sozialer Probleme gewähren. Die wichtigsten sind: der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) – der Maßnahmen zur Beseitigung der Ungleichgewichte zwischen Regionen oder sozialen Gruppen sowie den wirtschaftlichen Zusammenhalt der Länder der EU fördern soll –, der Europäische Sozialfonds (ESF) – das wichtigste Finanzinstrument der EU für die Schaffung von Arbeitsplätzen in Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit – und der Europäische Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL) zur Förderung der Entwicklung im ländlichen Raum. Für den Zeitraum von 2007 bis 2013 erhält Deutschland im Rahmen der EFRE und ESF 26,4 Milliarden Euro, darunter 16,1 Milliarden Euro für Konvergenz-Regionen der neuen Bundesländer (vgl. European Commission, o.J.).

Ostdeutschland ist als Teil der Bundesrepublik Deutschland ebenso wie alle anderen Länder und Regionen der bisherigen EU von den Veränderungen durch die Osterweiterung betroffen. Die Veränderungen bei Komplexen wie der Wirtschaftsförderung, dem Mitteleinsatz für die gemeinsame Agrarpolitik, der Kapitalmobilität und der Arbeitnehmerfreizügigkeit berühren die Interessen Ostdeutschlands besonders stark. Ostdeutschland hat aufgrund der politischen und sozial-ökonomischen Entwicklung nach 1945 sowie seiner besonderen geografischen Nähe im Vergleich zu anderen EU Ländern bzw. Regionen mehr gemeinsame Interessen mit den Beitrittsländern. Dies gilt für das Interesse an einer selektiven Revitalisierung wirtschaftlicher Beziehungen aus der gemeinsamen Zugehörigkeit zum RGW, die für die Partner vorteilhaft waren, soweit das heute noch realistisch ist und diese zukunftsfähig sind. Dies betrifft auch eine engere Zusammenarbeit in den Grenzregionen, die die spezifischen Interessen der Partner ausreichend berücksichtigt. Ostdeutschland ist zudem direkt an einer erfolgreichen wirtschaftlichen Entwicklung der MOE-Länder interessiert, da sich dadurch die Bedin-

gungen für eine dynamische Export- und Importentwicklung und für die Intensivierung der wirtschaftlichen Verflechtungen verbessern.

In der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit gab und gibt es zwischen den MOE-Ländern beträchtliche Unterschiede. Unter Einbeziehung von Bulgarien und Rumänien und ohne Malta und Zypern konnten hinsichtlich der Höhe des BIP je Einwohnerin und Einwohner im Jahr 2000 grob drei Gruppen unterschieden werden: eine erste mit einem BIP je Einwohnerin und Einwohner von mehr als 58 Prozent des Niveaus der EU-15 (Tschechische Republik und Slowenien), eine zweite Gruppe mit einem BIP pro Einwohnerin und Einwohner zwischen 47 Prozent und 51 Prozent (Ungarn und Slowakische Republik) und eine dritte Gruppe mit einem BIP je Einwohnerin und Einwohner, das geringer als 40 Prozent ist (Polen, Bulgarien, Rumänien und die baltischen Staaten) (vgl. Eurostat 2002). Die meisten MOE-Länder haben seit 1991 und auch seit 2000 ihren Abstand zum Durchschnitt der EU-15 stärker verringert als Ostdeutschland. Beträchtliche Unterschiede bestehen überdies im Tempo der Erhöhung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Nach den Untersuchungen von Eurostat ist der 1989 vorhandene Vorsprung der DDR im BIP je Einwohnerin und Einwohner bis 2009 gegenüber mehreren MOE-Ländern geringer geworden und gegenüber der Tschechischen Republik gänzlich verschwunden.

Mit der Weltwirtschaftskrise, dem Rückgang des internationalen Handels und dem Absturz der ausländischen Direktinvestitionen hat sich die soziale und ökonomische Lage in den MOE-Mitgliedsländern jedoch stark verschlechtert. Die baltischen Staaten wiesen 2009 einen Rückgang des BIP zwischen 13 und 18 Prozent auf. Insbesondere in ihnen und in Ungarn hat die Finanzierung der Leistungsbilanzdefizite durch hohe Verschuldungen auf den internationalen Finanzmärkten und die Dominanz ausländischer Banken im inländischen Bankensystem zu einer drastischen Verschärfung nicht nur der Haushalts-, sondern der gesamten ökonomischen und sozialen Situation geführt. Der Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Leistung war in allen MOE-Ländern außer in Polen und in Tschechien größtenteils weit höher als in Ostdeutschland (vgl. EuroMemorandum Gruppe 2010, S. 10 ff.; Dräger/Wehr 2010, S. 34 ff.).

Mit der Erweiterung der EU um zehn Staaten ging das BIP je Einwohnerin und Einwohner in der EU gegenüber dem bisherigen Niveau der EU-15 um ca. 13 Prozent zurück. Daraus ergaben sich beträchtliche Konsequenzen für die Ziel-I-Regionen der EU, die die höchsten Fördersätze erhalten. Das sind alle Regionen, deren BIP je Einwohnerin und Einwohner kleiner als 75 Prozent des EU-Durchschnitts ist. Dazu gehörten bis zur EU-Osterweiterung alle Regionen der neuen Bundesländer. Nach der EU-Erweiterung wären die meisten ostdeutschen Regionen aus der höchsten EU-Förderung herausgefallen, da ihr BIP je Einwohnerin und Einwohner jetzt mehr als 75 Prozent des EU-Durchschnitts beträgt (vgl. Rosenfeld/Kronthaler 2002, S. 267). Um solche Negativeffekte möglichst gering zu halten, wurden von der EU-Kommission für den Zeitraum zwischen 2007 und 2013 Übergangslösungen festgelegt; es wurde der Phasing-out-Topf geschaffen, aus dem die ostdeutschen Regionen insgesamt in diesem Zeitraum 9,4 Milliarden Euro zur Stärkung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit und für die Beschäftigung erhalten.

Obgleich die meisten Beitrittsländer schon vor dem Beitritt eine weitgehende Liberalisierung des Kapitalverkehrs durchgesetzt hatten, führte die EU-Erweiterung zu weiteren Erleichterungen für die Kapitalmobilität der EU-15. Hiervon können ostdeutsche Interessen betroffen sein, wenn z.B. von den nicht sehr zahlreichen potenziellen Investoren ein größerer Anteil nicht in die neuen Bundesländer geht, sondern weiter nach Osten zu den neuen Mitgliedsländern. Es handelt sich hier jedoch nicht um einen grundlegenden Interessenwiderspruch zwischen Ostdeutschland und seinen östlichen Nachbarn. Eine stabile Erweiterung der ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Kooperation sowie der Handelsbeziehungen Ostdeutschlands mit den Beitrittsländern wird nur möglich sein, wenn sich das ökonomische Potenzial, die Kapazitäten und die Märkte auf beiden Seiten der Grenzen dynamisch entwickeln. Im Konkreten kommt es jedoch zu verschiedenen Interessenwidersprüchen.

In der Zeit vor der EU-Osterweiterung und auch danach wurde heftig und kontrovers über die Arbeitnehmerfreizügigkeit und die damit verbundene Dienstleistungsfreiheit diskutiert. Die Interessen der

Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber unterscheiden sich von den Interessen der abhängig Beschäftigten und ihren Gewerkschaften. Die Arbeitnehmerfreizügigkeit wird von vielen Menschen der Beitrittsländer für die wichtigste Errungenschaft ihres EU-Beitritts gehalten und als Kriterium dafür angesehen, dass sie als gleichberechtigte Mitglieder und nicht als Mitglieder zweiter Klasse behandelt werden. Befürchtungen der Menschen in den grenznahen Gebieten Ostdeutschlands, dass sich die schon jetzt äußerst prekäre Arbeitsmarktsituation durch die Arbeitnehmerfreizügigkeit noch weiter verschärfen wird, haben sich im Kern als falsch erwiesen. Die Gründe dafür sind naheliegend: Menschen, die durch Auswandern Arbeit suchen, werden kaum in die Regionen mit der höchsten Arbeitslosigkeit, ungünstigen Beschäftigungschancen und niedrigen Arbeitslöhnen gehen. Umgekehrt haben viele Menschen aus ostdeutschen Grenzregionen mit extrem hoher Arbeitslosigkeit und niedrigen Löhnen, wie z.B. Uecker-Randow, in boomenden polnischen Regionen, wie etwa in Szczecin, Arbeit gefunden.

Für die strukturschwachen Grenzregionen und auch für andere Regionen ist die Gewährung bzw. Einschränkung der Dienstleistungsfreiheit von größerer Bedeutung als die Arbeitnehmerfreizügigkeit. Bei unregulierter Dienstleistungsfreiheit kann die Entsendung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die in ausländischen Lohn- und Sozialdumping betreibenden Subunternehmen arbeiten, zu Verdrängungseffekten auf lokalen Arbeitsmärkten führen. Das ist allerdings nicht nur ein Problem der Osterweiterung. Hier besteht noch weiterer politischer Handlungsbedarf. Es muss dabei jedoch auch bedacht werden, dass eine Beschränkung der Freizügigkeit illegale Beschäftigung und Schattenwirtschaft fördert. Dadurch wird der Druck auf ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch die Willkür rücksichtsloser Unternehmerinnen und Unternehmer verstärkt. Arbeitnehmerfreizügigkeit wirkt somit, wenn die erforderlichen rechtlichen Rahmenbedingungen geschaffen und durchgesetzt werden, auch als Mittel gegen illegale Beschäftigung und Schattenwirtschaft.

6 Ausgewählte Aspekte der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung

6.1 Demografische Prozesse

Mit dem Beitritt der DDR änderten sich die Größe sowie die Alters- und Bildungsstruktur der bundesrepublikanischen Bevölkerung. Auf der Grundlage der für 1991 verfügbaren Daten nahm die Einwohnerzahl der Bundesrepublik um 15,5 Millionen Menschen zu. Der Anteil der Bevölkerung der neuen Bundesländer (ohne Berlin) an Deutschland insgesamt (80 Millionen) betrug rund 18 Prozent. Anschließend setzte eine gegenläufige Entwicklung ein: Während die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner Deutschlands von 1991 bis 2009 um 1,4 Millionen Menschen auf 81,4 Millionen stieg, nahm sie in den neuen Bundesländern gegenüber 1991 um 1,7 Millionen ab (gegenüber 1989 sogar um über zwei Millionen). Die demografische Entwicklung in Deutschland, vor allem die Veränderung der Bevölkerungsgröße und der Altersstrukturen, wird seit 1990 im Wesentlichen durch drei Prozesse bestimmt: durch die Wanderungsbewegung, durch eine zunehmende Alterung und durch das Geburtsverhalten. Die Wirkungen dieser drei Prozesse sind in den neuen und den alten Bundesländern unterschiedlich. Die Wanderungsbewegung wirkt auf die Bevölkerungsentwicklung und die Altersstruktur in Ost- und Westdeutschland direkt entgegengesetzt, im Osten als Bevölkerungsverlust und Verstärkung der Alterung, im Westen als Bevölkerungszuwachs und Milderung der Alterung. Hinzu kommt, dass der Rückgang der Geburtenziffer in Ostdeutschland weit höher ist.

Diese drei Prozesse für sich genommen, mehr aber noch ihr Zusammenspiel, wodurch ihre Wirkung kumuliert wird, haben zur Folge, dass die Einwohnerzahl Ostdeutschlands im Zeitverlauf progressiv abnimmt und sich die Altersstruktur spürbar verändert. Die bestimmenden Faktoren hierfür sind:

- *Erstens* der Fortzug großer Bevölkerungsteile. Seit 1989 sind in jedem Jahr deutlich mehr Menschen aus den neuen Bundesländern weg- als in sie gezogen. Dies hat zur Folge, dass per Saldo in Ostdeutschland migrationsbedingt eine kontinuierliche Abnahme der Bevölkerung zu verzeichnen ist.
- *Zweitens* die Altersstruktur der Fortziehenden im Verhältnis zur Altersstruktur der Zuziehenden. Da die Erstgenannten im Durchschnitt signifikant jünger sind als die Letztgenannten, führt der Wanderungsprozess zu einer zusätzlichen Alterung der Bevölkerung. Eine natürliche Alterung findet aufgrund der steigenden Lebenserwartung und geringeren Geburtenzahl ohnehin statt.
- *Drittens* der dramatische Rückgang der Geburtenhäufigkeit. In Ostdeutschland übersteigt die Zahl der Sterbefälle Jahr für Jahr die Zahl der Neugeborenen. Im Ergebnis schrumpft und altert die ostdeutsche Bevölkerung mehr als jede andere Population in Europa. In Westdeutschland überstieg die Zahl der Sterbefälle ebenfalls die Zahl der Neugeborenen, jedoch in einem weit geringeren Ausmaß. Insgesamt vergrößerte sich die Bevölkerung des bisherigen Bundesgebiets und Deutschlands durch Zuwanderungen.

In den ersten Jahren nach dem Mauerfall bestimmte die Abwanderung das Bild: Von 1989 bis 1991 verließen 1.033.482 Menschen Ostdeutschland und zogen in den Westen. Das entsprach 6,2 Prozent der Bevölkerung. Den umgekehrten Weg gingen dagegen nur 121.639 Personen, sodass der Wanderungssaldo minus 911.843 Personen betrug. Auch in den Folgejahren war die Zahl der Fortzüge aus Ostdeutschland signifikant höher als die der Zuzüge, wenngleich letztere kontinuierlich zunahm. Bis 1996 ging dadurch der Saldo der innerdeutschen Migration sukzessive zurück, wenngleich er negativ blieb. Danach nahm er jedoch wieder zu, um sich schließlich bei einer Größenordnung von ca. 50.000 Personen pro Jahr zu stabilisieren (vgl. Tabellenanhang). Insgesamt betrug der durch die innerdeutsche Migration verursachte Bevölkerungsverlust Ostdeutschlands zwischen 1989 und 2009 mehr als zwei Millionen Personen. Die Abwanderung in dieser Größenordnung, verstärkt noch durch die damit verbundenen alters-

und qualifikationsbezogenen Veränderungen, bedeutet für die neuen Länder einen „gravierenden Verlust an Humankapital“ sowie faktisch einen dauernden „Aderlass“, wodurch sich das Wachstumspotenzial Ostdeutschlands nachhaltig verringert (vgl. Schneider 2005, S. 309-314). Profiteure der innerdeutschen Wanderungsbewegung sind vor allem die wirtschaftsstarken Bundesländer Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen, welche die meisten Zuwanderungen verzeichnen. Anders als der Saldo der Binnenwanderung weist der Saldo der Auslandswanderung ein positives Vorzeichen auf: Seit 1990 gab es hier mehr Zu- als Fortzüge, insbesondere in den Jahren 1992 bis 1996. Dadurch verminderte sich der wanderungsbedingte Bevölkerungsverlust Ostdeutschlands.

Während die Bedeutung der Binnenwanderung für die Bevölkerungsentwicklung Ostdeutschlands im Laufe der Zeit abgenommen hat, gewinnt der Faktor Geburtsverhalten ständig an Gewicht. Langfristig erweisen sich der Rückgang der sogenannten Fertilitätsrate¹⁰ und die niedrige Geburtenzahl infolge einer geringeren Anzahl gebärfähiger Frauen aufgrund des starken Geburtenrückgangs und der hohen Abwanderungsquote in den Vorjahren als die Hauptfaktoren für die demografische Entwicklung. Die Geburtenziffer in Ostdeutschland sank nach 1990 sprunghaft, von 1,57 bis auf den historischen Tiefstand von 0,76 im Jahr 1993. Danach stieg sie wieder leicht an, bis auf aktuell 1,30. Dies entspricht in etwa dem westdeutschen Niveau, sichert aber bei weitem nicht die so genannte einfache Reproduktion der Bevölkerung. Eine Beibehaltung des jetzigen Niveaus hätte zur Folge, dass jede Generation um ein Drittel kleiner ausfiele als die vorherige, die Bevölkerung im Zeitverlauf also massiv schrumpfte. Dieser Prozess ließe sich nur langfristig korrigieren, durch verstärkten Zuzug von außen oder/und durch eine Änderung des Geburtsverhaltens. Ersteres dürfte jedoch am politischen Klima scheitern. Letzterem steht neben der allgemeinen Perspektivlosigkeit in weiten Teilen der neuen Länder auch der hohe Frauenanteil bei den Fortziehenden von 63 Prozent entgegen,

10 Die allgemeine Fertilitätsrate oder „Fruchtbarkeitsziffer“ gibt die Zahl der lebend geborenen Kinder je 1.000 Frauen im gebärfähigen Alter als durchschnittliche Kinderzahl je Frau an.

welcher inzwischen zu einem „historisch einmaligen zahlenmäßigen Missverhältnis der Geschlechter“ geführt hat, wonach auf 100 Männer nur noch 90 Frauen kommen (vgl. Berlin-Institut 2006, S. 23).

Die genannten Faktoren des Bevölkerungsrückgangs verstärken sich gegenseitig: Durch die Abwanderung sinkt die Lebensqualität, wodurch das Geburtsverhalten negativ beeinflusst wird. Dies wiederum erhöht die Perspektivlosigkeit, wodurch sich die Abwanderung verstärkt. Beides zusammen bewirkt die Alterung und die Schrumpfung der Bevölkerung, zumindest bis zum Jahr 2020, wahrscheinlich aber auch, wie die Projektionen des Statistischen Bundesamtes zeigen, darüber hinaus. Demnach wird die Bevölkerungszahl in den neuen Bundesländern bis 2020 auf unter zwölf Millionen sinken und bis 2050 voraussichtlich unter die Zehn-Millionen-Grenze fallen. Das bedeutet, dass sich die ostdeutsche Bevölkerung innerhalb eines Jahrhunderts (1950 bis 2050) beinahe halbiert und seit 1989 um mehr als ein Drittel reduziert haben wird.

Die Vereinigung führte jedoch zu einem positiven Effekt in Bezug auf die Altersstruktur der Bundesrepublik. Während durch die Vergrößerung des Territoriums die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner in der Bundesrepublik insgesamt um 27 Prozent stieg, veränderten sich die Zahlen für die verschiedenen Altersgruppen wie folgt: Die Zahl der Kinder und Jugendlichen im Alter bis zu 18 Jahre wuchs um 34 Prozent, die der Einwohnerinnen und Einwohner im erwerbsfähigen Alter um 26 Prozent. Die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner im Rentenalter erhöhte sich dagegen nur um 23 Prozent. In den Jahren nach dem Beitritt veränderte sich die Altersstruktur vor allem in den neuen Bundesländern dramatisch, aber auch in den alten Bundesländern zeichnet sich eine Zunahme Älterer und eine Abnahme Jüngerer ab. „Die jüngere und mittlere Altersgruppe verlieren, die ältere gewinnt an Bedeutung.“ (Statistisches Bundesamt 2006, S. 17) In der Quotientenbetrachtung stellt sich dies so dar, dass der Jugendquotient (unter 20-Jährige je 100 Personen im Alter von 20 bis 64 Jahren) sinkt, von 34 Prozent im Jahr 1990 auf 28 Prozent im Jahr 2020, während der Altenquotient (65-Jährige und Ältere je 100 Personen im Alter von 20 bis 64 Jahren) stark ansteigt, von 24 Prozent (1990) auf 39 Prozent (2020), bis 2050 sogar

auf 64 Prozent (vgl. Statistisches Bundesamt 2006, S. 24, 57). Diese Angaben beziehen sich auf Gesamtdeutschland. Für die neuen Bundesländer ist von einer weit größeren Dramatik auszugehen. Hier erhöht sich der Altenquotient bereits bis 2020 auf Werte zwischen 46 Prozent (Brandenburg) und 51 Prozent (Sachsen) (vgl. Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2007, S. 25). Wirtschaftlich problematisch an dieser Entwicklung ist vor allem, dass die Bevölkerung im Erwerbsalter merklich schrumpft und altert, was erhebliche Auswirkungen auf das ökonomische Wachstum, die Produktivitätsentwicklung, die Innovativität und die Struktur der Einkommensverteilung haben kann.

Die demografischen Prozesse gewinnen noch erheblich an Brisanz, wenn man sie in ihrer regionalen Differenziertheit, getrennt nach Ländern (vgl. Tabelle 11) und Regionen, betrachtet. Dabei fällt auf, dass bis 2020 Berlin keine und Brandenburg wenige Einwohnerinnen und Einwohner verlieren, während andere Länder erhebliche Einbußen verzeichnen. Der Trend zu einer räumlichen Differenzierung verstärkt sich. Charakteristisch ist dabei, dass sich vielfach Stadtregionen „zu Lasten des ländlichen Raumes und peripher gelegener Orte“ stabilisieren (Berlin-Institut 2008a, S. 5).

Tabelle 11: Bevölkerungsentwicklung nach Ländern 1989 bis 2020

	1989	1990	2007	2020 *	Veränderung 2020 zu 1989 in Prozent
Berlin	3.379	3.434	3.405	3.429	+1,5
Brandenburg	2.641	2.578	2.542	2.412	-8,7
MVP	1.964	1.924	1.687	1.507	-23,3
Sachsen	4.901	4.764	4.234	3.786	-22,8
Sachsen-Anhalt	2.965	2.874	2.429	2.056	-30,7
Thüringen	2.684	2.611	2.301	2.110	-21,4
NBL ohne Berlin	15.155	14.751	13.188	11.871	-21,7
NBL und Berlin	18.534	18.185	16.597	15.300	-17,4

* Prognose. Quelle: Statistisches Bundesamt 2008 (Stand jeweils am Jahresende, 2007: 30.6.)

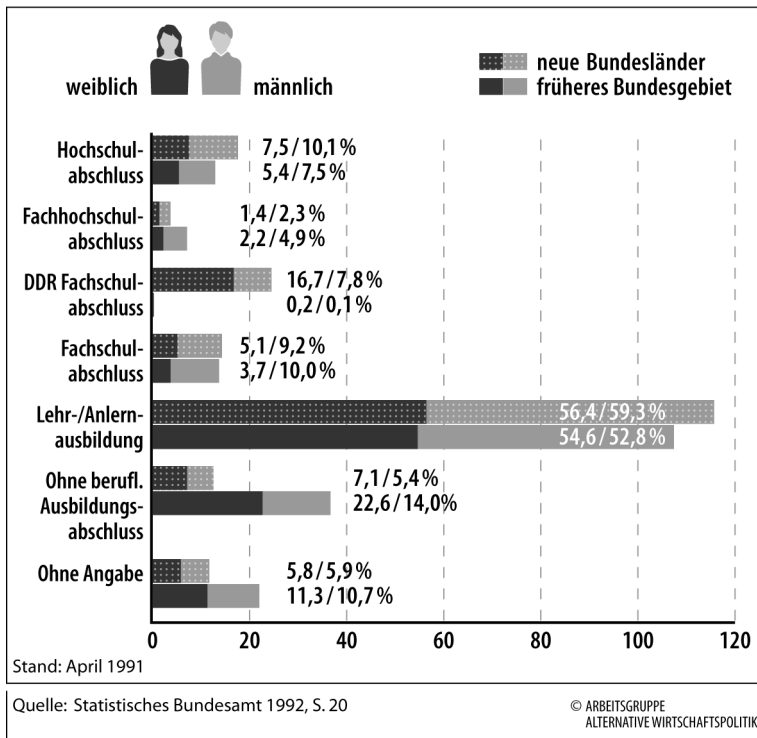
In diesen Daten kommt ein historisch einmaliger Schrumpfungsprozess zum Ausdruck. Dieser ist jedoch keineswegs nur ein quantitatives Phänomen. Er beinhaltet auch strukturelle und qualitative Komponenten, so die Verschiebung in den Geschlechterproportionen (Männerüberschuss), die Alterung sowie den Rückgang des Bildungs-, Qualifikations- und Kulturniveaus. Als Momente eines übergreifenden demografischen Wandels erklären sich diese Prozesse aber nicht allein aus den wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen Ostdeutschlands, sondern sind zugleich Ausdruck eines gesellschaftlichen Umbruchs, der nicht nur Ostdeutschland betrifft, sondern, abgeschwächt und zeitversetzt, auch Westdeutschland, Europa und andere Regionen der Welt. In Ostdeutschland treten die Folgen dieses Umbruchs, verstärkt durch die Systemtransformation und die Vereinigung, aber früher und komprimierter in Erscheinung. Diese zugespitzte Entwicklung enthält jedoch auch Chancen für innovative und kreative Antworten auf diese Herausforderungen, die für ganz Deutschland von Bedeutung werden können.

Die hier knapp charakterisierten demografischen Veränderungen in den neuen Bundesländern haben weitgehende gesamtwirtschaftliche, finanzielle und soziale Auswirkungen, die faktisch alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens und der Arbeit betreffen: die Wachstumspotenziale, die Infrastruktur, das Bildungswesen, die Kultur, den Arbeitsmarkt, die Einkommensverhältnisse, die Finanzlage der öffentlichen Haushalte und die Transferzahlungen (vgl. Busch/Kühn/Steinitz 2009, S. 46 ff.).

6.2 Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

Mit dem Beitritt der DDR veränderte sich die Bevölkerungsstruktur der Bundesrepublik wesentlich. Das allgemeine Bildungsniveau der erwerbsfähigen Bevölkerung erhöhte sich. Besonders Frauen, die in der DDR sozialisiert wurden, verfügten im Vergleich zu Frauen aus den alten Bundesländern über ein deutlich höheres Qualifikationsniveau. Der Anteil von Erwerbstätigen ohne einen Bildungsabschluss war in

Erwerbstätige nach ihrem Bildungsabschluss



Ostdeutschland bei Männern und Frauen deutlich niedriger als im früheren Bundesgebiet.

Bis heute zeigt sich dieses „Erbe aus der DDR“, denn der Anteil der Bevölkerung über 15 Jahre ohne eine berufliche Ausbildung ist mit 18,0 Prozent im Jahr 2008 in den neuen Bundesländern deutlich niedriger als im früheren Bundesgebiet, wo dieser Anteil 27,6 Prozent beträgt (vgl. Statistisches Bundesamt 2009, S. 16 ff.). Dem höheren Bildungsniveau in den neuen Bundesländern steht jedoch flächendeckend ein deutlich geringeres Angebot an hochwertigen Arbeitsplätzen gegenüber.

2007 verfügen etwa 12,8 Millionen Erwerbsfähige in der Bundes-

republik über einen tertiären Abschluss, darunter 2,6 Millionen Personen in den NBL. Die regionale Verteilung der höher qualifizierten Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter ist in der Bundesrepublik sehr differenziert. Im Jahr 2007 hatte von den 36 deutschen Euro-Regionen die Region Dresden mit 30 Prozent ausgebildeter Erwerbsfähiger im Tertiärbereich die Spitzenstellung inne, gefolgt von Berlin und Leipzig. Als erste westdeutsche Region belegte Oberbayern mit der bayerischen Hauptstadt München den vierten Platz (vgl. Eurostat 2010).

Tabelle 12: Anteil der Personen mit wissenschaftlich-technischer Ausbildung (HRSTE) an der Bevölkerung, 2007 (Bundesrepublik nach EU-Regionen)

Stadt/EU-Region	Prozent
Leipzig	29,3
Dresden	28,7
Oberbayern	28,6
Chemnitz	28,4
Berlin	28,1
BRB-NO	28,0
BRB-SW	27,3
Thüringen	25,4
Darmstadt	24,1
Hamburg	23,8
MVP	23,8
Mittelfranken	23,7
Stuttgart	23,4
Karlsruhe	23,0
Tübingen	22,9
Rheinhessen-Pfalz	22,8
Bremen	22,2
Köln	21,0
Gießen	19,7
Hannover	19,5
Freiburg	19,1

Stadt/EU-Region	Prozent
Schwaben	19,0
Kassel	19,0
Sachsen-Anhalt	19,0
Düsseldorf	17,9
Trier	17,7
Schleswig-Holstein	17,7
Oberfranken	17,2
Unterfranken	17,2
Münster	17,0
Arnsberg	17,0
Niederbayern	16,7
Braunschweig	16,7
Koblenz	16,2
Lüneburg	15,3
Detmold	15,3
Weser-Ems	14,8
Oberpfalz	13,6
Saarland	12,4

Quelle: Eurostat Datenbank

Das weit überdurchschnittliche Defizit an Arbeitsplätzen in Ostdeutschland wird am besten durch die Erwerbstätigenquote charakterisiert (Erwerbstätige auf 100 Personen im Alter zwischen 15 und 65 Jahren). Sie ist nach Untersuchungen des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung in Ostdeutschland in allen Regionaltypen erheblich niedriger als in Westdeutschland (lag jedoch vor 1990 in der DDR wesentlich über dem Stand der Bundesrepublik). Von den 91 untersuchten Regionen der Bundesrepublik erreicht die ostdeutsche Region Oberes Elbtal/Osterzgebirge als einzige von 27 Regionen der neuen Bundesländer mit 73,0 Prozent etwa den westdeutschen Durchschnittswert von 73,8 Prozent. Drei weitere Regionen – Erfurt, Leipzig und Chemnitz – verfügen über Erwerbstätigenquoten zwischen 66 Prozent und 73 Prozent und bleiben damit ebenfalls unter

den westdeutschen Mittelwert. Alle anderen 22 ostdeutschen Regionen liegen beträchtlich unter diesem Durchschnitt.

Tabelle 13: Erwerbstätigenquote 2006 in Regionen der Bundesrepublik (Erwerbstätige auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter von 15 bis 65 Jahre)

	West	Ost
Insgesamt	73,8	63,5
Agglomerationsräume	75,8	65,2
Verstädterte Räume	71,4	63,8
Ländliche Räume	71,4	59,6

Quelle: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung 2010

Spiegelbildlich sind dementsprechend die Quoten der Arbeitslosigkeit in ostdeutschen Regionen mit einer niedrigen Erwerbstätigenquote besonders hoch. Da in den letzten Jahren mehrmals die Regelungen zur Erfassung von Arbeitslosigkeit verändert wurden, ist ein realer und wirklichkeitsnaher zeitlicher Vergleich der Arbeitslosenquoten heute kaum noch möglich. Es kann aber davon ausgegangen werden, dass die ausgewiesenen niedrigen Erwerbstätigenquoten in den ostdeutschen Regionen ein entsprechend hohes Maß an Arbeitslosigkeit signalisieren. Bis 2009 waren die Arbeitslosenquoten in Ostdeutschland durchgängig etwa doppelt so hoch wie die in Westdeutschland. Im Verlaufe des Jahres 2010 haben sich die Ost-West-Unterschiede verringert. Im Juli 2010 betrugen die offiziellen Arbeitslosenquoten in Ostdeutschland 11,6 Prozent: in Berlin 13,6 Prozent, in Sachsen-Anhalt 12,3 Prozent, in Mecklenburg-Vorpommern 11,5 Prozent, in Sachsen 11,6 Prozent, in Brandenburg 10,7 Prozent und in Thüringen 9,6 Prozent. In Westdeutschland betrug die Arbeitslosenquote 6,6 Prozent; am höchsten war sie in Bremen mit 12,3 Prozent und in Nordrhein-Westfalen mit 8,7 Prozent, am niedrigsten in Bayern (4,1 Prozent) und in Baden-Württemberg (4,7 Prozent) (vgl. Bundesagentur für Arbeit 2010).

Die Entwicklung der Erwerbstätigkeit darf ab 1991 in den beiden Teilgebieten der Bundesrepublik nicht losgelöst voneinander analysiert werden. Der Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik wirkt wie ein System kommunizierender Röhren. Insgesamt gab es 2009 in der Bundesrepublik 40,3 Millionen Erwerbstätige, fast eine Million mehr als 1989 in den damaligen beiden deutschen Staaten zusammen. Dabei gab es unterschiedliche Perioden und unterschiedliche Entwicklungstendenzen in den hier beschriebenen Teilgebieten.

Tabelle 14: Entwicklung der Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland 1989 bis 2009

	Zu-/Abnahme der Zahl der Erwerbstätigen 1.000			
Zeitraum	früheres Bundesgebiet	NBL	Berlin	zusammen
1991 zu 1989	1.666	- 2.095	- 221	- 650
1995 zu 1991	- 234	- 736	- 50	- 1.020
2000 zu 1995	1.742	- 151	- 48	1.543
2009 zu 2000	1.185	- 160	89	1.114
2009 zu 1989	4.359	- 3.142	- 230	987

Quelle: Statistisches Bundesamt, Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder

Im früheren Bundesgebiet erhöhte sich seit 1989 die Zahl der Erwerbstätigen um etwa 4,4 Millionen Personen. Lediglich im Zeitabschnitt von 1991 bis 1995 kam es zu einem kurzfristigen Abbau der Beschäftigung um etwa 200.000 Personen. Vollkommen anders verlief die Entwicklung in den neuen Bundesländern: Hier verringerte sich kontinuierlich die Zahl der Erwerbstätigen. 2009 gab es mehr als drei Millionen Erwerbstätige weniger als zwanzig Jahre zuvor. In der ersten Hälfte der 1990er Jahre haben arbeitsmarktpolitische Maßnahmen den Umbruch auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt in erheblichem Maße flankiert. Zeitweise war etwa ein Fünftel des gesamten Erwerbspersonenpotenzials in Ostdeutschland in solchen Maßnahmen tätig.

Ab Mitte der 1990er Jahre ging der Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente deutlich zurück. Mittlerweise sind nur noch fünf Prozent des Erwerbspersonenpotenzials in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen beschäftigt (vgl. Brautzsch 2010, S. 83).

Erosion von stabilen und sicheren Arbeitsverhältnissen

Als „prekäre“ Arbeitsverhältnisse oder „marginale“ Beschäftigung wird eine Vielzahl von Beschäftigungstypen zusammengefasst, denen ein Merkmal gemein ist: Sie gewährleisten keinen angemessenen Lebensunterhalt; die Inhaberinnen und Inhaber derartiger Arbeitsplätze sind auf finanzielle Unterstützung angewiesen. Hinzu kommt, dass durch diese Arbeitsverhältnisse keine oder nur geringe Rentenansprüche erworben werden, sodass für die Betroffenen die Altersarmut vorprogrammiert ist. Für das Jahr 2008 wurden für die gesamte Bundesrepublik ausgewiesen:

- Ausschließlich geringfügig Beschäftigte: 4,8 Millionen Personen
- Im Nebenjob geringfügig Beschäftigte: 2,3 Millionen Personen
- Beschäftigte in Zeitarbeitsfirmen: 0,7 Millionen Personen
- Teilzeitbeschäftigte, die eine Vollzeitstelle suchen: 2,0 Millionen Personen

Am Beispiel der Teilzeitarbeit, die in vielen Fällen unfreiwillig verrichtet wird, weil keine Vollzeitstellen vorhanden sind, kann das Ausmaß der Erosion von stabilen und sicheren Arbeitsverhältnissen zumindest für einen Teilbereich sicher bestimmt werden. In der Zeitspanne von 2000 bis 2009 hat sich die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Vollzeitarbeitstellen in der Bundesrepublik um 1,7 Millionen verringert, während die Zahl der Teilzeitstellen um fast 1,3 Millionen gestiegen ist. Die oft gepriesenen Beschäftigungseffekte durch die Hartz-IV-Gesetzgebung ist im vergangenen Jahrzehnt ausgeblieben, denn in Wirklichkeit gab es im Jahr 2009 weniger sozialversicherungspflichtige Beschäftigte als im Jahr 2000. Von diesem Rückgang ist Ostdeutschland besonders betroffen. Fast jeder bzw. jede fünfte sozialversicherungspflichtige Beschäftigte arbeitet hier in Teilzeit.

Tabelle 15: Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigung von sozialversicherungs-pflichtigen Erwerbstätigen

Jahr	Vollzeit		Teilzeit	
	West-deutsch-land	Ost-deutsch-land	West-deutsch-land	Ost-deutsch-land
	1.000 Personen			
Juni 2000	18.921	4.969	3.172	757
Juni 2009	17.965	4.201	4.189	1.012
Prozententwick- lung 2009 zu 2000	- 5,1	- 15,5	32,1	33,7
Absolute Entwick- lung in 1.000 Personen	- 956	- 769	1.018	255
	Anteile in Prozent			
Juni 2000	85,6	86,8	14,4	13,2
Juni 2009	81,1	80,6	18,9	19,4

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, eigene Berechnungen

Von Teilzeitarbeit sind besonders Frauen in West- und in Ostdeutschland betroffen; sie stellen vier Fünftel aller Teilzeitbeschäftigten. Das ist eine der wichtigen Ursachen dafür, dass Frauen in Deutschland niedrigeren Monatslöhne beziehen als Männer. Die wachsende Teilzeitbeschäftigung wird zu einer Altersarmut in allen Teilen der Bundesrepublik führen, da sich die Altersrentenansprüche mit der ausufernden Teilzeitbeschäftigung drastisch verringern. Gleiches gilt für die anderen prekären oder marginalen Beschäftigungsarten, auf die hier nicht weiter eingegangen werden kann. Für einen Großteil derjenigen, die ab Ende der 2020er Jahre in den neuen Bundesländern in Rente gehen, wird die gesetzliche Rente sogar nahe oder unter der Grundsicherung von 600 Euro liegen. Hauptgrund für diese Entwicklung ist die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit in Kombination mit der Absenkung des Rentenniveaus (vgl. Geyer/Steiner 2010).

6.3 Produktivität und Lohnentwicklung

Die andauernd hohe Massenarbeitslosigkeit sowie die Erosion stabiler Arbeitsverhältnisse erleichterte den Unternehmen in der Bundesrepublik seit Mitte der 1990er Jahre eine Politik des Lohndumpings, die zu einer Senkung der Lohnkosten und der Lohnquote sowie zur faktischen Stagnation der Nettoeallöhne führte. Das wird an folgenden vier Fakten deutlich.

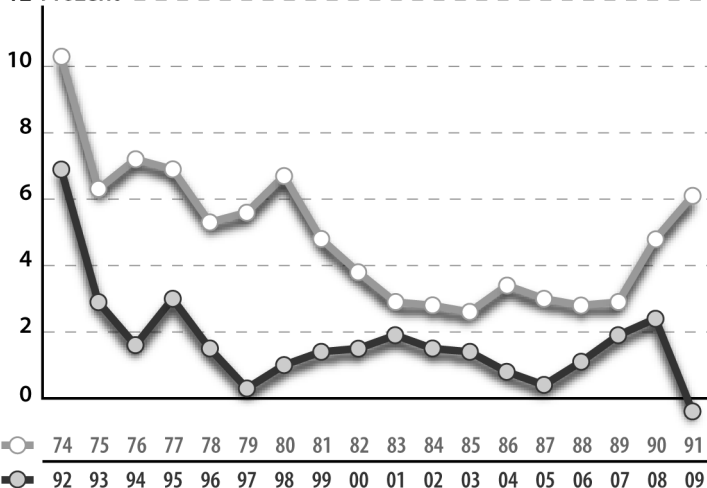
Erstens blieb die Lohnentwicklung im früheren Bundesgebiet im Zeitraum seit der Vereinigung deutlich hinter der des vorhergehenden Jahrzehnts zurück. Während im Zeitraum von 1971 bis 1991

Jährlicher Lohnzuwachs

Jährlicher Zuwachs der monatlichen Bruttolöhne der abhängig Beschäftigten im früheren Bundesgebiet von

○ 1974 bis 1991
● 1992 bis 2009

12 Prozent



Quelle: Statistisches Bundesamt, Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder

© ARBEITSGRUPPE
ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK

im früheren Bundesgebiet die monatlichen Bruttolöhne der abhängig Beschäftigten nominal um jährlich 5,2 Prozent stiegen, betrug der Zuwachs im Durchschnitt der folgenden 18 Jahre nur noch 1,5 Prozent.

In den Jahren 1997, 1998 sowie zwischen 2004 und 2006 erhöhten sich die monatlichen Bruttolöhne nur um weniger als ein Prozent; im Jahr 2009 sanken sie sogar um 0,6 Prozent. Derartige Entwicklungen gab es in den vorhergehenden beiden Jahrzehnten nicht; der geringste jährliche Zuwachs betrug 1985 immerhin noch 2,4 Prozent.

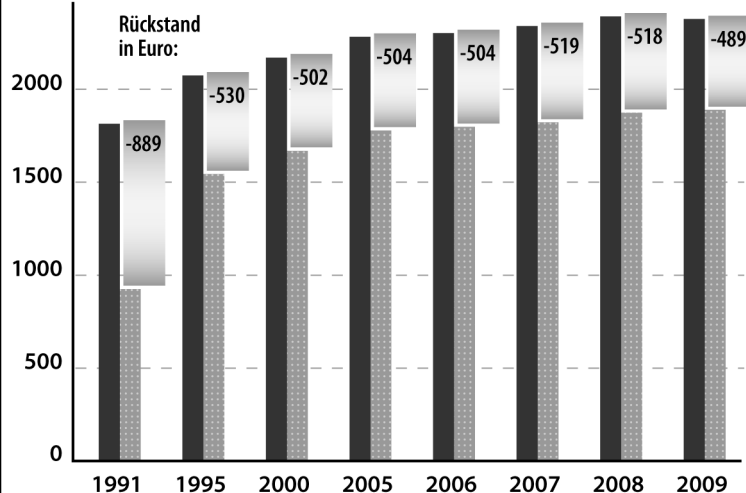
Zweitens existiert seit 1995 eine konstant große Lücke in der Entlohnung zwischen den NBL und dem früheren Bundesgebiet. Im Jahr 2009 betrugen die monatlichen Bruttolöhne in den neuen Bundeslän-

Monatslöhne der abhängig Beschäftigten

Monatslöhne der abhängig Beschäftigten in den

- alten Bundesländern und in den
- neuen Bundesländern von 1991 bis 2009

2500 Euro



Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, eigene Berechnungen

© ARBEITSGRUPPE
ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK

dern im Schnitt 889 Euro, in den alten (ohne Berlin) 2.378 Euro. Die Differenz in den Monatslöhnen beträgt seit 1995 mehr als 500 Euro. Lediglich durch die im Jahr 2009 in den ABL im Gefolge der Wirtschaftskrise massenhaft praktizierte Kurzarbeiterregelungen sind hier die Monatslöhne absolut gesunken, wodurch erstmals die durchschnittliche Differenz gegenüber den in den NBL gezahlten Monatslöhnen auf etwas unter 500 Euro gefallen ist.

Drittens wurde dieser Umstand von den exportorientierten Unternehmen im letzten Jahrzehnt genutzt, um besonders innerhalb der EU Exportvorteile durch sinkende Lohnstückkosten zu realisieren. Charakteristisch für die Lohnstruktur in Deutschland sind die starke Benachteiligung der Frauen in der Entlohnung (23 Prozent geringere Löhne als männliche Arbeitnehmer gegenüber 16 Prozent im Durchschnitt der EU) und der überdurchschnittlich hohe Anteil des Niedriglohnssektors. Die realen Lohnstückkosten sanken bis 2008 in der Bundesrepublik gegenüber dem Vergleichsjahr 2000 um 7,1 Prozent, ein deutlicher Vorteil gegenüber den Hauptpartnerländern. In Großbritannien und Frankreich sanken sie um weniger als zwei Prozent, im Durchschnitt der EU-27 um vier Prozent (vgl. Eurostat, Datenbank). Dies trug dazu bei, dass die Bundesrepublik über einen längeren Zeitraum hohe Exportüberschüsse erwirtschaften konnte, die zunehmend die wirtschaftliche Balance innerhalb des Euro-Raums gefährden, wie auch die Griechenland-Krise zeigt.

Viertens haben diese Lohndivergenzen starke Arbeitspendlerströme aus den neuen Bundesländern hervorgerufen. Normal und nicht außergewöhnlich sind Pendlerströme zwischen Ballungsgebieten und ihrem unmittelbaren Umland; das trifft in der Bundesrepublik besonders für die Stadtstaaten Hamburg und Bremen zu. Anders sind jedoch die stabil großen und weiträumigen Pendlerströme aus den neuen Bundesländern nach Westdeutschland zu bewerten. Besonders stark sind geografisch bedingt jene aus Thüringen: Mehr als ein Zehntel der dort lebenden sozialversicherungspflichtig Beschäftigten arbeitet in westdeutschen Bundesländern. Die rund 300.000 Personen, die insgesamt aus den neuen Bundesländern in die alten Bundesländer pendeln, erwirtschaften ein Bruttoinlandsprodukt von etwa 11,2 Milliarden Euro. Dieser Be-

trag müsste bei einer Berechnung der Produktionslücke berücksichtigt werden. Die Pendlerinnen und Pendler produzieren in den westlichen Bundesländern, aber sie konsumieren in ihrem Heimatort.

Da die tarifliche Arbeitszeit in den neuen Bundesländern noch immer länger ist als in den alten, wird das tatsächliche Ausmaß der Benachteiligung bei der Entlohnung der abhängig Beschäftigten erst deutlich, wenn die Stundenlöhne für gleiche Tätigkeiten verglichen werden. Besonders die qualifizierteren Beschäftigten in den neuen Bundesländern mit Anspruch auf höhere Löhne und Gehälter müssen im Vergleich zum Lohnniveau im früheren Bundesgebiet derzeit kräftige Lohneinbußen um ein Viertel und mehr akzeptieren. Im Jahr 2009 betrug der Stundenlohn für die Voll- und Teilzeitbeschäftigten in der Bundesrepublik 20,02 Euro, in den neuen Bundesländern war er mit 15,34 Euro beträchtlich geringer (vgl. Statistisches Bundesamt, Lohnstatistik Fachserie 16, Reihe 2.3.). Im Vergleich mit den EU-Ländern lag die Bundesrepublik im Jahr 2009 bei der Höhe der Arbeitskosten an achter Stelle. Auf die nach wie vor erheblichen Ost-West-Unterschiede in den Effektivlöhnen hat der geringe Grad der tariflichen Bindung in den NBL einen wesentlichen Einfluss (siehe Kasten „Tarifbindung in ostdeutschen Unternehmen“).

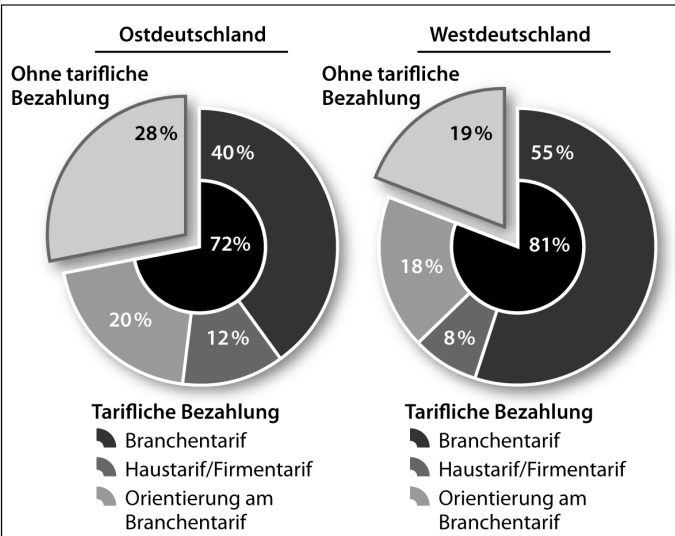
Tarifbindung in ostdeutschen Unternehmen

Die hohe Arbeitslosigkeit in den NBL hat auch dazu geführt, dass viele Unternehmen aus den Flächentarifverträgen ausscheiden und entweder gänzlich tarifungebundene Löhne und Gehälter zahlen oder aber ihren Beschäftigten Firmen- bzw. Haustarife anbieten. Wenn Betriebe nicht tarifgebunden entlohnen, ist das in der Regel mit Lohnminderung verbunden, denn sonst erübrigte sich der Ausstieg. Das IAB Betriebspanel erfasst jährlich diese Entwicklung und kommt für 2008 zu folgender Einschätzung:

„Die Tarifbindung in Ostdeutschland ist deutlich niedriger als in Westdeutschland. Während 2008 nur jedes vierte ostdeut-

sche Unternehmen (25 Prozent) tarifgebunden (Branchen- oder Haustarifvertrag) ist, trifft dies auf 38 Prozent der westdeutschen Unternehmen zu. Aufgrund der Größe der Unternehmen, die einen Tarifvertrag abgeschlossen haben, werden im Osten Deutschlands aber 52 Prozent und in Westdeutschland 63 Prozent aller Beschäftigten entsprechend eines Branchen- bzw. Haustarifvertrags entlohnt (vgl. Abbildung). Die Gültigkeit von Tarifverträgen ist hinsichtlich der erfassten Beschäftigten also deutlich höher als in Bezug auf die Betriebe. Die Flächen-tarifbindung zeigte in der Vergangenheit in West- wie in Ostdeutschland deutlich rückläufige Tendenzen, die sich allerdings in den letzten Jahren zu stabilisieren scheinen.“ (Ellguth/Kohaut 2005, S. 398 f.)

Tarifliche Bezahlung 2008

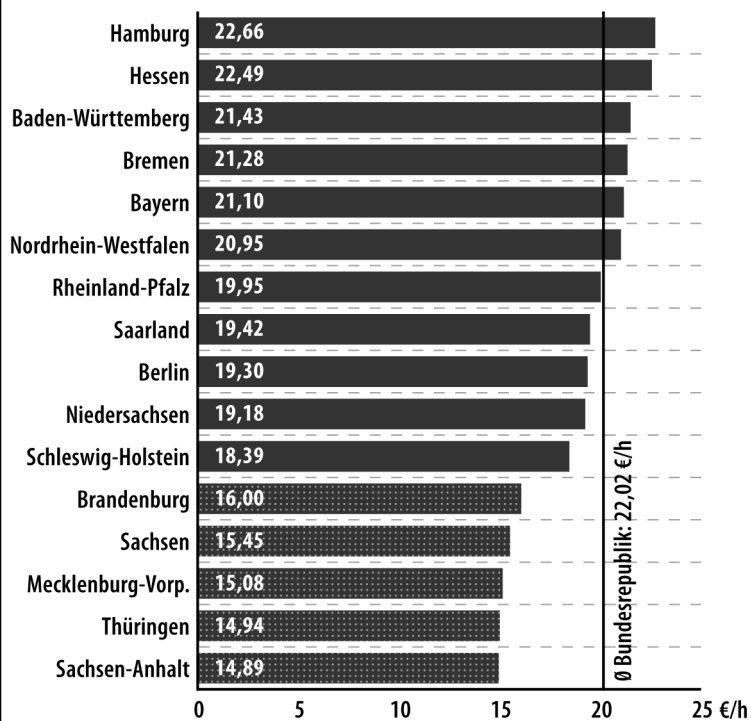


Quelle: IAB 2009, S. 103

© ARBEITSGRUPPE
ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK

Bruttostundenverdienst

Bruttostundenverdienst der Beschäftigten 2009 nach Bundesländern



Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen

© ARBEITSGRUPPE
ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK

Beschäftigte in leitender Stellung erhalten in den neuen Bundesländern im Durchschnitt monatlich 5.092 Euro, Beschäftigte in der gleichen Leistungsgruppe in Westdeutschland dagegen 6.621 Euro; die Differenz beträgt also mehr als 1.500 Euro. In der untersten Leistungsgruppe ist dieser Unterschied nicht so ausgeprägt: 1.610 Euro zu 1.968 Euro. Das ist auch ein Grund dafür, dass besonders besser

qualifizierte Beschäftigte aus den neuen Bundesländern im Westen der Bundesrepublik eine Arbeit suchen.

Ein weiterer und nicht unwesentlicher Faktor, der die Lohnrückstände in den neuen Bundesländern beeinflusst, ist der geringere Bestand an qualifizierten Arbeitsplätzen im Vergleich zum früheren Bundesgebiet. Während dort fast jeder achte Arbeitsplatz in die höchste Leistungsgruppe – Beschäftigte in leitender Stellung – eingeordnet wurde, trifft das in den NBL nur für jeden zehnten Arbeitsplatz zu. Ebenso schwach besetzt ist in den NBL die nach der Entlohnung folgende Leistungsgruppe der „herausgehobenen Fachkräfte“. In den beiden höchsten Leistungsgruppen arbeiten im früheren Bundesgebiet 37 Prozent, in den NBL nur 30 Prozent aller Vollzeitbeschäftigten. In diesem Zusammenhang ist es bemerkenswert, dass die hier beschriebene ungleichmäßige Verteilung qualifizierterer Arbeitsplätze ausnahmslos für alle NBL zutrifft. Von den alten Bundesländern hat nur das Saarland eine ähnliche Qualifikationsstruktur wie die ostdeutschen Bundesländer.

Niveau und Entwicklung der Arbeitsproduktivität

Die geringere Zahl an qualifizierten Arbeitsplätzen in den NBL blieb nicht folgenlos für das Niveau und die Entwicklung der Arbeitsproduktivität (BIP je Erwerbstätigen). Zwar ist in den vergangenen zwei Jahrzehnten die ausgewiesene Arbeitsproduktivität in den NBL kontinuierlich und mit zwei Ausnahmen (1998 und 2007) schneller gestiegen als in den ABL. Bedingt durch die Wirtschaftskrise ist sie im Jahr 2009 jedoch sowohl in den NBL als auch den ABL gesunken, in den neuen mit einer Verringerung um 3,1 Prozent allerdings nicht so stark wie in den alten (5,3 Prozent).

Der Abstand im Niveau der Arbeitsproduktivität hat sich im Zeitverlauf zwischen den beiden Teilgebieten verringert, von 65 Prozent im Jahr 1991 über 28 Prozent im Jahr 2000 auf 21 Prozent im Jahr 2009. Um die Ursachen dieses offensichtlichen Rückstands zu finden, ist es notwendig, die Unterschiede in der Wirtschaftsstruktur zu ergründen. Zwischen den Wirtschaftszweigen bestehen in der Bundesrepublik bei der Bruttowertschöpfung (BWS) je Erwerbstätigen außerordentlich hohe Differenzen. So erwirtschaftet gegenwärtig eine Erwerbstätige

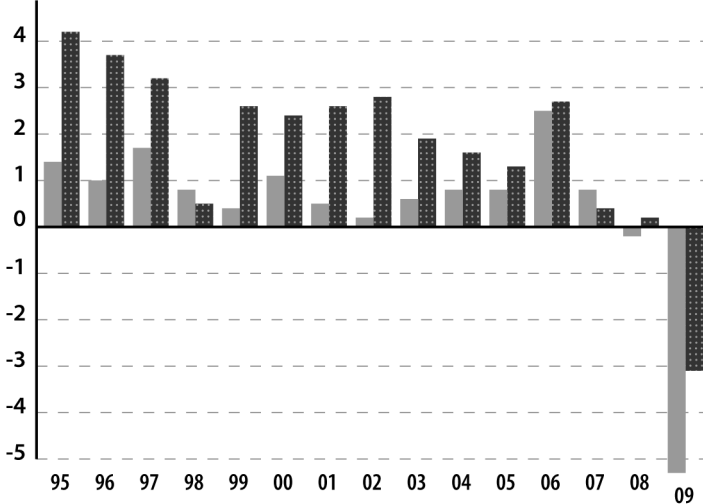
Steigerung der Arbeitsproduktivität

Jährliche Steigerung der Arbeitsproduktivität in den

■ alten und

■ neuen Bundesländern jeweils ohne Berlin

5 Prozent



Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder

© ARBEITSGRUPPE
ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK

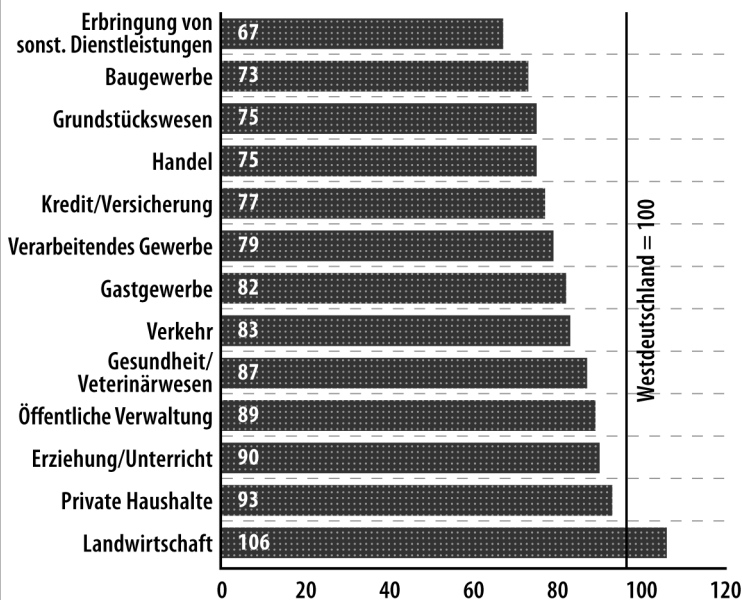
bzw. ein Erwerbstätiger in den verschiedenen Bereichen folgende jährliche BWS:

- Grundstücks- und Wohnungswesen von 570.000 Euro,
- Kredit- und Versicherungsgewerbe von 71.000 Euro,
- Verarbeitendes Gewerbe von 56.000 Euro, dagegen
- Gastgewerbe von 20.300 Euro,
- Landwirtschaft von 24.200 Euro.

Selbst innerhalb des Produzierenden Gewerbes existieren Extremwerte wie zwischen der Mineralölverarbeitung (200.000 Euro), dem Ernährungsgewerbe (40.000 Euro) und dem Kohlebergbau (9.300 Euro). Deshalb ist es unerlässlich, bei der Einschätzung der Arbeitsproduktivität einer Region oder eines Bundeslandes derartige Strukturunterschiede zu beachten. Bei der Lohnfindung ist dieser Indikator jedoch unbrauchbar. Es gab in der alten Bundesrepublik zu keiner Zeit eine Diskussion über zu hohe oder zu niedrige Löhne auf Länderebene in Verbindung mit der so ausgewiesenen Arbeitsproduktivität. Es ist des-

Bruttowertschöpfung

Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen in den neuen Bundesländern 2007 bis 2009 (Westdeutschland = 100)



Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, eigene Berechnungen

© ARBEITSGRUPPE
ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK

halb nicht nachvollziehbar und unredlich, die seit Jahren anhaltende Diskussion über die vermeintlich zu hohen Löhne in den NBL mit dem Argument einer zu niedrigeren Arbeitsproduktivität zu führen.

In den Wirtschaftsbereichen der neuen Bundesländer wurden unterschiedliche Ergebnisse in der Angleichung der BWS je Erwerbstätigen an das westdeutsche Niveau erzielt. Im Bereich der Landwirtschaft ist seit Jahren die ausgewiesene Arbeitsproduktivität höher als die in Westdeutschland. In Bereichen, in denen die Lohnhöhe auch bestimmend für die ausgewiesene BWS je Erwerbstätigen ist – wie in der öffentlichen Verwaltung oder in der Erziehung und im Unterricht –, bewegen sich die Angleichungswerte entsprechend den Löhnen um die 90 Prozent.

6.4 Öffentliche Finanzen

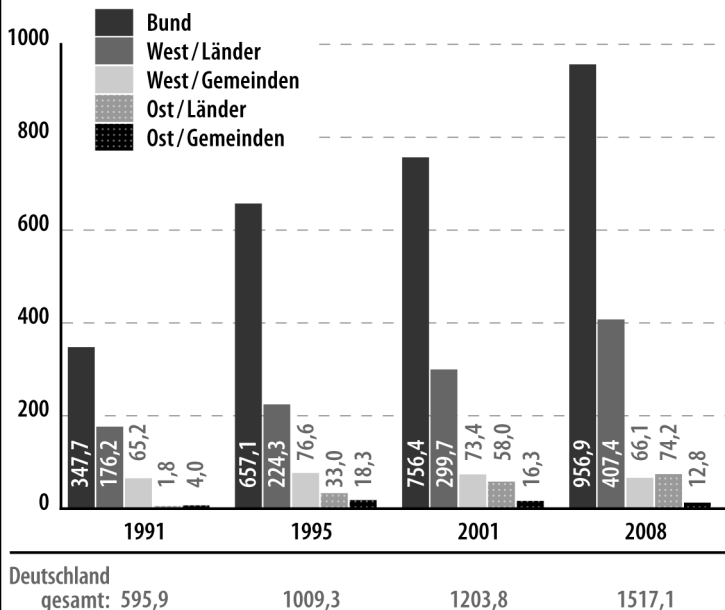
Die öffentlichen Finanzen der Bundesrepublik befinden sich seit der globalen Wirtschafts- und Finanzmarktkrise und der Bewältigung ihrer Folgen im Mittelpunkt der gesamtdeutschen Aufmerksamkeit. Die radikale Reduzierung der öffentlichen Verschuldung zwecks Einhaltung der verfassungsmäßigen Schuldenbremse wirft ihre Schatten auf die zukünftigen Haushalte voraus.

Der starke Anstieg der absoluten Schuldenstände zwischen 1991 und 2010 sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass im Jahr 2008 das Niveau der deutschen Staatsschuldenquote 3,4 Prozentpunkte unter dem durchschnittlichen Niveau der Euroländer lag. Für 2009 betrug das deutsche Verschuldungsniveau dann bereits 5,1 Prozentpunkte weniger als der Durchschnitt (Deutsche Bundesbank 2010, Monatsbericht März, S. 126).

Die pauschale Annahme, dass die Folgekosten der deutschen Vereinigung die Hauptursache der steigenden Staatsverschuldung der Bundesrepublik waren, geisterte lange in der deutschen Medienwelt herum. Bereits 2002 wurde jedoch die spezielle bundesdeutsche Vereinigungsverschuldung auf weniger als die Hälfte des Anstiegs der Verschuldung von Bund und Westländern abgegrenzt. Danach betrug der kumulierte Anteil der vereinigungsbedingten Neuverschuldung für

Staatverschuldung im West-Ost-Vergleich

in Milliarden Euro (ohne Kassenkredite)



Quelle: DIW 2009, S. 150

© ARBEITSGRUPPE
ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK

den Zeitraum zwischen 1990 und 2000 nur 155 bis 255 Milliarden Euro.¹¹ Die Neuverschuldung der westdeutschen Länder aus Gründen der Vereinigung belief sich mit 40,9 Milliarden Euro auf nur etwa ein Drittel der gesamten eigenen Neuverschuldung dieser Länder im genannten Zeitraum (vgl. Busch 2002, S. 251, 254) (vgl. Kasten „Die Schulden der ostdeutschen Länder und Kommunen“).

11 Für den Zeitraum von 2001 bis 2009 liegt noch keine analoge Abgrenzung vor. Das IWH bemerkt, dass im Jahr 1995 etwa zehn Prozent der bis dahin aufgenommenen Neuverschuldung der bundesdeutschen Gebietskörperschaften auf die neuen Länder entfielen (vgl. Freye 2010, S. 106).

Die Schulden der ostdeutschen Länder und Kommunen

Zum Zeitpunkt der staatlichen Vereinigung hatten die ostdeutschen Länder und Kommunen zunächst einen Schuldenstand nahe null. In den Folgejahren gelang es trotz hoher staatlicher Ausgleichszahlungen nicht, die ostdeutschen Haushalte defizitfrei zu gestalten. Die Ursachen hierfür lagen im außerordentlichen Nachholbedarf der kommunalen Infrastruktur, in den zu niedrigen Steuereinnahmen der NBL sowie im zu hohen Personalbesatz der öffentlichen Dienste. Daher wuchsen die absoluten Schuldenstände je Einwohnerin und Einwohner in den Ländern an – wenn auch unterschiedlich –, um inzwischen insgesamt eine kritische Höhe zu erreichen.

Tabelle 16: Entwicklung der Verschuldung der öffentlichen Haushalte der NBL (ohne Berlin, in Milliarden Euro, ohne Kassenkredite)

	1991	1995	2001	2008
Länder Ost	1,9	33,0	57,9	74,2
Gemeinden Ost	3,9	18,3	16,3	12,9
Summe NBL	5,8	51,3	74,2	87,1

Quelle: Zinsmeister 2009, S. 150

Im Jahre 2005 bestanden z.B. Zins-Steuerquoten im Bundeshaushalt von 18,1 Prozent, in Sachsen-Anhalt von 20,1 Prozent, in Thüringen von 17,8 Prozent, in Mecklenburg-Vorpommern von 16,7 Prozent, in Brandenburg von 16,4 Prozent, in Sachsen von 9,2 Prozent und in Berlin von 29,2 Prozent (vgl. SVR 2007, Tabelle 7).

Die Bundesbank vertritt die Auffassung, dass die stark gestiegenen und weiter steigenden Schuldenstände eine ernsthafte Gefährdung darstellen: „Schwindendes Vertrauen in die Tragfä-

higkeit der öffentlichen Finanzen hat gravierende Konsequenzen – wie insbesondere höhere Finanzierungskosten infolge steigender Risikoprämien und gesamtwirtschaftliche Belastungen durch einen allgemeinen Zinsanstieg.“ (Deutsche Bundesbank 2010, Monatsbericht April, S. 33)

Die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* geht davon aus, dass eine wachstumsinduzierte Verminderung der Staatsschulden und eine Erhöhung der Steuern bei großen Einkommen und Vermögen eine sinnvolle Konsolidierung der öffentlichen Haushalte ermöglichen.

Zur Bewertung der Finanzlage der NBL und ihrer Gemeinden stehen die folgenden Angaben pro Einwohnerin und Einwohner zur Verfügung (Ost in Relation zu West) (vgl. Tabelle 17):

Tabelle 17: Einnahmen und Ausgaben der NBL und ihrer Gemeinden pro Einwohnerin und Einwohner in Relation zu den ABL (ABL=100) im Zeitvergleich von 1992 zu 2006/07 (Westdeutschland einschließlich Berlin)

	Länder		Gemeinden	
	1992	2007	1992	2006
Bereinigte Einnahmen	95,5	125,9	96,1	108,5
Bereinigte Ausgaben	106,5	121,6	105,5	104,1
Personalausgaben	58,3	73,1	138,9	105,3
Laufender Sachaufwand	81,2	86,7	106,8	92,6
Zinsausgaben	4,8	100,1	22,3	94,2
Sachinvestitionen	127,9	239,5	163,1	130,9
Sonstige Ausgaben	180,5	179,3	46,3	102,1

Quelle: Zinsmeister 2009, S. 156

Daraus wird ersichtlich, in welch beachtlichem Maß die ostdeutsche Region durch die West-Ost-Finanzströme (als Ausgleich zu niedriger originärer Steuereinnahmen) unterstützt wurde, um z.B. die Rückstän-

de bei den Sachinvestitionen zu verringern. Dies zeigen in der Tabelle die Angaben zum hohen Niveau der „sonstigen Einnahmen“ im Ost-West-Vergleich. Insbesondere die Länderhaushalte konnten im Zeitraum seit der Vereinigung einen hohen Anteil „sonstiger Einnahmen“ verzeichnen, der größtenteils Transferzahlungen enthielt.

Das IWH legte im Oktober 2009 eine Studie zur Regionalisierung der Bundesaussgaben für die NBL vor. Demnach umfassen die Ausgabenströme des Bundes Sozialausgaben und allgemeine bundesstaatliche Aufgaben ebenso wie Steuer- und Finanzausgleichszahlungen sowie „wachstumsorientierte Ausgaben“ des Bundeshaushalts. Nach Abzug der bundesstaatlichen Einnahmen aus den NBL ergibt sich, dass die Nettoausgaben aus dem Bundeshaushalt in Höhe von ca. einer Billion Euro 44,3 Prozent der Bruttoausgaben (im Zeitraum von 1991 bis 2005) ausmachten. Als spezielle Ausgaben zur direkten Wirtschaftsförderung Ost beträgt der Anteil der SoBEZ und der Investitionszulagen Ost ca. 12,5 Prozent der gesamten Nettoausgaben des Bundes. Weitere ca. 109 Milliarden Euro an Bundesaussgaben werden als mittelbar wachstumsorientierte Ausgaben gewertet, die zumindest indirekt den wirtschaftlichen *Aufbau Ost* beförderten. Der Löwenanteil der Bundesaussgaben entfiel auf die konsumtive Endverwendung von öffentlichen

Tabelle 18: Bundesaussgaben in den NBL 1991 bis 2005, ohne Berlin, in Milliarden Euro

(In Milliarden Euro)	1991- 1995	1996- 2000	2001- 2005	Summe 1991-2005
Bruttoausgaben	667,4	754,7	850,7	2.272,8
Nettoausgaben	303,0	315,0	391,0	1.009,0
dar.: SoBEZ* f. NBL	7,1	35,8	49,3	92,2
Investitionszulage	15,2	5,8	12,8	33,8
„Wachstumsorientierte Ausgaben“	40,0	39,0	30,0	109,0

* SoBEZ Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen. Quelle: Blum/Ragnitz u.a. 2009, S. 118

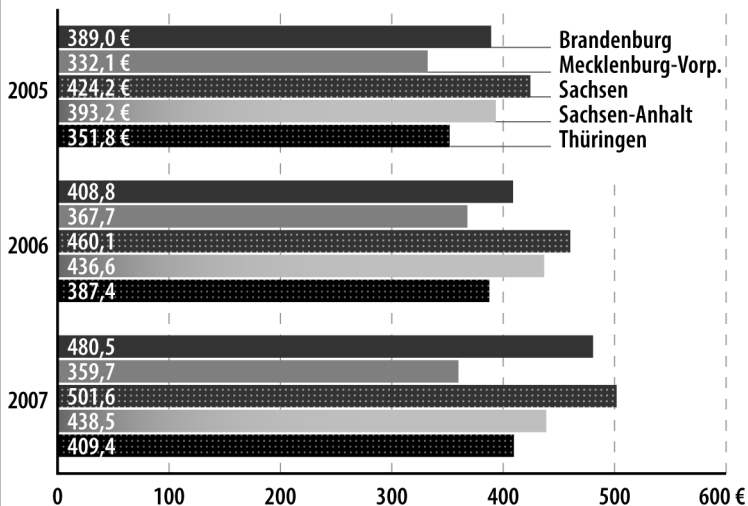
und privaten Haushalten. Die eigentliche „Wirtschaftshilfe“ (Zuweisungen und steuerliche Vergünstigungen) erreichte somit bestenfalls etwa 10,4 Prozent der hier angeführten Bruttoausgaben des Bundes.

Zwischen den west- und ostdeutschen Gemeinden (ohne Stadtstaaten) zeigen sich deutliche Strukturunterschiede bei den Steuereinnahmen u.a. infolge der unterschiedlichen Anteile an den Einkommensteuern, die in den ostdeutschen Gemeinden um zehn Prozentpunkte unter dem westdeutschen Anteil liegen. Dadurch gewinnen die Grundsteuern und Gewerbesteuern in den ostdeutschen Gemeinden ein höheres Gewicht. Infolge der niedrigeren originären Steuerquoten in Ostdeutschland ist hier mit einem raschen Angleichen nicht zu rechnen.

In den Jahren von 2005 bis 2007 brachte die konjunkturelle Er-

Steuern der ostdeutschen Gemeinden

Steuern (netto) der ostdeutschen Gemeinden 2005 bis 2007,
in Euro je Einwohner/Einwohner



Quelle: Rosenfeld 2010, S. 117

© ARBEITSGRUPPE
ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK

holung überraschende Mehreinnahmen für die Kassen der deutschen Städte und Gemeinden, die vorübergehend zu einer leichten Entspannung der relativen Finanznot führten. Dies zeigen auch die Daten für die ostdeutschen Gemeinden (siehe Abbildung auf Seite 148).

Nach 2007 verschlechterte sich die Lage für die deutschen Kommunen erheblich. Nach Angaben des Deutschen Städte- und Gemeindebunds betrugen die Mindereinnahmen allein für das Jahr 2009 7,7 Milliarden Euro, wovon etwa ein Drittel auf gesetzliche Steueränderungen zurückzuführen sind. Hinzu kommen noch die kommunalen Mindereinnahmen aus dem „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ (zur Haushaltslage der deutschen Kommunen siehe den Kasten „Kommunale Finanzen 2010“). Ein negatives Bild zeigen auch die Investitionszuweisungen an die ostdeutschen Gemeinden, die (mit Ausnahme von Sachsen) absolut und auch je Einwohnerin und Einwohner zwischen 2005 und 2007 zurückgegangen sind.

Kommunale Finanzen 2010

Die Situation der deutschen Kommunen kann mit einem Rekorddefizit von zwölf Milliarden Euro im Jahr 2010 nur als katastrophal bezeichnet werden. Allein die Steuereinnahmen werden im Vergleich zu 2008 um acht Milliarden Euro geringer sein. Außerdem schrumpften die laufenden Zuweisungen der Länder und des Bundes gegenüber 2009 um 1,6 Milliarden Euro auf 51,8 Milliarden Euro. Die Ausgaben haben in den letzten Jahren hingegen zugenommen: Allein für soziale Leistungen wurden zwischen 2008 und 2010 etwa drei Milliarden Euro mehr aufgewandt. Nach einem Plus der aus den Konjunkturpaketen finanzierten Ausgaben nehmen die regulären Investitionen außerhalb des Konjunkturpakets infolge der kommunalen Haushaltskrise im Jahr 2010 erneut ab.

Ursächlich für diese Finanzmisere ist zum einen das im Zuge der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise gesunkene Steuer-

aufkommen. Überlagert wird dieser Einnahmeverlust durch politisch durchgesetzte Maßnahmen zur Steuerentlastung. Diese Politik auf der Ebene des Bundes, die mit Zustimmung der Länder betrieben wird, wird durch Rechtsänderungen bei der Gewerbesteuer sowie den Gemeinschaftssteuern, an denen die Kommunen beteiligt sind (Einkommen- und Umsatzsteuer), in die kommunalen Haushalte transportiert. Die steuerlichen Maßnahmen im Konjunkturpaket I und II, das Bürgerentlastungsgesetz für die Krankenversicherung sowie das „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ führen bei den Kommunen zu Steuerverlusten von insgesamt knapp fünf Milliarden Euro.

Die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* hat in ihrem MEMORANDUM 2010 (S. 136f.) bereits folgende Eckpunkte eines Sofortprogramms gefordert: „Weitere Pläne zu erneuten Steuersenkungen zulasten der Gemeinden sind bis zur nachhaltigen Sanierung der Gemeindefinanzen einzustellen. [...] Der Bund sollte nach den Konjunkturprogrammen I und II das mittelfristige Zukunftsinvestitionsprogramm realisieren. Dabei stehen Ausgaben für kommunale Infrastrukturinvestitionen im Vordergrund. [...] Zusätzlich sollte die Sanierung von Kanalsystemen, die bisher aus den Konjunkturprogrammen ausgeschlossen wurden, aufgenommen werden. Vorstellbar wäre ein dem Zukunftsinvestitionsprogramm (ZIP) von 1978 vergleichbarer Fonds, bei dem die Kommunen direkt Anträge für Infrastrukturprojekte stellen können. [...] Die Gewerbesteuerumlage, die jährlich im Umfang von etwa fünf Milliarden Euro den Kommunen zugunsten des Bundes (20 Prozent) und der Länder (80 Prozent) entzogen wird, sollte abgeschafft, ersatzweise zumindest ausgesetzt werden. Die Kommunen müssen von den auch mit der Krise wachsenden Sozialausgaben, die ihnen in den letzten Jahren zugerechnet wurden, schleunigst entlastet werden. Ziel muss es sein, den Trend der Kommunalisierung sozialer Kosten im Bundesstaat umzukehren.“

Die Entwicklung der kommunalen Finanzlage Ostdeutschlands in den Krisenjahren 2008 und 2009 wird in den Folgejahren durch die vorgesehenen Reduzierungen der Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen (SoBEZ) zusätzlich belastet. Steigende Gebühren und Dienstleistungspreise, hohe Zinslasten, die Absenkungen der Investitionen, der Rückstau bei der Instandhaltung, die Schließung von kommunalen Einrichtungen und forcierte Privatisierungen kommunaler Dienstleistungen runden das Bild ab. Durch den fortgesetzten föderalen Wettbewerb und die Degression der Transfers aus dem Solidaripakt II müssen die leistungsschwächeren ostdeutschen gegenüber den westdeutschen Bundesländern ab 2009 langfristig ins Hintertreffen gelangen.

Die IWH-Analyse zeigt auch, wie sich die Niveau-Anteile der originären Steuereinnahmen je Einwohnerin und Einwohner in den Flächenländern Deutschlands änderten:

Tabelle 19: Entwicklung der originären Steuereinnahmen je Einwohnerin und Einwohner

ALB = 100	1994	1999	2004	2008
NBL-Flächenländer	37,4	33,5	38,1	40,7

Quelle: Van Deuverden 2010, S.99

Diese für einen Zeitraum von fast zwei Jahrzehnten geradezu kümmerliche Annäherung im Niveau der originären Steuerkraft spiegelt die bisher unbefriedigende Konvergenz im wirtschaftlichen Leistungsniveau wider – eine Tatsache, die auch durch die bedeutende Differenz in der Steuerquote für 2008 belegt wird.

Vergleicht man die bundesrepublikanische Abgabenquote von 1989 (dem Jahr vor der Vereinigung) mit der von 2010, so zeigt sich nur eine geringfügige Veränderung von 38,8 Prozent auf 39 Prozent (nach Abgrenzung der VGR). Deutschland insgesamt hat die belastenden finanziellen Vereinigungsfolgen – gemessen an der BIP-Quote von Abgaben und Steuern – also verkraftet, ohne die Abgabenquote zu erhöhen (vgl. BMF 2010, S. 120). Die Ausgabenquote für die Gebietskörperschaften

hatte sich zwischen den Jahren 1989 und 2009 ebenfalls kaum verändert (von 26,4 auf 26,7 Prozent), während die Ausgabenquote für die Sozialversicherungen von 16,7 auf 20,9 Prozent anstieg – auch als Folge der hohen sozialen Transferleistungen von West nach Ost.

Im internationalen OECD-Vergleich zeigt sich für die Bundesrepublik keine auffällige Änderung der Abgabenquote seit 1990. Länder wie Österreich, Frankreich, Italien, Schweden, Belgien, Dänemark, Finnland und Norwegen hatten im Jahr 2008 eine höhere Quote als Deutschland (ca. sechs Prozentpunkte und mehr) (vgl. BMF 2010, S. 128). Dies wirft ein Schlaglicht auf die globalen Wettbewerbsintentionen der bundesdeutschen Finanzpolitik bis in die jüngste Vergangenheit. Diese Wettbewerbsmotivation in der Steuerpolitik zeigt sich auch in der für Deutschland im internationalen OECD-Vergleich niedrigen Steuerquote. Diese lag noch 2008 mit 23,1 Prozent im unteren Bereich der OECD-Länder. Im Zeitraum von 1990 bis 2008 erhöhte sich die Steuerquote in Deutschland nur um 1,3 Prozentpunkte. In anderen Ländern stieg sie stärker: Frankreich: plus 3,5 Prozentpunkte; Italien: plus 4,4; Österreich: plus 2,0; Portugal: plus 4,4; Belgien: plus 2,2; Dänemark: plus 1,7 (vgl. BMF 2010, S. 127).

Daher ist es kaum verwunderlich, dass der Finanzierungssaldo der öffentlichen Haushalte in Deutschland zwischen 1990 und 2008 fast immer negativ war (nur 2007 lag er bei null). In acht von 18 Jahren lag das Defizit höher als drei Prozent. Diese Situation ist auch eine logische Folge der niedrigen Steuerquote. Die deutsche Finanzpolitik wirkte sich auf die Staatsquote (die Ausgaben aller öffentlichen Haushalte) dahingehend aus, dass diese in Deutschland bis 2008 niedriger blieb als in anderen OECD-Ländern wie z.B. Frankreich, Österreich und Italien. Während der Länderdurchschnitt im Euroraum im Jahr 2008 bei 46,8 Prozent lag, war er in Deutschland um 3,1 Prozentpunkte geringer (vgl. BMF 2010).

Im Mai 2010 ist die Bundesregierung zur ihrer Vorkrisen-Haushaltspolitik zurückgekehrt. Zur radikalen Haushaltskonsolidierung sollen vorwiegend Kürzungen auf der Ausgabenseite beitragen. Insgesamt soll das sozial total unausgewogene Konsolidierungsvolumen bis 2014 ca. 80 Milliarden Euro betragen. Die vorgesehenen Verbesserungen

auf der Einnahmeseite dagegen sind als eher marginal zu bewerten und werden als Alibi-Funktion gesehen. (Zur Kritik am „Sparpaket“ vgl. das SONDERMEMORANDUM der *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* vom Sommer 2010).

6.5 Ressourcenverbrauch und Umweltbelastungen

Der Runde Tisch fälltte 1990 auf seiner zehnten Sitzung ein vernichtendes Urteil über die Umweltpolitik der DDR: „Die gesamte sogenannte Umweltpolitik als ‚Einheit von Ökologie und Ökonomie‘ war von vornherein Ökonomie-dominant und von anfangs bornierter bis später hilfloser Ignoranz gegenüber den ökologischen Bedürfnissen getragen.“ Obwohl die Grundaussage zutreffend ist, hatte der Umgang mit der Ökologie in der DDR auch eine gewisse Ambivalenz. Ohne Zweifel war er geprägt durch den Druck, in der Systemauseinandersetzung den Wirtschaftskreislauf mit möglichst hohen Wachstumsraten zu sichern. Hierbei spielte aus Umweltsicht die Energieversorgung eine übergreifende Rolle. Denn viele Umwelt- und Gesundheitsprobleme, ja sogar Verkehrsstrukturen (Kohlezüge), sind aus dem Einsatz des minderwertigen Energieträgers Braunkohle zu erklären. Sie war die wichtigste – weil einheimisch verfügbare – Energieressource. Zudem sind die strahlenden Erblasten des Uranabbaus im Süden der DDR oder des damaligen DDR-Endlagers Morsleben ähnlich gigantisch wie die des so genannten Forschungsbergwerkes Asse in der Bundesrepublik. Vor allem im Chemiedreieck in den südöstlichen Industriegebieten der DDR kam eine Vielzahl weiterer Belastungen für Umwelt und Gesundheit hinzu. Umweltschützerinnen und Umweltschützer wurden in der Regel bevormundet und gegängelt, sofern sie Missstände nachdrücklich angingen. Nicht zuletzt gab die DDR 1988 nur 0,4 Prozent des Sozialprodukts für Umweltinvestitionen aus; in der BRD war der Anteil fast dreimal so hoch (vgl. Roesler 2006, S. 189).

Auf der anderen Seite gelten weite Teile Ostdeutschland nicht umsonst als naturnahe und vielfach wenig berührte Landschaften. Die biologische Vielfalt war und ist vergleichsweise groß. Die neuen Bun-

desländer sind bis heute deutlich weniger durch Siedlungs- und Verkehrsinfrastrukturen zerschnitten als Westdeutschland, obgleich hier ein „Aufholprozess“ stattfindet. Je Einwohnerin und Einwohner fiel in der DDR nur ein Bruchteil der Verpackungsabfälle an, die heute entstehen. Es kann darüber gestritten werden, ob dies alles der mangelnden wirtschaftlichen Potenz der DDR, umweltzerstörende Infrastrukturen aufzubauen, zuzuschreiben war oder fehlenden gewinnorientierten Verwertungsinteressen – oder aber auch einem partiell sorgsameren Umgang mit ökologischen wertvollen Gebieten, sofern man es sich leisten konnte. Die Umweltpolitik der vergangenen zwei Jahrzehnte ist ähnlich ambivalent. Vielfach wurden große Anstrengungen unternommen, um Altlasten und Altbauten zu sanieren, Industrieemissionen zu senken, den Ausbau erneuerbarer Energien voranzutreiben und den Anschlussgrad an das öffentliche Abwassernetz zu erhöhen. Ungewollt trug auch der katastrophale Zusammenbruch des größten Teils der ostdeutschen Industrie zu Fortschritten im Umweltschutz bei. Gleichzeitig wurden in einem großen Umfang Räume zersiedelt, Trassen für Straßen und Autobahnen durch Landschaften geschlagen und die neuen Abfallberge der Wegwerfgesellschaft aufgehäuft.

So sehr die Nutzung der heimischen Braunkohle eine weitgehende Autarkie der DDR bei der Stromversorgung sicherte, so sehr war und ist sie verantwortlich für gravierende Umwelt- und Gesundheitsbelastungen. Braunkohle enthält viel Wasser und wenig Kohlenstoff, sie hat einen geringen Heizwert. Mit Emissionen von bis zu 1.200 Gramm Kohlendioxid je Kilowattstunde ($\text{g CO}_2/\text{kWh}$) bei der Verstromung gehört sie deshalb zu den schmutzigsten Energieträgern. Zum Vergleich: Für Strom aus Steinkohle werden ca. 750 und aus Erdgas 375 $\text{g CO}_2/\text{kWh}$ freigesetzt.

Die DDR deckte aus ökonomischen Gründen ihren Elektroenergiebedarf zu 85 Prozent aus der inländisch verfügbaren Braunkohle. Zehn Prozent wurden aus Atomkraft, der Rest aus anderen Energieträgern (Öl, Gas, Abfälle etc.) bereitgestellt (vgl. Matthes 2000, S. 67). Der mit dieser Struktur verbundene CO_2 -Ausstoß gehörte 1989 genauso zur ökologischen Erblast wie die europaweit höchste Pro-Kopf-Belastung mit Schwefeldioxid und Staub (vgl. Behrens 2007, S. 2). Hinzu kam ein

hoher Anteil von Schwermetallen, etwa von Quecksilber, in der Luft und im Wasser. Die Braunkohle ist überdies die Ursache für die Zerstörung wertvoller Landschaften und Siedlungsgebiete. Zudem wurde der Wasserhaushalt in den Braunkohlerevieren nachhaltig gestört.

Mit der Deindustrialisierung der ostdeutschen Wirtschaft sank auch der CO₂-Ausstoß Ostdeutschlands drastisch. Vom Rückgang der Kohlendioxid-Emissionen in der gesamten Bundesrepublik zwischen 1990 und 2000 entfielen mehr als zwei Drittel auf die ersten drei Jahre. Natürlich sind auch viele Energieerzeugungs- und Heizungsanlagen in den neuen Bundesländern modernisiert worden. Zudem geht ein wesentlicher Teil der Treibhausgasminderungen auf schärfere Vorschriften im Abfallbereich zurück, was zur Reduzierung von Methanemissionen und anderen klimawirksamen Gasen führte. Expertinnen und Experten sind jedoch der Auffassung, dass unter dem Strich rund die Hälfte der deutschlandweiten Emissionsminderungen (aller Treibhausgase) bis zum Jahr 2000 dem Crash der DDR-Wirtschaft zu „verdanken“ ist (vgl. DIW/Fraunhofer 2001, S. 39). Umgerechnet auf das Vorkrisenjahr 2008 – in dem bundesweit 21 Prozent weniger Treibhausgase als 1990 emittiert wurden – ergäbe dies einen vereinigungsbedingten Effekt von etwas mehr als einem Drittel aller Einsparungen an Klimakillern.

Noch heute ist die Braunkohle eine wesentliche Stütze nicht nur der ostdeutschen, sondern der bundesdeutschen Energiewirtschaft, freilich in einem weit geringeren Umfang. Wurden 1989 in der Lausitz und im Mitteldeutschen Revier noch rund 300 Millionen Tonnen und in der Bundesrepublik 110 Millionen Tonnen Braunkohle abgebaut, so sind es in den NBL heute rund 76 Millionen Tonnen und in den ABL 94 Millionen Tonnen, dort vor allem im Rheinischen Revier. Braunkohlestrom stellt bundesweit zurzeit rund ein Viertel der Bruttostromerzeugung; 1989 war es in der DDR und der BRD zusammen noch ein Drittel. Das heutige Volumen soll nach dem Willen der Energiekonzerne bis 2020 zementiert werden. Den langfristigen Ausstieg aus der Braunkohle wollen RWE und Vattenfall verhindern. So werden Planungen für neue Tagebaue über die bereits genehmigten hinaus vorangetrieben, damit ausgekohlte Tagebaue auch nach 2040 ersetzt werden können. Um dem Emissionshandel zu entgehen, der laut EU-Richtlinie ab 2013 die

vollständige Versteigerung aller Emissionszertifikate an die Energiewirtschaft verlangt (bislang werden sie zu 90 Prozent verschenkt), soll das CO₂ ab 2020 im Kraftwerksprozess abgeschieden und in mehreren Tausend Metern Tiefe unterirdisch verpresst werden.¹² Dies trifft mehrheitlich auf den Widerstand der betroffenen Bevölkerung, die über den potenziellen Speicherschichten wohnt. Diese liegen vor allem in Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern.

Für die Atomkraft in Ostdeutschland kam das Aus durch die Abschaltung des dort einzigen kommerziell genutzten Kernkraftwerks bei Greifswald im Jahr 1990. Gleichwohl wurde der Osten an die atomare Erblast des Westens angeschlossen. Noch heute sorgen 17 Atomkraftwerke für 22 Prozent der Bruttostromproduktion und gleichzeitig für unverantwortliche Betriebsrisiken sowie ungelöste Endlagerprobleme. Die von der schwarz-gelben Koalition geplante Laufzeitverlängerung für AKWs würde diese Risiken verlängern und den Ausbau von Zukunftsenergien behindern. Dafür brach auch in den Neuen Ländern eine Erfolgsgeschichte der erneuerbaren Energien an – gerade sie bieten sich aufgrund ihrer Struktur auch dafür an –, eine Erfolgsgeschichte, die im Gegensatz zur Kohleverstromung dem Klimaschutz genauso nützt wie der Beschäftigung. Bundesweit stieg, insbesondere durch die gesetzlich festgesetzte Einspeisevergütung und Abnahmegarantie, der Anteil des Ökostroms an der Bruttostromproduktion zwischen 1998 und 2009 von 4,8 auf 15,1 Prozent an. Bedenklich sind jedoch Entwicklungen im Bereich der Energieerzeugung aus Biomasse, deren Anbau zunehmend zu Lasten der Fruchtfolge und der biologischen Vielfalt geht.

Über die Flüsse Ostdeutschlands wurden große Mengen Schadstoffe aus Intensivlandwirtschaft, Industrie und Kommunen in die Ost- und Nordsee getragen. Viele Gewässer wiesen eine hohe Belastung mit Nährstoffen, chlororganischen Stoffen und Schwermetallen auf, die deutlich über denen Westdeutschlands lagen. Durch die Umsetzung der EU-Kommunalabwasserrichtlinie konnten sie mit Milliardeninvestitionen deutlich gesenkt werden. Der Anschlussgrad der Haus-

12 Bekannt unter der Abkürzung CCS (Carbon Capture and Storage).

halte an Kläranlagen wurde in den NBL von 72,5 Prozent im Jahr 1989 auf ca. 85 Prozent im Jahr 2004 erhöht; neue Reinigungsstufen wurden errichtet. Gleichwohl sind hierbei vielfach zentralistische und überdimensionierte Strukturen geschaffen worden. Für diese werden die Bürgerinnen und Bürger noch Jahrzehnte zu zahlen haben. Zudem konnte der Eintrag in Gewässer aus diffusen Quellen kaum gemindert werden. Dies betrifft insbesondere die Landwirtschaft, welche für rund 80 Prozent der Nährstoffeinträge in Seen und Flüsse verantwortlich gemacht wird.

Fast handstreichartig und in letzter Minute wurde am 12. September 1990 von der Volkskammer das Nationalparkprogramm verabschiedet. Engagierte Naturschützerinnen und Naturschützer sicherten (zunächst einstweilen) 500.000 Hektar wertvollste Landschaften. Rund das Doppelte, nämlich 10,8 Prozent der DDR-Fläche, konnten in den Folgejahren endgültig unter Schutz gestellt werden (vgl. May 2009). Nimmt man die Landfläche aller Nationalparke und Biosphärenreservate in Deutschland, so liegen zwei Drittel im Osten der Republik – ein wesentlicher Teil des Tafelsilbers, das die DDR in die Deutschen Einheit eingebracht hat.

Das Brachliegen vieler bislang intensiv genutzter landwirtschaftlicher Flächen und Militärareale nach der Wende sowie die Schließung von Massentierhaltungsanlagen ließen in Ostdeutschland Tier- und Pflanzenarten auch in Gebieten wieder heimisch werden, die dort vorher selten zu sehen waren. Ähnliches bewirkt der überdurchschnittlich hohe Anteil des Ökolandbaus. Andererseits üben das Bauen auf der „Grünen Wiese“, der Neubau von Autobahnen und das Ausfransen von Siedlungsgebieten neuen Druck auf Naturflächen aus.

Hier kann nicht näher auf die Entwicklungen im Verkehrsbereich sowie in der Abfallwirtschaft eingegangen werden. Offensichtlich ist jedoch, dass der Öffentliche Personennahverkehr drastisch zusammengestrichen wurde – insbesondere in ländlichen Gebieten. Ferner sank der Anteil der umweltfreundlichen Bahn am Gesamtverkehrsaufkommen deutlich; das Schienennetz schrumpfte. Demgegenüber wuchs der Anteil des motorisierten Individualverkehrs sowie des Güterverkehrs auf der Straße enorm. Autobahnen und Fernstraßen wurden mit Milliarden-

aufwand neu- und ausgebaut. Im Ergebnis dürften die Treibhausgasemissionen des Verkehrs in Ostdeutschland spürbar gestiegen sein.

Statistisch kaum nach Ost und West zu erfassen sind die Wirkungen im Abfallbereich. Doch auf der Hand liegen dürfte, dass mit der neuen Flut schnelllebigter Güter in aufwändigen Verpackungen das Siedlungsabfallaufkommen Ostdeutschlands sprunghaft gestiegen ist. Der Zusammenbruch des SERO-Systems der DDR mit weitgehend sortenreiner Trennung wichtiger Abfall- und Sekundärrohstofffraktionen gehört ebenfalls zur negativen Bilanz. Demgegenüber wurden schon kurz nach der Wende die meisten ungeordneten Deponien geschlossen oder saniert, darunter unverantwortliche Giftmüllkippen. Verbrennungsanlagen, wie immer man zu ihnen steht, haben heute deutlich wirksamere Filter als zur DDR-Zeit. Seit Juni 2005 dürfen bundesweit unbehandelte Abfälle überhaupt nicht mehr abgelagert werden. Gleichwohl gibt es illegale Ablagerungen und Abfallexporte.

Dessen ungeachtet werden je Einwohnerin und Einwohner durch die bundesdeutsche Wirtschaft trotz höherer Effizienz mehr Rohstoffe verbraucht, als es in der chronisch klammen DDR möglich war. Ob sich unter diesen Bedingungen je der Ressourcenverbrauch dauerhaft von der wirtschaftliche Entwicklung abkoppeln lassen wird, ist noch offen. Dies wäre aber eine Bedingung für eine nachhaltige Entwicklung – nicht zuletzt wegen des großen ökologischen Fußabdrucks, den Deutschlands Wirtschaftsweise anderen Ländern dieser Erde aufbürdet.

6.6 Industrie

Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit einer Region wird noch immer stark vom quantitativen Umfang und der qualitativen Struktur ihrer Industrie geprägt. Das gilt vor allem für Regionen, deren Wirtschaft nicht von Besonderheiten getragen wird, wie z.B. durch eine Konzentration internationaler Banken und Finanzinstitute – wie in Luxemburg, Liechtenstein oder der Londoner City –, und nicht über natürliche Ressourcen wie Erdöl und anderer Rohstoffe (Erze) verfügt. Ostdeutschland gehört zu diesen Regionen.

In der Industrie wird die Hardware für Innovationen in allen Zweigen der Wirtschaft erzeugt. Umfang und Struktur der Industrie, ihre Produktivität und internationale Konkurrenzfähigkeit, ihre Flexibilität und Marktpräsenz beeinflussen wesentlich das gesamtwirtschaftliche Produktivitäts- und Einkommensniveau einer Region und von deren Bevölkerung.

Dieser ökonomische Zusammenhang ist gerade von der Wirtschaftsentwicklung Ostdeutschlands in den vergangenen rund zwanzig Jahren belegt – immer noch liegen dort das Produktivitäts- und das Einkommensniveau deutlich unter denen Westdeutschlands. Hauptursache dafür ist die beispiellose Deindustrialisierung, die im Anschlussgebiet infolge der Art und Weise der Transformation seiner Wirtschaft in die kapitalistischen westdeutschen Verhältnisse erfolgte. Die Bruttowertschöpfung (BWS) des Produzierenden Gewerbes (ohne Bauwirtschaft) stürzte im Jahre 1991 auf 31 Prozent ihres Niveaus von 1989 ab (vgl. Heske 2009, S. 99). Keine große Krise und Kriegskatastrophe vorher führte zu einem solch tiefen Absturz.

Wie Tabelle 20 ausweist, wuchsen seither im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe sowohl die Produktion (BWS) als auch die Produktivität schneller als im Westen. Es fand folglich nach 1991 ein beachtlicher Aufhol- und Anpassungsprozess statt, allerdings bei einer gegenüber dem Stand von 1991 auf die Hälfte geschrumpften Zahl von Erwerbstätigen. Die Produktivitätslücke zum Verarbeitenden Gewerbe im Westen (ohne Berlin) verminderte sich auf rund 18 Prozent; 1991 betrug sie rund 70 Prozent. Der Industrialisierungsgrad, gemessen an der Zahl der Industriebeschäftigten je Einwohnerin und Einwohner, lag im Jahr 2008 bei 77 Prozent des Westniveaus.

Die Industrie in Ostdeutschland hat sich zu einem dynamischen Wirtschaftszweig entwickelt, in dem sich auch die Innovationspotenziale der Region konzentrieren. Im Jahr 2008 entfielen so 83 Prozent des wirtschaftsnahen FuE-Aufwandes und 74 Prozent des FuE-Personals der neuen Bundesländer (einschließlich Berlin-Ost) auf das Verarbeitende Gewerbe (vgl. EuroNorm 2009, S. 8). Dieses verfügt mithin über Potenziale, die weitere Angleichungsfortschritte erzielen können. Allerdings bleiben trotz dieser positiven Entwicklung noch

Tabelle 20: Entwicklung des Verarbeitenden Gewerbes in Ostdeutschland (einschließlich Berlin)

	Maß- einheit	1991	1999	2005	2007	2008	2008 (1991 = 100)
BWS, jewei- lige Preise	Milliar- den Euro	24,7	37,8	49,5	58,5	60,8	246,2
Relative Produk- tivität ¹	ABL = 100	28,4	70,1	79,4	80,4	81,9	288,4
Erwerbs- tätige	Tausend Personen	2.068	1.028	991	1.029	1.057	51,1
Relativer Erwerbstäti- genbesatz ²	ABL = 100	83,1	54,6	59,5	62,5	63,6	76,5

1) BWS je Erwerbstätiger 2) Erwerbstätige je Einwohnerin/Einwohner.

Quelle: Heimpold 2009, S. 429, eigene Berechnungen

immer wesentliche Fragen offen, auf die gegenwärtig sowohl in poli-
tischen als auch wissenschaftlichen Kreisen unterschiedliche Antworten
gegeben werden. Da ist zunächst die Frage nach den Ursachen für den
hartnäckigen, andauernden Produktivitätsrückstand der ostdeutschen
Industrie gegenüber der im Westen: Ist er noch immer den Folgen der
Planwirtschaft zuzuschreiben? Damit verbunden ist die Frage nach den
Perspektiven der weiteren Entwicklung: Wird es irgendwann zu einer
Angleichung des ostdeutschen Produktivitäts- und Einkommensniveaus
an das westdeutsche kommen?

Heute noch wird – wenn auch nicht mehr so apodiktisch und in
fast allen wirtschaftspolitischen und wissenschaftlichen Wertungen
stereotyp zu finden wie in den ersten Jahren der Rekapitalisierung
Ostdeutschlands – nicht selten versucht, der vor zwanzig Jahren abrupt
beseitigten Planwirtschaft allein die Schuld für den Produktivitätsrück-
stand und die offensichtlichen weiteren Schwächen der Industrie in
Ostdeutschland anzulasten (vgl. Paqué 2009). Dies als Hauptgrund
anzuführen, ist allein deshalb absurd, weil die wesentlichen Merkmale

und Strukturelemente der DDR-Industrie vollständig beseitigt wurden. An ihre Stelle ist ein völlig neuer Industrietyp getreten, dessen Merkmale durchweg Folgen der Transformation sind.

So stellte das IWH in einer Einschätzung der Transformation fest, bereits Ende der 1990er Jahre hat es in den neuen Ländern genauso viele Betriebe je Einwohnerin und Einwohner gegeben wie im früheren Bundesgebiet, und fuhr dann fort: „Allerdings bestehen große strukturelle Unterschiede, die einer nachhaltig schnelleren Expansion des Unternehmenssektors im Wege stehen. Während Führungszentralen fast völlig fehlen und Unternehmen mit mehr als 1.000 Beschäftigten in den neuen Ländern deutlich unterrepräsentiert sind, wird die Unternehmenslandschaft weitgehend von mittelgroßen, kleinen und kleinsten Unternehmen geprägt.“ (Blum/Buscher 2009, S. 34) Das aber sind eindeutig Folgen der Transformation. In ihrem Verlauf wurden die Kombinate der DDR-Industrie durchweg „abgewickelt“. Die wesentlichen Merkmale des transformationsgeprägten Typs der Industrie in Ostdeutschland sind nachstehend aufgeführt:

- Der Industrialisierungsgrad ist in Ostdeutschland erheblich geringer als in Westdeutschland und liegt unter dem Niveau, das erforderlich wäre, um in den neuen Ländern das westdeutsche Produktivitäts- und Einkommensniveau zu erreichen.
- Die in Ostdeutschland gegenwärtig existierenden Industriebetriebe verfügen über eine moderne Produktionsausrüstung, mit der sie in der Regel ebenso effektiv produzieren wie hinsichtlich der Größe und des Erzeugnissortiments gleichartige Betriebe im Weste. Dies ist bedingungslos notwendig, um sich in der kapitalistischen Konkurrenz auf den Märkten behaupten zu können. Die Produktivitätslücke im Vergleich zum Westen resultiert mithin aus Strukturunterschieden in der Gesamtheit der ostdeutschen Industrie und nicht aus einer technisch-ökonomischen Rückständigkeit der einzelnen Betriebe. Durchweg alle Großbetriebe, die Mehrheit der starken Mittelbetriebe sowie viele hoch spezialisierte kleine Betriebe in Zulieferketten befinden sich überdies im Eigentum westlicher Investoren bzw. Konzerne.

- Großbetriebe, die entscheidend das Produktivitäts- und Einkommensniveau, die FuE- sowie die Exportintensität und nicht zuletzt auch das Niveau und die Struktur der Dienstleistungen einer Region bestimmen (z.B. durch die Auswirkungen von Konzern-Leitzentralen und die überdurchschnittlichen Gehälter ihrer Angestellten), sind gegenüber dem Westen absolut untergewichtig. Es dominieren KMU und Kleinstbetriebe, die im Hinblick auf Produktivität, Einkommensniveau, Innovations- und Exportintensität sowie Nachfragewirkungen auf Dienstleistungen weit hinter den Auswirkungen von Großbetrieben zurückbleiben (vgl. Tabelle 21).

Tabelle 21: Ost-West-Vergleichsdaten für das Verarbeitende Gewerbe, 2008

Gegenstand/ Region	Ost- deutsch- land ¹	West- deutsch- land ²	Ostdeutschland zu Westdeutschland in Prozent
	Absolut		
Tätige Personen je Betrieb, Zahl	90,3	143,2	63,1
Umsatz je tätige Person, 1.000 Euro	244,0	287,3	85,0
Umsatz je Betrieb, 1.000 Euro	22.039,0	41.140,1	53,6
Entgelte je tätige Person, 1.000 Euro	29,7	41,7	71,2
Export je Betrieb, 1.000 Euro	6.876	18.351,9	37,5
Export je tätige Person, 1.000 Euro	76,1	128,1	59,4
Entgeltanteil am Umsatz in Prozent	12,16	14,5	83,8

1) Ostdeutschland einschließlich Berlin 2) Westdeutschland ohne Berlin.
Quelle: Statistisches Bundesamt Wiesbaden (2008), FS.4.1.1 2008, eigene Berechnungen

Tabelle 21 offenbart wesentliche strukturelle Differenzen der ost- gegenüber der westdeutschen Industrie. Drei entscheidende Unterschiede fallen ins Auge:

- Die Betriebe im Osten sind im Durchschnitt, gemessen an der Zahl der tätigen Personen und am Umsatz je Betrieb und Beschäftigten, wesentlich kleiner und leistungsschwächer als die im Westen. 2008 erzielten sie im Durchschnitt nur 54 Prozent des Umsatzes und 85 Prozent der Produktivität westdeutscher Betriebe. Sie sind auch wesentlich weniger exportintensiv.
- In den ostdeutschen Betrieben erhielten die Beschäftigten im Jahr 2008 nur 71 Prozent der Entgelte, die in westdeutschen Betrieben verdient wurden, obwohl sie 85 Prozent des westdeutschen Umsatzniveaus produzierten. Der Entgeltanteil am Umsatz lag im selben Jahr im Osten dementsprechend deutlich unter dem im Westen.
- Diese qualitativen Unterschiede sind jedoch nicht das urwüchsige Ergebnis eines langen historischen Prozesses und resultieren nicht aus der DDR-Vergangenheit, sondern sie sind eindeutig Folgen der Transformation. Die Gliederung des Verarbeitenden Gewerbes in West- und in Ostdeutschland nach Hauptgruppen macht dies deutlich. Tabelle 22 auf Seite 164 zeigt zunächst den Grad der Deindustrialisierung: 2008 betrug der Anteil Ostdeutschlands am gesamtdeutschen industriellen Umsatz nur elf Prozent. Im selben Jahr aber lebten zwanzig Prozent der Bevölkerung in den neuen Ländern und Berlin.

Aufschlussreicher ist jedoch der Ost-West-Vergleich nach den Gewichten der einzelnen Hauptgruppen der Industrie in deren Gesamtumsatz. Dabei fallen zwei Unterschiede auf: das gegenüber dem Westen geringere Gewicht der Investitionsgüter einerseits und das bedeutend größere der Verbrauchsgüter andererseits. Beide sind unmittelbare Auswirkungen der Transformation, denn als sich die westlichen Investoren die ostdeutschen Betriebe aneigneten, konzentrierten sie sich zunächst auf die Eroberung der lokalen Märkte, d.h. auf die Kapazitäten der Nahrungs- und Genussmittelbetriebe (Molkereien, Milch-

Tabelle 22: Industrieller Umsatz nach Regionen und Hauptgruppen, 2008

	Industrieller Umsatz nach Hauptgruppen in Prozent		
	NBL/Dtl. = 100*	Ost-deutschland	West-deutschland
Hauptgruppen insgesamt	11,2	100,0	100,0
Davon:			
Vorleistungsgüter	12,8	38,9	33,4
Investitionsgüter	7,9	28,7	42,5
Gebrauchsgüter	10,4	2,8	3,0
Verbrauchsgüter	17,1	24,7	15,1
Energie	9,4	4,9	6,0

NBL = inkl. Berlin, ABL = ohne Berlin. * Anteil Ostdeutschlands am gesamtdeutschen Umsatz des Verarbeitenden Gewerbes in Prozent. Quelle: Statistisches Bundesamt, FS.4.1.1 2008, eigene Berechnungen

verarbeitung, Mühlenbetriebe, Bäckereien, Schlachthöfe, Wurst- und Fleischverarbeitung etc.). Dazu zählten aber auch die Großbetriebe der Energieversorgung (Braunkohlentagebaue, E-Kraftwerke, Gasanstalten etc.) und die der Rohstoffproduktion (Zementwerke, Ziegeleien, Metallherstellung, Sägewerke etc.). Der große Bereich der Investitionsgüter aber (Maschinenbau, Elektrotechnik, Regel-, Mess- und Steuertechnik u.a.) blieb zunächst vernachlässigt. Diese Waren wurden überwiegend aus den westlichen Standorten auf die neuen Ostmärkte exportiert. Im Wettlauf um die offenen Absatzchancen war dies profitabler, als die vorhandenen ostdeutschen Kapazitäten zu modernisieren. Infolge dieses Fehlstarts der Transformation blieb diese für die gesamte ostdeutsche Industrie wichtige Hauptgruppe untergewichtig, und sie ist es noch heute.

Der annähernd gleiche Anteil der Gebrauchsgüterindustrie am industriellen Umsatz in beiden Regionen verwischt jedoch die unter-

schiedlichen Qualitäten: Im Osten fehlen in dieser Hauptgruppe fast vollständig die Großbetriebe der Massenproduktion, vor allem von Kraftwagen und von elektrotechnischen sowie elektronischen Konsumgütern (z.B. Unterhaltungselektronik).

Tabelle 23: Produktivität und Exportintensität der Industrie im Ost-West-Vergleich 2008, in Prozent

Hauptgruppen/ Regionen	NBL und Berlin	ABL ohne Berlin	NBL und Berlin (ABL= 100)	NBL und Berlin	ABL ohne Berlin
	Produktivitätsskala in Prozent ¹			Exportquoten ² in Prozent	
Hauptgruppen insgesamt	100,0	100,0	84,9	30,9	44,3
Davon:					
Vorleistungsgüter	95,3	91,3	88,6	31,9	41,9
Investitionsgüter	85,7	102,8	70,8	43,0	57,7
Gebrauchsgüter	75,3	73,5	87,0	32,2	36,2
Verbrauchsgüter	119,0	89,9	112,3	19,5	26,1
Energieproduzenten	392,5	504,4	66,1	9,1	12,8

1) Umsatz je Beschäftigten; Verarbeitendes Gewerbe jeweils insgesamt = 100. 2) Exportanteil am Umsatz. Quelle: Statistisches Bundesamt, FS. 4.1.1 2008, eigene Berechnungen

Tabelle 23 macht die qualitativen, für den Ost-West-Angleichungsprozess von Produktivität und Einkommen entscheidenden Unterschiede in den Industriestrukturen beider Regionen sichtbar. Die Gruppe der Investitionsgüterproduzenten hat im Westen nicht nur das größte Gewicht in der Industrie, sie verfügt auch über die höchste Produktivität gegenüber den anderen Hauptgruppen.¹³ Demgegenüber bleibt diese

13 Ausgenommen sind die Konzernbetriebe im Energiebereich, deren hohe orga-

wichtige, innovations- und FuE-intensive Hauptgruppe innerhalb Ostdeutschlands nur unterdurchschnittlich effektiv. Das gilt auch für den Ost-West-Vergleich des Produktivitätsniveaus der Hauptgruppen. Die Investitionsgüterproduzenten im Osten wiesen im Jahr 2008 die größte Produktivitätslücke zum westdeutschen Niveau aus. Der Umsatz je tätige Person lag nur bei 71 Prozent des im Westen erzielten Umsatzes. Dies besagt jedoch nicht, dass die ostdeutschen Betriebe für Investitionsgüter in der Regel ineffektiv sind; vielmehr schlagen sich in ihrem Durchschnittswert wiederum die Folgen der Transformation nieder: Es sind überwiegend KMU und Kleinstbetriebe mit Einzel- oder Kleinserienfertigung, die mithin weit hinter der Produktivität starker westdeutscher Mittel- und Großbetriebe zurückbleiben.

Eine weitere Besonderheit der ostdeutschen Industriestruktur bilden die Verbrauchsgüterproduzenten. Auffällig ist hier der gegenüber dem Westen bedeutend höhere Anteil dieser Hauptgruppe am gesamten ostdeutschen Industrieumsatz. Er resultiert jedoch nicht daraus, dass diese Betriebe durch die Integration in den gesamtdeutschen Markt neue überregionale oder gar internationale Expansionsräume gewannen. Vielmehr ergibt sich ihr Gewicht ausschließlich aus dem insgesamt geringeren Industrialisierungsgrad. Es handelt sich folglich um eine Disproportion, wenn im Osten 25 Prozent des Gesamtumsatzes, im Westen aber nur 15 Prozent auf Verbrauchsgüter entfallen.

Auffällig ist aber auch die überdurchschnittliche Produktivität dieser Hauptgruppe, die sogar das westdeutsche Niveau überschritten hat – hier gibt es keine Produktivitätslücke mehr. Die massiv öffentlich geförderten Investitionen der west- und der östlichen Eigentümer der Betriebe haben moderne, konkurrenzfähige Kapazitäten geschaffen, die zum Teil jünger und leistungsfähiger sind als viele im Westen.

Interessante Einblicke ergeben sich, wenn die Ost-West-Betriebsgrößenstrukturen in den Hauptgruppen miteinander verglichen werden. Dieser Vergleich wird dadurch beeinträchtigt, dass die amtliche Statistik die Daten für die oberen Größenklassen, in der sich vielfach sehr we-

nische Zusammensetzung des Kapitals, die sich in den Abschreibungen sowie in den Kosten für Material- und Energieverbrauch niederschlagen, den Umsatz je Beschäftigten drastisch in die Höhe treibt.

Tabelle 24: Umsatzanteile der Betriebe¹ des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus sowie der Gewinnung von Steinen und Erden nach Hauptgruppen, Größenklassen und Regionen 2008, in Prozent

Hauptgruppen	Region ²	1 – 49	50 – 99	100 – 249	250 – 499	500 – 999	1.000 u. m.	Insge-samt
		Betriebe mit ... bis ... tätigen Personen/ Anteil am Umsatz der Hauptgruppe in Prozent						
Vorleistungs-güter-Produzenten	West-deutschland	8,14	10,25	20,10	17,85	15,44	28,22	100,00
	Ost-deutschland	13,49	16,37	28,25	16,77	11,62	13,51	100,00
Investitions-güter-Produzenten	West-deutschland	3,76	5,29	10,87	10,53	10,63	58,92	100,00
	Ost-deutschland	13,49	16,37	28,25	16,77	11,62	13,51	100,00
Gebrauchs-güter-Produzenten	West-deutschland	5,28	8,70	20,97	n.v.	17,85	n.v.	100,00
	Ost-deutschland	9,57	10,44	29,18	n.v.	8,13	n.v.	100,00
Verbrauchs-güter-Produzenten	West-deutschland	8,16	11,95	26,03	18,98	17,62	17,26	100,00
	Ost-deutschland	9,13	13,35	28,72	21,62	10,46	16,72	100,00
Energie-Produzenten	West-deutschland	4,83	1,42	11,11	n.v.	23,32	n.v.	100,00
	Ost-deutschland	0,45	1,06	1,17	n.v.	62,73	n.v.	100,00
Hauptgruppen insgesamt	West-deutschland ³	6,00	7,82	16,56	15,10	14,27	40,25	100,00
	Ost-deutschland ³	11,11	13,64	26,98	17,72	14,21	16,34	100,00

1) Nur Betriebe mit zwanzig und mehr tätigen Personen. 2) Alle Daten zu den Hauptgruppen in Ostdeutschland einschließlich Berlin. 3) West-deutschland und Ostdeutschland jeweils ohne Berlin. Quelle: Statistisches Bundesamt 2008, F.S. 4.1.2, 2008, eigene Berechnungen

nige Betriebe befinden, aus Datenschutzgründen nicht veröffentlicht. Immerhin jedoch liegen für die hoch FuE-, also innovationsintensive Hauptgruppe der Investitionsgüterproduzenten lückenlose Daten vor. Im Jahr 2008 kamen demnach im Westen 70 Prozent des industriellen Umsatzes dieser Hauptgruppe aus Großbetrieben mit 500 und mehr tätigen Personen, im Osten dagegen nur 26 Prozent (vgl. Tabelle 24). Sichtbar in dieser Hauptgruppe ist aber auch der partielle Angleichungsprozess. Im Bereich der ostdeutschen KMU und vor allem der starken Mittelbetriebe konzentrierten sich im selben Jahr beachtliche Umsatzanteile, die höher als im Westen waren (vgl. hierzu die drei Größenklassen von Betrieben mit 50 bis 499 tätigen Personen). Betriebe dieser Größenklasse haben ihre Nische auf den Märkten gefunden, wo sie sich zum Teil mit innovativen Erzeugnissen erfolgreich behaupten können. Das gilt auch für viele Betriebe in der untersten Größenklasse. Ein ähnliches Bild zeigen darüber hinaus die Ergebnisse für die Gebrauchs- und Verbrauchsgüterproduzenten. Auch hier hat sich die Mehrzahl der ostdeutschen Betriebe inzwischen an das Produktivitäts- und Umsatzniveau gleichartiger Unternehmen im Westen angeglichen.

Zusammenfassend zeigt der Ost-West-Vergleich der Industrie nach Hauptgruppen:

- große Strukturdefizite im Osten (z.B. untergewichtige Investitionsgüterproduzenten, Mangel an Großbetrieben, ungenügende FuE-Intensität);
- erhebliche Differenzen im Anpassungsprozess der einzelnen Hauptgruppen an das westliche Produktivitäts- und Entgeltniveau bei einer nach wie vor großen Lücke zwischen der Gesamtheit der Industrie in Ost und West;
- Löhne und Gehälter, die noch immer bei fast allen Beschäftigten in der ostdeutschen Industrie um rund 30 Prozent unter dem westdeutschen Niveau liegen – was erhebliche Auswirkungen auf die gesamte Wirtschaft der Region hat, z.B. auf die Entwicklung der Konsumtion, der Dienstleistungen und schließlich des Wirtschaftswachstums insgesamt;

- Eigenheiten der ostdeutschen Strukturen, die sämtlich transformationsbedingt sind und keineswegs Folgen einer normalen regional differenzierten ökonomischen Entwicklung.

Bleibt die Frage nach der weiteren Angleichung von Produktivität und Einkommen. Aber auch hier lassen die angegebenen Daten keine Zweifel: Es ist ausgeschlossen, dass die ostdeutsche Industrie das Leistungs- und Einkommensniveau der westdeutschen in absehbarer Zeit erreicht, denn dazu wäre ein erneuter tiefgreifender und umfassender Strukturwandel erforderlich. Doch nicht einmal Tendenzen in diese Richtung sind auszumachen. Eine grobe Übersicht macht das unrealistische Ausmaß der Veränderungen sichtbar, die hierzu notwendig wären: Um den westdeutschen Industrialisierungsgrad zu erreichen, müsste sich der industrielle Umsatz je Einwohnerin und Einwohner in Ostdeutschland (berechnet nach den Daten für 2008) verdoppeln. Um die Strukturschwächen auszugleichen, wäre ein spezifischer Anstieg des Umsatzes von Investitionsgütern auf das Dreifache und von Gebrauchsgütern auf das Doppelte erforderlich. Zugleich müsste sich die Größenstruktur der Betriebe erheblich verändern. Statt der im Jahr 2008 vorhandenen 52 Betriebe mit 1.000 und mehr tätigen Personen müsste es rund 150 geben, statt der 117 Betriebe mit 500 bis 999 Personen rund 270, ja, selbst die Zahl der starken Mittelbetriebe (Betriebe mit 250 bis 499 tätigen Personen) müsste sich von 367 auf über 600 erhöhen. Angesichts dieser Unterschiede bedarf es einer grundlegenden Wende in der deutschen Wirtschaftspolitik und neuer Konzepte für eine ökologisch und sozial orientierte Veränderung der Industriestruktur in Deutschland insgesamt. Dazu zählt auch die Abkehr von der aggressiven Exportorientierung und einer einseitigen Wachstumsorientierung, hin zu einem sozial-ökologischen Umbau und zur Erhöhung der Lebensqualität der Menschen.

6.7 Landwirtschaft¹⁴

In keinem anderen Wirtschaftsbereich gab es so große Unterschiede zwischen den beiden deutschen Staaten wie im Agrarbereich. Dies prägte maßgeblich den Verlauf und die Ergebnisse der Transformation und Integration der ostdeutschen Landwirtschaft in die kapitalistische Marktwirtschaft der Bundesrepublik sowie in die EU-Agrarwirtschaft.

1989/90 stand der einzelbäuerlich verfassten, kleinbetrieblich strukturierten Landwirtschaft der Bundesrepublik mit etwa 630.000 Betrieben, deren mittlere Größe ca. 18 Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche (LF) betrug (nur Betriebe über zwei Hektar LF wurden erfasst), eine überwiegend genossenschaftlich verfasste DDR-Landwirtschaft mit ausgeprägter großbetrieblicher Struktur und teilweise industriemäßiger Produktionsweise gegenüber. Sie war das Ergebnis grundlegender Veränderungen der Eigentumsverhältnisse in Bezug auf Grund und Boden sowie andere Produktionsmittel.

Die wichtigsten Etappen waren: Bodenreform 1945, genossenschaftliche Umgestaltung von 1952 bis 1960 und eine immer weiter geführte Konzentration und Spezialisierung der Produktion bis hin zur betrieblichen Trennung von Pflanzen- und Tierproduktion in den 1970er Jahren. Im Jahr 1989 gab es 5.110 größere Agrarbetriebe, darunter 3.844 Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften (LPG) und 464 Volkseigene Güter (VEG), die rund 94 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche der DDR bewirtschafteten. Die mittlere Größe der 1.240 auf Pflanzenproduktion spezialisierten LPG und VEG betrug 4.558 Hektar LF (vgl. Ministerium 1990, Statistisches Bundesamt 1990).

Die Landwirtschaft nahm in der Gesellschaft und Volkswirtschaft der DDR einen wichtigen Platz ein. Sie sicherte die Lebensmittelversorgung auf einem hohen Niveau. Der Selbstversorgungsgrad lag bei Fleisch, Butter, Frischmilch und Eiern höher als in der Bundesrepublik.

14 Sofern nicht anders vermerkt, beruhen die Zahlenangaben zur Landwirtschaft auf der letzten verfügbaren Agrarstrukturerhebung 2007. Die Ergebnisse der Erhebung 2010 werden erst 2011 vorliegen.

Außerdem waren die LPG und VEG in den meisten ländlichen Gebieten die wichtigsten Arbeitgeber, erbrachten einen erheblichen Anteil für die infrastrukturelle Ausstattung der Dörfer und waren vielerorts Träger des gesellschaftlichen Lebens und der sozialen Bindungen (vgl. Schmidt 2009, S. 316). Das volkswirtschaftliche Gewicht der DDR-Landwirtschaft spiegelte auch ihr überdurchschnittlicher Anteil an der gesamtdeutschen landwirtschaftlichen Wertschöpfung wider. Andererseits ist festzustellen: Die Hektarerträge und Tierleistungen betrugen im Schnitt nur rund zwei Drittel des Niveaus der Landwirtschaft der Bundesrepublik; die Arbeitsproduktivität lag sogar um fast zwei Drittel niedriger (vgl. Luft 1998b, S. 31). Es gab vielfältige Gründe hierfür, insbesondere die unzureichende Bereitstellung modernster Technik, der hohe Arbeitskräfteeinsatz in Hilfs- und Nebengebieten und von oben auferlegte, nicht standortgerechte Anbaustrukturen.

Die Währungsunion und der Beitritt der DDR zur Bundesrepublik führten binnen kürzester Frist zu grundlegenden Veränderungen der wirtschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen. Insbesondere wurden die Landwirtschaftsbetriebe mit völlig anderen Kosten- und Erlösverhältnissen bei der Erzeugung und beim Absatz konfrontiert. Die jahrelang gewährten staatlich festgelegten kostendeckenden Erzeugerpreise und die staatlich gesicherte Abnahme waren plötzlich nur noch Geschichte. Zugleich mussten die Genossenschaften die komplizierten Probleme bewältigen, die mit der Wiederherstellung der freien Verfügbarkeit der Bauern über ihren in die LPG eingebrachten Grund und Boden, der gesetzlichen Verpflichtung zur Individualisierung des genossenschaftlich erarbeiteten Eigentums und der Abschaffung der Rechtsform LPG verbunden waren. Mit der Währungsunion galten zudem vom einen auf den anderen Tag veränderte Erzeugerpreise, die bei den pflanzlichen Produkten nur knapp 50 Prozent und bei den tierischen Produkten sogar nur ca. 25 bis 40 Prozent der vorher gültigen Preise betrugen (vgl. Zentrale Markt- und Preisberichtsstelle 2000, S. 4). In den Supermärkten wurden innerhalb weniger Tage die Lebensmittel ostdeutscher Herkunft weitgehend durch westdeutsche Erzeugnisse ersetzt, wodurch der Absatz der Agrarbetriebe einbrach. So kam zum Preisbruch ein weiterer Preisverfall und zur Absatzkrise die

Liquiditätskrise. Die rasche betriebliche Anpassung an die veränderten Marktgegebenheiten wurde zur Überlebensfrage. Die Betriebe reagierten mit Produktionsabbau, massiver Reduzierung der Tierbestände und einer radikalen Einstellung der Produktion in den Neben- und Hilfsbereichen (hierzu gehörten Reparaturwerkstätten, eigene Baukapazitäten und vielfältige soziale Einrichtungen), die insgesamt zu enormen ökonomischen Verlusten und sozialen Einschnitten führten. Allein 1990/91 sank die Zahl der in der Landwirtschaft ständig Beschäftigten um 58 Prozent. Damit verloren innerhalb von nur zwei Jahren 500.000 Menschen ihren Arbeitsplatz. Um etwa dieselbe Größenordnung ging die Anzahl der Arbeitsplätze in den alten Bundesländern in zwanzig Jahren (!) zurück.

Mit der Marktanpassung hat sich die Produktionsstruktur im Vergleich zur DDR-Landwirtschaft stark verändert. Hervorzuheben sind insbesondere

- Strukturveränderungen in der pflanzlichen Produktion zugunsten der Getreide- und Rapsproduktion. Hier garantierte die spezifische EU-Markordnung die Abnahme zu einem Mindestpreis. Auch gab es für beide Produkte Flächenprämien zum Teilausgleich der Preissenkungen im Zuge der EU-Agrarreformen;
- enorme Einbrüche in der Kartoffelproduktion sowie in der Schweine- und Rindermast.

Neben der Marktanpassung musste die rechtliche Umwandlung der VEG und LPG bewältigt werden. Hierfür waren zwei Entscheidungen bestimmend: zum einen die Wiederherstellung der freien Verfügbarkeit der Eigentümerinnen und Eigentümer über ihren Grund und Boden, die gleichbedeutend mit dem Ende des umfassenden Nutzungsrechts der LPG über den bewirtschafteten Boden war, der in der DDR juristisch noch als Privateigentum der Genossenschaftsmitglieder existierte. Zum anderen die von den LPG eigenverantwortlich vorzunehmende Privatisierung des genossenschaftlichen Eigentums. Dadurch waren die LPG dem Zugriff der Treuhand und damit der direkten Durchsetzung der agrarpolitischen Vorstellungen der Bundesregie-

Tabelle 25: Ost-West-Vergleich der Entwicklung der Rinder- und Schweinebestände (in Tausend Stück)

Jahr	Rinder insgesamt				Schweine insgesamt			
	DDR/ NBL	Prozent zu 1989	BRD/ ABL	Prozent zu 1989	DDR/ NBL	Prozent zu 1989	BRD/ ABL	Prozent zu 1989
1989	5.724	100,0	14.563	100,0	12.013	100,0	22.165	100,0
1992	2.831	49,5	13.363	91,8	4.399	36,5	22.087	99,6
1999	2.656	46,4	11.832	81,2	3.661	30,5	22.132	99,8
2009	2.344	41,0	10.553	72,5	4.089	34,0	22.752	102,6

Quelle: Statistisches Bundesamt, FS 3, R. 1.

rung entzogen. Deshalb konnten die LPG-Mitglieder als Betroffene im Rahmen des von der letzten Volkskammer verabschiedeten Landwirtschaftsanpassungsgesetzes (LAG) (vgl. Gesetz 1990) selbst die Entscheidung darüber fällen, was aus ihrer LPG werden sollte. Das LAG, das nach dem Beitritt der DDR mehrmals novelliert wurde, bot dafür verschiedene Möglichkeiten: Auflösung der LPG, Rückgabe des von den Bauern eingebrachten Bodens, ihres Inventars und der Vermögensanteile zur Wieder- oder Neueinrichtung privater Familienbetriebe oder zum Verkauf bzw. zur Verpachtung, Teilung/Zusammenschluss von LPG und Umwandlung der LPG in eine der neuen Rechtsordnung kompatible Form. Etwa ein Drittel der LPG hörte 1990/91 auf zu existieren, aber zwei Drittel vollzogen erfolgreich die Transformation als Gemeinschaftsunternehmen. Gemessen an den Erwartungen westdeutscher Politikerinnen und Politiker entschieden sich nur wenige Bäuerinnen und Bauern für die Rückkehr zum Einzelbauerndasein. Die Mehrzahl der Mitglieder der LPG hielt am Gemeinschaftsunternehmen fest (siehe Kasten „Entscheidungsgründe für die Beibehaltung der gemeinschaftlichen Produktion“). Die Umstrukturierung der LPG war ein komplizierter Prozess, in dem viele Probleme und auch Konflikte gelöst werden mussten, die insbesondere mit der Vermögensauseinandersetzung und den Regelungen zum Bodeneigentum zusammenhingen.

Entscheidungsgründe für die Beibehaltung der gemeinschaftlichen Produktion

Die Mehrheit der Bauern entschied sich 1990/91 für die Beibehaltung der gemeinschaftlichen Produktion. Die wichtigsten Gründe dafür waren:

- Die LPG-Bäuerinnen und -Bauern glaubten mit der eingetragenen Genossenschaft wegen ihrer jahrzehntelangen Erfahrungen in kollektiver Arbeit am besten umgehen zu können.
- Die Entscheidung, was aus der LPG wird, war nicht nur von den Eigentümerinnen und Eigentümern des Bodens abhängig, die teilweise gar keine aktiv mitarbeitende LPG-Mitglieder mehr waren, sondern auch von denjenigen Mitgliedern, die keinen Boden besaßen. Für diese kam die Gründung eines Familienbetriebes mangels Bodeneigentum kaum in Frage, die Auflösung der LPG bedeutete hingegen den sofortigen Verlust des Arbeitsplatzes.
- Viele LPG-Mitglieder hatten die geregelten Arbeitszeiten sowie Freizeit- und Urlaubsregelungen der LPG schätzen gelernt und waren nicht bereit, sie gegen ihnen fragwürdig erscheinende Vorteile der Selbstständigkeit einzutauschen.
- Die meisten LPG-Landwirtinnen und -Landwirte waren gut ausgebildete Spezialistinnen und Spezialisten, jedoch keine „runden“ Bäuerinnen und Bauern, die alle landwirtschaftlichen Tätigkeiten beherrschten. Die selbstständige Bewirtschaftung eines Betriebes kam für sie deshalb nicht in Frage.
- Der Maschinenbestand der LPG war auf Großbetriebe zugeschnitten und besaß einen nur geringen Wiederverkaufswert. Die weitere Bewirtschaftung großer Einheiten war daher ökonomisch vorteilhaft. Ebenso verhielt es sich hinsichtlich der großen Stallanlagen.

- Den LPG-Bäuerinnen und -Bauern waren die Probleme besonders der kleinen bäuerlichen Familienbetriebe in Westdeutschland durchaus bekannt, insbesondere, dass Jahr für Jahr zehntausende Bauernhöfe im Zuge des Strukturwandels aufgeben und viele Bäuerinnen und Bauern ihr Einzelbauernndasein nur um den Preis massiver „Selbstaussbeutung“ verlängern.
- Die an die staatliche Absatzgarantie und festen Preise der DDR gewöhnten Genossenschaftsbäuerinnen und -bauern schreckte die Unsicherheit der Märkte; sie scheuten sich, allein das Risiko zu tragen. Auch fehlte es den meisten an Eigenkapital.
- Nach der radikalen Senkung der Agrarpreise in der DDR mit der Wirtschafts- und Währungsunion am 1. Juli 1990 befürchteten die LPG-Landwirtinnen und -Landwirte neue Restriktionen durch GATT und EG-Agrarreform.

Inzwischen droht den ostdeutschen Agrarbetrieben neues Ungemach. Erstmals nach der Vereinigung haben Forderungen der „Alteigentümerinnen und Alteigentümer“ unverblümt Eingang in einen Koalitionsvertrag auf Bundesebene gefunden: „Wir werden eine Arbeitsgruppe bilden, die im Hinblick auf die Enteignungen 1945 bis 49 prüfen soll, ob es noch Möglichkeiten gibt, Grundstücke, die sich im Eigentum der öffentlichen Hand befinden, den Betroffenen zum bevorzugten Erwerb anzubieten.“ (Koalitionsvertrag 2009, S. 109) Die weitere Aushöhlung der Bodenreform mit dem Ziel ihrer Teilrevision ist damit Programm der Regierung aus Union und FDP.

In Westdeutschland hat sich nach der Vereinigung der seit Jahrzehnten andauernde Agrarstrukturwandel fortgesetzt, der einerseits zur Aufgabe und andererseits zur Vergrößerung und Spezialisierung von Betrieben führt. Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe ging seit 1990 um fast zwei Drittel zurück. Die Betriebsgröße, unterhalb der die Zahl der Betriebe ab- und oberhalb der die Zahl der Betriebe zunimmt,

steigt immer stärker: Lag sie 1990 bei 40 Hektar, nahm 2007 nur noch die Zahl der Betriebe in der Größenklasse 75 Hektar und mehr zu. Ebenso setzte sich der Konzentrationsprozess in den Betrieben mit Tierhaltung fort. Ein Teil der Betriebe, die nicht mehr im Konkurrenzkampf bestehen können, deren Inhaberinnen und Inhaber aber auch nicht aufgeben wollen, wechselt in den Nebenerwerb. Gemessen an der Zahl der Betriebe handelt es sich sogar um die größte Betriebsgruppe. Nebenerwerbsbetriebe haben gegenüber Haupterwerbsbetrieben eine deutlich geringere wirtschaftliche Betriebsgröße und Flächenausstattung sowie weniger Arbeitskräfte. Ihre Haupteinkommensquelle ist die außerlandwirtschaftliche Erwerbstätigkeit.

Die fortschreitende Liberalisierung der Agrarmärkte und der weitere Rückzug der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) aus der Markt- und Preispolitik wird den Strukturwandel durch Aufgabe von Betrieben weiter beschleunigen. Im Unterschied dazu erfolgt in den größeren Betrieben der neuen Bundesländer die weitere Anpassung an die veränderten agrarpolitischen Rahmenbedingungen weniger über Betriebsaufgaben als vielmehr über Veränderungen in den Produktionsstrukturen und -intensitäten. Eine weitere Entwicklungstendenz besteht darin, dass mit der Vergrößerung der Betriebe im Westen der Eigentumsanteil am Boden zugunsten des Pachtanteils sinkt. Faktisch bedeutet dies eine weitgehende Enteignung der als „freie Bauern auf freier Scholle“ apostrophierten Landwirtinnen und Landwirte. Die verpachteten Flächen gehören im Bundesdurchschnitt zu über 90 Prozent Personen, die nicht bzw. nicht mehr in der Landwirtschaft tätig sind (vgl. Deutscher Bauernverband 2009, S. 92).

Aber auch in Westdeutschland wächst die Erkenntnis, dass das „Wachsen und Weichen“ nicht alternativlos ist. Mehr und mehr Agrarökonominen und Betriebsberater gehen davon aus, dass der früher typische landwirtschaftliche Einzelbetrieb in Zukunft immer stärker dem landwirtschaftlichen Unternehmen mit verschiedenen Formen der Zusammenarbeit weichen wird. Zur Vergrößerung der Bewirtschaftungseinheiten bietet sich künftig eher die Zusammenarbeit mehrerer Betriebe anstelle einer teuren Vergrößerung der Pachtflächen an. „Ob in Form einer Maschinen- und Dienstleistungsgesellschaft, eines

Bewirtschaftungsvertrages, einer Bruchteilsgemeinschaft oder einer überbetrieblichen Zusammenarbeit, an einer Kooperation kommen 95 Prozent der heutigen westdeutschen Betriebe nicht vorbei.“ (Hölmann 2006).

Nach zwanzig Jahren Transformation und Integration lässt sich resümieren: Das ursprüngliche Ziel der herrschenden Politik, die Überführung der DDR-Agrarbetriebe in bäuerliche Betriebe nach westdeutschem Vorbild, wurde nicht erreicht. Behauptet hat sich die gemeinschaftlich betriebene landwirtschaftliche Produktion als dominierende Wirtschaftsweise. Allerdings unterscheiden sich die heutigen landwirtschaftlichen Großbetriebe in Ostdeutschland von den LPG zu DDR-Zeiten. Mit dem bloßen Auswechseln der Firmenschilder „LPG“ war es nicht getan (siehe Kasten „LPG in der DDR und Agrargenossenschaften heute“). In Ostdeutschland hat sich eine Agrarstruktur etabliert, die sich von der westdeutschen deutlich unterscheidet (siehe Kasten „Fakten zur Zweiteilung der deutschen Landwirtschaft“). Charakteristische Merkmale der Ost-Struktur sind das Nebeneinanderbestehen vielfältiger Rechtsformen, der hohe Anteil eingetragener Genossenschaften und Kapitalgesellschaften mit Lohnarbeit, die vergleichsweise größere Flächenausstattung je Einzelbetrieb mit einem breiten Spektrum unterschiedlicher Betriebsgrößen sowie ein hoher Pachtanteil an den bewirtschafteten Flächen (vgl. hierzu Tabellen 26, 27 und 28).

*LPG in der DDR und Agrargenossenschaften heute***Mittlere Faktorausstattung**

LPG	Agrargenossenschaft e.G.
LPG-Pflanzenproduktion: 264 Beschäftigte, meist Mitglieder, 4.528 Hektar LF	29 Beschäftigte, in der Regel Mitglieder
LPG-Tierproduktion: 123 Beschäftigte	1.419 Hektar LF
1.800 Großvieheinheiten	890 Großvieheinheiten

Boden

LPG	Agrargenossenschaft e.G.
Mitglied musste alle vor dem Eintritt in die LPG bewirtschafteten Eigentums- und Pachtflächen zur gemeinsamen Bewirtschaftung in die LPG einbringen.	Mitglied verpachtet seine Eigentumsflächen an die Genossenschaft. Keine Pflicht, kann auch an Dritte verpachten.
1950/1960er Jahre Bodenvergütung (Bodenanteile), ab Ende 1960er Jahre in den meisten LPG abgeschafft.	Agrargenossenschaft zahlt Pacht.
Kein genossenschaftliches Bodeneigentum. LPG hatte umfassendes dauerhaftes Nutzungsrecht.	AG hat Bodeneigentum (ca. 20 Prozent), wächst durch Kauf von BVVG und Dritten.
Boden schuldenfrei.	Boden teils mit Schulden belastet.

Einlagen der Mitglieder

LPG	Agrargenossenschaft e.G.
Inventarbeitrag war Pflicht. Meist 500 M/ha LF. Ab 1.1.1976 (Tag des Inkrafttretens des Zivilgesetzbuches der DDR) Bestandteil des unteilbaren Fonds. Konnte somit beim Austritt nicht wieder herausgelöst werden.	Geschäftsanteil ist Pflicht. Er berechtigt zur Gewinnausschüttung. Ist kündbar, wird beim Ausscheiden ausgezahlt.

Vergütung

LPG	Agrargenossenschaft e.G.
Vergütung nach Arbeitseinheiten (AE). Geldwert einer AE wurde als Quotient aus der Gesamthöhe der zu verteilenden Mittel und den geleisteten AE bestimmt.	Mitglied ist als Anteilseigentümer Unternehmer, zugleich aber immer lohnabhängig Beschäftigter.
Ab den 1970er Jahren Übergang zur direkten Geldvergütung. Damit wurde für Mitglieder und Nichtmitglieder in den LPG für die gleiche Arbeit die gleiche Nettovergütung gezahlt.	Der Lohn wird unabhängig vom ökonomischen Ergebnis der Genossenschaft gezahlt.
Mitglieder zahlten keine Lohnsteuer, sondern lediglich Beiträge zur Sozialversicherung.	Mitglieder zahlen Einkommensteuer und Beiträge zur Sozialversicherung.

Genossenschaftliche Vermögen

LPG	Agrargenossenschaft e.G.
Vermögen bestand aus unteilbarem Grundmittel-, Investitions- und Umlaufmittelfonds.	Vermögen besteht aus Geschäftsguthaben, den gesetzlichen und jeweils durch Statut vorgesehenen Rücklagen sowie dem Gewinn.
Diese Fonds durften in keinem Fall an die Mitglieder zu Konsumtionszwecken aufgeteilt werden.	Vermögen ist grundsätzlich nicht aufteilbar. Folglich kann es den Mitgliedern nicht anteilmäßig zugeordnet werden. ¹

1) Die Agrargenossenschaften mussten als Rechtsnachfolger von LPG bei ihrer Umwandlung allerdings das Eigenkapital der ehemaligen LPG den Mitgliedern bzw. deren Erben oder anderen Anspruchsberechtigten anteilmäßig zuordnen. Damit wurde es beim Ausscheiden von Mitgliedern zum Gegenstand der Vermögensauseinandersetzung. Diese politisch gewollte Regelung im Transformationsprozess widerspricht dem Genossenschaftsrecht und ist in Zukunft nicht möglich.

Fakten zur Zweiteilung der deutschen Landwirtschaft

Flächenausstattung: Der durchschnittliche Landwirtschaftsbetrieb ist im Osten 5,6-mal größer als im Westen; Betriebe mit 1.000 und mehr Hektar (durchschnittliche Größe 1.714 ha LF) bewirtschaften 46 Prozent der LF (im Westen 0,5 Prozent). Umgekehrt ist das Bild bei Betrieben unter 50 Hektar: Ihr Flächenanteil beträgt im Osten knapp vier Prozent, aber

im Westen noch fast 37 Prozent. Auch die wieder- und neu eingerichteten Einzelunternehmen sind im Osten größer als im Westen (im Haupterwerb 146 zu 52 ha LF, im Nebenerwerb 20 zu 13 ha LF).

Tierkonzentration: Die durchschnittlichen Tierbestände je tierhaltenden Betrieb sind in den NBL größer als in den ABL, z.B. bei Milchkühen um das 4,6-Fache, bei Schweinen um gut das Doppelte, darunter bei Zuchtschweinen um das fast Vierfache. 89,2 Prozent der Kühe stehen in Betrieben mit 100 und mehr Kühen; im Westen sind es nur 12,8 Prozent.

Rechtsformen: Die Betriebsstruktur im Osten ist vielfältig. Gemeinschaftsunternehmen sind bestimmend: Sie bewirtschaften 73 Prozent der LF und halten zusammen 88 Prozent der Milchkühe sowie 90 Prozent der Mastschweine Ostdeutschlands. Einzelunternehmen sind auf gut 26 Prozent der LF präsent, halten aber nur zwölf Prozent der Milchkühe und zehn Prozent der Mastschweine Ostdeutschlands. Im Westen dominieren die Einzelunternehmen (Familienbetriebe im Haupt- und Nebenerwerb). Sie bewirtschaften jeweils 89 Prozent der LF und der Tierbestände. Während der Nebenerwerb im Westen ein wesentlicher Bestandteil der Agrarstruktur ist, hat er im Osten nur geringe Bedeutung.

Eigentumsverhältnisse am Boden: In den NBL befinden sich nur 21 Prozent des Bodens im Eigentum der Agrarbetriebe (Tendenz steigend), 79 Prozent sind Pachtland. Dagegen ist der Eigentumsanteil in Westdeutschland zwar rückläufig, aber mit 47 Prozent noch doppelt so hoch.

Arbeitsverfassung: Im Osten sind 67 Prozent der ständigen landwirtschaftlichen Arbeitskräfte Lohnempfängerinnen und

Lohnempfänger (Lohnarbeitsverfassung), während im Westen 87 Prozent Familienarbeitskräfte sind (Familienarbeitsverfassung). Der Arbeitskräftebesatz, ein Maß für die Arbeitsleistung, beträgt im Osten 1,7 Arbeitskräfteeinheiten (AKE) je 100 Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche. Damit ist er wesentlich niedriger als im Westen mit 3,8 AKE. Die Vollzeitbeschäftigung liegt bei den ständigen Arbeitskräften in den neuen Ländern bei 61 Prozent und damit weit über dem früheren Bundesgebietes mit 29 Prozent.

Wertschöpfung: Der Anteil der Ost-Landwirtschaft an der Bruttowertschöpfung (BWS) der deutschen Landwirtschaft ist – ist im Vergleich zum Flächenanteil (33 Prozent) – viel zu gering (2008: 23,8 Prozent). Die niedrige Bodenproduktivität (2008: 665 Euro BWS/ha LF = 64 Prozent des Westniveaus) resultiert aus den geringeren Anteilen arbeits- und wertintensiver Erzeugnisse.

Arbeitsproduktivität: Die Arbeitsproduktivität der Landwirtschaft (BWS je AKE) ist in den NBL wesentlich höher als in den ABL (2008 um 37 Prozent).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Agrarstrukturerhebung 2007, Wiesbaden 2008; Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Regionale landwirtschaftliche Gesamtrechnung, Bruttowertschöpfung der Landwirtschaft 2008, Stuttgart 2009; eigene Berechnungen.

Tabelle 26: Landwirtschaftliche Betriebe in den NBL nach Rechtsformen 2007

Rechtsform	Anzahl der Betriebe	Anteil an den Betrieben insgesamt in Prozent	Anteil an der LF insgesamt in Prozent	Durchschnittliche Betriebsgröße in Hektar LF
Einzelunternehmen	23.412	77,8	26,4	63
davon				
im Haupterwerb	7.983	26,5	21,0	146
im Nebenerwerb	15.429	51,3	5,4	20
Personengesellschaften	3.235	10,8	22,4	385
darunter				
GbR	2.536	8,4	14,7	323
GmbH & Co. KG	391	1,3	5,0	705
Juristische Personen des privaten Rechts	3.379	11,2	51,1	842
darunter				
Agrargenossenschaften eG	1.028	3,4	26,2	1.419
GmbH	2.102	7,0	23,2	614
Aktiengesellschaft	77	0,3	1,6	1.139
Juristische Personen des öffentlichen Rechts	54	0,2	0,1	135
Betriebe insgesamt	30.080	100	100	185

Quelle: Statistisches Bundesamt, BMELV 2010 (425), eigene Berechnungen

Tabelle 27: Anteile der Landwirtschaftsbetriebe nach Größenordnungen an der landwirtschaftlichen Nutzfläche in West- und Ostdeutschland 2007 (in Prozent)

	Betriebsgröße von ... bis ... unter Hektar LF					
	2-20	20-50	50-100	100-500	500 - 1.000	1.000 u. mehr
ABL	13,3	23,3	31,6	29,9	1,4	0,5
NBL	1,8	2,1	3,0	25,2	21,4	46,4

Quelle: Statistisches Bundesamt, Agrarstrukturerhebung 2007, BMELV 2010 (425), eigene Berechnungen

Tabelle 28: Anteil der Landwirtschaftlichen Betriebe nach Rechtsformen am Bestand von Milchkühen und Mastschweinen in den ABL und NBL 2007 (in Prozent)

Rechtsform	Milchkühe		Mastschweine	
	ABL	NBL	ABL	NBL
Einzelunternehmen	88,5	12,2	89,3	9,8
davon:				
im Haupterwerb	81,3	11,7	77,7	8,6
im Nebenerwerb	7,2	0,5	11,6	1,2
Personengesellschaften	11,2	25,5	10,2	26,1
Juristische Personen	0,3	62,3	0,5	64,1

Quelle: Statistisches Bundesamt, BMELV (425), eigene Berechnungen

Entscheidend für die Behauptung großbetrieblicher Strukturen im Osten war letztlich ihre Wettbewerbsfähigkeit unter marktwirtschaftlichen Bedingungen, die anfangs nur potenziell, aber nicht real gegeben war. Inzwischen sind jedoch die großen Betriebe zumeist rentabel. Ein Ausdruck dafür ist die Wertschöpfungsrentabilität.¹⁵ Sie ist seit

¹⁵ Die Wertschöpfungsrentabilität zeigt an, in welchem Umfang die Faktorkosten für Arbeit, Boden, Kapital und Lieferrechte durch die Unternehmenswertschöpfung gedeckt werden können.

Jahren höher als im Westen und betrug im Wirtschaftsjahr 2008/09 durchschnittlich 112 Prozent in den Betrieben juristischer Personen und 109 Prozent in Haupterwerbsbetrieben. Dagegen lag sie in den westlichen Haupterwerbsbetrieben weit unter 100 Prozent, am niedrigsten in Bayern mit 58 Prozent (vgl. BMELV 2010, S. 81, 83, 150).

Die starke Erhöhung der Hektarerträge, der Tierleistungen und der Arbeitsproduktivität beruhte darauf, dass die ostdeutschen Agrarbetriebe durch die Modernisierung ihrer materiell-technischen Basis, die Nutzung wissenschaftlich-technischer Neuerungen und nicht zuletzt durch die konsequente Rationalisierung der Produktionsverfahren und Prozessabläufe einen enormen Leistungsschub erzielt haben. Es gelang, die aus arbeitsteiliger und großbetrieblicher Organisationsstruktur resultierende Leistungspotenziale in den letzten Jahren zunehmend besser zu erschließen (vgl. Schmidt 2009, S. 326). Beispielsweise stieg die durchschnittliche Milchleistung je Kuh nach den vorliegenden statistischen Daten von 1989 bis 2008 in Westdeutschland von 4.853 auf 6.492 kg, in Ostdeutschland von 4.180 auf 8.298 kg, wodurch sie sich im Vergleich zu Westdeutschland (=100) von 86 auf 128 Prozent erhöhte.

Der Anteil arbeits- und wertschöpfungsintensiver Erzeugnisse am Produktionswert der Landwirtschaft ist in Ostdeutschland jedoch noch weit geringer als in Westdeutschland; er beläuft sich z.B. beim Schlachtvieh auf 12,8 Prozent (ABL: 24 Prozent) und bei Erzeugnissen des Garten-, Obst- und Weinbaus auf 6,1 Prozent (ABL: 15,4 Prozent). In diesem Zusammenhang ist die geringe Eigenkapitalausstattung der Ost-Betriebe problematisch. Dadurch wird das Wachstum insbesondere in der äußerst kapitalintensiven tierischen Veredlung begrenzt.

6.8 Unternehmensstrukturen

Die unterschiedliche Unternehmensentwicklung in West- und Ostdeutschland bestätigt den engen Zusammenhang zwischen der Anzahl und der Größe vorhandener Unternehmen sowie der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit einer Region. Im Jahr 2007 gab es in Deutschland

3.591.265 Unternehmen: 2.928.056 in den alten und 508.709 in den neuen Ländern sowie 154.500 in Berlin.¹⁶ Ihre Zahl hat sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten in ganz Deutschland erhöht, stieg aber in den neuen Bundesländern infolge des niedrigen Ausgangsniveaus Anfang der 1990er Jahre mit rund 75 Prozent wesentlich stärker. Werden nur die umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen berücksichtigt, ist das Wachstum geringer – ein Indiz dafür, dass die große Masse im Osten aus Kleinstunternehmen besteht, deren Umsätze so gering sind, dass sie steuerlich nicht veranlagt werden (siehe Kasten „Unternehmen und Betriebe“). Während sich ihre Zahl 1992 bis 2008 in den alten Bundesländern um rund 18 Prozent erhöhte, waren es in den neuen Bundesländern rund 31 Prozent.

Unternehmen und Betriebe

Das Unternehmen gilt in der Statistik als kleinste rechtlich selbstständige Einheit und umfasst alle zugehörigen Betriebe in einem oder mehreren Bundesländern. Als Betrieb gilt die Niederlassung des Unternehmens an einem bestimmten Ort. Ein Betrieb kann mehrere Betriebsteile umfassen. Während die Erfassung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten durch die Bundesagentur für Arbeit nach dem Betriebsprinzip erfolgt, werden in der Umsatzsteuerstatistik die Lieferungen und Leistungen des Unternehmens (am Unternehmenssitz) erfasst. Im statistischen Unternehmensregister, welches von den statistischen Ämtern der Bundesländer geführt wird, werden – erstmalig für das Jahr 2002 – Unternehmen *und* Betriebe aus fast allen Wirtschaftsbereichen mit zu versteuerndem Umsatz und/oder sozialversicherungspflichtig Beschäftigten erfasst.

16 Vgl. Gemeinsames Datenangebot der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Auswertungen aus dem Unternehmensregister, Berichtsjahr 2007, Stand 30.9.2009. Im Unternehmensregister werden – erstmalig für 2002 – alle wirtschaftlich aktiven Unternehmen und Betriebe mit zu versteuerndem Umsatz und/oder sozialversicherungspflichtig Beschäftigten erfasst.

pflichtig Beschäftigten erfasst. Die Zahlen für Unternehmen und Betriebe weisen keine großen Unterschiede auf – ein Indiz für die hohe Zahl von Klein- und Kleinstunternehmen in Ost- und Westdeutschland. In der Realität existiert eine große Zahl von Einpersonener Unternehmen, die überhaupt nicht erfasst werden, wenn ihr Jahresumsatz unter 17.500 Euro liegt. Üblicherweise werden für Vergleiche Unternehmenszahlen genutzt. Um die tatsächlich in einer Region vorhandenen Wirtschaftspotenziale aufzuzeigen – z.B. bei Branchenvergleichen oder für die Industrie – sind Betriebszahlen (soweit vorhanden) aussagekräftiger.

Dennoch klafft zwischen den alten und neuen Ländern bis heute eine „Unternehmenslücke“. Der Anteil der NBL am Unternehmensbestand Deutschlands ist mit 14,2 Prozent geringer als ihr Anteil an der Bevölkerung Deutschlands (15,9 Prozent). Der Unternehmensbesatz (Anzahl der Unternehmen je 10.000 Einwohnerinnen und Einwohner) beträgt im Westen 399, im Osten 335. Gemessen an der gesamtwirtschaftlichen Leistung und dem gesamten Verbrauch der NBL gibt es diese „Unternehmenslücke“ jedoch nicht. Die Unternehmen im Osten sind vorwiegend kleinbetrieblich strukturiert. Dagegen fehlen Unternehmenszentralen. Auch die Branchengliederung unterscheidet sich erheblich vom Westen (vgl. Kapitel 6.6).

Seit der zweiten Hälfte der 1990er Jahre nehmen die Probleme im ostdeutschen Unternehmenssektor zu. Während der Anteil Ostdeutschlands an allen steuerpflichtigen Unternehmen zwischen 1992 und 2008 von 12,6 auf 13,7 Prozent leicht stieg, stagnierte der Anteil ostdeutscher Unternehmen am zu versteuernden Umsatz in Deutschland bei 6,2 Prozent. Das Verhältnis zwischen Unternehmensneugründungen und Löschungen wurde ungünstiger. Die Zahl der Insolvenzen blieb hoch.

Die Ausgangssituation im Unternehmenssektor konnte zu Beginn der 1990er Jahre im Westen und Osten kaum unterschiedlicher sein. Wirtschaftssysteme mit gegensätzlichen Eigentumsstrukturen sowie

anders gearteten Wirtschaftsstrategien und -politiken hatten Unternehmensstrukturen hervorgebracht, die nicht miteinander kompatibel waren. Die Unternehmen waren unterschiedlich zusammengesetzt, hatten unterschiedliche Größen und unterschieden sich im Grad der Diversifizierung und internationalen Einbindung. In der Größe der einzelnen Unternehmenspotenziale und in ihren technologischen Niveaus gab es meist beträchtliche Rückstände.

Durch relativ frühzeitige Einbindung in die Weltwirtschaft konnten die Großunternehmen der Bundesrepublik Vorteile der internationalen Arbeitsteilung in breitem Maße nutzen. Der Zugang zu den internationalen Kapitalmärkten ermöglichte die rasche Ausdehnung ihres Waren- und Kapitalexports, und der Zufluss von ausländischem Kapital erleichterte es ihnen, den wissenschaftlich-technischen Fortschritt zu finanzieren. Im Ergebnis von Akkumulation und Kapitalzentralisation entwickelten sich die strukturprägenden Gruppen zu internationalen Konzernen, konnten in den 1970er Jahren vordere Plätze in internationalen Konzernranglisten besetzen und waren eng mit ausländischen Kapitalgruppen verflochten. Daneben entstand in der Bundesrepublik ein leistungsfähiger mittelständischer Unternehmenssektor, der nicht nur zu großen Teilen den Binnenmarkt bedient, sondern auch für die globale Expansion der Konzerne unverzichtbar geworden ist. KMU haben immer einen bedeutenden Beitrag zur internationalen Erstarbung deutscher Konzerne geleistet. Ihr effizientes Zusammenspiel mit Großunternehmen (GU) ist ein charakteristisches Merkmal der Unternehmensstruktur in der Bundesrepublik.¹⁷ Heute agieren die führenden Konzerne als „Global Player“, die im Rahmen ihrer Profitstrategien

17 Der Sektor der KMU umfasst laut Empfehlung der EU-Kommission (Amtsblatt der EU L 124 vom 20.5.2003) Unternehmen mit einem Jahresumsatz bis 50 Millionen Euro bzw. einer Bilanzsumme bis 43 Millionen Euro und bis zu 249 Beschäftigten. Als KMU werden nur Unternehmen berücksichtigt, die zu weniger als 25 Prozent ihres Kapitals im Besitz eines anderen Unternehmens sind. Darunter: Kleinstunternehmen bis neun Beschäftigte und bis zwei Millionen Euro Umsatz, Kleinunternehmen bis 49 Beschäftigte und bis zehn Millionen Euro Umsatz sowie Mittelunternehmen bis 249 Beschäftigte und bis 50 Millionen Euro Umsatz. Großunternehmen haben einen Jahresumsatz über 50 Millionen Euro bzw. eine Bilanzsumme über 43 Millionen Euro und ab 250 Beschäftigte.

den Umbau der Unternehmensstruktur in Deutschland vorantreiben, was auch zu Veränderungen in der Struktur des KMU-Sektors führt. Öffentliches Eigentum an Unternehmen ist seit den 1970er Jahren verstärkt privatisiert worden und spielte zum Zeitpunkt der Vereinigung eine untergeordnete Rolle.

Von der DDR wurde ein wesentlich kleinerer Unternehmenssektor in die deutsche Wirtschaft eingebracht. Seit den 1970er Jahren existierten flächendeckend staatlich geleitete große Unternehmensgruppen in Form von Kombinat, die sich in staatlichem Eigentum befanden. In den 1980er Jahren gab es in der DDR ca. 130 zentral- und etwa 90 bezirksgeleitete Kombinate, zu denen rund 3.400 juristisch selbstständige Betriebe gehörten. Sie waren hinsichtlich der Beschäftigten- und besonders der Umsatzzahlen meist kleiner als die Konzerne der Bundesrepublik und in ihrer Struktur nicht mit ihnen vergleichbar. In der Regel waren Kombinate an ganzen Branchen festgemacht worden und wiesen horizontal und vertikal eine hohe Konzentration von Branchenaktivitäten auf. Ihre Struktur war relativ starr und konnte nur schwer den sich ständig verändernden Anforderungen im Reproduktionsprozess angepasst werden. Im Gegensatz zu den Konzernen konnten die Kombinate nicht auf eine ähnlich flexible Anpassungsreserve von Unternehmen zurückgreifen, da der eigenständige Sektor von KMU und Selbstständigen nicht mehr existierte. Ihre internationalen Aktivitäten beschränkten sich weitgehend auf den Außenhandel; Produktionsverflechtungen mit dem (sozialistischen) Ausland waren die Ausnahme. Auf diese Weise konnten die Unternehmen ihre Arbeitsteilung und ihre Spezialisierung auf modernem internationalen Niveau kaum vorantreiben. Vorteile, die Unternehmen kleiner westeuropäischer Länder für Wachstum und Diversifizierung durch Kapitalliberalisierung und EU-Integration erlangen konnten, blieben den Unternehmen der DDR versperrt. Ein Kapitalmarkt war nicht vorhanden.

Die Neuformierung des ostdeutschen Unternehmenssektors erfolgte nach marktwirtschaftlichen Kriterien und zeichnete sich diesbezüglich durch eine besondere Marktradikalität aus. Zweifellos ist diese hauptverantwortlich für die Reprivatisierung in großem Stil und mit hohem Tempo, was zur umgehenden Auflösung etablierter Strukturen führte.

Dies hatte, da die Kombinate strukturprägend für den gesamten Unternehmenssektor waren, den weitgehenden Zerfall der Strukturen und Produktionsverflechtungen insbesondere des Produzierenden Gewerbes zur Folge. Die negativen Wirkungen auf die Zusammensetzung des ostdeutschen Unternehmenssektors, auf seine Größenordnungen, seine Entwicklungsdynamik und Leistungsfähigkeit, prägen ihn bis heute.

Im Ergebnis der Treuhand-Politik, durch die in kürzester Zeit die Kombinate entflochten, zerlegt, selektiv stillgelegt und zu Teilen an private Investoren verkauft wurden, waren Großunternehmen weitgehend verschwunden. Es entstanden vollständig neue Eigentums- und Größenstrukturen (siehe Kasten „Eigentumsverhältnisse der ostdeutschen Industrie“). Die Schrumpfung ganzer Wirtschaftszweige und Branchen auf ein Minimum, die Zerstörung einer über Jahrzehnte gewachsenen, regional und überregional funktionierenden Unternehmensinfrastruktur sowie die Auflösung entsprechender regionaler Strukturen und die Deindustrialisierung sind die bekannten Folgeentwicklungen.

Eigentumsverhältnisse der ostdeutschen Industrie

Das IAB Betriebspanel erhebt in seiner jährlichen Untersuchung die Eigentumsverhältnisse der Betriebe in allen Wirtschaftsbereichen. Auch hier erfolgte mit der Transformation ein qualitativer Wandel, der zu einem besonderen Merkmal des neu entstandenen Industrietyps im Osten wurde.

„Im Rahmen des Transformationsprozesses ist in Ostdeutschland eine Betriebslandschaft mit unterschiedlichen *Eigentumsverhältnissen* entstanden. Vor allem im Zuge der Privatisierung, aber auch im Rahmen der Gründungswelle von neuen Betrieben ergab sich eine differenzierte Eigentumsstruktur bei den ostdeutschen Betrieben. Tabelle 6¹⁸ zeigt die Zusammensetzung der Betriebslandschaft in den neuen Ländern nach den Eigentumsverhältnissen. An diesen Relationen hat sich seit

18 Vgl. Tabelle 29 auf S. 191.

Beendigung der Privatisierungsphase durch die Treuhandanstalt Mitte der 1990er Jahre kaum etwas verändert.

Ca. die Hälfte der Beschäftigten Ostdeutschlands ist in Betrieben in ostdeutschem Eigentum tätig. 18 Prozent der Beschäftigten entfallen auf Betriebe in westdeutschem Eigentum. Da aber nur 12 Prozent der Betriebe westdeutsche Eigentümer haben, ist offensichtlich, dass es sich dabei eher um mittlere oder größere Betriebe handelt. Gleiches gilt für Betriebe in ausländischem Besitz. Dies ist auch an der durchschnittlichen Betriebsgröße erkennbar (Betriebe in ostdeutschem Eigentum 10 Beschäftigte, Betriebe in westdeutschem und ausländischem Eigentum 22 bzw. 25 Beschäftigte).“* (IAB 2010, S. 17)

Tabelle 29: Betriebe und Beschäftigte in Ostdeutschland 2009 (Stand: 30. Juni) nach den Eigentumsverhältnissen des Betriebes

Eigentums- verhältnisse	Verteilung der Betriebe	Beschäftigte		
		Anzahl	Anzahl je Betrieb	Verteilung
	Prozent	Tausend Personen	Personen	Prozent
Ostdeutsches Eigentum	72	2.958	10	48
Westdeutsches Eigentum	12	1.131	22	18
Ausländisches Eigentum	3	278	25	5
Öffentliches Eigentum	4	1.145	61	18
Sonstiges bzw. nicht bekannt	9	710	19	11
Insgesamt	100	6.222	15	100

* Die Zuordnung erfolgt nach dem Kriterium „mehrheitlich oder ausschließlich“. Quelle: IAB 2010, S. 17

Für viele westdeutsche Unternehmen erwies sich die Zerstörung des ostdeutschen Unternehmenssektors als Glücksfall. Der „Vereinigungsboom“ in der konjunkturellen Schwächephase Anfang der 1990er Jahre ermöglichte es ihnen, Kapazitäten stärker auszulasten und sogar neue zu schaffen, potenzielle Konkurrenten auszuschalten und die eigenen Strukturen gewinnbringend zu ergänzen. In kürzester Zeit hatten nahezu alle großen Konzerne der Bundesrepublik, einschließlich Banken und Versicherungen mit Zweig- und Filialunternehmen, den ostdeutschen Markt besetzt, die angestammten Ostunternehmen weitgehend verdrängt und den Großteil ihrer Auslandsmärkte übernommen. Als Impuls für Strukturveränderungen in den Konzernen selbst spielten die im Osten übernommenen und/oder neu errichteten Unternehmen hingegen kaum eine Rolle, da sie für die großen Konzerne nur marginale Bedeutung haben.¹⁹ Unternehmen mittlerer Größe könnten infolge von Übernahmen, Konzentrations- und Struktur Anpassungsmaßnahmen durchaus befördert worden sein.

Die Vereinigung des ostdeutschen mit dem westdeutschen Unternehmenssektor ist nur bedingt gelungen. Seine Strukturen haben sich wohl im Wesen angeglichen, weisen aber quantitative und qualitative Unterschiede auf und bieten höchst ungleiche Voraussetzungen für unternehmerische Wachstums- und Anpassungsprozesse.

Erstens stellt der enorme Potenzialverlust Anfang der 1990er Jahre – der nicht nur technisch verschlissene Unternehmen vom Markt verschwinden ließ, sondern auch eine Vielzahl erhaltenswerter – nach wie vor ein substanzielles Defizit in Ostdeutschland dar. Durch Aufspaltungen, Aus- und Neugründungen entstanden zahlreiche neue Unternehmen. Doch weder ihr Umfang noch ihre Größenstruktur scheinen geeignet, den Abbau auch nur annähernd zu kompensieren.

Zweitens fehlt durch die Beseitigung der ostdeutschen Großunternehmen und Unternehmensgruppen eine substanzielle Komponente des Unternehmenssektors. Im Jahr 2007 waren 92,3 Prozent der 10.750

19 Beispielsweise betrugen die Umsatzanteile der ostdeutschen Konzern-Tochtergesellschaften VW Sachsen-Gruppe, BASF Schwarzheide sowie Bayer Bitterfeld 2008 lediglich 4,2 Prozent, 1,7 Prozent und 1,2 Prozent der jeweiligen Konzernumsätze.

Großunternehmen (GU) Deutschlands in den ABL und nur 5,6 Prozent in den NBL sowie 2,1 Prozent in Berlin ansässig. Der Anteil der Großunternehmen der NBL am Umsatzsteueraufkommen aller GU in Deutschland lag im Jahr 2008 mit 3,6 Prozent weit darunter (westdeutsche GU: 93,7 Prozent).

Tabelle 30: Umsatzsteuerpflichtige Unternehmen und deren Lieferungen und Leistungen im Jahre 2008*

	Alle Unternehmen				Darunter Großunternehmen mit mehr als 50 Millionen Euro Umsatz			
	Zahl**	Anteil in Prozent	Umsatz in Millionen Euro***	Anteil in Prozent	Zahl**	Anteil in Prozent	Umsatz in Millionen Euro***	Anteil in Prozent
Alte Bundesländer	2.617.102	82,1	4.913.434	90,8	9.923	92,3	3.197.198	93,7
Neue Bundesländer	437.039	13,7	347.592	6,4	607	5,6	123.217	3,6
Berlin	132.737	4,2	151.214	2,8	220	2,1	92.204	2,7
Deutschland	3.186.878	100,0	5.412.240	100,0	10.750	100,0	3.412.619	100,0

* Wirtschaftsbereiche A-O nach Klassifikation der Wirtschaftszweige.

** Unternehmen mit Lieferungen und Leistungen über 17.500 Euro.

*** Ohne Umsatzsteuer.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Umsatzsteuerstatistik, Eckdaten 2008; eigene Berechnungen

Innerhalb der Gruppe der GU ist das Gefälle beträchtlich, wie der durchschnittliche Umsatz von rund 314 Millionen Euro in den ABL und 203 Millionen Euro in den NBL belegt. Die ostdeutschen GU sind im Schnitt kleiner. Eine typische Problemlage (industriell) unterentwickelter bzw. altindustrieller Regionen ist entstanden, welche die

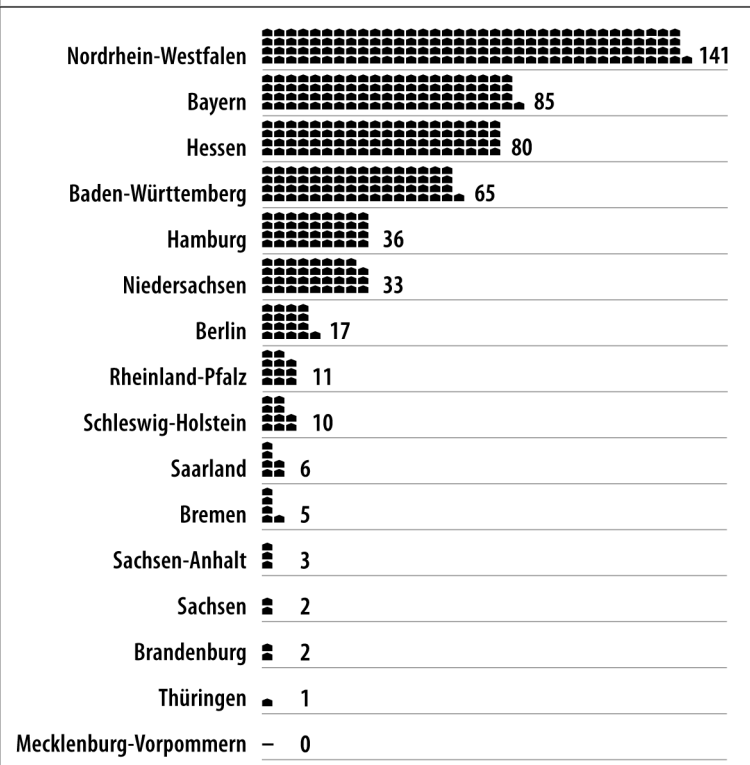
bescheidene Präsenz von fremdbestimmten größeren Unternehmen durchaus einschließt.

Drittens ist der ostdeutsche Unternehmenssektor KMU-dominiert und überwiegend kleinbetrieblich strukturiert. Im allgemeinen sind aber auch die ostdeutschen Unternehmen innerhalb der verschiedenen Gruppen im Durchschnitt kleiner als die westdeutschen.

Ein dualistisches Entwicklungsmuster lässt erkennen: Neben dem heterogenen KMU-Bereich mit Unternehmen besonders in den unteren Segmenten der Größengruppen ist ein Bereich von größeren Unternehmen entstanden, welcher ebenfalls geringer dimensioniert ist. Dieser Bereich wird hauptsächlich durch Zweigbetriebe großer Konzerne abgedeckt, die weniger in der Region als an ihrem Unternehmenshauptszitz verankert sind. Größere Unternehmen gingen im Rahmen der Treuhand-Privatisierung fast ausschließlich an Investoren aus dem Westen. Zuzüglich der wenigen bedeutenden Neuinvestitionen ist eine maßgebliche Schicht neuer potenter Eigentümer entstanden, die ihre Unternehmensbasis traditionell in Westdeutschland und teilweise im Ausland behalten hat und von dort aus ihr Kapitaleigentum in Ostdeutschland verwaltet. Die ostdeutschen Zweigunternehmen haben gemessen an der Größe des ganzen Unternehmens nur eine marginale Bedeutung und fungieren nicht selten als „verlängerte Werkbänke“. Sie entwickeln sich in Abhängigkeit vom strategischen Konzept für den Gesamtkonzern und bilden zwar neue Standorte, die jedoch eine unsichere Perspektive haben. Nicht selten fallen die Zweigunternehmen zuerst strukturellen Veränderungen und Einsparungen zum Opfer, mit Folgen für die Zulieferer und Dienstleister und vor allem für die Beschäftigten im Umfeld.

Wenn Hauptsitze von Unternehmen (Konzernzentralen) in der Region fehlen, gibt es dort zudem kaum strategische Bereiche wie Forschung und Entwicklung, Marketing usw. Diese und die Verwaltung befinden sich fast ausnahmslos in westdeutschen Ballungsräumen, deren Dimensionen ostdeutsche Ballungsräume nicht erreichen. Beispielsweise sind im Raum München 34 Konzernzentralen ansässig, in Frankfurt am Main 26 und in Düsseldorf 23. KMU können dort von der breit gefächerten Unternehmensinfrastruktur profitieren.

Konzernzentralen nach Bundesländern



Quelle: Die Welt, vom 22.6.2009

© ARBEITSGRUPPE
ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK

Das Zusammenwirken einer Vielzahl von Unternehmen verschiedenster Größen, Branchen und Formen an Großstandorten ist eine der Stärken in der westdeutschen Unternehmenslandschaft. Verlagerungen von Konzernzentralen kommen kaum vor, solange es dafür keinen politischen Druck oder existentielle Zwänge gibt.

Noch in den 1990er Jahren wurde in Bezug auf das große Gewicht des KMU-Sektors in der deutschen Wirtschaft die schnelle Entwicklung eines leistungsfähigen mittelständisch strukturierten Unternehmens-

sektors in Ostdeutschland als Erfolg versprechender Weg zur Angleichung an westdeutsche Verhältnisse propagiert.²⁰ Tatsächlich hat sich die Zahl der Unternehmen kleiner und mittlerer Größenordnung in Ostdeutschland Anfang der 1990er Jahre sprunghaft erhöht. Seit der zweiten Hälfte der 1990er Jahre wird der Zuwachs geringer. Er liegt zwar noch immer über dem in Westdeutschland, verkörpert aber ein zu geringes Potenzial, um Wachstum und Strukturwandel wesentlich zu beeinflussen. Die Verteilung der Unternehmen nach Beschäftigungsgrößenklassen hat sich in West und Ost weitgehend angenähert, lässt aber innerhalb der statistisch ausgewiesenen groben Größengruppen erhebliche Unterschiede vermuten. So ist zwar der Anteil ostdeutscher Unternehmen in der Gruppe der Kleinstunternehmen (null bis neun Beschäftigte) geringer als der westdeutsche. Der ostdeutsche Bestand ist aber in der (nicht mehr ausgewiesenen) Gruppe der Unternehmen mit null bis vier Beschäftigten überproportional vertreten. Unternehmen dieser Gruppe unterliegen häufig nicht der Umsatzsteuerpflicht. Weiterhin zeigt die Verteilung nach Wirtschaftsbereichen den überdurchschnittlichen hohen Bestand an Bauunternehmen, die traditionell klein sind.

Die Fixierung auf eine Entwicklung nach westdeutschem Muster musste in Ostdeutschland trotz umfangreicher Fördermittel und Fördermaßnahmen scheitern, da sie die Besonderheiten in beiden Unternehmensstrukturen nicht in erforderlichem Maße berücksichtigte. Der westdeutsche KMU-Sektor hat sich mehr als ein halbes Jahrhundert lang – organisch in die Gesamtwirtschaft eingebunden – erfolgreich entwickeln können. Er ist arbeitsteilig traditionell eng mit den GU verflochten. Ein Bereich von hoch spezialisierten und leistungsfähigen Mittelunternehmen, der in Ostdeutschland so nicht vorhanden war, hat sich auf diese Weise in den ABL herausgebildet. Eine solche Entwick-

20 Die jüngste Strukturserhebung des Statistischen Bundesamtes weist für KMU in West- und Ostdeutschland hohe Anteile in der Wirtschaft aus (Angaben in Prozent): Zahl der Unternehmen 99,3; Beschäftigte 58,8; Umsatz 33,6; Bruttoanlageinvestitionen 42,8 und Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten 45,2. Quelle: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik, 2010, Nr.1, Seite 43.

lung konnte unter den konkret gegebenen Verhältnissen in den NBL nicht nachvollzogen werden.

Unternehmenszusammenbrüche sind ein typisches Entwicklungsmerkmal für den KMU-Bereich. So gab es im Jahre 2009 in den ABL 27.875 Unternehmensinsolvenzen, in den NBL 4.812 und in Berlin 1.499. Ihre auch im Westen wachsende Zahl ist – wie im Osten – vor allem in den unteren und untersten Größengruppen angesiedelt. Insolvenzen stellen zwar den Platz des KMU-Sektors im Unternehmensgefüge nicht in Frage. Sie sind aber ein Hinweis darauf, dass der KMU-Sektor in ganz Deutschland vor massiven strukturellen Anpassungsproblemen steht. Die Voraussetzungen für ihre Bewältigung sind auch bei einem großen Teil der westdeutschen KMU schlecht. Bei den jüngeren und im Schnitt kleineren Ost-Unternehmen sind sie jedoch generell ungünstiger. Sie müssen noch heute, selbst wenn es sich nach 1990 um die Neuausrichtung oder Neugründung bereits vorhandener Potenziale handelte, mit dem neuen Umfeld zurecht kommen sowie in bereits besetzte Märkte eindringen, und sie stehen vor existentiellen finanziellen Problemen.

Nahezu alle für den KMU-Sektor typischen Problemlagen treten in Ostdeutschland mit besonderer Schärfe in Erscheinung. Die Unternehmen sind konjunkturanfälliger und haben größere Finanz- und Marktprobleme. In der Regel ist die Eigenkapitalbasis schwächer als in den westdeutschen Unternehmen gleicher Größenordnung, was den Zugang zu Bankkrediten erschwert.²¹ Ende der 1990er Jahre (neuere Daten sind nicht verfügbar) wiesen laut Creditreform rund 44 Prozent der ostdeutschen KMU eine Eigenkapitalquote (Eigenkapital im Verhältnis zur Bilanzsumme) von weniger als zehn Prozent aus. Eine solch geringe Eigenkapitalquote hatten in Westdeutschland mit 32 Prozent wesentlich weniger KMU. Über 30 Prozent Eigenkapital hatten

21 Nach einer Analyse der Deutschen Bundesbank hatte sich die chronisch schlechte Eigenkapital- und Gewinnsituation im KMU-Bereich von 1997 bis 2004 verbessert (Deutsche Bundesbank 2006). Analysen von Creditreform trafen ähnliche Aussagen. In den letzten Jahren kam es im Zusammenhang mit der Wirtschaftskrise und den Turbulenzen auf den Finanzmärkten wieder zu einer Verschlechterung der Lage, von der in erster Linie kleinere Betriebe in Ost und West betroffen waren (vgl. Creditreform 2009).

im Westen 21 Prozent, im Osten 14 Prozent. Trotz der Verbesserung der Eigenkapitalquote bis zum Jahr 2007 im Vergleich zum Ende der 1990er Jahre wird sich an dieser Grundproblematik ostdeutscher KMU nur wenig geändert haben.

Der KMU-Sektor in Deutschland befindet sich in einer Umbruchsituation, die in zunehmenden Finanzierungsproblemen und in einem nachlassenden Umsatz- und Gewinnwachstum zum Ausdruck kommt. Die Differenzierung innerhalb des KMU-Sektors nimmt zu; gleichzeitig wird sein Zurückbleiben hinter dem Sektor der GU sichtbar. Der KMU-Sektor muss sich als Pendant und Partner des globalisierten Großkapitals, welches selbst seinen strukturellen Anpassungsprozess noch nicht beendet hat, in Ost- und Westdeutschland neu formieren. Welche Chancen die ostdeutschen Unternehmen in diesem Prozess besitzen, ist schwer abzuschätzen. Es gibt Anzeichen, dass sich das Unternehmenswachstum gegenüber dem Westdeutschlands tendenziell verlangsamt. Lag beispielsweise der KMU-Umsatz 1999 im Osten noch um 26,8 Prozent über dem von 1992 (im Westen um 20,1 Prozent), stieg er bis 2007 nur um 28,6 Prozent gegenüber dem Stand von 1999 (im Westen um 32,3 Prozent).

Der ostdeutsche Unternehmenssektor ist heute integraler Bestandteil des Wirtschaftsgefüges der Bundesrepublik. Aber er ist kein gleichwertiger Bestandteil und spielt eine untergeordnete Rolle im Wirtschaftsgeschehen. Er ist anders entstanden, weist andere Entwicklungsbezüge auf und ist insgesamt klein und schwach. Das Fehlen des eigenständigen GU-Sektors ist sein entscheidendes Entwicklungshemmnis. Besonders im industriellen Sektor sind dadurch unzureichende Entwicklungsgrundlagen gelegt worden, die sich verfestigt haben und nur schwer zu korrigieren sind. Die Struktur und Entwicklung des Unternehmenssektors ist den Entwicklungsbedürfnissen des westdeutschen Unternehmenssektors angepasst und orientiert sich nicht an den Erfordernissen der ostdeutschen Region. Sie hängt von der strukturellen Entwicklung in Westdeutschland ab. Dependenzwirtschaft bedeutet in diesem Sinne auch eine Verfestigung von Defiziten und negative Konsequenzen für den wirtschaftlichen Aufholprozess Ostdeutschlands.

7 Vorschläge und Forderungen alternativer Wirtschaftspolitik

7.1 Vorschläge für einen grundlegenden Politikwechsel in Deutschland

In den vorangegangenen Kapiteln wurde die ökonomische und soziale Entwicklung sowohl in den neuen Bundesländern als auch in Deutschland insgesamt analysiert. Dabei wurde nachgewiesen, dass der Ost-West-Vereinigungsprozess ungeachtet vieler Verbesserungen alles in allem gescheitert ist. Entscheidende Kriterien für die Herstellung der ökonomischen und sozialen Einheit – wozu gehört, eine selbsttragende wirtschaftliche Entwicklung in den neuen Bundesländern zu erreichen, die Ungleichbehandlung von Ostdeutschen zu überwinden, gleichwertige Lebensverhältnisse herzustellen und das Abwandern junger, gut ausgebildeter Menschen aus den neuen Bundesländern zu stoppen – sind bis heute unerfüllt. Die Aussichten, dass sich daran in näherer Zukunft etwas Wesentliches ändert, sind gering. Dies wird auch daran deutlich, dass es in der Bundesrepublik insgesamt nicht gelungen ist, die Chancen der Vereinigung zu nutzen, um die auf der Tagesordnung stehenden Reformprojekte in Richtung einer sozial-ökologisch nachhaltigen Entwicklung und der Weiterentwicklung des Sozialstaats einzuleiten. Im Gegenteil: die Umweltprobleme haben sich weiter verschärft, der Abbau des Sozialstaats wurde beschleunigt, die soziale Polarisierung hat zugenommen, und Zukunftsängste haben sich ausgebreitet.

Mit der tiefen Krise des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus hat sich die Dringlichkeit eines Politikwechsels erhöht. Die Turbulenzen in der Eurozone, die hohen Haushaltsdefizite des Bundes und der Bundesländer sowie die ausweglose Haushaltslage vieler Kommunen in den neuen und in den alten Bundesländern zeigen deutlich, dass die Krisengefahren bei weitem nicht vorüber sind. Die Dominanz der neo-liberalen Politik konnte bisher nicht überwunden und auch nicht im

Ansatz zurückgedrängt werden. All dies erhöht die Schwierigkeiten, den notwendigen Politikwechsel einzuleiten und auch durchzusetzen.

Aus dieser Konstellation ergeben sich weitgehende Konsequenzen für die Ausarbeitung realistischer Alternativen für Deutschland insgesamt und speziell für die neuen Bundesländer:

Erstens: Die Abhängigkeit der Lösung der dringendsten Probleme in den neuen Bundesländern von der Entwicklung in ganz Deutschland ist mit der jüngsten krisenhaften Zuspitzung der Widersprüche und Konflikte des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus noch stärker geworden. Substanzielle Fortschritte bei der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Ostdeutschland und beim Erreichen einer selbsttragenden wirtschaftlichen Entwicklung haben nur dann reale Chancen, wenn es gelingt, in ganz Deutschland einen Politikwechsel herbeizuführen. Er muss die wichtigsten gesellschaftlichen Bereiche umfassen, von der Eindämmung der Finanzmärkte über die zukunftsorientierte Neufundierung des Soziastaats, die Stabilisierung und Erweiterung seiner Einnahmen und seiner Leistungen, das Stoppen und Umkehren der Tendenzen zur Prekarisierung der Arbeit und den sozial-ökologischen Umbau bis zu einer grundlegenden Überarbeitung des EU-Vertrages.

Die für einen solchen Politikwechsel erforderlichen Veränderungen in den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen setzen auch Veränderungen im Bewusstsein der Menschen voraus. Es gibt zumindest einige Anzeichen dafür, dass das Vertrauen in die neoliberalen Dogmen – insbesondere in die positiven Wirkungen ungehinderter Marktprozesse, speziell auf den Finanzmärkten – erschüttert worden ist. Die Unterstützung wirksamer staatlicher Regulierungen wird von größeren Bevölkerungskreisen zunehmend als dringend angesehen. Zu diesen Ansätzen eines Bewusstseinswandels haben insbesondere zwei Entwicklungen beigetragen: zum einen die verheerenden Wirkungen der Finanzmarktkrise, das Versagen der Banken und die hierfür eingesetzten großen Rettungspakete mit öffentlichen Geldern und zum anderen das Scheitern der Klimakonferenz in Kopenhagen im Dezember 2009 sowie die sich daraus ergebenden Gefahren für das Leben kommender

Generationen. Allerdings muss beachtet werden, dass nach wie vor eine große Kluft besteht zwischen diesen Veränderungen im Bewusstsein und der Bereitschaft, an politischen und sozialen Auseinandersetzungen zur Durchsetzung eines Politikwechsels teilzunehmen.

Zweitens: Die sozialen, ökologischen und finanziellen Probleme in den neuen und alten Bundesländern weisen starke Ähnlichkeiten auf. Daraus folgt, dass es vorrangig um in den Grundzügen gemeinsame Alternativen für die weitere Entwicklung in Ost- und Westdeutschland geht. Zugleich muss jedoch beachtet werden, dass die in Ostdeutschland im Rahmen dieser Gemeinsamkeiten zu lösenden Probleme eine Reihe von Spezifika aufweisen. Diese ergeben sich insbesondere aus folgenden Umständen:

- Die Ost-West-Unterschiede sind weit größer und tiefer als die üblichen regionalen Unterschiede innerhalb eines Staates oder einer Volkswirtschaft. Hiermit korrespondieren die ökonomischen und sozialen Gemeinsamkeiten der neuen Bundesländer hinsichtlich der hohen Arbeitslosigkeit, der geringeren wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit (BIP je Einwohnerin und Einwohner), des niedrigeren Steueraufkommens und der Abhängigkeit von den Finanztransfers sowie der sich weiter zuspitzenden demografischen Probleme.
- Dieselben Grundprobleme sind größtenteils in Ostdeutschland schärfer und stärker ausgeprägt, so etwa die Höhe der Arbeits- und speziell Langzeitarbeitslosigkeit, die Ausweitung prekärer Arbeitsverhältnisse, darunter des Niedriglohnbereichs, die Perspektivlosigkeit für wachsende Teile der Jugend, der Bevölkerungsrückgang und die ungünstigen Veränderungen in der Altersstruktur der Bevölkerung.
- Die zugespitzten ostdeutschen Probleme sind zu einem beträchtlichen Teil im Verhältnis zu den alten Bundesländern zeitlich vorgelagert. In vielen Fällen wurde Ostdeutschland als Experimentierfeld zur Aushöhlung sozialer Rechte benutzt. Zudem drohen die ungünstige Entwicklung der Altersstruktur, die „Entleerung“ ländlicher Regionen und kleinerer Städte, die Perspektivlosigkeit

Jugendlicher und die zunehmende Altersarmut mit zeitlicher Verzögerung auch in den alten Bundesländern.

- Die ostdeutschen Probleme sind zu einem großen Teil struktureller Art. Dazu gehören die ungünstigen Größenstrukturen der Unternehmen; das fast vollständige Fehlen von Konzern- und größeren Unternehmenszentralen nicht nur im Produzierenden Gewerbe, sondern auch im Handel, Verkehr, Finanzbereich und bei Unternehmensdienstleistungen; die ungünstige Altersstruktur der Bevölkerung sowie die geringeren Spielräume zur Erhöhung des Steueraufkommens der Länder und Kommunen. Diese strukturellen Probleme sind nicht kurzfristig zu lösen.

Diese ostdeutschen Spezifika haben weitgehende politische Konsequenzen: Fortschritte erfordern in einem hohen Ausmaß eine gesellschaftliche Regulierung, eine Verschiebung der Relationen zwischen der Marktregulierung und der öffentlichen Regulierung durch Institutionen des Bundes, der Länder und der Kommunen zu Gunsten letzterer. Hierzu gehört auch, die Bedingungen für eine offene Diskussion und für die demokratische Mitwirkung und Kontrolle der Bevölkerung zu verbessern und die Zivilgesellschaft zu stärken.

Drittens: Eine Schwierigkeit bei der Ausarbeitung realistischer Lösungsalternativen und natürlich vor allem für ihre Durchsetzung besteht darin, dass sie untereinander vielfältig verflochten sind. Sollen die Chancen auf Erfolge gewahrt werden, dürfen sie daher nicht isoliert, jede für sich in Angriff genommen werden. Notwendig ist ein umfassendes alternatives Politikkonzept für die dringendsten sozialen, ökologischen und ökonomischen Veränderungen, das diese Verflechtungen und gegenseitigen Abhängigkeiten berücksichtigt.

Zur Ausarbeitung alternativer Vorstellungen für einen Richtungswechsel der Politik ist es zweckmäßig, in zwei Richtungen vorzugehen: Zum einen gilt es, die wichtigsten Forderungen für einen Politikwechsel in der Bundesrepublik und der EU zu bestimmen; zum anderen sollen auf dieser Grundlage notwendige konkretere Konzepte und Maßnahmen für ausgewählte Gebiete und Aufgaben skizziert werden. Das

werden größtenteils Konzepte sein, die für Ost- und Westdeutschland von Bedeutung sind, denen jedoch ein besonderes Gewicht für die Lösung der spezifisch ostdeutschen Probleme zukommt. Im Vordergrund stehen dabei reale Schritte zu einer selbsttragenden wirtschaftlichen Entwicklung in den neuen Bundesländern, die mit den Erfordernissen eines sozial-ökologischen Umbaus und „guter Arbeit“ übereinstimmen, und die Überwindung der Ungleichbehandlung der Menschen in Ostdeutschland (niedrigere Löhne für gleiche Arbeit, niedrigere Rentenwerte u.a.).

Ein alternatives Konzept für einen Richtungswechsel der Politik bzw. ein Reformprojekt für eine sozial und ökologisch zukunftsfähige Entwicklung in Deutschland kann nicht als ein konkretes Programm für den Zeitraum bis 2020 – d.h. bis zum Auslaufen des Solidarpakts – aufgefasst werden. Vielmehr geht es um Vorstellungen über notwendige Veränderungen, deren zeitliche Realisierung heute überhaupt nicht vorausgesagt werden kann. Es dürfte aber klar sein, dass der Zeitrahmen für diese Veränderungen weit über die nächsten zehn Jahre hinausgeht. Ebenso sollte Übereinstimmung darüber bestehen, dass neue Probleme und Erfordernisse auftreten werden, die zu Modifikationen und Korrekturen eines solchen Reformprojekts führen. Ein derartiges visionäres Projekt müsste zumindest folgende Bestandteile umfassen, die hier nicht weiter ausgeführt werden können (vgl. hierzu insbesondere die Ausführungen der *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* in ihren jährlichen MEMORANDEN²²):

- Das Zurückdrängen und schließlich das Überwinden der für den Kapitalismus derzeit typischen Dominanz der Finanzmärkte über die Realökonomie. Dies setzt eine wirksame gesellschaftliche Regulierung und demokratische Kontrolle der Finanzbeziehungen, einschließlich der Überführung entscheidender Teile des Finanzsektors in öffentliches Eigentum voraus und muss mit der Reorganisation der Realökonomie einhergehen. Diese Reorganisation muss kon-

22 Die Kurzfassungen der MEMORANDEN der *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* sind im Internet verfügbar: <http://www.alternative-wirtschaftspolitik.de>.

krete Maßnahmen für eine wirksame demokratische Regulierung und Kontrolle der Finanzmärkte umfassen, die auf in der EU und auch international koordinierten Regulierungen beruht.

- Den sozial-ökologischen Umbau sowie die Energie- und Verkehrswende, um den grundlegenden Anforderungen zur Reduzierung der Umweltverschmutzung, insbesondere des CO₂-Ausstoßes, und zur Verhinderung einer Klimakatastrophe sowie zum Erreichen eines neuen Pfades der ökonomischen Entwicklung gerecht zu werden. Für eine alternative Wirtschaftspolitik kommt es darauf an, die engen Verflechtungen zwischen sozialen und ökologischen Erfordernissen stärker zu beachten. Die Beziehungen zwischen staatlichen Regulierungen durch Umweltstandards, normative Anforderungen an Umweltinvestitionen, Ge- und Verbote und die sinnvolle Nutzung der Marktmechanismen (Internalisierung von Umweltkosten, ökonomische Anreize zur Unterstützung des ökologischen Umbaus) müssen effektiver gestaltet werden.
- Alternativen gegen die Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse und zur Verbesserung der Bedingungen für „gute Arbeit“. Hierzu gehört ein umfassender Komplex miteinander verflochtener Maßnahmen, die nur über tiefe, demokratisch legitimierte Eingriffe in die Regulierung und Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit und ihrer Resultate im Interesse der Mehrheit der Menschen realisiert werden können. Sie reichen von der Re-Regulierung des Arbeitsmarktes (z.B. Abschaffung von Mini- und Ein-Euro-Jobs) und Veränderungen in der Primärverteilung gegen den Trend sinkender Lohnquoten und Reallöhne über die Einführung flächendeckender Mindestlöhne, die Sicherung der finanziellen Basis für eine bedeutende Erweiterung der Beschäftigungsmöglichkeiten in den Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge, der Bildung, des Gesundheitswesens und der Pflege und Betreuung sowie für die Erweiterung des öffentlichen Beschäftigungssektors bis zur Erweiterung der demokratischen Mitbestimmung in den Betrieben.
- Die Weiterentwicklung der sozialen Sicherungssysteme sowohl durch die Erweiterung ihrer Einnahmebasis – Bürgerversicherung, Einbeziehung aller Einkommensarten in die Bestimmung der Bei-

tragshöhe, deutliche Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenzen – als auch durch die Verbesserung ihrer Leistungsangebote bei weiterer Ausprägung des Solidarprinzips, um den gleichen Zugang zu Bildung und Gesundheit unabhängig von der Einkommenshöhe zu erreichen und Armut infolge von Alter und Arbeitslosigkeit zu verhindern.

- Eine sozial gerechte, solidarische und ökologische Steuerreform zur Erhöhung und Stabilisierung der Einnahmen der öffentlichen Hand, insbesondere der Kommunen. Damit gilt es die finanziellen Voraussetzungen zu schaffen für die Entwicklung der öffentlichen Daseinsvorsorge und den Ausbau der sozialen Sicherungssysteme, zur Finanzierung der notwendigen öffentlichen Investitionen, darunter eines Zukunftsinvestitionsprogramms, sowie zur Erweiterung der Spielräume der Länder und Kommunen für eine regionale Struktur- und Beschäftigungspolitik.
- Die Erweiterung der Wirtschaftsdemokratie und die Stärkung des Gemeineigentums – des öffentlichen Eigentums in seinen verschiedenen Formen, des genossenschaftlichen Eigentums und anderer Formen einer solidarischen Ökonomie. Sie wird vor allem über zwei Maßnahmen realisiert: zum einen durch eine umfassende Demokratisierung des öffentlichen Eigentums, darunter die öffentliche Kontrolle, und durch die Stärkung der Einflussmöglichkeiten der Belegschaften auf Entscheidungen zur Entwicklung der Unternehmen. Zum anderen durch ein Eingreifen der öffentlichen Hand, u.a. durch die Steuerpolitik, durch Festlegung sozialer und ökologischer Standards, durch Richtlinien für die Kreditvergabe, durch die Auftragsvergabe und durch eine konsequente demokratische Kontrolle über die Einhaltung dieser Bestimmungen.

Im dem Maße, wie durch die Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse auf diesen Politikfeldern Fortschritte erreicht werden, verbessern sich auch die Bedingungen, um die Potenziale für die Lösung der drängenden sozialen, ökologischen und finanziellen Probleme in Deutschland, speziell in den neuen Bundesländern, zu nutzen.

7.2 Überlegungen und Ansätze für eine zukunftsorientierte selbsttragende wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland

In den vorangegangenen Kapiteln wurden die bisherigen Ergebnisse von zwanzig Jahren Transformation in Ostdeutschland als nachholende Angleichung an Westdeutschland analysiert. Es kann festgehalten werden, dass die wirtschaftliche Entwicklung in den NBL seit über einem Jahrzehnt stagniert und dass offenbar der Modus der nachholenden Angleichung selbst nicht weiter trägt. Eine Konvergenz der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zwischen West- und Ostdeutschland ist auf diesem Weg nicht zu erreichen. Sie wäre auch nicht zukunftsfähig. Die bisherige Orientierung an einem Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell jedoch, das selbst nicht zukunftsfähig ist, sollte aufgegeben werden. Dazu ist eine kritische Auseinandersetzung mit diesem Modell und der darauf beruhenden Transformationspolitik, die zu erheblichen Transformationskonflikten und Selbstblockaden geführt hat, notwendig.

Bei den folgenden Überlegungen für eine selbsttragende wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland geht es der *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* immer um eine möglichst wirksame Synthese zwischen der Verringerung der Rückstände der neuen Bundesländer in den gesamtwirtschaftlichen und sozialen Kriterien – BIP und Investitionen je Einwohnerin und Einwohner, Arbeitsproduktivität und Ressourceneffizienz, Erwerbstätigenquote, Höhe der Arbeits- und Sozialeinkommen, Ausmaß des Niedriglohnbereichs u.a. – und Fortschritten auf dem neuen Entwicklungspfad einer sozial und ökologisch nachhaltigen Entwicklung, der für Ost und West gleichermaßen von Bedeutung ist. Für einen solchen politischen Richtungswechsel, der sowohl die isolierte Fixierung auf Ostdeutschland aufhebt – es geht immer um den Kontext zu den regionalen, nationalstaatlichen, europäischen und globalen Herausforderungen – als auch die bisherige Angleichungsperspektive relativiert – es geht nicht primär um Abstände zwischen Ost- und Westdeutschland, sondern um gemeinsame Herausforderungen –, gewinnen vor allem neue Überlegungen und Projekte

für eine Wende zu einem ressourcensparenden Entwicklungspfad sowie für eine zukunftsorientierte soziale Sicherheit und Gerechtigkeit an Bedeutung.

Hierfür ist es auch notwendig, einzelne der bisherigen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklungen in Ostdeutschland zum Teil neu zu interpretieren und zu bewerten. Es zeigt sich, dass auch hier bereits Entwicklungen zu verzeichnen waren und sind, die sich nicht auf eine Angleichung reduzieren lassen und gerade dadurch anschlussfähige Potenziale für einen nachhaltigen Umbau markieren. Für die Wirtschaft müsste beispielsweise auf eine (nicht nur schwache) KMU-Struktur hingewiesen werden, sondern auch auf damit verbundene erfolgreiche Netzwerkbildungen, lokale Technologiezentren oder innovative Räume. Im Sozialen sollten die hohe Frauenerwerbsbeteiligung, eine leistungsfähige Betreuungs- und – partiell – Bildungsinfrastruktur, im kulturellen Bereich eine (noch immer) breite soziokulturelle Struktur, bestimmte Wertorientierungen etc. als Alternativen zur zukünftigen Entwicklung ausgewertet werden. In solchen ostdeutschen Ansätzen und Gegenlogiken, so marginal und temporär sie vielfach auch sind, liegen gewisse Potenziale für eine Selbsttransformation, für einen Ausweg aus den strukturkonservativen Wachstumskonzepten im Sinne von dynamischen, innovativen Entwicklungskonzepten (vgl. Aßmann 2004; Röpke 2004).

Ausgehend von diesen Überlegungen sollen Vorstellungen für eine alternative Politik zur Lösung der vordringlichen Probleme in Deutschland und speziell in Ostdeutschland begründet werden. Dabei kann hier kein umfassendes Konzept vorgelegt werden. Wichtig ist vielmehr, auf einigen wesentlichen Gebieten Vorschläge für eine zukunftsfähige Entwicklung der Wirtschaft und des Lebens der Menschen vorzulegen, die auch die Diskussion über die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in den neuen Bundesländern und die dazu erforderlichen Veränderungen in der Politik befördern können.

Regionale Wirtschaftskreisläufe, technologische Cluster und Unternehmensnetzwerke

Die Herausbildung und Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe, technologischer Cluster und Unternehmensnetzwerke ist eine vorrangige Aufgabe in allen ostdeutschen, aber auch in vielen westdeutschen Regionen. Regionalökonomisch bedeutet dies, dass die Importe von Waren und Dienstleistungen dort, wo für ihre Herstellung in den jeweiligen Regionen günstige Voraussetzungen bestehen (z.B. regenerative Energieträger sowie die Produktion und Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse), relativ, in vielen Fällen aber auch absolut gesenkt und die regionalen Exporte bei spezialisierten Erzeugnissen mit hoher Wertschöpfung erhöht werden. Aufgrund der in den letzten 20 Jahren radikal verbesserten Transport- und Kommunikationsinfrastruktur ist es mit geringen Kosten möglich, Waren und Dienstleistungen über große Entfernungen anzubieten. Dieses Angebot kann nur dann durch lokale und regionale Anbieter ersetzt werden, wenn es auf einem vergleichbar hohen technischen Niveau und zu geringeren Kosten bereitgestellt wird. Dies erfordert eine relativ hohe Mindestgröße der lokalen und regionalen Unternehmen und/oder die Etablierung von zuverlässigen Lieferketten und technologischen Clustern bzw. Unternehmensnetzwerken. Die Entwicklung dieser Unternehmensverbünde und Netzwerke ist ein mühsames Geschäft und heute eine professionalisierte Tätigkeit, die von oder im Auftrag der regionalen und kommunalen Wirtschaftsförderung bzw. ihrer Technologiezentren betrieben werden muss.

In allen großen und mittelgroßen Städten – und natürlich ganz besonders in den Hochschulstädten wie Rostock, Stralsund, Greifswald, Schwerin, Potsdam, Magdeburg, Cottbus, Dresden, Chemnitz, Leipzig, Halle, Erfurt, Jena, Weimar und Dessau, aber auch in Dortmund, Duisburg, Flensburg, Bremen, Kassel, Saarbrücken usw. – müssen technische und organisatorische Cluster herausgebildet bzw. gestärkt werden. Kernbestandteil derartiger Cluster sind leistungsfähige Universitäten und Hochschulen sowie Technologiezentren mit dauerhafter Entwicklungsperspektive. Dies verlangt der Sache nach einen sehr langen Atem, wie z.B. die Entwicklung der Technologiezentren und -parks

in Dortmund zeigt (vgl. Bömer 2005), und ist in Zeiten der gesamtwirtschaftlichen Krise besonders schwer durchzuhalten. Die Länder und die EU müssen die Finanzierung garantieren. Kernaufgabe ist die intensivere Verflechtung zwischen Forschung und Produktion sowie die Stärkung der wissenschaftlichen Forschungs- und Ausbildungskapazitäten als wichtigstes Instrument einer innovationsorientierten Regionalpolitik. Es gilt dabei, nicht nur neue Technologien und Dienstleistungen zu entwickeln und kostengünstig zu produzieren, sondern sie auch sozial einzusetzen und ökologisch nachhaltig auszugestalten. Arbeitswissenschaftliche und gesundheitspolitische Komponenten, die Erfordernisse guter Arbeit sind, sind notwendige Bestandteile einer modernen Technologiepolitik.

Öffentliche Beschäftigung

Eine zukunftsfähige regionalpolitische Strategie verlangt einen starken öffentlichen Sektor vor allem für die Bereiche der Daseinsvorsorge und einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor (ÖBS), um allen Menschen, vor allem auch Langzeitarbeitslosen und Menschen mit Vermittlungshemmnissen, die Möglichkeit zu geben, an einer sinnvollen und existenzsichernden Arbeit teilzunehmen (vgl. Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik 2006, S. 226 ff. und 2010, S. 204 f.). Dies bedeutet aktuell, zunächst eine weitere Privatisierung kommunaler Einrichtungen (Stadtwerke, Kliniken, Bildungseinrichtungen usw.) zu verhindern bzw. dort, wo sie schon vollzogen sind, diese soweit möglich und sinnvoll durch eine Rekommunalisierung rückgängig zu machen. Dies setzt voraus, dass eine grundsätzliche Umkehr der bisherigen Tendenzen in der finanziellen Ausstattung der Kommunen erfolgt. Diese hat sich in den letzten Jahren verschlechtert und wird infolge der Sparpolitik der Regierungskoalition in der nächsten Zeit noch ungünstiger werden (vgl. hierzu den folgenden Abschnitt zur Verbesserung der finanziellen Rahmenbedingungen).

Die Zuspitzung der kommunalen Finanzsituation wird die Privatisierung als vermeintliche Lösung weiter attraktiv erscheinen lassen, wobei infolge der Wirtschaftskrise die Preise für öffentliches Vermögen gesunken sind. Kernbestandteile der kommunalen öffentlichen Wirt-

schaft sind die Infrastruktursysteme Bildung, Gesundheit, Wohnen inkl. Altenheimen, Verkehrswege sowie öffentliche Grünanlagen und die Stadtwerke mit den Sparten Wasser, Energie, Verkehr und Abfall. In der zweiten Hälfte dieses Jahrzehnts haben Kommunen und Länder massenhaft Wohnungen an Finanzinvestoren verkauft (z.B. Dresden 50.000 Wohneinheiten [WE] und NRW ca. 100.000 WE der Landesentwicklungsgesellschaft). Im Ruhrgebiet wurden hauptsächlich von den Montankonzernen insgesamt ca. 400.000 WE an Finanzinvestoren verkauft.

Eine Erweiterung der öffentlichen Tätigkeiten ist prinzipiell in allen der oben angeführten Bereiche sinnvoll. Den Stadtwerken kommt dabei eine besondere Bedeutung zu. Mit der Perspektive des Umbaus der Städte und Gemeinden mit dem Ziel, den fossilen Energieverbrauch drastisch zu senken, ist die territoriale Verbundenheit der Stadtwerke (ähnlich den Sparkassen) eine wichtige Voraussetzung, um eine integrierte Siedlungs- und Ressourcenplanung und -politik zu betreiben. Dieser Umbau setzt auch die Erschließung neuer Geschäftsfelder im Bereich der regenerativen Energieerzeugung und der Energiesparpolitik voraus, z.B. das Contracting, die Verbesserung der öffentlichen Verkehrssysteme u.a. Für die Erweiterung der öffentlich geförderten Beschäftigung kann die Auswertung der hierzu in Berlin, Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg bereits vorliegenden positiven Erfahrungen Impulse geben. In jedem Fall sind in Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, wie auch immer sie konkret heißen mögen, mit tariflicher Entlohnung erforderlich.

Bevölkerungsrückgang und Alterung der Bevölkerung – Einwanderung als Chance?

Die wichtigste Bedingung, um dem Bevölkerungsrückgang und der zunehmenden Alterung der ostdeutschen Bevölkerung kurzfristig entgegenzuwirken, besteht darin, die Abwanderung einzudämmen und zugleich die Rückkehr der Abgewanderten zu fördern. Dies erfordert eine Politik, die sowohl die Ausbildungsmöglichkeiten junger Menschen erweitert als auch die Bedingungen für ihren Einsatz in den neuen Bundesländern nach Abschluss der Ausbildung verbessert. Dies

setzt wiederum die Schaffung möglichst attraktiver Arbeitsplätze und den Abbau der Ost-West-Einkommensunterschiede voraus.

Die demografischen Perspektiven überschatten alle wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Prozesse auf Jahrzehnte hinaus. Sie können durch eine aktivere Einwanderungspolitik, deren politisches Konfliktpotenzial hier nicht diskutiert werden soll, langfristig in einem bestimmten Umfang modifiziert werden. In der Krisenregion Ruhrgebiet z.B. spielte die Immigration schon lange und immer mehr eine wichtige Rolle bei der Reproduktion der Bevölkerung (vgl. Stadt Dortmund 2007a, 2007b).

Eine Kernfrage des demografischen Wandels sind seine Auswirkungen auf die Siedlungsstruktur und die entsprechende Landes- und Stadtplanung. Im Bundesprogramm „Stadtumbau Ost“ waren die beteiligten Städte aufgefordert, „harte“ Stadtentwicklungsplanungen vorzulegen, die schlüssig die Erfordernisse des Rückbaus mit der Weiterentwicklung des urbanen Charakters der Städte verknüpfen. Dies sollte verhindern, dass am Ende dieses Prozesses „perforierte Städte“ entstehen, also Siedlungsstrukturen, die durch industrielle, Wohngebiets- und infrastrukturelle Brachen und Lücken insgesamt entwertet würden. Dies setzt u.a. ein hohes Maß an Kooperation zwischen den Öffentlichen Händen, öffentlichen, genossenschaftlichen und privaten Wohnungsgesellschaften und Infrastrukturbetreibern voraus. Denn nicht alle Akteure müssen beim „optimalen Rückbau“ in gleichem Ausmaß auf Teile ihrer Aktivitäten (Umsätze, Gewinne) verzichten. Die räumliche Lage zum Zentrum sowie zu den wichtigsten städtischen und regionalen Infrastruktureinrichtungen spielt hier eine entscheidende Rolle.

Die Landesplanung bzw. Raumordnung der Länder steht möglicherweise vor noch größeren Problemen. Wenn sich die zu 80 Prozent urbanisierte Bevölkerung stark verringert, gerät auch das System der zentralen Orte mit seinen Ober-, Mittel- und Unterzentren unter Druck. Mittel- und langfristig muss die Zahl der Mittel- und noch mehr die der Unterzentren reduziert werden, um die anderen lebensfähig zu erhalten. Mit dem Stichwort „Gebietsreform“ unter Schrumpfbedingungen sind die Schwierigkeiten dieses Entscheidungsprozesses angesprochen.

Eine gute Raumplanung im Mehrebenensystem Kommunen – Länder – Bund ist die einzig sinnvolle Alternative zu einer hauptsächlich durch den Markt gesteuerten Schrumpfung und Deformation der Siedlungsstrukturen. Paradoxerweise kann die zunehmende Entleerung des ländlichen Raumes zur Stabilisierung der Mittelzentren beitragen, wenn die Migration in die ländlichen Mittelzentren erfolgt. Damit übernehmen sie zwar die Versorgung einer größeren Fläche, können aber eventuell die Reduzierung der Anzahl der Einwohnerinnen und Einwohner abschwächen, die ansonsten gleich in die Großstädte oder in die dichter besiedelten alten Bundesländer abwandern würden.

Eng hiermit verbunden ist die Revitalisierung ländlicher Räume. Auch hier gilt zunächst die aktuelle Aufgabe, einer weiteren Verschlechterung der Lage nachhaltig entgegenzuwirken. Dies verlangt, für die einzelnen Städte, Dörfer und Kreise soziale Mindeststandards zu bestimmen und diese dann öffentlich in Zusammenarbeit mit den Kammern durchzusetzen. Die Landwirtschaft sollte schrittweise auf naturverträgliche Produktionsweisen umgestellt werden und darf wegen ihrer historisch gewachsenen Betriebsformen nicht weiter benachteiligt werden. Die Zukunft des ländlichen Raumes kann jedoch von einer guten Raumordnungspolitik, die sich insbesondere in der Herausbildung eines zukunftsfesten Systems zentraler Orte niederschlägt, entscheidend beeinflusst werden.

Verbesserung der finanziellen Rahmenbedingungen

Die Erweiterung und Stärkung der finanziellen Spielräume der Länder und Kommunen ist eine unbedingte Voraussetzung für Schritte zu einer selbsttragenden wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung. Die Probleme der Länder und besonders der Kommunen haben sich in Ost- und Westdeutschland durch die Wirkungen der Finanzmarktkrise und die Steuerreformen der Bundesregierung (die zu einem Rückgang der Steuereinnahmen führten) dramatisch verschlechtert. Die voraussehbaren Wirkungen der vom Bundestag beschlossenen „Schuldenbremse“ (Finanzverfassungsreform) werden zu einer weiteren Zuspitzung der finanziellen Situation führen. Dazu kommen noch für Ostdeutschland die im Solidarpakt II fixierten Rückgänge der

Finanztransfers und das Auslaufen des Solidarpakts II im Jahre 2019. Dringend erforderlich sind daher neue Überlegungen, um die Degression der Solidarpaktmittel einzuschränken und die Fortsetzung der Transfers in einer bestimmten Größenordnung auch nach 2019 zu ermöglichen. Nur so ist anstelle einer Verschlechterung eine schrittweise Verbesserung der wirtschaftlich-finanziellen Rahmenbedingungen für eine aktive und nachhaltige Struktur- und Beschäftigungspolitik in den Ländern und Kommunen möglich.

Dringend erforderlich für die Kommunen in Ost- und Westdeutschland ist eine Reform der Kommunalfinanzen und insgesamt des Steuersystems, wofür seit langem Vorschläge vorliegen (vgl. u.a. Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik 2010a, S. 109-160). Die finanziellen Bedingungen für die Selbstverwaltung der Kommunen könnten insbesondere durch folgende Maßnahmen verbessert werden:

- Breitere Bemessungsgrundlage für die Gewerbesteuer und ihre Erweiterung zu einer Gemeindewirtschaftsteuer, in die auch Selbstständige wie Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte sowie Steuerberaterinnen und Steuerberater bei entsprechenden Freibeträgen einbezogen werden.
- Abschaffung der Gewerbesteuerumlage an Bund und Länder.
- Erhöhung des kommunalen Anteils an der Einkommen- und Umsatzsteuer.
- Stärkere Beteiligung des Bundes an Sozialleistungen der Kommunen; das Prinzip „Wer bestellt, bezahlt!“ muss durchgesetzt werden. Neuen oder erweiterten Aufgaben für die Kommunen müssen immer auch adäquate Kostenregelungen folgen.
- Mitsprache- und Mitentscheidungsrechte der Kommunen in der Steuergesetzgebung.

Eine wichtige Aufgabe ist die Verbesserung der finanziellen Bedingungen für Existenzgründungen und für die weitere Entwicklung von KMU. Existenzgründungen sind in hohem Maße von der Bereitstellung der erforderlichen finanziellen Mittel abhängig. Viele mittelständische Unternehmen in Deutschland werden bis zu 70 Pro-

zent durch Fremdkapital finanziert; in einigen Regionen liegt die Eigenkapitalquote der Unternehmen nur bei fünf Prozent. Die Tendenz hoher Fremdfinanzierung steigt weiter an. Die Schwierigkeiten der KMU, die benötigten Bankkredite überhaupt und dabei auch zu annehmbaren Bedingungen zu erhalten, haben sich infolge der Finanzkrise vergrößert. Die Forderung an die Politik, die Bedingungen für Bankkredite zu günstigen Zinssätzen für Existenzgründungen und zur Überbrückung zeitweiliger finanzieller Schwierigkeiten bestehender KMU zu verbessern, bleibt aktuell und dringlich.

Darüber hinaus sind Überlegungen zu ergänzenden Finanzierungsinstrumenten notwendig. Ein alternatives Instrument könnten so genannte Kreditbörsen sein, die in Deutschland seit 2007 bestehen. Sie üben eine unterstützende Funktion für die Bereitstellung von Krediten aus. Die Grundidee dieser Kreditbörsen besteht darin, eine Alternative zum Bankkredit zu schaffen und eine schnellere und unbürokratische Kreditvergabe zu ermöglichen. Daher liegt ihr Schwerpunkt auf der Vergabe von Krediten mit wettbewerbsfähigen Zinssätzen und Konditionen.

Kreative Projekte – Zukunftspotenziale für einen neuen Entwicklungspfad (nicht nur) in Ostdeutschland

Die Konturen des notwendigen Kurswechsels sind bekannt und oben umrissen worden. Für die Suche nach Zukunftsprojekten in Ostdeutschland wurde dieser Richtungswechsel zum Ausgangspunkt genommen (vgl. Busch/Land 2006; Leitbild 2009). Es geht dabei vor allem um den zwingend erforderlichen, paradigmatischen Wechsel von einem traditionellen Wachstumsmodell hin zu einem sozial-ökologischen, ressourcensparenden Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell. Dies verlangt, die Suche nach kreativen Projekten in Ostdeutschland – also solchen, die Eigenständiges versuchen und sich nicht in Nachahmung und Anpassung erschöpfen – fortzuführen und sie zur breiteren Anwendung zu führen. Bisher konnte eine überraschende Vielzahl solcher „Changemaker“ aufgespürt werden. Einige davon sind kürzlich zusammengestellt worden (vgl. Links/Volke 2009).

Sowohl Q-Cells im Bitterfelder Raum (vgl. Links/Volke 2009,

S. 43 ff.) als auch ein Netzwerk der Metall- und Elektroindustrie im Süden Brandenburgs (vgl. S. 37 ff.) können für die häufig unterschätzten Potenziale ostdeutscher KMU und erfolgter Kooperation und Vernetzung stehen. Hier lassen sich einzelne der bisherigen Förderansätze (InnoRegio, Nemo, InnoWatt etc.) durchaus positiv bewerten; zudem zeigen sich die besonderen lokalen und regionalen Innovationsmöglichkeiten. Es geht dabei nicht um Filialökonomien, sondern um Forschung, Entwicklung und Wertschöpfung vor Ort. Q-Cells ist eine solche erfolgreiche Ansiedlung bzw. Gründung zur Produktion von Photovoltaik-Komponenten (Wafern) im Raum Bitterfeld, die ausdrücklich ihre Firmenzentrale und ihre Wertschöpfung in der Region belässt. Entscheidend für den Erfolg waren sowohl die besonderen lokalen Voraussetzungen (qualifizierte Arbeitskräfte, günstige Infrastrukturbedingungen) wie auch die Unterstützung der Berliner Gründer durch die Vernetzung mit den kommunalen Akteuren. Diesem Unternehmen folgten im Umfeld weitere, sodass sich ein deutlicher wirtschaftlicher Schub für die schwer geplagte altindustrielle Region ergab. Es ist die besondere lokale Kooperationsstruktur, die hier ins Auge sticht und die Innovation ermöglichte. Das erwähnte Netzwerk der Metall- und Elektroindustrie hat weder eine solche Dynamik noch diese globale Dimension. Dennoch ist es weit über den Raum Südbrandenburg hinaus gewachsen und umfasst im Bereich der Metallverarbeitung global und national agierende Unternehmen. Der Kern ist auch hier die besondere lokale Kooperation, mit der anstehende Probleme von Aus- und Weiterbildung, der Gewinnung von Fachkräften usw. gelöst werden können – eine in der ländlich-peripheren Region bemerkenswerte Leistung. „Normale“ wirtschaftswissenschaftliche Expertisen und wirtschaftspolitische Weichenstellungen hätten genau diese Leistung nicht ermöglicht, sondern eher verhindert.

Beide Beispiele stehen für die besonderen (endogenen) Potenziale von ostdeutschen KMU – Potenziale, die aus deren Vernetzung bzw. Kooperation erwachsen. Mittlerweile lässt sich eine Anzahl weiterer Beispiele finden, die nicht immer eine besondere, spektakuläre Gründungsgeschichte haben, aber Potenziale besitzen. Zu verweisen wäre etwa auf Unternehmen und Unternehmensnetze in der optischen Indus-

trie in Thüringen oder auf die Erfolgsgeschichte des Technologiestandorts Adlershof in Berlin, um bewusst sehr unterschiedliche Beispiele anzuführen. In jedem dieser Fälle steckt ein besonderes transformatorisches Potenzial. Mit Q-Cells ist zudem ganz direkt der Pfadwechsel zu einem ressourcensparenden Ansatz angesprochen. Photovoltaik und insgesamt der Bereich regenerativer Energien stellen für Ostdeutschland bereits heute eine Erfolgsgeschichte dar. Allerdings sind solche wirtschaftlich und ökologisch sinnvollen Unternehmen häufig von der Umsetzung „guter Arbeit“ entfernt.

Für eine tatsächliche gesellschaftliche Wende, die neben der technologischen oder wirtschaftlichen Komponente noch ihre soziale und kulturelle besitzt, sind dezentrale, lokale Lösungen von besonderer Relevanz. Der mögliche Anteil solcher dezentralen Lösungen im Bereich regenerativer Energien wird von Expertinnen und Experten mit immerhin bis über 75 Prozent angegeben. Große, zentrale Lösungen (und auch Unternehmen) werden also auf absehbare Zeit nicht vollständig in diesem Bereich verschwinden können; es spricht aber nichts für eine absolute Dominanz solcher Strukturen, wie sie allerdings wirtschaftlich und politisch wohl eher angestrebt wird. Diese mögliche Alternative wird ein wesentlicher Punkt der politischen Auseinandersetzung um regenerative Energien sein. Hier liegt nämlich – im Unterschied zu den großtechnischen und von großen Unternehmen getragenen Ansätzen – der Schlüssel für regionalspezifische Lösungen und Potenziale, für mögliche Antworten auf die häufig nur als Schicksal apostrophierten demografischen Herausforderungen. Gefordert sind eine Blicköffnung und Schwerpunktverlagerung.

Mit Zschadraß und Varchentin führen Volks/Linke (vgl. 2009, S. 16 ff., 115 ff.) beispielhaft zwei Gemeinden an, die zu vollständiger Selbstversorgung mit regenerativer Energie gekommen sind und mit Netzeinspeisungen bereits Gewinne erwirtschaften. In Zschadraß werden damit auch soziale Projekte gefördert. Die Überschüsse aus der Produktion regenerativer Energien vor Ort fließen beispielsweise in die Unterstützung von Kindergärten und die Aufrechterhaltung des Busverkehrs. Beides ist also wiederum über den ökonomischen oder betriebswirtschaftlichen Aspekt hinaus bedeutsam. Und Varchentin,

das unter den unfreundlichen Förder- und allgemeinen Rahmenbedingungen sichtbar zu leiden hat, betreibt für die umliegenden Gemeinden ein Biokraftwerk und verarbeitet lokale landwirtschaftliche Produkte. Durch diese ökologischen Investitionen ist eine deutliche Steigerung der Wertschöpfung gelungen und konnte eine ganze Reihe von zusätzlichen Arbeitsplätzen geschaffen werden. So unterschiedlich die beiden Beispiele sind: Dieser lokale Effekt, mit dem die eigenen Potenziale gegen Schrumpfungsllogiken „ins Spiel gebracht“ werden können, ist der Kernpunkt.

Schließlich lässt sich noch eine dritte typologische Beispielgruppe umreißen: Der erforderliche sozialökologische Umbau verlangt eine stärkere lokale und regionale Verantwortung sowie breitere Formen von Local governance, zu denen insbesondere eine aktive, kreative Zivilgesellschaft gehört. Die Internationale Bauausstellung (IBA) Fürst-Pückler-Land in der Niederlausitz (vgl. Volks/Linke 2009, S. 53 ff.) hat es geschafft, in einer nahezu einmaligen Form regionale Akteure um ein gemeinsames Entwicklungsprojekt zu versammeln. Insofern steht sie, neben ihren praktischen Umsetzungsergebnissen – vom touristisch interessanten Seenland über die einzelnen neu in Szene gesetzten industriellen Hinterlassenschaften bis zu Formen von Dorfgemeinschaften und neuen Lebenszusammenhängen in der dünnbesiedelten Region –, für eine neue Planungs- und Entwicklungskultur. Diese setzt auf Initiativen „von unten“ und Alternativen zum traditionellen Wachstumspfad. Künftig findet sie im Leitbild einer Region erneuerbarer Energien für die Niederlausitz ihre Fortsetzung. Zumindest gibt es die reale Möglichkeit dafür; die Kooperation muss aber immer wieder neu „gestiftet“ werden.

Hier schließt sich als ein letztes Beispiel der Oderbruchpavillon an (vgl. Volks/Linke 2009, S. 74 ff.). Denn dieser soll als virtuelle Vernetzungsaktivität die verschiedenen Akteure im Oderbruch miteinander bekannt machen und so möglichst vernetzen. So sollen, entgegen der noch bestehenden Tendenz, Menschen im Oderbruch gehalten und andere zur Ansiedlung ermutigt werden. Mit diesem Ziel werden im lokalen Bereich zumindest einzelne Arbeitsplätze geschaffen und wird das Oderbruch auch touristisch in Szene gesetzt. Die Schwierigkeiten

sind nicht zu übersehen; dennoch liegen auch in einer solchen Aktivität die Chancen gegen ein Leerlaufen und Schrumpfen von Regionen. Der Oderbruchpavillon hat dies in vier Szenarien bzw. Fiktionen über den Oderbruch gefasst. Gerade in ihrer Widersprüchlichkeit, die zum Teil heftige Ablehnung hervorgerufen hat, liegt ein Potenzial, welches gemeinhin den so genannten Raumpionieren zugeschrieben wird.

Literaturverzeichnis

- Abelshauser, Werner (2004): Deutsche Wirtschaftsgeschichte seit 1945, München
- Aglietta, Michel (2000): Ein neues Akkumulationsregime. Die Regulations-
theorie auf dem Prüfstand, Hamburg
- Altvater, Elmar (2006): Das Ende des Kapitalismus wie wir ihn kennen,
Münster
- Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder (2010)
- Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (2001ff.): MEMORANDUM
2001 ff., Köln
- Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (2010a): MEMORANDUM
2010. Sozial-ökologische Regulierung statt Sparpolitik und Steuerge-
schenken, Köln
- Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (2010b): SONDERMEMO-
RANDUM. Politik hat nichts gelernt – das Umverteilen von unten nach
oben geht weiter. www.alternative-wirtschaftspolitik.de
- ARD-DeutschlandTrend vom November 2009 (www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen)
- Aßmann, Jörg (2004): Das Gespenst des Mezzogiorno. Welches Entwick-
lungsszenario erwartet Ostdeutschland? In: perspektive 21, Heft 21/22,
S. 41-69
- Baale, Olaf (2008): Abbau Ost, München
- Bahrman, Hannes/Links, Christoph (Hg.) (2005): Am Ziel vorbei. Die
deutsche Einheit – Eine Zwischenbilanz, Berlin
- Behrens, Hermann (2007): Rückblicke auf den Umweltschutz in der DDR.
In: Institut für Umweltgeschichte und Regionalentwicklung e.V. (Hg.):
Umweltschutz in der DDR, München
- Beil, Gerhard (2010): Außenhandel und Politik. Ein Minister erinnert sich,
Berlin
- Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (2006): Die demografische
Lage der Nation. Wie zukunftsfähig sind Deutschlands Regionen?, Mün-
chen
- Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (2008a): Bevölkerungs-
entwicklung in Ostdeutschland, Berlin
- Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (2008b): Das demogra-
fische Krisengebiet Europas. In: Berliner Zeitung, 22. August

- Beyerle, Hubert (2008): Osten in 320 Jahren auf Westniveau. In: Financial Times Deutschland, 19. Juni
- Beyme, Klaus von (2001): Die Transformation Ostdeutschlands im Vergleich der postkommunistischen Systeme. In: Benkenstein, Martin u.a. (Hg.): Politische und wirtschaftliche Transformation Osteuropas, Wiesbaden, S. 5-29
- Bisky, Jens (2005): Die deutsche Frage. Warum die Einheit unser Land gefährdet, Berlin
- Blessing, Klaus (2010): Die Schulden des Westens, Berlin
- Blum, Ulrich/Buscher, Herbert S. u.a. (2009): Ostdeutschlands Transformation seit 1990 im Spiegel wirtschaftlicher und sozialer Indikatoren, IWH-Sonderheft 1/2009, Halle (Saale)
- Blum, Ulrich/Ragnitz, Joachim u.a. (2009): Regionalisierung öffentlicher Ausgaben und Einnahmen – Eine Untersuchung am Beispiel der Neuen Länder, IWH-Sonderheft 4/2009, Halle (Saale)
- Bofinger, Peter (2008): Das Jahrzehnt der Entstaatlichung. In: WSI-Mitteilungen, 7, S. 351-357
- Bömer, Hermann (2005): Moderne kommunale Wirtschaftsförderung in Zeiten der Massenarbeitslosigkeit. Das Beispiel Dortmund. Arbeitspapier 182 des Instituts für Raumplanung (2. Auflage), www.raumplanung.uni-dortmund.de/irpud
- Brautzsch, Ulrich (2010): Trotz Rückgang arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen Stabilisierung der Beschäftigungslage in Ostdeutschland. In: IWH, Wirtschaft im Wandel, 2/2010, Halle (Saale)
- Brümmerhoff, Dieter (Hg.) (2000): Nutzen und Kosten der Wiedervereinigung, Baden-Baden
- Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg
- Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (2010): Regionalatlas
- Bundesministerium der Finanzen (BMF): Monatsbericht, lfd., Berlin
- Bundesministerium der Finanzen (BMF) (2009): Bund/Länder-Finanzbeziehungen auf der Grundlage der Finanzverfassung, Berlin
- Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) (2010): Die wirtschaftliche Lage der landwirtschaftlichen Betriebe, Buchführungsergebnisse der Testbetriebe 2008/09, Bonn (www.bmelv-statistik.de/de/testbetriebsnetz/buchfuehrungsergebnisse-landwirtschaft)
- Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) (2009): Sachstandsbericht Verkehrsprojekte Deutsche Einheit, Berlin
- Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) (2010): Wirtschaftsdaten Neue Länder, April

- Bundesregierung (1987): Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland, Bonn
- Bundesregierung (2009): Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2009, Berlin
- Burda, Michael/Busch, Ulrich (2001): West-Ost-Transfers im Gefolge der deutschen Vereinigung. In: Konjunkturpolitik, 47. Jg., Heft 1, S. 1-38
- Busch, Ulrich (2002): Am Tropf. Die ostdeutsche Transfergesellschaft, Berlin
- Busch, Ulrich (2004): Abstieg West durch Aufbau Ost? In: Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, 34. Jg., 2. Heft 135, S. 321-329
- Busch, Ulrich (2006): Über Wohl und Wehe der Staatsverschuldung. Ostdeutsche Länder und Kommunen vor dem Haushaltsnotstand. In: Berliner Debatte Initial, 17. Jg., Heft 4, S. 49-69
- Busch, Ulrich (2009a): Weder einholend noch überholend. Ostdeutschlands Wirtschaft zwanzig Jahre nach dem Mauerfall. In: Vorgänge, Nr. 187, Heft 3 (September), S. 23-36
- Busch, Ulrich (2009b): Die DDR als staatssozialistische Variante des Fordismus. In: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 2009/III, S. 34-56
- Busch, Ulrich (2010): Die Währungsunion am 1. Juli 1990: wirtschaftspolitische Fehlleistung mit Folgen. In: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 2010/II, S. 5-23
- Busch, Ulrich/Kühn, Wolfgang/Steinitz, Klaus (2009): Entwicklung und Schrumpfung in Ostdeutschland. Aktuelle Probleme im 20. Jahr der Einheit, Hamburg
- Busch, Ulrich/Land, Rainer (Hg.) (2006): Zur Lage in Ostdeutschland. In: Berliner Debatte Initial, 17. Jg., Heft 5, S. 1-96
- Busch, Ulrich/Mai, Karl/Steinitz, Klaus (Hg.) (2006): Ostdeutschland zwischen Währungsunion und Solidarpakt II. Eine Retrospektive kritisch-alternativer Ökonomen, Berlin
- Busse, Tanja/Dürr, Tobias (Hg.) (2003): Das neue Deutschland. Die Zukunft als Chance, Berlin
- Castel, Robert (2000): Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit, Konstanz
- Chardon, Matthias (Hg.) (2005): EU-Osterweiterung: Chancen und Perspektiven, Schwalbach/Taunus
- Creditreform (2009): Insolvenzen – Neugründungen – Löschungen Jahr 2009, o.O.
- Deutsche Bank Research (2004): Perspektiven Ostdeutschlands. 15 Jahre danach, Mitteilung Nr. 306

- Deutsche Bank Research (2009): Aufbruch Ost. Die Wirtschaftsentwicklung in den östlichen Ländern, September 2009, Reihe Aktuelle Themen, Nr. 458
- Deutsche Bundesbank: Monatsberichte, lfd., Frankfurt am Main
- Deutsche Bundesbank (1999): Die Zahlungsbilanz der ehemaligen DDR 1975 bis 1989, Frankfurt am Main
- Deutsche Bundesbank (2006): Zur wirtschaftlichen Situation kleiner und mittlerer Unternehmen in Deutschland seit 1997. In: Monatsbericht Dezember, S. 37-56
- Deutscher Bauernverband (2009): Situationsbericht 2010, Berlin
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) (1994): Aufbau des industriellen Mittelstands in den neuen Bundesländern, Wochenbericht, 20, S. 321-328
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) (2009): Die Wirtschaft in Deutschland. 20 Jahre nach dem Fall der Mauer – Rückblick, Bestandsaufnahme, Perspektiven, Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, 2
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) (2010): Wochenbericht 24.
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW)/Fraunhofer Institut für System- und Innovationstechnik (2001): Treibhausgasminderungen in Deutschland und UK, Folge „glücklicher Umstände“ oder gezielter Politikmaßnahmen?, Karlsruhe
- DGB Bundesvorstand (2001): Die Umsetzung der EU-Strukturfonds in den neuen Bundesländern 2000-2006, Berlin
- Dieterich, Heinz/Modrow, Hans/Steinitz, Klaus (Hg.) (2007): Sozialismus im 21. Jahrhundert, Berlin
- Dietrich, Vera/Ragnitz, Joachim/Rothfels, Jaqueline u.a. (1998): Wechselbeziehungen zwischen Transfers, Wirtschaftsstruktur und Wachstum in den neuen Bundesländern – Abschlussbericht, IWH-Sonderheft, 1/1998, Halle (Saale)
- DIW u.a. (2002ff.): Fortschrittsberichte wirtschaftswissenschaftlicher Institute über die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland, Halle (Saale)
- DIW/IhLS/Ifo/IWH/RWI (2000): Infrastrukturelle Nachholbedarfe Ostdeutschlands – Zusammenfassung, März
- DIW/IW/IWH (1999): Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsfortschritte in Ostdeutschland, Neunzehnter Bericht, Halle
- Dohnanyi, Klaus von (1991): Das deutsche Wagnis. Über die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Einheit, München

- Dräger, Klaus/Wehr, Andreas (2010): Die EU und die Krise: „Die ewige Wiederkehr des Gleichen“. In: Klute, Jürgen (Hrsg) Jeder gegen Jeden? Die EU und die Krise, Supplement der Zeitschrift Sozialismus, Nr.1/2010
- Ellguth, Peter/Kohaut, Susanne (2005): Tarifbindung und betriebliche Interessenvertretung. In: WSI-Mitteilungen 7/2005
- EuroMemorandum Gruppe (2010): Europa in der Krise: Wie die EU versagt, EuroMemorandum 2009/2010, Supplement der Zeitschrift Sozialismus, 3/2010, Hamburg
- EuroNorm (2009): Wachstumsdynamik und strukturelle Veränderungen der FuE-Potenziale im Wirtschaftssektor Ostdeutschlands und der neuen Bundesländer. FuE-Daten 2005 bis 2008, Berlin
- European Commission (o.J.): Regional Policy, http://ec.europa.eu/regional_policy/atlas2007
- Eurostat (2002): Jahrbuch
- Eurostat (2010): Online Datenbank
- Ewers, Hans-Jürgen/Wettmann, Reinhard/Kleine, Josef/Krist, Herbert unter Mitarbeit von Bade, Franz-Josef (1980): Innovationsorientierte Regionalpolitik. In: Schriftenreihe Raumordnung des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Heft 06.042, Bonn
- Faude, Eugen/Watzeck, Hans/Fenske, Kurt (2001): Eine kritische Betrachtung des EU-Beitritts der Länder Mittel- und Osteuropas aus linker Sicht. In: Rosa-Luxemburg-Stiftung, Manuskripte 11, Berlin
- Freye, Sabine (2010): Zur Entwicklung der Verschuldung in den Neuen Ländern seit der deutschen Einheit. In: IWH, Wirtschaft im Wandel, 2/2010, Halle (Saale)
- Frick, Joachim R./Grabka, Markus M. (2009): Gestiegene Vermögensungleichheit in Deutschland. In: DIW-Wochenbericht, Nr. 4, S. 54-67
- Gabrich, Hubert (1998): IWH-Diskussionspapier Nr. 70, Halle (Saale)
- Gallinge, Irene (2000): Grundzüge der Unternehmensentwicklung in Ostdeutschland. In: Memo-Forum, Zirkular der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik Nr. 27, Bremen, S. 82-92
- Gerlach, Frank/Ziegler, Astrid (2007): Industrie- und regionalpolitische Entwicklungsmuster in Europa. In: WSI-Mitteilungen, 1, S. 3-8
- Gesetz über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern (Finanzausgleichsgesetz – FAG) vom 26.6.1993, BGBl. I, S. 977-982
- Gesetz über die strukturelle Anpassung der Landwirtschaft an die soziale und ökologische Marktwirtschaft in der DDR vom 29. Juni 1990, GBL. DDR I 1990 S. 642. Neufassung vom 3. Juli 1991, BGBl. I S. 1410
- Geyer, Johannes/Steiner, Viktor (2010): Künftige Altersrenten in Deutsch-

- land: Relative Stabilität im Westen, starker Rückgang im Osten, DIW Wochenbericht, 11/2010
- Goebel, Jan/Krause, Peter/Schupp, Jürgen (2005): Mehr Armut durch steigende Arbeitslosigkeit. Niedriglöhne überwiegend als Zusatzeinkommen im Haushalt. In: DIW-Wochenbericht, Nr. 10, S. 175-183
- Goebel, Jan/ Gornig, Martin/ Häußermann, Hartmut (2010), Polarisierung der Einkommen: die Mittelschicht verliert, DIW Wochenbericht 24/2010)
- Haendtke-Hoppe, Maria/Lieser-Triebnigg, Erika (Hg.) (1989): Vierzig Jahre innerdeutsche Beziehungen, Jahrbuch, Berlin
- Hanker, Peter (2007): Kredite für den Mittelstand. Was sich verändert hat, worauf Sie achten sollten, was Ihnen Vorteile bringt, Frankfurt am Main
- Heimpold, Gerhard (2001): Die Unternehmenslücke zwischen Ost- und Westdeutschland – ein zentrales Problem der ostdeutschen Wirtschaft? In: IWH, Wirtschaft im Wandel, 9/2001, Halle (Saale)
- Heimpold, Gerhard (2009): Von der De-Industrialisierung zur Re-Industrialisierung: Sind Ostdeutschlands industrielle Strukturen nachhaltig? In: IWH, Wirtschaft im Wandel, 10/2009, Halle (Saale)
- Henke, Klaus-Dietmar (Hg.) (2009): Revolution und Vereinigung 1989/90. Als in Deutschland die Realität die Phantasie überholte, München
- Heske, Gerhard (2005): Bruttoinlandsprodukt, Verbrauch und Erwerbstätigkeit in Ostdeutschland 1970-2000. In: Historical Social Research, Supplement No. 17, Köln
- Heske, Gerhard (2009): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung für die DDR 1950-1989. Entstehung und Verwendung des Bruttoinlandsprodukts – Daten, Methoden und Vergleiche, Historical Social Research, Supplement Nr. 21, Köln
- Hickel, Rudolf/Priewe, Jan (1994): Nach dem Fehlstart. Ökonomische Perspektiven der deutschen Einigung, Frankfurt am Main
- Hölmann, Hans Jürgen (2006): Erfolgreiches Unternehmensmanagement im Ackerbaubetrieb. In: Fachblatt für nebenberufliche Landwirtschaft, Ausgabe 7, Püttlingen
- Horn, Gustav/Sturn, Simone/Tober, Silke/Truger, Achim: Herausforderungen für die Wirtschaftspolitik 2010. Geldpolitik, Finanzpolitik und Arbeitsmarktpolitik in diesem Jahr, IMK Report, Nr. 46, Januar 2010
- Hunya, Gabor (2010): Ausländische Direktinvestitionen in Mittel-, Ost- und Südosteuropa 2009-2010 stark von der globalen Krise getroffen, WIIWV, Wien

- Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) (2010): Betriebspanel-Ost – Ergebnisse der vierzehnten Welle 2009, Berlin, März 2010
- Ifo Dresden (2010): Bericht Nr. 2
- Institut der Deutschen Wirtschaft Köln (IW) (2001): iwd 30/2001
- Institut der Deutschen Wirtschaft Köln (IW) (2009): Ostdeutschland 20 Jahre nach dem Mauerfall, Reihe Beiträge zur Ordnungspolitik, Nr. 41, Köln
- Jahnke, Joachim (2009): Über den Zaun geblickt, Das deutsche Gesellschafts- und Wirtschaftssystem im internationalen Leistungsvergleich, www.jjahnke.net/europatest.html
- Joas, Hans/Köhli, Martin (1993): Der Zusammenbruch der DDR, Frankfurt am Main
- Kalina, Thorsten/Weinkopf, Claudia (2010): Niedriglohnbeschäftigung 2008: Stagnation auf hohem Niveau – Lohnspektrum franst nach unten aus. IAQ-Report 2010-6
- Karlsch, Rainer (1993): Allein bezahlt? Die Reparationsleistungen der SBZ/DDR, Berlin
- Kirchlicher Herausgeberkreis (2007): Zerrissenes Land. Perspektiven der deutschen Einheit, Oberursel
- Klein, Dieter (2010): Die Linke und das Eigentum. Wie kann die Dominanz des Profits überwunden werden? In: Neues Deutschland, 6. April
- Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP, 17. Legislaturperiode, Berlin 2009, www.fdp-bundespartei.de
- Kollmorgen, Raj (2005): Ostdeutschland. Beobachtungen einer Übergangs- und Teilgesellschaft, Opladen
- Kornai, Janos (1980): Economics of shortage, Amsterdam
- Kowalski, Reinhold (2010): Die Industrie in Ostdeutschland – Situation und Perspektive, Berlin, <http://www.memo.uni-bremen.de/docs/m1010.pdf>
- Kühn, Wolfgang (2010): „Aufbau Ost?“, <http://www2.alternative-wirtschaftspolitik.de/uploads/m2710.pdf>
- Kuhr, Eberhard (Hg.) (1999): Die Endzeit der DDR-Wirtschaft. Im Auftrag des Bundesministeriums des Innern, Opladen
- Lehmann, Harald/Ludwig, Udo/Ragnitz, Joachim (2005): Transferleistungen und Bruttoinlandsprodukt in Ostdeutschland, IWH, Halle (Saale)
- Leitbild (2009): Ostdeutschland 2020. Studie im Auftrag der Fraktionsvorsitzendenkonferenz der Partei DIE LINKE in den Landtagen und im Deutschen Bundestag, Berlin
- Links, Christoph/Volke, Kristina (Hg.) (2009): Zukunft erfinden. Kreative Projekte in Ostdeutschland, Berlin

- Lippert, Barbara (Hg.) (2004): Bilanz und Folgeprobleme der EU-Erweiterung, Baden-Baden
- Ludwig, Udo u.a. (2009): Ostdeutsche Wirtschaft im Jahr 2009: Aufholen in der Weltfinanzkrise? Rechnerisch scheinbar, in Wirklichkeit nicht! In: IWH, Wirtschaft im Wandel, 8/2009, Halle (Saale)
- Ludwig, Udo u.a. (2010): Ostdeutsche Wirtschaft im Jahr 2010: Krise durchstanden – strukturelle Schwächen bremsen wirtschaftliche Erholung. In: IWH, Wirtschaft im Wandel 7/2010, Halle (Saale)
- Luft, Christa (1996): Die Lust am Eigentum. Auf den Spuren der deutschen Treuhand, Berlin
- Luft, Christa (1998a): Abbruch oder Aufbruch? Warum der Osten unsere Chance ist, Berlin
- Luft, Hans (1998b): Blickpunkt Landwirtschaft: Zum Transformationsprozess ostdeutscher Agrarstrukturen, Frankfurt am Main
- Lutz, Burkart (1984): Der kurze Traum immerwährender Prosperität, Frankfurt am Main/New York
- Mai, Karl (2008): Rückblick auf die 80er Jahre der DDR-Wirtschaft, Diskurs, Nr. 29, Leipzig
- Mai, Karl (2009): Zu den äußeren Hemmfaktoren der DDR-Wirtschaft in den 70er und 80er Jahren. In: Janke, Dieter/Tesch, Hans-Joachim (Hg.): Ostdeutsche Wirtschaft 20 Jahre nach der Wende, Diskurs, Nr. 32, Leipzig, S. 44-88
- Matthes, Felix Christian (2000): Stromwirtschaft und Deutsche Einheit, Berlin
- May, Helge (2009): Grünes Wende-Wunder-DDR-Nationalparkprogramm. In: Naturschutz heute, Mitgliedermagazin des Naturschutzbundes (NABU) e.V., Heft 4/2009, Berlin
- Ministerium für Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft der DDR (1990): Kennziffern zur Entwicklung der LFN. Stand 1989, Berlin
- Mittelbach, Hans (2005): Entwicklungen und Umbrüche der Einkommens- und Vermögensverteilung in Ostdeutschland vor und nach der deutschen Vereinigung, Regensburg
- Modrow, Hans/Hiksch, Uwe/Stobrawa, Gerlinde (2001): Grenzregion. Für ein solidarisches Europa, Thesenpapier zur Konferenz der Fraktion Vereinigte Europäische Linke/Nordische Grüne im Europaparlament am 15.9.2001 in Frankfurt an der Oder
- Müller, Christian/Busch, Ulrich (2005): The new German transfer problem. In: Jahrbuch für Wirtschaftswissenschaften, hg. von Dieter Duwendag, Karlheinz Sauernheimer und Eberhard Wille, Bd. 56, Heft 3, S. 285-304

- Müller, Gerald (1998): Impulse der Wiedervereinigung auf die westdeutsche Wirtschaft. In: Wirtschaftsdienst, 78. Jg., VI, S. 357-363
- Müller, Gerald (2000): Nutzen und Kosten für die westdeutsche Wirtschaft infolge der Wiedervereinigung. In: Brümmerhoff, Dieter (Hg.): Nutzen und Kosten der Wiedervereinigung, S. 48-59.
- Müller, Stefan/Brackschulze, Kai/Mayer-Fiedrich, Matija Denise/Ordemann, Tammo (2006): Finanzierung mittelständischer Unternehmen – Selbststrating, Risikocontrolling, Finanzierungsalternativen, München
- Müller, Uwe (2006): Supergau deutsche Einheit, Hamburg
- Nick, Harry (1993): War der Absturz der ostdeutschen Wirtschaft unvermeidlich? Controvers, Berlin
- Paqué, Karl-Heinz (2009): Die Bilanz. Eine wirtschaftliche Analyse der Deutschen Einheit, München
- Peche, Norbert (2007): Selbst ist das Volk. Wie der Aufschwung Ost doch noch gelingen kann, Berlin
- Prieue, Jan u.a. (2002): Ostdeutschland 2010 – Perspektiven der Investitionstätigkeit, Düsseldorf
- Prieue, Jan/Hickel, Rudolf (1991): Der Preis der Einheit. Bilanz und Perspektiven der deutschen Vereinigung, Frankfurt am Main
- Ragnitz, Joachim (1997): Wechselbeziehungen zwischen Transfers und strukturellem Wandel: Eine Einführung. In: IWH-Sonderheft, 1, S. 9-14
- Ragnitz, Joachim (2000): Was kostet die Einheit? Zur Bewertung der Transferleistungen für Ostdeutschland. In: Brümmerhoff, Dieter (Hg.): Nutzen und Kosten der Wiedervereinigung, S. 15-27
- Ragnitz, Joachim (2003): Wie hoch sind die Transferleistungen für die neuen Länder?, IWH-Pressemitteilung, Nr. 21, 27.10.2003, Halle (Saale)
- Ragnitz, Joachim (2004): Transferleistungen für die neuen Länder – eine Begriffsbestimmung, IWH-Pressemitteilung, Nr. 27, 7.7.2004, Halle (Saale)
- Ragnitz, Joachim (2010): Strukturelle Rückstände des Einkommensrückstandes Ostdeutschlands, Ifo-Dresden berichtet, 2, http://www.dbresearch.de/PROD/DBR_INTERNET_DE
- Ragnitz, Joachim/Dreger, Christian/Komar, Walter/Müller, Gerald (2000): Simulationsrechnungen zu den Auswirkungen von Transferleistungen für die neuen Bundesländer. In: IWH-Sonderheft, 2, Halle (Saale)
- Ragnitz, Joachim/Haschke, Ingrid/Müller, Gerald (1998): Transfers, Exportleistungen und Produktivität – Wirtschaftliche Strukturdaten für die neuen Länder. In: IWH-Sonderheft, 2, Halle (Saale)
- Redaktion Sozialismus (2010): DIE LINKE: Antwort auf den finanzmarkt-

- getriebenen Kapitalismus. Auf dem Wege zu einem modernen Grundsatzzprogramm. In: Sozialismus, Nr. 4/2010
- Reißig, Rolf (2000): Die gespaltene Vereinigungsgesellschaft, Berlin
- Reuter, Norbert (2007): Wachstumseuphorie und Verteilungsrealität, Marburg
- Riese, Hajo (1986): Entwicklungsstrategie und ökonomische Theorie – Anmerkungen zu einem vernachlässigten Thema. In: Ökonomie und Gesellschaft, Jahrbuch 4, Berlin/New York, S. 157-196
- Ritter, Gerhard A. (2006): Der Preis der deutschen Einheit. Die Wiedervereinigung und die Krise des Sozialstaates, München
- Roesler, Jörg (2006): Momente deutsch-deutscher Wirtschafts- und Sozialgeschichte 1945 bis 1990. Eine Analyse auf gleicher Augenhöhe, Leipzig
- Roesler, Jörg u.a. (2000): „... eine spannende Periode in der Wirtschaftsgeschichte der DDR“. Entstehen und Abbruch des Neuen Ökonomischen Systems in den sechziger Jahren, Beiträge eines Workshops, Pankower Vorträge, Heft 23/1 und 23/2, Helle Panke e.V., Berlin
- Röpke, Jochen (2004): Ostdeutschland in der Entwicklungsfalle. Oder: die Münchhausen-Chance. In: perspektive 21, Heft 21/22, S. 19-40
- Rosa-Luxemburg-Stiftung (1999): Perspektiven der ostdeutschen Wirtschaft, Protokolle 3/1999
- Rosenfeld, Martin T. W. (2010): Kommunalfinanzen in Ostdeutschland. In: IWH, Wirtschaft im Wandel, 2/2010, Halle (Saale)
- Rosenfeld, Martin T. W./Kronthaler, Franz (2002): Konsequenzen der EU-Erweiterung für die Regionalförderung in Ostdeutschland. In: IWH 9/2002, Halle (Saale)
- Sachverständigenrat (SVR) (2007): Staatsverschuldung wirksam begrenzen, Wiesbaden
- Schmidt, Klaus (2009): Landwirtschaft in der DDR, Clenze
- Scharpf, Fritz W. (1987): Sozialdemokratische Krisenpolitik in Europa, Frankfurt/Main
- Schneider, Lutz (2005): Ost-West-Binnenwanderung: Gravierender Verlust an Humankapital. In: IWH, Wirtschaft im Wandel, 10/2005, Halle (Saale)
- Schriftenreihe des Instituts für Politische Ökonomie der Hochschule für Ökonomie (1962): Zur Ökonomik der Übergangsperiode in der DDR, Berlin
- Schröder, Klaus (2000): Der Preis der Einheit. Eine Bilanz, München/Wien
- Schürer, Gerhard (1992): Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit

- Schlussfolgerungen vom 30.10.1989. Vorlage für das Politbüro vom 30. Oktober 1989. In: Deutschlandarchiv, Heft 12
- Schürer, Gerhard (1999): Das Ende der DDR-Wirtschaft. Ansichten zur Geschichte der DDR, Bd.6., hg. von Ludwig Elm, Dietmar Keller und Reinhard Mocek, Bonn/Berlin
- Schwarz, Iskra/Suppan, Arnold (Hg.) (2008): Quo vadis EU? Osteuropa und die EU-Erweiterung, Reihe Europa Orientalis, Bd. 5, Wien
- Simons, Harald (2009): Transfers und Wirtschaftswachstum. Theorie und Empirie am Beispiel Ostdeutschlands, Marburg
- Sinn, Gerlinde/Sinn, Hans-Werner (1992): Kaltstart. Volkswirtschaftliche Aspekte der deutschen Vereinigung, 2. Aufl., München
- Sinn, Hans-Werner (2003): Ist Deutschland noch zu retten?, München
- Stadt Dortmund, Dezernat für Arbeit, Gesundheit und Soziales (2007a): Sozialstrukturatlas 2005. Demografische und soziale Struktur der Stadt Dortmund, ihrer Stadtbezirke und Sozialräume, Bearbeitung: Zentrum für interdisziplinäre Ruhrgebietsforschung (ZEFIR) der Ruhr-Universität Bochum (Prof. Strohmeier und MitarbeiterInnen), Dortmund
- Stadt Dortmund, Dezernat für Arbeit, Gesundheit und Soziales (2007b): Bericht zur sozialen Lage in Dortmund, Bearbeitung: ZEFIR der Ruhr-Universität Bochum (Prof. Strohmeier und MitarbeiterInnen), Dortmund
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Hg.) (2007): Demografischer Wandel in Deutschland, Heft 1, Wiesbaden 2007
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder/Arbeitskreis VGR der Länder (2009): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Februar
- Statistisches Amt der DDR (1990): Statisches Jahrbuch der DDR 1990, Berlin
- Statistisches Bundesamt (1991): Ausgewählte Zahlen für die Agrarwirtschaft 1990, Wiesbaden
- Statistisches Bundesamt (1992): Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in den neuen Bundesländern, Sonderausgabe Dezember 1992, Wiesbaden
- Statistisches Bundesamt (2006): Bevölkerung Deutschlands bis 2050. 11. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden
- Statistisches Bundesamt (2009): Bildungsstand der Bevölkerung, Wiesbaden, www.destatis.de
- Statistisches Bundesamt (lfd.): Fachserien Umsatzsteuerstatistik, Insolvenzstatistik sowie gemeinsames Datenangebot Unternehmensregister
- Statistisches Bundesamt (2007): Agrarstrukturerhebung, Wiesbaden

- Statistisches Bundesamt, Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“, Wiesbaden
- Steiner, Andre (2004): Von Plan zu Plan, Berlin
- Steinitz, Klaus (2007): Das Scheitern des Realsozialismus. Schlussfolgerungen für die Linke im 21. Jahrhundert, Hamburg
- Steinitz, Klaus (2009): Neue Bundesländer. In: Gillen, Gabriele/Rossum, Walter van (Hg.): Schwarzbuch Deutschland. Das Handbuch der vermissten Informationen, Reinbek
- Steinitz, Klaus (Hg.) (1995): Vereinigungsbilanz. Fünf Jahre deutsche Einheit, Hamburg
- Sturm, Roland/Pehle, Heinrich (Hg.) (2006): Die neue Europäische Union: Die Osterweiterung und ihre Folgen, Opladen
- Thierse, Wolfgang u.a. (Hg.) (2000): Zehn Jahre Deutsche Einheit. Eine Bilanz, Opladen
- Thomas, Michael (2008): Umbruch – Gestaltungsherausforderungen und Akteure. In: Berliner Debatte Initial, 19. Jg., Heft 3, S. 4-17
- vanDeuverden, Kristina (2010): Auch nach 20 Jahren: Steuereinnahmen in den Neuen Ländern schwach. In: IWH, Wirtschaft im Wandel, 2/2010, Halle (Saale)
- Vilmar, Fritz (2000): Zehn Jahre Vereinigungspolitik. Kritische Bilanz und humane Alternativen, Berlin
- Wagener, Hans-Jürgen (1995): Anlage oder Umwelt? Überlegungen zur Innovationsschwäche der DDR-Wirtschaft, Berliner Debatte Initial, 6. Jg., Heft 1, S. 67-82
- Wenzel, Siegfried (2000): Was war die DDR wert? Und wo ist dieser Wert geblieben? Versuch einer Abschlussbilanz, Berlin
- Wenzel, Siegfried (2005): Zur Rolle äußerer Faktoren für die ökonomische Entwicklung der DDR. In: Pankower Vorträge, Heft 70, Berlin
- Wiards, Mathias (2001): Krise im Realsozialismus. Die Politische Ökonomie der DDR in den 80er Jahren, Hamburg
- Wiener Institut für internationale Wirtschaft (WIIW) 2010: Wirtschaftsinдикatoren der Transformationsländer
- Wiesenthal, Helmut (1996): Die neuen Bundesländer als Sonderfall der Transformation in den Ländern Ostmitteleuropas. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 40 vom 27.9.1996, S. 46-54
- Winkler, Gunnar (2009): 20 Jahre später. 1989 bis 2009. Die friedliche Revolution und ihre Ergebnisse Neue Bundesländer, SFZ Berlin-Brandenburg, Berlin
- Zentrale Markt- und Preisberichtsstelle für Erzeugnisse der Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft (Hg.) (2000): Zur Stellung der neuen Bundes-

- länder auf den Agrarmärkten. Sonderdruck 10 Jahre Währungsunion, Berlin
- Zinn, Karl Georg (1997): Jenseits der Marktmythen, Hamburg
- Zinsmeister, Florian (2009): Die Finanzierung der deutschen Einheit: Zum Umgang mit der Schuldenlast der Wiedervereinigung. In: DIW, Vj. 2/2009, Berlin

Tabellenanhang

Vorbemerkung zu den Tabellen

Die in den Tabellen enthaltenen statistischen Angaben beziehen sich überwiegend auf den Zeitraum von 1991 bis 2009. Es erfolgte eine Gebietsuntergliederung in neue und alte Bundesländer. Im Aggregat „neue Bundesländer“ wurden die entsprechenden Daten der Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen zusammengefasst. Zu den „alten Bundesländern“ gehören alle Länder des früheren Bundesgebiets (ohne Berlin-West). Datenbedingt enthalten allerdings einige Ergebnisse das Land Berlin. In solchen Fällen erfolgt ein besonderer Hinweis. Die für den genannten Zeitraum genutzten statistischen Daten stammen aus offiziellen Quellen, insbesondere des Statistischen Bundesamtes, des Arbeitskreises volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, des Arbeitskreises Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder sowie der Bundesagentur für Arbeit.

Für den Zeitraum vor 1991 standen für die neuen Länder keine amtlichen bundesstatistischen Quellen zur Verfügung, da keine vergleichbare Rückrechnung von den entsprechenden Institutionen durchgeführt wurde. Um dennoch einige Vergleiche für den Zeitraum vor 1991 vornehmen zu können, wurde auf zwei Veröffentlichungen von Gerhard Heske zurückgegriffen, in denen erstmalig rückgerechnete vergleichbare volkswirtschaftliche Indikatoren in längeren Zeitreihen für die neuen Länder bzw. die DDR veröffentlicht wurden. Es handelt sich dabei um die Publikationen: „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der DDR 1950-1989“, Köln 2009, und „Bruttoinlandsprodukt, Verbrauch, und Erwerbstätigkeit in Ostdeutschland 1970-2000“, Köln 2005. Die darin enthaltenen statistischen Daten für die Zeitperiode vor 1991 für Ostdeutschland wurden durch eine Rückrechnung der wichtigsten Aggregate der VGR in Annäherung an die heutigen methodischen und wirtschaftssystematischen Prinzipien gewonnen. Die Verbindung dieser Datenbestände mit den aktuellen Ergebnissen ab 1991 erfolgte insbesondere bei Entwicklungsvergleichen nach dem international verbreiteten Verfahren der Indexverkettung.

Tabelle A 1: Bruttoinlandsprodukt, Arbeitsproduktivität, Verwendung des BIP, 1991–2009, neue und alte Bundesländer, zu jeweiligen Preisen

	1989 Euro 95*	1991	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009
						Bruttoinlandsprodukt in Mio. Euro			
Neue Bundesländer (NBL)	187.152	107.253	209.070	234.593	259.593	269.975	281.490	289.088	282.325
Alte Bundesländer (ABL)	1.348.773	1.363.978	1.559.463	1.749.525	1.903.306	1.972.841	2.060.630	2.118.128	2.034.741
Anteil NBL an Deutschland (%)	11,6	7,0	11,3	11,4	11,6	11,6	11,6	11,6	11,7
						Arbeitsproduktivität (Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen) in Euro			
Neue Bundesländer (NBL)	21.052	15.785	34.509	39.172	46.294	47.858	49.106	50.036	49.077
Alte Bundesländer (ABL)	47.614	45.235	52.122	55.258	60.071	61.911	63.624	64.453	61.947
Relation NBL zu ABL (%)	44,2	34,9	66,2	71,9	77,1	77,3	77,2	77,6	79,2
						Bruttoinlandsprodukt je Einwohnerin/Einwohner in Euro			
Neue Bundesländer (NBL)	12.204	7.330	14.720	16.878	19.392	20.309	21.340	22.097	21.760
Alte Bundesländer (ABL)	22.250	22.030	24.372	26.956	28.976	30.041	31.381	32.282	31.086
Relation NBL zu ABL (%)	54,9	33,3	60,4	62,6	66,9	67,6	68,0	68,4	70,0
						Private Konsumausgaben in Mio. Euro			
Neue Bundesländer (NBL)	104.501	96.841	143.969	170.347	177.336	180.407	182.038	184.739	185.522
Alte Bundesländer (ABL)	733.741	744.820	878.353	998.722	1.100.459	1.126.619	1.144.676	1.174.854	
Anteil NBL an Deutschland (%)	11,9	11,0	13,5	14,0	13,4	13,3	13,2	13,1	
						Konsumausgaben des Staates in Mio. Euro			
Neue Bundesländer (NBL)	34.708	41.429	64.890	66.674	67.162	67.620	68.235	70.268	72.970
Alte Bundesländer (ABL)	246.165	236.218	277.253	305.108	332.215	337.348	345.971		
Anteil NBL an Deutschland (%)	11,7	14,2	17,9	17,0	16,0	15,9	15,7		
						Bruttoanlageinvestitionen in Mio. Euro			
Neue Bundesländer (NBL)	39.583	46.214	99.337	78.584	53.633	55.424	59.346	60.844	56.182
Alte Bundesländer (ABL)	296.129	297.084	290.065	348.244	323.403	254.044	381.420		
Anteil NBL an Deutschland (%)	11,3	13,0	24,5	17,8	13,7	13,1	13,0		

* Zum Vergleich. Quellen: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder; Heske (2005); Ludwig u.a. (2010), Tab. A2; eigene Berechnungen

Tabelle A 2: Bruttoinlandsprodukt insgesamt, je Einwohnerin/Einwohner und je Erwerbstätigen, 1989-2009, neue und alte Bundesländer, preisbereinigt

Gebiet	1989	1991	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009
Bruttoinlandsprodukt									
Neue Bundesländer	1989 = 100	100,0	76,5	114,2	125,8	132,1	136,5	139,3	140,6
	1991 = 100	130,7	100,0	149,2	164,4	172,6	178,4	182	183,8
	2000 = 100	79,5	60,8	90,8	100,0	105,0	108,5	110,7	111,8
Alte Bundesländer	1989 = 100	100,0	111,1	113,6	126,2	134,2	134,2	137,6	139,3
	1991 = 100	90,0	100,0	102,2	113,6	117,2	120,8	123,8	125,4
	2000 = 100	79,2	88,0	89,9	100,0	103,1	106,3	109	110,4
Bruttoinlandsprodukt je Einwohnerin/Einwohner									
Neue Bundesländer	1989 = 100	100,0	80,2	123,3	138,8	151,3	157,5	161,9	164,9
	1991 = 100	124,7	100,0	153,7	173,1	188,7	196,4	201,9	205,6
	2000 = 100	72,1	57,8	88,8	100,0	109,0	113,5	116,7	118,8
Alte Bundesländer	1989 = 100	100,0	107,6	106,5	116,7	118,8	122,6	125,7	127,9
	1991 = 100	92,9	100,0	98,9	108,4	110,4	113,9	116,8	118,8
	2000 = 100	85,7	92,3	91,2	100,0	101,9	105,1	107,7	109,2
Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen									
Neue Bundesländer	1989 = 100	100,0	100,2	167,6	189,4	210,7	213,8	216,1	216,5
	1991 = 100	99,7	100,0	167,4	189,1	210,3	214,7	215,7	216,1
	2000 = 100	53,1	52,9	88,5	100,0	110,6	113,6	114,1	114,3
Alte Bundesländer	1989 = 100	100,0	104,8	106,9	113,4	116,9	119,8	120,9	120,6
	1991 = 100	95,4	100,0	102,0	108,2	111,5	114,3	115,3	115,1
	2000 = 100	88,1	92,4	95,2	100,0	103,1	105,7	106,6	106,4

Indizes auf Basis 1989, 1991 und 2000 preisbereinigt und verkettet. Quellen: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder; Heske (2005); eigene Berechnungen

Tabelle A 3: Bruttoinlandsprodukt insgesamt, je Einwohnerin/Einwohner und je Erwerbstätigen 1950-1989
Vergleich zwischen der DDR und der BRD auf der Basis vergleichbarer Preise (in Prozent)

Staat	1950	1960	1970	1975	1980	1985	1989
	Bruttoinlandsprodukt						
Deutsche Demokratische Republik	100	196	303	368	440	514	558
Bundesrepublik Deutschland	100	219	342	383	450	477	534
Relation DDR/BRD (Prozent)	14	13	13	14	14	15	15
	Bruttoinlandsprodukt je Einwohnerin/Einwohner						
Deutsche Demokratische Republik	100	209	327	401	483	568	617
Bundesrepublik Deutschland	100	198	282	310	365	391	430
Relation DDR/BRD (Prozent)	39	41	45	50	51	56	56
	Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen						
Deutsche Demokratische Republik	100	193	289	341	387	440	477
Bundesrepublik Deutschland	100	174	269	305	343	362	380
Relation DDR/BRD (Prozent)	36	39	38	40	40	43	45

Quellen: Statistisches Bundesamt; Heske (2009); eigene Berechnungen

Tabelle A 4: Bevölkerung, Erwerbstätigkeit, Arbeitslose 1989-2009

Jahr	Bevölkerung	Erwerbspersonen	Erwerbstätige	Registrierte Arbeitslose	Arbeitslosenquote
		1.000 Personen			Prozent
		Neue Bundesländer und Berlin			
1989	18.745	k. A.	10.773		
1991	18.071	k. A.	8.447	1.006	10,2
2000	17.284	9.423	7.483	1.508	18,5
2005	16.779	8.985	7.151	1.617	20,6
2008	16.511	8.726	7.416	1.123	14,7
2009	16.338	8.627	7.418	1.103	14,5
		Früheres Bundesgebiet ohne Berlin			
1991	61.913		30.153	1.596	6,2
2000	64.904	34.757	31.661	2.380	8,4
2005	65.686	35.560	31.684	3.246	11,0
2008	65.609	35.627	32.863	2.145	7,2
2009	65.392	35.670	32.847	2.320	7,8

Anmerkung zu den Daten über die registrierten Arbeitslosen: Seit dem 1. Januar 2004 werden Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen – wie bisher schon alle übrigen Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik – nicht mehr zu den registrierten Arbeitslosen gezählt. Bezogen auf das Jahr 2004 verringerte sich dadurch die Zahl der Arbeitslosen um ca. 93 000 Personen.

Arbeitslosenquote: Arbeitslose in Prozent der abhängigen zivilen Erwerbspersonen

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit, eigene Berechnungen

Tabelle A 6: Bevölkerung und Altersstruktur in den neuen Bundesländern bis 2050

Jahr (31.12.)	Bevölkerung in 1.000 Personen	Struktur in Prozent, insgesamt = 100			Entwicklung in Prozent, 2001 = 100		
		Alter von ... bis unter... Jahre			Alter von ... bis unter... Jahre		
		Unter 20	20-60	60 und mehr	Unter 20	20-60	60 und mehr
Brandenburg							
2001	2.593	20,1	55,7	24,1	100,0	100,0	100,0
2010	2.499	14,5	57,9	27,6	96,4	69,5	110,2
2030	2.180	13,4	42,8	43,8	84,1	56,0	152,6
2050	1.811	15,5	40,6	43,8	69,8	53,9	126,8
Mecklenburg-Vorpommern							
2001	1.760	20,8	55,6	23,6	100,0	100,0	100,0
2010	1.644	14,6	58,4	27,0	93,4	65,6	107,0
2030	1.498	15,8	44,7	39,5	85,1	64,9	142,3
2050	1.340	17,1	43,9	39,0	76,1	62,8	125,7
Sachsen							
2001	4.384	18,5	54,3	27,2	100,0	100,0	100,0
2010	4.088	14,3	55,3	30,4	93,3	72,0	104,3
2030	3.583	15,4	45,3	39,3	81,7	67,9	118,2
2050	3.146	16,2	43,2	40,6	71,7	62,6	107,4
Sachsen-Anhalt							
2001	2.581	19,2	54,6	26,2	100,0	100,0	100,0
2010	2.349	13,8	56,5	29,7	91,0	65,7	103,0
2030	2.032	15,1	44,9	40,0	78,7	62,0	120,3
2050	1.785	16,1	44,0	39,9	69,2	58,0	105,4
Thüringen							
2001	2.411	19,3	55,5	25,2	100,0	100,0	100,0
2010	2.275	14,4	57,4	28,2	94,3	70,3	105,6
2030	2.008	14,9	45,6	39,5	83,3	64,5	130,4
2050	1.746	15,9	42,7	41,4	72,4	59,7	118,7
Neue Bundesländer insgesamt							
2001	13.729	19,4	55,0	25,6	100,0	100,0	100,0
2010	12.855	14,3	56,8	28,9	93,6	69,2	105,7
2030	11.301	14,9	44,7	40,4	82,3	63,4	129,7
2050	9.828	16,1	42,9	41,0	71,6	59,6	114,6

Ergebnisse der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung, Variante 5. Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen

Tabelle A 7: Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen 1989-2009 (in 1.000 Personen)

Gebiet	Insgesamt	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe	Baugewerbe	Handel, Gastgewerbe, Verkehr	Finanzierung Vermietung, Unternehmensdienstleistungen	Öffentliche und private Dienstleister
				1989			
Neue Bundesländer ohne Berlin	8.890	868	3.576	617	1.516	177	2.137
Alte Bundesländer ohne Berlin	30.210	1.114	9.073	2.005	7.380	2.899	7.740
Deutschland	39.100	1.981	12.649	2.622	8.895	3.076	9.877
				1991			
Neue Bundesländer ohne Berlin	6.795	479	1.991	698	1.388	407	1.831
Alte Bundesländer ohne Berlin	30.153	1.026	8.996	1.979	7.481	3.118	7.553
Deutschland	38.621	1.515	11.331	2.805	9.318	3.736	9.916
				1995			
Neue Bundesländer ohne Berlin	6.058	234	1.020	1.052	1.339	560	1.854
Alte Bundesländer ohne Berlin	29.919	836	7.760	2.037	7.561	3.614	8.111
Deutschland	37.601	1.079	9.005	3.236	9.297	4.445	10.539
				2000			
Neue Bundesländer ohne Berlin	5.907	202	950	733	1.398	718	1.907
Alte Bundesländer ohne Berlin	31.661	727	7.404	1.930	8.066	4.768	8.766
Deutschland	39.144	936	8.534	2.769	9.824	5.802	11.279
				2005			
Neue Bundesländer ohne Berlin	5.608	167	924	469	1.337	788	1.921
Alte Bundesländer ohne Berlin	31.685	680	6.822	1.637	8.078	5.234	9.233
Deutschland	38.835	853	7.894	2.179	9.776	6.363	11.770
				2008			
Neue Bundesländer ohne Berlin	5.778	165	989	460	1.358	880	1.925
Alte Bundesländer ohne Berlin	32.863	690	6.897	1.660	8.308	5.749	9.561
Deutschland	40.279	860	8.030	2.193	10.046	7.010	12.140
				2009			
Neue Bundesländer ohne Berlin	5.753	166	969	461	1.356	880	1.936
Alte Bundesländer ohne Berlin	32.847	695	6.704	1.665	8.341	5.749	9.775
Deutschland	40.265	866	7.814	2.200	10.082	7.010	12.381

Quellen: Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung der Länder; Heske (2005); eigene Berechnungen

Tabelle A 9: Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen 1989-2009 (Anteile an insgesamt in Prozent)

Gebiet	Insgesamt	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe	Baugewerbe	Handel, Gastgewerbe, Verkehr	Finanzierung Vermietung, Unternehmensdienstleister	Öffentliche und private Dienstleister
1989							
Neue Bundesländer ohne Berlin	100	9,8	40,2	10,3	17,0	2,0	24,0
Alte Bundesländer ohne Berlin	100	3,9	30,5	6,6	24,6	9,6	24,8
Deutschland	100	5,1	32,4	7,3	22,7	7,9	25,3
1991							
Neue Bundesländer ohne Berlin	100	7,1	29,3	10,3	20,4	6,0	27,0
Alte Bundesländer ohne Berlin	100	3,4	29,8	6,6	24,8	10,3	25,0
Deutschland	100	3,9	29,3	7,3	24,1	9,7	25,7
1995							
Neue Bundesländer ohne Berlin	100	3,9	16,8	17,4	22,1	9,2	30,6
Alte Bundesländer ohne Berlin	100	2,8	25,9	6,8	25,3	12,1	27,1
Deutschland	100	2,9	23,9	8,6	24,7	11,8	28,0
2000							
Neue Bundesländer ohne Berlin	100	3,4	16,1	12,4	23,7	12,2	32,3
Alte Bundesländer ohne Berlin	100	2,3	23,4	6,1	25,5	15,1	27,7
Deutschland	100	2,4	21,8	7,1	25,1	14,8	28,8
2005							
Neue Bundesländer ohne Berlin	100	3,0	16,5	8,3	23,8	14,1	34,3
Alte Bundesländer ohne Berlin	100	2,1	21,5	5,1	25,5	16,6	29,2
Deutschland	100	2,2	20,3	5,6	25,1	16,5	30,3
2008							
Neue Bundesländer ohne Berlin	100	2,9	17,1	8,0	23,5	15,2	33,3
Alte Bundesländer ohne Berlin	100	2,1	21,0	5,1	25,3	17,5	29,1
Deutschland	100	2,1	19,9	5,4	24,9	17,4	30,1
2009							
Neue Bundesländer ohne Berlin	100	2,9	16,8	8,0	23,6	15,3	33,7
Alte Bundesländer ohne Berlin	100	2,1	20,4	5,1	25,4	17,5	29,8
Deutschland	100	2,2	19,4	5,5	25,0	17,4	30,7

Quellen: Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung der Länder; Heske (2005); eigene Berechnungen

Tabelle A 11: Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen 1989-2009 (Anteile an insgesamt in Prozent)

Gebiet	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe	Baugewerbe	Handel, Gastgewerbe, Verkehr	Finanzierung, Vermietung, Unternehmensdienstleister	Öffentliche und private Dienstleister
Neue Bundesländer ohne Berlin	2,3	37,8	13,3	12,9	6,3	27,4
	1,3	31,1	6,3	16,7	24,3	20,3
	1,4	31,5	7,2	16,3	22,0	21,7
Alte Bundesländer ohne Berlin						
Deutschland						
Neue Bundesländer ohne Berlin	3,3	22,1	12,4	18,1	11,3	32,8
	1,3	31,8	5,5	17,9	24,1	19,5
	1,4	30,6	6,0	17,9	23,3	20,8
Alte Bundesländer ohne Berlin						
Deutschland						
Neue Bundesländer ohne Berlin	2,5	15,2	16,6	18,3	18,5	28,9
	1,2	27,3	5,4	18,0	27,2	21,0
	1,3	25,4	6,8	18,0	26,4	22,2
Alte Bundesländer ohne Berlin						
Deutschland						
Neue Bundesländer ohne Berlin	2,4	18,5	9,1	18,1	22,4	29,5
	1,2	26,4	4,7	18,3	28,0	21,5
	1,3	25,1	5,2	18,2	27,5	22,8
Alte Bundesländer ohne Berlin						
Deutschland						
Neue Bundesländer ohne Berlin	1,5	21,1	5,7	17,5	25,4	29,0
	0,8	26,2	3,8	17,8	29,7	21,8
	0,9	25,2	4,0	17,7	29,3	23,0
Alte Bundesländer ohne Berlin						
Deutschland						
Neue Bundesländer ohne Berlin	1,6	22,7	6,0	17,0	25,3	27,4
	0,8	26,4	4,1	17,9	29,8	21,0
	0,9	25,6	4,3	17,7	29,4	22,1
Alte Bundesländer ohne Berlin						
Deutschland						
Neue Bundesländer ohne Berlin	1,4	20,2	6,3	16,9	28,9	29,3
	0,8	22,6	4,4	17,8	31,5	22,9
	0,8	22,0	4,6	17,6	31,0	24,0
Alte Bundesländer ohne Berlin						
Deutschland						

Quellen: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder; Heske (2005); eigene Berechnungen

Tabelle A 12: Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen 1950-1989 DDR/BRD 1950 = 100 (1970 = 100)

Jahr	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe	Baugewerbe	Handel, Gastgewerbe, Verkehr	Verkehr und Nachrichtenübermittlung	Finanzierung, Vermietung, öffentliche und private Dienstleister	Davon:	
							Finanzierung, Vermietung, Unternehmensdienstleister	Öffentliche und private Dienstleister
Deutsche Demokratische Republik								
1950	100	100	100	100	100	100	k. A.	k. A.
1960	214	236	312	167	160	114	k. A.	k. A.
1970	326	375	459	268	209	137	100	100
1980	389	520	534	397	257	177	154	155
1985	474	609	654	448	289	192	162	172
1989	412	671	755	501	322	200	184	193
Bundesrepublik Deutschland								
1950	100	100	100	100	100	100	k. A.	k. A.
1960	190	186	159	151	131	130	k. A.	k. A.
1970	346	296	200	240	207	183	100	100
1980	617	385	226	283	261	208	125	105
1985	753	426	228	280	292	212	132	103
1989	948	446	245	292	310	219	137	103

Zur Gewährleistung der Vergleichbarkeit wurden die Daten preisbereinigt und einheitlich auf Preisbasis 1995 berechnet. Quelle: Heske (2009); eigene Berechnungen

Tabelle A 13: Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen 1950-1989 DDR/BRD (Anteile an insgesamt in Prozent)

Jahr	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe	Baugewerbe	Handel, Gastgewerbe, Verkehr	Verkehr und Nachrichtenübermittlung	Finanzierung, Vermietung, öffentliche und private Dienstleister	Davon:	
							Finanzierung, Vermietung, Unternehmensdienstleister	Öffentliche und private Dienstleister
Deutsche Demokratische Republik								
1950	6,5	25,1	8,6	6,0	7,3	46,6	k.A.	k.A.
1960	4,3	33,1	12,6	6,4	6,8	36,9	k.A.	k.A.
1970	3,3	35,6	14,3	6,4	6,1	34,2	6,8	27,4
1980	2,4	35,8	12,3	6,7	6,5	36,4	7,2	29,2
1985	2,6	36,2	12,6	6,6	6,4	35,6	6,4	29,2
1989	2,1	36,3	13,0	6,8	6,6	35,2	6,7	28,5
Bundesrepublik Deutschland								
1950	3,3	30,6	10,5	12,3	5,3	38,2	k.A.	k.A.
1960	2,1	36,8	11,3	12,6	4,7	32,5	k.A.	k.A.
1970	1,5	36,8	9,5	12,4	4,5	35,3	16,1	19,2
1980	1,3	32,8	7,9	12,0	4,8	41,3	20,4	20,9
1985	1,3	31,8	6,6	11,5	5,0	43,8	22,5	21,4
1989	1,2	30,7	6,3	11,6	5,1	45,1	24,5	20,6

Zur Gewährleistung der Vergleichbarkeit wurden die Daten preisbereinigt und einheitlich auf Preisbasis 1995 berechnet. Quelle: Heske (2009); eigene Berechnungen

**Tabelle A 14: Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen nach Wirtschaftsbereichen 1950-1989 DDR/BRD
1950 = 100 (1970 = 100)**

Jahr	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe	Baugewerbe	Handel, Gastgewerbe, Verkehr	Verkehr und Nachrichten- übermittlung	Finanzierung, Vermietung, öffentliche und private Dienstleister	Davon:	
							Finanzierung, Vermietung, Unternehmensdienstleister	Öffentliche und private Dienstleister
	Deutsche Demokratische Republik							
1950	100	100	100	100	100	100	k.A.	k.A.
1960	214	236	312	167	160	114	k.A.	k.A.
1970	326	375	459	268	209	137	100	100
1980	389	520	534	397	257	177	154	155
1985	474	609	654	448	289	192	162	172
1989	412	671	755	501	322	200	184	193
	Bundesrepublik Deutschland							
1950	100	100	100	100	100	100	k.A.	k.A.
1960	190	186	159	151	131	130	k.A.	k.A.
1970	346	296	200	240	207	183	100	100
1980	617	385	226	283	261	208	125	105
1985	753	426	228	280	292	212	132	103
1989	948	446	245	292	310	219	137	103

Zur Gewährleistung der Vergleichbarkeit wurden die Daten preisbereinigt und einheitlich auf Preisbasis 1995 berechnet. Quelle: Heske (2009); eigene Berechnungen

Tabelle A 15: Private Konsumausgaben in jeweiligen Preisen und preisbereinigt 1991-2008

Jahr	Private Konsumausgaben			Private Konsumausgaben je Einwohnerin/Einwohner		
	Alte Bundes- länder	Neue Bundes- länder	Anteil neue Bundesländer an Deutsch- land	Alte Bundes- länder	Neue Bundes- länder	Abstand je Einwohnerin/ Einwohner
	Millionen Euro		Prozent	Euro		
	In jeweiligen Preisen					
1991	744.820	96.841	11,0	12.030	6.618	-5.412
1995	878.353	143.969	13,5	13.727	10.136	-3.591
2000	998.722	170.347	14,0	15.388	12.256	-3.132
2005	1.101.259	177.387	13,4	16.766	13.251	-3.515
2007	1.144.675	182.038	13,2	17.432	13.801	-3.631
2008	1.174.855	184.739	13,1	17.906	14.121	-3.785
	Preisbereinigt, 2000 =100					
1991	85,1	76,9	x	89,2	73,1	x
1995	91,5	88,5	x	92,8	86,6	x
2000	100,0	100,0	x	100,0	100,0	x
2005	102,5	97,4	x	101,3	101,1	x
2007	103,7	96,9	x	102,5	102,1	x
2008	104,2	96,3	x	103,1	102,3	x

Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, eigene Berechnungen

Tabelle A 16: Verfügbares Einkommen 1991-2008 der privaten Haushalte

Jahr	Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte			Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte je Einwohnerin/Einwohner		
	Haushalte			Haushalte	Je Einwohnerin/Einwohner	
	Alte Bundesländer	Neue Bundesländer	Anteil neue Bundesländer an Deutschland	Alte Bundesländer	Neue Bundesländer	Abstand je Einwohner
	Mio. Euro			Euro		
1991	853.130	104.544	10,4	13.779	7.145	-6.634
1995	977.523	160.971	13,6	15.277	11.333	-3.944
2000	1.088.792	184.989	14,0	16.775	13.309	-3.466
2005	1.218.416	194.770	13,3	18.549	14.749	-3.800
2007	1.265.540	199.178	13,1	19.273	15.100	-4.173
2008	1.301.656	202.564	13,0	19.838	15.484	-4.354

Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, eigene Berechnungen

Tabelle A 17: Durchschnittliche Jahresbruttoverdienste 1996-2009 in Euro pro Kopf

Jahr	Produzierendes Gewerbe	Darunter: Verarbeitendes Gewerbe	Hochbau	Einzelhandel	Finanz- und Versicherungs-dienstleister
			Alte Bundesländer		
1996	34.328	35.027	33.390	25.064	43.850
2000	37.173	38.227	34.168	27.176	49.008
2005	41.785	42.805	36.067	30.969	55.634
2007	43.623	44.658	37.250	31.935	57.831
2008	44.770	45.789	37.806	32.584	60.588
2009	43.589	44.271	37.869	32.763	59.550
			Neue Bundesländer		
1996	22.318	22.295	22.785	18.466	27.701
2000	23.624	24.504	22.665	20.865	32.090
2005	27.169	27.475	25.428	23.647	39.945
2007	28.583	28.793	26.305	24.823	41.961
2008	29.453	29.440	26.986	25.704	44.199
2009	29.141	28.580	27.004	26.127	45.190
			Relation neue Bundesländer zu alte Bundesländer (= 100)		
1996	65,0	63,7	68,2	73,7	63,2
2000	63,6	64,1	66,3	76,8	65,5
2005	65,0	64,2	70,5	76,4	71,8
2007	65,5	64,5	70,6	77,7	72,6
2008	65,8	64,3	71,4	78,9	73,0
2009	66,9	64,6	71,3	79,7	75,9

Die Daten beziehen sich auf abhängig Vollzeitbeschäftigte. Alte Bundesländer einschließlich Berlin, neue Bundesländer ohne Berlin. Quellen: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen

Tabelle A 18: Jährlicher Bruttolohn (jährliches Bruttogehalt) je Arbeitnehmerin/Arbeitnehmer 1991-2009

Jahr	Neue Bundesländer	Alte Bundesländer	Vergleich neue Bundesländer – alte Bundesländer	Entwicklung 2000 = 100			Entwicklung zum Vorjahr	
				Neue Bundesländer	Alte Bundesländer	Prozent	Neue Bundesländer	Alte Bundesländer
	In Euro		ABL = 100	Rückstand in Euro				
1991	11.097	21.763	51,0	10.666		83,6		
1992	14.334	23.231	61,7	8.897		89,2	29,2	6,7
1993	16.460	23.863	69,0	7.403		91,6	14,8	2,7
1994	17.457	24.208	72,1	6.751		93,0	6,1	1,4
1995	18.523	24.883	74,4	6.360		95,5	6,1	2,8
1996	18.892	25.201	75,0	6.309		96,8	2,0	1,3
1997	18.982	25.216	75,3	6.234		96,8	0,5	0,1
1998	19.198	25.406	75,6	6.209		97,6	1,1	0,8
1999	19.646	25.718	76,4	6.072		98,8	2,3	1,2
2000	20.014	26.043	76,8	6.029		100,0	1,9	1,3
2001	20.383	26.496	76,9	6.113		101,7	1,8	1,7
2002	20.670	26.838	77,0	6.168		103,1	1,4	1,3
2003	20.966	27.173	77,2	6.207		104,3	1,4	1,2
2004	21.156	27.335	77,4	6.179		105,0	0,9	0,6
2005	21.331	27.384	77,9	6.053		105,1	0,8	0,2
2006	21.578	27.625	78,1	6.047		106,1	1,2	0,9
2007	21.859	28.081	77,8	6.222		107,8	1,3	1,7
2008	22.489	28.701	78,4	6.212		110,2	2,9	2,2
2009	22.667	28.530	79,4	5.863		109,5	0,8	-0,6

Bruttolöhne aller abhängig Beschäftigten unabhängig von der Länge der Arbeitszeit und Dauer der Beschäftigung. Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, eigene Berechnungen

Tabelle A 19: Privathaushalte nach Haushaltsgröße und monatl. Nettoeinkommen 2006, Struktur in Prozent

Monatl. Nettoeinkommen von.....bis.....Euro	Alle Haushalte	1 Person		2 Personen Neue Bundesländer und Berlin		Davon: nach Haushaltsgrößen 3 Personen		4 Personen		5 u.m. Personen	
		100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Alle Haushalte	100										
davon:											
unter 500	3,3	7,4		0,4							
500-900	16,4	34,1		5,6		1,8		0,8			
900-1.300	20,9	32,0		16,2		10,2		5,6		4,8	
1.300-1.500	9,2	9,2		11,3		6,9		5,4		4,8	
1.500-1.700	8,2	5,2		12,8		7,3		5,7		6,5	
1.700-2.000	9,8	4,0		15,9		11,4		10,2		9,5	
2.000-2.600	13,1	3,3		18,8		22,8		20,2		23,2	
2.600-3.200	7,1	1,2		7,8		16,0		16,8		14,3	
3.200-4.500	6,1	0,8		5,6		13,7		19,9		20,2	
4.500-5.500	1,4	0,2		1,3		2,9		5,3		5,4	
5.500-6.000	0,4			0,4		0,7		1,5		3,6	
6.000 und mehr	0,9	0,3		0,9		1,4		3,1		6,0	
Sonstige Haushalte	3,2	2,2		3,2		4,9		5,3			
Früheres Bundesgebiet											
Alle Haushalte	100	100		100		100		100		100	
davon:											
unter 500	2,4	5,7		0,4		0,2					
500-900	9,7	21,8		3,3		1,5		0,6		0,5	
900-1.300	15,0	26,3		11,1		6,3		2,7		2,5	
1.300-1.500	7,7	11,2		7,3		4,6		2,9		2,4	
1.500-1.700	7,0	8,3		7,8		5,1		3,9		3,4	
1.700-2.000	8,9	7,4		11,2		8,9		7,3		7,4	
2.000-2.600	15,0	7,5		19,3		20,2		20,2		18,0	
2.600-3.200	10,0	2,8		12,6		15,9		17,4		15,9	
3.200-4.500	10,6	1,9		12,2		18,2		22,1		21,7	
4.500-5.500	3,1	0,5		3,4		5,1		7,2		7,6	
5.500-6.000	0,8	0,1		0,9		1,3		2,0		2,1	
6.000 und mehr	2,3	0,5		2,5		3,6		4,7		6,7	
Sonstige Haushalte	7,6	5,8		8,2		9,0		8,9		11,8	

Sonstige Haushalte: Haushalte, in denen mindestens eine Person in ihrer Haupttätigkeit selbstständig in der Landwirtschaft tätig ist, sowie ohne Angaben. Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen

Tabelle A 20: Investitionen in jeweiligen Preisen und preisbereinigt 1991-2007

Jahr	Investitionen insgesamt			Investitionen je Einwohnerin/Einwohner		
	Alte Bundesländer	Neue Bundesländer	Anteil neue Bundesländer an Deutschland	Alte Bundesländer	Neue Bundesländer	Abstand je Einwohnerin/ Einwohner
	1.000 Euro		Prozent	Euro		
	In jeweiligen Preisen					
1991	297.084	46.214	13,0	4.798	3.158	-1.640
1995	290.065	99.337	24,5	4.685	6.789	2.104
2000	348.244	78.584	17,8	5.625	5.371	-254
2005	323.403	53.633	13,7	4.923	4.006	-917
2006	354.044	55.424	13,1	5.391	4.169	-1.222
2007	381.420	59.346	13,0	5.809	4.499	-1.310
	Preisbereinigt, 2000 = 100					
1991	89,7	63,1	x	93,9	59,9	x
1995	80,6	123,4	x	81,7	120,7	x
2000	100,0	100,0	x	100,0	100,0	x
2005	95,8	69,1	x	94,7	71,8	x
2006	104,4	70,8	x	103,3	75,2	x
2007	109,7	73,5	x	108,7	78,8	x

Quellen: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder; eigene Berechnungen